

DAS ARGUMENT 117

Faschismus und Ideologie

Wolfgang Fritz Haug Der Faschismus und die Organisation des Ideologischen (I)	645
Karin Priester Faschismus und Massenbewegung. Kritik an Opitz	655
Ernesto Laclau Faschismus und Ideologie	667
<u>Spontaneismus</u>	
»Doggis« und »Spontis«: Beiträge von R. Matz und N. Rätzfel	678
<u>Arbeitergeschichtsschreibung</u>	
J. Kammler, H. Krause, D. Krause-Vilmar, P. Oehlke Zur Diskussion über Gewerkschaftsgeschichtsschreibung	686
Sergio Amato Otto Bauer und der Austromarxismus	707
<u>Sozialismus-Analyse</u>	
Hansgeorg Conert Konstitutionsmerkmale nachkapitalistischer Gesellschaften	716
Wieland Elfferding Herrschaftsverhältnisse in den sozialistischen Ländern?	730
<u>Repliken</u>	
Andreas Kunze zu Editorial 115; Ingo Zander zu Sowjetkritik und Spontaneismus	735
<u>Kongreßankündigungen und -berichte</u>	
Austromarxismus; 2. Kongreß Kritische Psychologie; Stalinismus und Entstalinisierung	739
<u>Besprechungen</u>	
Hegel; Sprach- und Literaturdidaktik; Theater; Frauen; Theorien über Angst; Faschismus; Ökologie; Alternativbewegung	746
<u>Zeitschriftenschau</u>	III
<u>Über die Autoren</u>	X

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götz, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Rolf Nemitz

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag, Redaktion und Anzeigen:

Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33, Telefon 030 / 8 31 49 15

Auslieferung:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030 / 4 61 90 61

Besprechungen

Philosophie

<i>Theunissen, Michael</i> : Sein und Schein. Die kritische Funktion der Hegelschen Logik (<i>J. Brockmeier</i>).....	746
<i>Ahrweiler, Georg</i> : Hegels Gesellschaftslehre (<i>R. Konersmann</i>).....	747
<i>Ripalda, José-Maria</i> : The Divided Nation – The Roots of a Bourgeois Thinker: G. W. F. Hegel (<i>U. Enderwitz</i>).....	749
<i>Horstmann, Rolf-Peter</i> (Hrsg.): Seminar: Dialektik in der Philosophie Hegels (<i>J. M. Ripalda</i>).....	750
<i>Bubner, Rüdiger, Konrad Cramer und Reiner Wiehl</i> (Hrsg.): Marx' Methodologie (<i>G. Herrgott</i>).....	751
<i>Kondakow, N. I.</i> : Wörterbuch der Logik (<i>G. Herrgott</i>).....	753

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1979 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,- DM, + Versandkosten. – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 100 700 00; Bank für Gemeinwirtschaft 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11; Postscheckkonto Berlin West 5745-108. – Satz: Hellmich KG, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin. 1.-9. Tausend September 1979

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält Prospekte des Luchterhand-Verlages und des IMSF, sowie Bestellkarten der Tageszeitung »Die Neue und des Argument-Verlages

Zum vorliegenden Heft

Die Aufsätze des Themenschwerpunkts wollen zu einer *ideologietheoretischen* Erklärung des *Faschismus* beitragen. Die Antinomien bisheriger Faschismustheorie (Primat der Politik oder der Ökonomie; Faschismus als Regime oder als Massenbewegung) sollen durch die Erweiterung von Problemstellung und Begriffsbildung auf das Feld des Ideologischen lösbar werden. Wir planen eine Fortsetzung des Themenschwerpunkts in einem der nächsten Hefte – u. a. mit einem Beitrag von *Reinhard Opitz*, der auf *Karin Priester* in diesem Heft antworten wird.

Mit den Beiträgen von *Reinhard Matz* und *Nora Rätzel* führen wir die in *Argument 113* begonnene Untersuchung der Bedeutung von Spontaneität und »subjektivem Faktor« in sozialen Bewegungen fort. Zunächst hat besonders der Artikel von Thomas Waldhubel über die Spontibewegung an der Hochschule kritische wie zustimmende Reaktionen der Leser provoziert. Weitere Beiträge zur *Spontaneismus-Diskussion* im *Argument* sollen sich weder auf den Bereich der Hochschule noch auf spontaneistische *Politik* beschränken. Der angekündigte Aufsatz von Göbel/Guthke zur Alternativbewegung wird im nächsten Heft abgedruckt.

In der Rubrik *Arbeitergeschichtsschreibung* versuchen *Kammler u. a.*, die gegenwärtige Auseinandersetzung um *Gewerkschaftsgeschichtsschreibung* von einer politischen *Kampagne* zur wissenschaftlichen Argumentation und *Kritik* zurückzuführen. Auf die zunächst geplante Dokumentation der Gegenposition zur »Gewerkschaftsgeschichte« von Deppe u. a. durch den Abdruck des Artikels »Leninisten führten die Feder« von *Gerhard Beier* verzichten wir, da er durch Abdruck in mehreren Zeitschriften inzwischen den meisten Argument-Lesern bekannt sein wird.

In den Beiträgen zur *Sozialismus-Analyse* geht es um die weitgehend ungelöste Frage, ob und wie die Begriffe des historischen Materialismus, die in der Analyse des Kapitalismus entwickelt wurden, in der Untersuchung der sozialistischen Länder »angewandt« bzw. weiterentwickelt werden können.

Im *Rezensionsteil* »Psychologie« veröffentlichen wir im Komplex über »Angst« u. a. zwei Rezensionen über dasselbe Buch von verschiedenen Autoren. Wir fanden beide Arbeiten gut; bezogen auf das rezensierte Buch sind sie allerdings recht gegensätzlich. In diesem Fall ist das unproblematisch: wir stellen dem Leser beide vor; die unterschiedlichen Argumentationen gegeneinander abwägend, kann er sich selbst sachkundig machen – möglicherweise durch die Lektüre des Buches selber. Der Vorgang wirft ein Licht auf die Schwierigkeiten des Rezensierens. Rezensionen sollen den Lesern Orientierung bieten: in der Bücherflut, die er allein nicht mehr bewältigen kann, Schwerpunkte setzen, Empfehlungen geben, mindestens Informationen zusammenfassen. Dazu gehört Kompetenz und viel Arbeit. Es genügt nicht, das Inhaltsverzeichnis wiederzugeben – es ist aber auch ungut, ohne wesentliche Begründungen, nur noch Urteile zu vermitteln. Kurz: Rezensionen schreiben ist ein schwieriger Lernprozeß. Vielleicht läßt er sich unter Einbeziehung der Leser – zumindest bei wichtigen Büchern – als Streit auch um die Rezensionen durchführen?

Neue ARGUMENT-STUDIENHEFTE – Oktober 1979

SH 32

Helmut Ridder: Zur Ideologie der »Streitbaren Demokratie«
(Erstveröffentlichung) ca. 64 S., 4,50 DM

SH 33

Wolfgang Fritz Haug: Ideologie / Warenästhetik / Massenkultur
Neue Beiträge zu einer theoretischen Synthese
(Erstveröffentlichung) ca. 48 S., 4,- DM

SH 34

Erich Wulff: Psychiatrie und Herrschaft
Politische Indienstrafe der Psychiatrie in West und Ost
(aus: Arg. 110 und 111/1978; mit einem Nachwort zur Diskussion)
48 S., 4,- DM

SH 35

Arbeitsmedizin

Mit Beiträgen von H. Böker, H. Jens, H. Abholz und D. Frießem
(aus Arg. 60, 69 und 78; mit einem aktualisierenden Vorwort
von Barbara Nemitz)
ca. 95 S., 6,- DM

in Vorbereitung für Frühjahr 1980:

SH 36

Werner Goldschmidt: Grundkurs Materialistische Soziologie
(Erstveröffentlichung)

ab Ende Oktober liefern wir aus:

W. F. Haug

DER ZEITUNGSROMAN

oder

DER KONGRESS DER AUSDRUCKSBERATER

100 Zeitungsgeschichten über Redeweisen und Redewesen unserer Ge-
sellschaft

ca. 180 Seiten, kartoniert

Preis: 12,80 DM

Für Abonnenten des ARGUMENT oder der AS-Reihe: 11,- DM

Bestellung: Bitte den errechneten Betrag zuzüglich 1,50 DM Versandkosten über-
weisen und auf dem Zahlungschnitt die gewünschten Hefte angeben!

ARGUMENT-VERLAG Tegeler Straße 6, 1000 Berlin 65

Konten: Postscheck Berlin-West 5745-108; oder Bank für Gemeinwirtschaft Ber-
lin/West 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11.

Wolfgang Fritz Haug

Der Faschismus und die Organisation des Ideologischen

Teil I:

Das Problem des Ideologischen in der Faschismus-Diskussion des Argument

Hier die faschistische Massenbewegung, dort der Staat und das Herrschaftssystem des Faschismus – dieser Gegensatz bezeichnet sowohl das zentrale Problem, um das die Faschismus-Diskussion im *Argument* sich drehte, als auch die Frontlinie, an der die theoretischen Geister sich politisch schieden. 1965 wurde das Problem zum erstenmal im *Argument* formuliert:¹

»Eine Kardinalschwierigkeit liegt in der Dichotomie, die jede komplexe Darstellung des Faschismus aufreißt: zwischen realem Herrschaftsprozess und ideologischem Geisterreich. Beim Insistieren auf der einen Seite droht die andere aus dem Blick zu geraten. Betreibt man die unerlässliche Interessenanatomie und Ökonomie des Faschismus, werden die Faschisten und ihre ideologischen Impulse, seine ›Massenbasis‹ also und die Proteste und pathologischen Erfahrungen, die in sie eingehen, zum unverbundenen und deshalb unverständlichen Gegenstück. Dies ist die Schwierigkeit einer allzu mechanistisch vereinfachten marxistischen Analyse. Dem phänomenologischen Redenlassen und Analysieren des faschistischen Selbstverständnisses dagegen, das die Faschisten und ihre historischen Antriebe plausibel beschreibt, entgeht der Faschismus als gesellschaftliche Realität.« (Haug 1965, 6)

Im selben Argument-Heft wurde geradezu die »Ideologiefreundschaft« als Charakteristikum behauptet, an dem sich eine Kontinuität von »Drittem Reich« und Bundesrepublik aufzeigen lasse. (Czeskleba 1965, 13) Anderthalb Jahre später brachte der englische Historiker Tim W. Mason in einem international viel beachteten Beitrag den entschiedenen Gegenakzent, der eine bis heute unabgeschlossene und zeitweilig heftige Diskussion in Gang setzte. Die »Zersplitterung der gesellschaftlichen Kräfte« und der internationalen Staatenwelt habe »eine Verselbständigung des Staates« ermöglicht, »wie sie in der Geschichte ihresgleichen sucht . . . Die Verselbständigung der Politik führte zu einem blinden Selbstlauf des Systems auf allen Gebieten . . .« und »tendierte zwangsläufig zur *Selbsterstörung*«. (Mason 1966, 493) Zugrunde lag dem »eine Pluralität von Interessen und Organisationen« mit zeitweiliger Vorwegnahme der »in der BRD auffallenden Entpolitisierung des Kampfes um die *Verteilung des Sozialprodukts*«. (Mason 1966, 491) Mit dem von Mason behaupteten Primat der Politik rückt das Ideologische in die entscheidende Stelle. Dabei beschreibt Mason eine widersprüchliche Struktur in wenig überzeugender Weise:

»Der Versuch, diese Ideologie auf einen Nenner zu bringen oder sie als systematisch zu interpretieren, ist zum Scheitern verurteilt. Goebbels und sein Apparat haben zwar die Ideologie als beliebig manipulierbares Herrschaftsinstrument verstanden und benutzt. Letztlich wurde sie aber dennoch von der politischen Führung, insbesondere von Hitler persönlich und von der SS als ›rassisch-sittliche‹ Utopie so ernst genommen, daß ihr in entscheidenden Fragen selbst die kurzfristigen materiellen Bedürfnisse des Systems geopfert wurden.« (Mason 1966, 492 f.)

Die beiden Beispiele, die Mason anführt, sind die – kriegswirtschaftlich widersinnige – Judenvernichtung und die Nichtmobilisierung der Frauen für die Kriegswirtschaft. Während nach Mason Hitler in der Ideologie stand, verfügte Goebbels instrumentalistisch über sie; zugleich spielte sich ein »unpolitischer« Kampf um die Verteilung des Sozialprodukts ab. Zur Integration dieser Gegensätze nimmt Mason

eine weitere »ideologische« Instanz an:

»Die Treue zum Führer, die Bereitschaft der Leiter der Staats- und Parteiorgane, seine Entscheidungen anzunehmen, war im Krieg oft die einzige Klammer, die das tausendjährige Reich vor der Anarchie bewahrte.« (Mason 1966, 491)

Mit diesen widersprüchlichen Beobachtungen und Annahmen beginnen die Erklärungsschwierigkeiten erst. Der Historiker Mason machte sich die damit aufgeworfenen theoretischen Fragen nach dem Zusammenwirken der unterschiedlichen Instanzen nicht zu eigen. Die Formel vom *Primat der Politik* war durch seine Beobachtungen eigentlich nicht gedeckt. Was er fand, war Hitlers unbestrittene Führerposition. Aber eine persönliche Diktatur ist streng genommen unverträglich mit dem Primat der Politik. Sie verdrängt ja gerade die politische Praxisform der Konfliktaustragung und des Kampfes um die Regierungsmacht. *Primat der Führerperson* wäre treffender als Formel für die Beobachtungen Masons. Hitler wiederum wurde letztlich – immer noch in Masons Sicht – durch »Ideologie« bestimmt. »Primat der Ideologie« wäre mithin das zu Erklärende gewesen, wenn man Masons Einschätzungen folgte.

Der Fortgang der Diskussion zeigte, daß alle Beteiligten noch weitgehend vor der Aufgabe versagten, das komplexe Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideologie theoretisch zu fassen. Es war, als ob vor einem unsichtbaren Gerichtshof um die juristisch – in Begriffen bürgerlichen Rechts – dingfest zu machende Verantwortlichkeit der deutschen Kapitalisten für den Nazismus gerungen würde. Masons Formel schien die »Politiker« – streng genommen nur Hitler und seine Kader – schuldig zu sprechen, die Großkapitalisten hingegen zu entlasten. Daher rief sein Beitrag die konsequentesten Antikapitalisten auf den Plan, die Kommunisten. Eberhard Czichon, ein unbefangener Außenseiter der »Zunft« der DDR-Historiker, der durch privatdetektivische Forschungsarbeit, gepaart mit Glück und List, Zugang zum Archiv von Hermann J. Abs gefunden hatte, das im Keller der ehemaligen Zentrale der Deutschen Bank in (Ost-)Berlin lagerte, baute anderthalb Jahre später die Gegenposition auf: *Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht* (Czichon 1968) war seine Formel. Seine Methode war die des Historikers, der aus Aktennotizen und sonstigen Dokumenten die persönliche Beteiligung namhafter Kapitalisten an der Werkstellung der Machtergreifung der NSDAP und an der Entwicklung und Durchführung ihrer Wirtschafts- und Kriegszielpolitik usw. nachweist. Bewußte und direkte Interessenverfolgung durch Personen, Einflußnahmen, Absprachen usw. sind die (empirischen) Kategorien, in denen der Geschichtsprozeß hier rekonstruiert wird. Vielleicht war dies die einzige Ebene, auf der marxistische Historiker von ihren bürgerlichen »Kollegen« überhaupt Gehör erwarten konnten. Nichtsdestoweniger hätten sie dann die Aufgabe gehabt, diese empirische Ebene in einen theoretischen Rahmen zu stellen. Statt einer Theorie fungierten noch immer die autoritativen Äußerungen sei es der marxistischen Klassiker, sei es der Kommunistischen Internationale. Der Staat galt demzufolge als »Ausschuß der herrschenden Klasse« und der Faschismus als »die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«, wie es in der berühmten Dimitroff-Formel lautet. Es war, als faßten die kommunistischen Historiker ihre Aufgabe im Sinne einer empirischen »Bestätigung« solcher autorisierter Formeln auf.

Obwohl Czichon eine Fülle aussagekräftiger Belege aus der Geheimgeschichte kapitalistischer Einflußnahme auf Staat und Politik gebracht hatte, konnte Mason mit

einigem Recht argumentieren, daß er in gewissem Sinn »theoretischer« als Czichon vorgegangen sei, da er »die Ursachen des Primats der Politik im Nationalsozialismus gerade in der Wirtschaftsgeschichte« gesucht habe (Mason 1968, 194). »Er selbst redet kaum von Staat, Gesellschaft, Politik«, hielt Mason seinem Kontrahenten vor. »Indem er diese Bereiche implizit zu Epiphänomenen der monopolen Wirtschaftsstruktur degradiert, überbewertet er die faktische Macht der Monopole: die gesellschaftliche Reproduktion wird durch eine Absprache zwischen Vertretern zweier Industrie-gruppierungen am 4. 1. 1933 garantiert und der Zweite Weltkrieg durch eine Verschiebung innerhalb des Oligopols mitverursacht.« (Mason 1968, 194)

Mason setzte dem folgende Theorisierung entgegen:

»Bei aller Verflechtung von Staat und Industrie bleibt die Verantwortung für das Gesamte beim Staat. Zur Theorie gehört, neben der Analyse der Machtverhältnisse, auch noch eine Herrschaftsphänomenologie.« (195)

Im Gegensatz zum ökonomischen Interessenkalkül habe Hitler, »wie er selber sagte, nur eine politische Spielregel gekannt: *va banque*. Er hat auch konsequent danach gehandelt.« (196) Die methodischen und theoretischen Auskünfte Masons sind noch sehr problematisch. Die *Va-banque*-Politik gilt ihm als *inadäquater Überbau* über monopolkapitalistischer Basis, und genau in diesem Widerspruch zwischen Überbaucharakter und Inadäquatheit sieht Mason das Erklärungsproblem. Er kommt aber nur zu einer Verschärfung seiner Inadäquatheitstheorie, ohne auf die Probleme der theoretischen Erklärung einzugehen. Entscheidend sind

»die Interessen der Staatsführung, die für den Nationalsozialismus im Ausbau eines größtmöglichen freien Entscheidungsspielraums bestanden. Eine solche freischwebende Politik ... war aber *nur* zu verwirklichen, wenn der Staat auf seine Funktion als Garant des Gesamtsystems verzichtete, wenn politische Entscheidungen *ohne* hemmende Rücksicht auf die diesbezüglichen Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft getroffen werden konnten, wenn alles zu einer »Willensfrage« gemacht wurde (Hitler über den Vierjahresplan).« (198)

Freischwebende Politik ist eine Formel für weitgehende Verselbständigung des Staatsapparats gegen Kapitalinteressen und sogar gegen die Notwendigkeit der Reproduktion der Produktionsverhältnisse. Mason beschränkt sich pragmatistisch darauf zu beschreiben, wodurch diese Verselbständigung der Staatsführung möglich gewesen sei:

»Eine Ursache dafür lag gerade in ihrer Ausnutzung der von ihr selbst gesteigerten wirtschaftlichen Konkurrenz (zwischen Gruppen sowie zwischen Firmen), in deren Zuge die Industrie den Sinn für ihr kollektives, an der Erhaltung eines Gesellschaftssystems orientiertes Interesse verlor; eine zweite bestand darin, daß die Staatsführung diesen Spielraum kaum ausdrücklich *gegen* die kurzfristigen Interessen der Industrie anwandte.« (198)

Die »Basis« erscheint hier nur als »passive«, zumal durch eine Politik des »Teile und Herrsche« neutralisierte, Trägerin von Politik. Die Ideologie vollends scheint ihr – und damit den Produktionsverhältnissen – ganz äußerlich und gleichgültig.

In ihrer Antwort auf Masons Antwort kritisieren Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, die vielleicht bedeutendsten Faschismus-Historiker der DDR, zurecht dessen Versagen vor dem Erklärungsproblem: »es triumphiert so etwas wie ein »reiner« Faschismus; dieser aber, seine Politik und Ideologie, können nicht systematisch interpretiert werden« (Eichholtz/Gossweiler 1968, 211). »Prinzipielle Irrationalität« scheint die letzte Auskunft. Weniger überzeugend ist der Versuch der beiden Autoren, Dimitroffs Definition zu retten. Die Erklärungen haben etwa folgende Struktur: »Die Bourgeoisie schafft sich durch soziale Demagogie eine Massenbasis unter Klein-

bürgern, Bauern und sogar gewissen Teilen der Arbeiterklasse, um die Arbeiterbewegung zu liquidieren.« (Vgl. Eichholtz/Gossweiler 1968, 213 f.) Wie aber lassen sich bei dieser Auffassung, in deren Zentrum die Vorstellung vom souveränen Subjekt »bürgerliche Klasse« steht, Führerprinzip, Ideologie und Selbsterstörung erklären? Eichholtz und Gossweiler verweisen darauf, daß der deutsche Imperialismus schon eine lange aggressive Geschichte hatte und daß der »unüberwindliche Widerspruch« (216) zwischen Zielen und Mitteln bereits im Ersten Weltkrieg bestand. Es wird für die Autoren nun nicht so sehr zum Problem, diese historisch frühere Qualität des Imperialismus ihrerseits zu erklären, sondern sie scheinen sich mit dem Befund historischer Kontinuität bei Steigerung ins Extrem zufrieden zu geben. Eine unbefangene Untersuchung müsse

»zu dem Ergebnis kommen, dass der Hitler-Faschismus die bis dahin höchste Potenzierung und gewaltsamste Ausprägung imperialistischer deutscher Politik verkörperte.« (216)

Eine freischwebende Politik habe es nie gegeben (217). Die zu erklärende Qualität dessen, was Mason *inadäquaten Überbau* genannt hatte, mußte nach Ansicht der Autoren bereits als Qualität der »Basis« bestimmt werden. Die »Inadäquatheit« war in Wirklichkeit nichts als die strukturelle »Anarchie« und die Widersprüchlichkeit der monopolkapitalistischen Ökonomie (218).

»Den reaktionärsten und aggressivsten Elementen des deutschen Finanzkapitals erschien es ausgang der Weltwirtschaftskrise im Interesse ihrer weitgespannten imperialistischen Zielsetzung angeraten, ihre faschistische Herrschaft über das deutsche Volk zu errichten, das heißt, ihre Macht mit den Potenzen eines faschistischen Regimes zu verschmelzen. (...) Die Herrschaftsmethoden des Faschismus waren das Mittel, das jene Kreise wählten ...« (218)

In ihren Forschungen über Kriegswirtschaft (Eichholtz 1969) und »Ökonomie und Politik« (Gossweiler 1971) haben die beiden Verfasser eine überwältigende Fülle von Dokumenten gefunden, die ihrer These empirische Evidenz geben. Auch ist die Akzentuierung ihrer Forschung angesichts der opportunistischen »Zurückhaltung« bundesdeutscher Geschichtsforschung auf diesem Gebiet verständlich. Bei allem Respekt bleibt dennoch festzuhalten, daß mit der dokumentarischen Ebene des ausdrücklichen Beabsichtigens und lobbyistischen Vorbringens deutscher Großkapitalisten das Erklärungsproblem des Zusammenwirkens der unterschiedlichen »Ebenen« und »Instanzen« ungelöst bleibt. Formulierungen wie die oben zitierten verlassen aber die Ebene historisch-dokumentarischer Kompetenz und interpretieren die Dokumente weit über das hinaus, was sie abdecken. Eine Faschismustheorie scheint gar nicht erst notwendig angesichts der in der Tat räuberischen und ausbeuterischen Zielsetzungen der Banken und Industriemonopole. Es erscheint ihnen »angeraten, ihre faschistische Herrschaft über das Volk zu errichten«. Ist das Faschistische demnach keiner weiteren Erklärung bedürftig? Die Fortsetzung, eingeleitet durch ein scheinbar dasselbe mit andern Worten ankündigendes »Das heißt« nimmt in unklarer Weise die Gleichsetzung von monopolkapitalistisch und faschistisch wieder zurück: Nun erscheint es den Großkapitalisten »angeraten ... , ihre Macht mit den Potenzen eines faschistischen Regimes zu verschmelzen«. Wie nun? Letztere Formulierung ist brauchbarer, weil sie die Erklärung des »faschistischen Regimes«, seiner Potenzen sowie des Vorgangs der angestrebten »Verschmelzung« der Kapitalistenmacht mit den Potenzen eines faschistischen Regimes als erst noch zu erkennendes Objekt definiert.

Das Editorial des Hefts, in dem diese Debatte abgedruckt ist (Argument 47/1968), bekennt sich zur Notwendigkeit, die ökonomische Basis des Faschismus zu analysieren

ren, erklärt sich indes uneinverstanden mit der Beschränkung aufs Beibringen von Belegen »für personelle und interessenmäßige Verknüpfungen in der Machtelite und für die Macht- und Marktprobleme des oligopolistischen Kapitalismus, die seine Repräsentanten den Faschismus einer bürgerlichen Scheindemokratie – mit der ihr innewohnenden ›Gefahr‹, reale Volksherrschaft zu werden – vorziehen ließen.« (Argument 47, 1968, 167) Die Aufgabe, das Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideologie theoretisch neu zu denken, um zur Erklärung der Qualität des Faschismus, seiner Massenbewegung und des sein Regime tragenden Wirkungszusammenhangs fähig zu werden, wird nicht ausdrücklich gesehen, allerdings kündigt sich der Bruch mit kurzschlüssig ökonomistischen Auffassungen ausgerechnet in einem Programm der Neuaufnahme der Untersuchung der ökonomischen Grundlagen an:

»Erforderlich scheint uns der Rückgang auf die Methode und Begrifflichkeit, wie Marx sie im ›Kapital‹ zur Erklärung gesamtgesellschaftlicher Erscheinungen und Tendenzgesetze entwickelt hat.« (Ebd.)

Gemeint – wenn auch unerklärt – war nicht die Reduktion aufs Ökonomische, sondern ihre bestimmte Negation, die genetische Rekonstruktion, sowohl die der entwickelten ökonomischen Phänomene als auch, ausgehend von der Ökonomie, des Politischen und des Ideologischen.

Es dauerte über sechs Jahre, bis das Versprechen eingelöst wurde, mit dem das bereits zitierte Editorial endete: »Wir werden die Diskussion in dieser Zeitschrift fortsetzen.« Nach der Erfahrung des Wendepunkts, den das Scheitern der sozialliberalen Reformpolitik, spektakulär durch den schmäzlich erpreßten Rücktritt des Bundeskanzlers Brandt besiegelt, waren das »Rechtskartell«, seine Kampagnen und Dynamik, wieder zu aktuellen Gegenständen der Analyse geworden. Vielleicht war (und ist) es ein populistisches Regime, was sich im Vorrücken einer regenerierten Rechten, die große Teile des Rechtsextremismus in sich integrieren konnte, abzeichnete. Und vielleicht war es eine »verschobene« Form, in der sich das Interesse an abwehrfähiger Erkenntnis dieser Gefahr wieder dem Faschismus zuwandte. Dringliches Gebot schien es, dessen »Entstehung/Verhinderung« (Titel von Argument 87/1974) neu zu studieren. Im Editorial wurde eine »funktionsanalytische« Faschismus-Theorie gefordert:

»Sie muss die Aufdeckung der Triebkräfte, Funktionen, Potentiale und Widersprüche in der Faschismus-Entstehung leisten.« (Haug 1974, 539)

Vor allem die Frage nach dem Zustandekommen und den Beweggründen der faschistischen Bewegung und Massenbasis war hier als entscheidend erkannt. Ein nicht mehr nur hilfloser Antifaschismus verlangte gebieterisch die Abkehr von einer Faschismustheorie, die das einzelne Element und nicht seine Bündelung mit anderen Elementen für spezifisch faschistisch anzusehen geneigt war. Die theoretische Fähigkeit einer genetischen Rekonstruktion der faschistischen Verbindung solcher Elemente wurde als theoretische Grundlage für antifaschistische Bündnispolitik begriffen.

»dass nämlich nicht bestimmte Potentiale, Elemente oder Erscheinungsformen das spezifisch Faschistische darstellen, sondern ihre Verbindung und Funktionalisierung. Aus dieser Einsicht leiten sich Strategien ab, die nicht jedes Potential frontal angreifen, sondern es, wo immer möglich, dem Faschismus streitig machen.

Ein wirksamer Antifaschismus basiert nicht durchweg auf ganz anderen Elementen und Potentialen als ein wirksamer Faschismus, sondern auf einem diesem entgegengesetzten Bündnis.« (540)

Systembedarf nach Faschismus, Potentiale in der Bevölkerung, persönliche und apparathafte Anwärter auf die Funktionen unmittelbarer Herrschaft, schließlich die spezifische Bündnisform des Faschismus und die Widersprüche dieses Bündnisses – dies waren die praktisch relevanten Fragen an eine Faschismus-Theorie, die zur Verhinderung einer neuerlichen Entstehung von Faschismus befähigen sollte. Noch unklar fragt das Editorial nach der konstitutiven Bedeutung, die der Politik der Arbeiterbewegung bzw. ihrer Gewerkschaften und verfeindeten Parteien bei der Faschismus-Entstehung zukommt. Hier wirkte noch das Fehlen einer an die Wurzeln gehenden Fehlerdiskussion, sei es der Kommunisten, sei es der Sozialdemokraten, lähmend auf die Erkenntnisgewinnung. Auf die überragende Bedeutung des Antikommunismus, der im Kern als Antidemokratismus verstanden wird, weist das Editorial gleichfalls hin, ohne indes den Beitrag kommunistischer Politik, ihre ökonomistische Geringschätzung politischer und kultureller Prozesse – vor allem in ihrer Dimension des selbständigen Handelns der Massen –, zur Entstehung der Mächtigkeit des Antikommunismus unbefangen zu untersuchen. Im selben Heft analysierte Wolfgang Abendroth vorsichtig einige der Schwächen kommunistischer Politik, die den Antikommunismus stärkten (Abendroth 1974, 642 ff.).

In seinem großen Beitrag »Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus« setzt sich Reinhard Opitz zunächst vor allem mit der »Modernisierungstheorie« auseinander, die den Faschismus als eine Art sozialer Revolution im Gewande der Konterrevolution begreift und ihm die historische Mission zuschreibt, die sozialen Grundlagen der Bundesrepublik als des gelobten Landes deutscher Demokratie zu schaffen. D. h. diese Theorie ist vor allem geeignet als »Vorgeschichte« der Bundesrepublik. Sie dient zugleich deren Legitimationsbeschaffung und der Entlastung des Großkapitals. Des weiteren setzt sich Opitz mit einer ganzen Reihe linker Faschismus-Theorien auseinander, vor allem mit typologischen Definitionen, die insbesondere die Massenbewegung zum »Wesensmerkmal« des Faschismus machen. Nebenbei räumt er auf mit einer Reihe von Fehlern, die in kommunistischer Theorie und Praxis begangen worden sind, von der »Sozialfaschismus«-These gegen die Sozialdemokratie bis zum Verschimmenlassen der Grenze zwischen Faschismus und »formiertem« staatsmonopolistischem Kapitalismus. Den Streit, ob Massenbewegung für die Verleihung des Prädikats »faschistisch« unabdingbar sei oder nicht, unterläuft er durch das Programm einer genetischen Faschismus-Theorie. Sie muß nach Opitz ausgehen vom monopolkapitalistisch zugespitzten *Integrationsproblem*:

»Integration gewährleistet den Zusammenhalt aller Gesellschaften. Sie unterscheidet sich in den verschiedenen Gesellschaftsformationen durch ihren jeweils entsprechend verschiedenen sozialen Gehalt und aus ihm resultierende Formbesonderheiten. Da nun der spezifische Inhalt der monopolkapitalistischen Integration das politische Machtinteresse des Monopolkapitals ist, besteht ihre Funktion darin, die von der monopolkapitalistischen Herrschaft in ihren objektiven Interessen notwendig verletzten nichtmonopolistischen Gesellschaftsschichten zur subjektiv freiwilligen Zustimmung zu eben dieser Herrschaft zu veranlassen. Dies aber bedeutet, ihre Aufgabe besteht unter formaldemokratischen Verfassungsbedingungen in einer permanenten Falsifikation des Interessenbewusstseins der nichtmonopolistischen Schichten in einem zur Legitimierung der Herrschaft der monopolkapitalistischen Parteien ausreichenden Masse.« (Opitz 1974, 588 f.)

Der systemnotwendigen Bewußtseinsfälschung kommen, wie Opitz, wenn auch in anderen Worten, ausführt, zunächst die objektiven Gedankenformen der kapitalistischen Warenproduktion entgegen, mit ihrer Prägung der Vorstellungen von Freiheit,

Gleichheit und Gerechtigkeit. Aber diese ökonomische Determination notwendig falschen Bewußtseins genügt nicht, da die unvermeidliche Widerspruchserfahrung seine Harmonie immer wieder stört,

»so dass ein Teil der Bewusstseinsfalsifikation immer auch als bewusste politische Arbeit, als gezielte politische Massenbeeinflussung geleistet werden muss.« (589)

»Verkompliziert« wird der Zusammenhang dadurch, daß die unterschiedlichen Schichten und Klassen ihre je eigene »bewußte politische Arbeit« leisten und daß es unmöglich wäre, reine Klassenparteien zu begründen, absurd vor allem die Vorstellung einer rein monopolkapitalistischen Partei. Das Monopolkapital – unbefangen verwendet Opitz diesen Begriff zur Bezeichnung des Subjekts politischen Handelns – versuche am gezieltesten, »in allen Parteien präsent« zu werden »und sie ganz in die Hand zu bekommen« und dies auch in den Parteien für Kleinbürger und Arbeiter,

»um ihre politische Interessenartikulation von Anfang an in eigener Regie zu haben und integrativ kanalisieren zu können. Das erfordert freilich, dass das Monopolkapital auch selbst gewisse ständische Abwandlungen seiner eigenen Ideologie, die am vermuteten vorhandenen Bewusstsein der betreffenden Schichten ansetzen und damit Elemente in ihm verstärken, die dem eigenen Interesse tendenziell zuwiderlaufen, entwickeln lässt und verbreitet und dabei durchaus auch bewusst, wenn es die Unruhe in bestimmten Schichten geraten erscheinen lässt, antimonomopolistischen Stimmungen ein Ventil bietet . . .« (590)

Dem so entstehenden und zusammengehaltenen diffusen Bündel steht das »demokratische Oppositionspotential, dessen Hauptkraft und Kern die klassenbewusste Arbeiterschaft ist«, entgegen, vom Monopolkapital »allein gefürchtet und als Todfeind eingestuft«. Die Enttäuschung und Verbitterung von nichtmonopolistischen Bevölkerungsteilen, die in den monopolistischen Block integriert sind, ohne dass er eine ihren Interessen dienende Politik macht, können ihr Unglück in den Bahnen der monopolistischen Ideologie verarbeiten, indem sie es dem monopolkapitalistischen »Feindbild« einschreiben.

»Es entsteht somit ein politisches Potential, das seinen Unmut über die bestehende monopolkapitalistische Wirklichkeit nur artikulieren kann in der Forderung nach schärferem, rücksichtsloserem Vorgehen gegen die innen- und aussenpolitischen Gegner des Monopolkapitals.« (591)

»Da die monopolkapitalistischen Parteien des formaldemokratischen Staats den Kampf gegen diese Gegner ja in Wahrheit immer schon führen, nur eben . . . vorwiegend im Rahmen der Verfassung mit den von ihr . . . zumindest nicht ausgeschlossenen Mitteln, . . . muss die Forderung nach schärferer Gegnerbekämpfung den Charakter des Rufs nach gewaltsamem Vorgehen . . ., wie nach Sprengung der diese Gewaltsamkeit hindernden verfassungsfesseln . . . annehmen. Damit aber ist die Beschreibung der wesentlichsten Eigentümlichkeiten eines faschistischen Potentials, was seine politische Mentalität angeht, gegeben.« (592)

In der »gesamten Faschismus-Debatte« gehe es »letztendlich nur« darum, ob die Mittelschichten dem faschistischen oder dem linken Block zuneigen (603). Sie haben unter der Monopolisierung zu leiden, sind aber – so Opitz – von ihrer sozialen Stellung her zur »Unselbständigkeit und Orientierungslosigkeit« (593) verdammt und tendieren unweigerlich ins »Irreal-Illusionäre«, zusammengehalten vor allem durch das »bloße gemeinsame Ressentiment gegen den Gegner« (593).

»Eben diese Fähigkeit zu einer realistischen Machtprogrammatisierung geht dem nichtmonopolistischen Faschismus, der nicht einmal seine eigenen Anhänger konzeptionell zu vereinigen vermag, aufgrund seiner gesamten eigenen Konstitutionsbedingungen ab. Sie kann daher immer nur von aussen in ihn hineingetragen werden.« (594)

Der Machtsinn der Führer – sie mußten ihn bei der eigenen Durchsetzung in ihrer Organisation beweisen – leitet sie auf das einzig reale »Machtkonzept«, das in den ge-

sellschaftlichen Machtverhältnissen für sie beschlossen ist, und zwar dem,

»ihre Bewegung dem Monopolkapital als diejenige politische Formation anzubieten, die bereit wäre, rücksichtslos mit seinen Gegnern Schluss zu machen und ihm einen politisch völlig störungsfreien, keinerlei Integrationskompromisse mehr erforderlich machenden Staat zu garantieren, wenn es sie hierzu nur beriefe. Es ist die objektive Alternativlosigkeit des blossen faschistischen Stimmungsbundes, dem sie vorstehen, der ihnen, wenn sie zur Macht wollen, gar keinen anderen Weg als diesen Weg der Machtbewerbung lässt.« (594)

Für Opitz ergibt sich daraus auch, daß der Terminus »Machtergreifung« täuschend ist und nur »Machteinsetzung« den Vorgang erfaßt. Mangels einer faschistischen Massenbewegung kann das Monopolkapital in der gleichen Situation und zur selben Funktion auch eine faschistische Militärjunta einsetzen (598). Die beiden Möglichkeiten bestimmen »zwei gleichrangige Formen« des Faschismus. Opitz glaubt auf diese Weise sowohl »ein Verständnis für die Ursachen und den Zusammenhang der irritierend paradoxen Anzeichen von Autonomie und Nichtautonomie faschistischer Massenbewegungen« begründet zu haben als auch erklären zu können, warum solche Parteien sich »regelmäßig und notwendig im Augenblick ihrer Machteinsetzung als bloße Vollstrecker der monopolkapitalistischen Interessen erweisen . . .« (599).

Gegen diese zweifellos gehaltvolle Theorie lassen sich einige Einwände machen. Unübersehbar ist sie durch Abstraktion und Verallgemeinerung aus der Entwicklung des deutschen Faschismus, also vor allem der NSDAP und ihrem Regime gewonnen. Es fragt sich, ob diese Art von historischer Verallgemeinerung tragfähig ist. Der Einwand erhält erst sein volles Gewicht, wenn man die Theorien des Politischen und des Ideologischen, des Zusammenhangs von Klassenlage und Bewußtsein usw. expliziert, die bei dieser Verallgemeinerung leitend waren. Auch wer diese Bedenken nicht teilt, wird finden, daß über das konkrete Wie der Gewinnung und Erhaltung faschistischer Massenbasis bei Opitz nichts gesagt ist. Die souveräne Interessenkalkulation »des Monopolkapitals« und der realistische Machtsinn von Führern faschistischer Meinungsverbände oder von Offizieren greifen ineinander. Der Rest ist Vollstrecker-Rolle im Dienste des Monopolkapitals, für die Trägermassen eine bewußte propagandistische Bewußtseinsfälschikation. Interessenkalküle und Sozialdemagogie – aber ist damit das Masonsche Argument² von den selbstzerstörerischen Zügen des Nazismus entkräftet? Ist damit der Status des »Führers« erklärt? Droht nicht ein Antifaschismus, der gegen falsifiziertes Bewußtsein versucht, Klassenbewußtsein, d. h. Bewußtsein von der unmittelbaren materiellen Interessenlage anzusetzen, komplexe kulturelle und ideologische Dimensionen zu verfehlen und damit in der Realität in rationalistischer Hilflosigkeit zu versagen? Die Opitzsche Theorie ist besser als bisherige Theorien geeignet, die Generalstabsdimension von Faschisierungsprozessen zu erkennen, mithin lebensgefährliche Naivitäten abzutun und die demokratische Bewegung auf das vorzubereiten, was sie wirklich erwartet. Aber die Wirklichkeit ist komplexer, als sie in dieser Perspektive erscheint, und es fragt sich, ob nicht die alte Zweiteilung, die schon am Anfang der Argument-Diskussion formuliert wurde, zehn Jahre später noch immer besteht: Bei der – besser als zuvor gelungenen – Erfassung der objektiven Funktion faschistischer Herrschaft entgleitet die Massenbewegung und die ideologische Qualität und relative Verselbständigung des Faschismus dem Verständnis. Antifaschistische Politik ist nicht ungestraft verständnislos nach dieser Seite hin.

Karin Priester kritisiert nun den »Ökonomismus« bei Opitz und stellt dem die These entgegen, die Spezifik des Faschismus sei »im Überbau« zu suchen. Wieder ist

das Wie die große Frage. Fruchtbar ist es auf jeden Fall, mit Rabinbach die Spannung zwischen Bewegung und Herrschaftsfunktion zum leitenden Gesichtspunkt zu machen, der die spezifische Qualität des Faschistischen erschließt. Karin Priester vermag jedoch nicht die Wucht des Ideologischen im Faschismus zu erfassen, wenn sie ihn als »Diktatur ohne Hegemonie mit hohen konsensuellen Anteilen in Form eines Machtblocks« bestimmt und seine (staatliche) ideologische Praxis wie folgt charakterisiert:

»Es findet daher eine dauernde Pseudopolitisierung statt, die reale Partizipation vorenthält und daher nicht rationale Identifikation, sondern nur Identifikation über uneingelöste Versprechungen und über die spannungsgeladene Realität überhöhende Mythen und Symbole ermöglicht.« (Priester 1979)

Die mit Laclau u. a. vollzogene Abkehr von Ökonomismus und Klassenreduktivismus, der Versuch, mit den politiktheoretischen Kategorien Gramscis – vor allem der Theorie der Hegemonie und des historischen Blocks – zu arbeiten, verspricht, wenn nicht zum entgegengesetzten Extrem des »Politizismus« übersteigert, eine entscheidende Ergänzung der »generalstabmäßigen« Gesichtspunkte. Dazu ist es unerlässlich zu versuchen, der Laclau'schen Übertragung der Kategorie der *Verdichtung* aus der Psychoanalyse in die Theorie des Ideologischen und der Politik mehr Substanz zu erobern.

(Teil II folgt)

Anmerkungen

1 Bereits ein Heft zuvor war, inspiriert vor allem durch W. Reich, der Zusammenhang von ideologischer Struktur und psychischer Verarbeitung der sozialen Kämpfe als wichtiges Erkenntnisobjekt dargestellt worden: »... eine Forschungsrichtung . . ., die in den heute (in Ost und West) gängigen Theorien über den Faschismus weitgehend vernachlässigt wird« (vgl. Westphal 1965).

2 Inzwischen hat auch Mason seine Forschungsergebnisse veröffentlicht und einen umfassenden Einblick in die Lage und die Aktivität der Arbeiterklasse unterm Nazismus vermittelt. Wichtig in unserem Zusammenhang ist der Nachweis der relativ geringen positiven Wirkung der NS-Ideologie auf die Arbeiter, die vielmehr mit Resignation und – in der Kriegskonjunktur – mit Ausnutzung ihrer starken Position auf dem Arbeitsmarkt reagierten. Der passive und aktive Widerstand aus der Arbeiterklasse hat nach Masons Erkenntnis die militärische Kraft des Nazismus erheblich geschwächt. Ihre anhaltende partielle Desintegration ins Regime dürfte einer der Faktoren gewesen sein, die dessen ideologischen Prozeß dynamisierten. Vgl. T. W. Mason: 1975 u. 1977. S. dazu die Rezension von Klaus Wernecke in diesem Heft.

Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang: Zur Rolle des Antikommunismus heute, in: Argument 87/1974. Nachgedruckt in: W. Abendroth, Faschismus und Antikommunismus, Argument-Studienheft SH 5, 1978.
- Czeskleba, Rolf: »Faschistische Ideologie«, in: Argument 33/1965.
- Czichon, Eberhard: Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Argument 47/1968. Wiederveröffentlicht in: Mason u. a., Faschismus-Diskussion, Argument-Studienheft SH 6, 1978.
- Dimitroff, Georgi: Arbeiterklasse gegen Faschismus (1935), in: Kühnl 1974.
- Fichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Band I, Berlin/DDR 1969.
- Eichholtz, Dietrich, und Kurt Gossweiler: Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933–1945, in: Argument 47/1968. Wiederveröffentlicht in: Mason u. a., Faschismus-Diskussion, SH 5.
- Gossweiler, Kurt: Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932. Berlin/DDR 1971.

- Haug, Wolfgang Fritz, u. a.: Ideologische Komponenten in den Theorien über den Faschismus, in: *Argument* 33/1965.
- Ders.: Faschismus-Theorie in antifaschistischer Perspektive, in: *Argument* 87/1974.
- Ders.: Der Hilflose Antifaschismus, 4. erweiterte Aufl., Köln 1977.
- Kühnl, Reinhard (Hrsg.): *Texte zur Faschismuskussion I*, Reinbek 1974.
- Laclau, Ernesto: *Faschismus und Ideologie*, 1979 (in diesem Heft).
- Mason, Tim W.: Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: *Argument* 41/1966. Wiederveröffentlicht in: Mason u. a., *Faschismus-Diskussion*, SH 5.
- Ders.: Primat der Industrie? – Eine Erwiderung, in: *Argument* 47/1968. Wiederveröff. in: Mason u. a., *Faschismus-Diskussion*, SH 5.
- Ders.: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Köln 1975.
- Ders.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Opladen 1977.
- Opitz, Reinhard: Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: *Argument* 87/1974.
- Priester, Karin: *Faschismus und Massenbewegung*, 1979 (im vorliegenden Heft).
- Rabinbach, Anson G.: Marxistische Faschismustheorien: Ein Überblick, in: *Ästhetik und Kommunikation* 26/1976 und 27/1977.
- Reich, Wilhelm: *Massenpsychologie des Faschismus* (1933), in: Kühnl 1974 (Auszüge).
- Westphal, Reinhart: *Psychologische Theorien über den Faschismus*, in: *Argument* 32/1965.

Im Erscheinen:

AS 40 Theorien über Ideologie (Projekt Ideologie-Theorie)

S. Hall: Geschichte der Ideologie-Theorien. *E. Volker*: Marx und Engels. *W. F. Haug u. W. Elfferding*: Lenin. *R. Nemitz*: Lukács und Kritische Theorie. *W. Elfferding u. E. Volker*: Gramsci. *W. F. Haug*: Ideologie-Theorie in der DDR. *Bauer u. a. H. Bosch u. J. Rehmann*: Althusser. *M. Behrens u. Th. Laugstien*: Neuere bürgerliche Ideologietheorien: Luhmann und Berger/Luckmann. *W. F. Haug*: Umriss einer Ideologie-Theorie.

ARGUMENT-STUDIENHEFTE SH Die kleine Argument-Bibliothek

SH 5 W. Abendroth: Faschismus und Antikommunismus

(aus: *Argument* 58/1970; *Argument* 87/1974) 19 S.; 2,50 DM

SH 6 Mason/Czichon/Eichholtz/Gossweiler: Faschismus-Diskussion (I)

(aus: *Argument* 41/1966; *Argument* 47/1968) 75 S.; 4,50 DM

SH 29 Tjaden/Griepenburg/Kühnl/Opitz: Faschismus-Diskussion (II)

Griepenburg/Tjaden: Faschismus und Bonapartismus (aus: *Argument* 41/1966); *R. Kühnl*: Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus; *R. Opitz*: Fragen der Faschismuskussion (beide aus: *Argument* 58/1970); *R. Kühnl*: Der deutsche Faschismus in der neueren Forschung (aus: *Argument* 78/1973), 77 S.; 5,- DM

Karin Priester

Faschismus und Massenbewegung

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem faschismustheoretischen Ansatz von R. Opitz

I.

Vor nunmehr fünf Jahren schrieb R. Opitz seinen Aufsatz »Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus« (Opitz, 1974, Argument 87) in dem er, basierend auf einer sehr kenntnisreichen Auseinandersetzung mit den bis dato diskutierten Faschismustheorien bürgerlicher und linker Provenienz, eine eigene Faschismusdefinition vorlegte, die eine Lösung des zentralen theoretischen Problems zu geben versprach, das Opitz umschrieb:

»Eine genetische Faschismustheorie hat die Aufgabe, die Fragen dieser beiden Problemebenen (nämlich 1. wie sich faschistische Potentiale und Mentalitäten bilden und 2. wie es zur Errichtung der faschistischen Diktatur, zum Übergang von parlamentarischer Demokratie zu faschistischer Herrschaft kommt, K. P.) so zu beantworten, daß der zwischen ihnen bestehende *innere Zusammenhang* sichtbar wird, ihre Antwort also das in der Wirklichkeit der Gesellschaft zwischen den beiden Ebenen in ihrer zeitlichen und sachlichen Geschiedenheit doch gegebene Kontinuum ans Licht zu heben und damit der Erscheinung des *Faschismus als Bewegung* und die Erscheinung des *Faschismus als Herrschaftssystem* in ihren jeweiligen Entstehungsursachen und der Art ihres Zusammenhängens miteinander in einer einzigen kohärenten Theorie zu erklären.« (S. 583, Hervorhebung von mir, K. P.)

Opitz bezeichnet damit präzise das Problemfeld, ohne allerdings – und das wird im folgenden zu zeigen sein – der Lösung des Problems auch nur einen Schritt näher zu kommen.

Die folgenden Ausführungen können nicht für sich beanspruchen, diese Lösung gefunden zu haben, sondern wollen, ausgehend von einer Kritik des Opitz-Aufsatzes, diejenigen Aspekte herausarbeiten, die stärker ins Blickfeld gerückt werden müßten. Dabei werde ich stärker als bisher in der hiesigen Faschismus-Diskussion üblich auf dem Hintergrund des italienischen Faschismus argumentieren. Ich gehe dabei von folgender Leitfrage aus: Ist der Faschismus ein »reaktionäres Massenregime« (Togliatti), d. h. ist eine Massenbewegung und – daraus resultierend – eine spezifische, prozessual sich überlagernde Struktur in Form eines Machtblocks konstitutives Merkmal von Faschismus oder ist das Kriterium der Massenbewegung/-basis nur akzidentelle Beigabe, die in einem theoretischen Erklärungszusammenhang unberücksichtigt bleiben kann? Opitz beantwortet die Frage eindeutig, indem er mit Blick auf die an die Marxsche Bonapartismus-Theorie anknüpfenden Theoretiker erklärt: »Sollte Faschismus in Zukunft häufiger ohne eine Massenbewegung installiert werden, dann wird es auf die Dauer nichts helfen, unter Verweis auf die eigene Definition zu erklären, dies sei kein Faschismus.« (589) Er selbst unterscheidet daher zwei mögliche Formen von Faschismus (Faschismus mit Massenbewegung; Faschismus ohne eine solche in Form von Militärdiktaturen), wobei er den Unterschieden zwischen beiden Formen lediglich *praktische* Bedeutung im Hinblick auf die jeweils unterschiedlichen antifaschistischen Strategien beimißt, ohne hinreichend in Rechnung zu stellen, daß praktische Fragen immer auch theoretische Fragen sind (vgl. dazu Kadritzke, 1976, S. 182 ff.). Opitz plädiert damit für einen neuerdings auch von Kühnl

(1979, S. 213 ff.) kritisierten *weiten* Faschismusbegriff, und es wird zu zeigen sein, daß er damit die Spezifik des Faschismus völlig verfehlt. Die methodischen Defizite und ungelösten Widersprüche seines Ansatzes treten offen zu Tage, wenn es heißt: »So stellt vor allem das Problem der Massenbasis, so wenig sich diese zum Definitionskriterium des Faschismus eignet, eine in die Erörterung des gesellschaftlichen Entstehungszusammenhangs zentral gehörige Frage dar, weil sich in der Tat nur aus der Massenbasisproblematik der Faschismus erklären läßt.« (582)

So wichtig es ist, die Analyse auf die soziale Funktion des Faschismus zu konzentrieren, so problematisch ist es doch, sie auf den Faschismus *an der Macht* zu reduzieren und unter der sozialen Funktion lediglich die Durchsetzung monopolkapitalistischer *ökonomischer* Interessen zu verstehen. Denn damit verliert Opitz die von ihm selbst als zentral angesprochene Frage nach der *inneren* Verbindung von Faschismus als Bewegung und Faschismus als Herrschaftsform aus dem Blick und verkennt, daß die soziale Funktion des Faschismus auch *wesentlich* in einer spezifischen Form von Massenintegration bestand, deren Erscheinungsformen allerdings historisch durchaus variabel sind. So ist es theoretisch sicherlich unabdingbar, zu unterscheiden zwischen historisch kontingenten Erscheinungsformen (z. B. den konkreten Inhalten der jeweiligen faschistischen Ideologien) und wesentlichen Merkmalen (Antikommunismus, eine in spezifischer Weise erzwungene Klassenkollaboration, Imperialismus, Dominanz des Großkapitals etc.). Im Unterschied zu Militärdiktaturen, die Opitz unter der Voraussetzung bereits vorhandener monopolkapitalistischer Strukturen ebenfalls zum Faschismus zählt, stellt dieser wegen des immer präsenten ambivalenten Zusammenhangs zwischen Bewegung und Regime eine spezifische Herrschaftsform dar, die nie einheitlich ist, sondern immer in Bewegung (vgl. Togliatti, 1973, S. 32). Dieser mit dem Problem der Massenintegration zusammenhängende Prozeß bringt nun eine Reihe von Widersprüchen, inneren Kämpfen, Richtungswechseln und Ambivalenzen mit sich, die im faschistischen Herrschaftssystem immer wieder vermittelt über die Integrationskraft des Führers – ausgetragen werden müssen durch ein ständiges Ausbalancieren von Gewalt und Konsens. Obwohl Opitz also die Notwendigkeit einer genetischen Faschismustheorie betont und damit konzidiert, daß die Art des Zustandekommens auch in ihren ideologischen Vermittlungsformen und die daraus resultierende Spezifik von Massenintegration ein ganz entscheidendes Problem einer Faschismustheorie ist, geht er in seiner eigenen Faschismus-Definition (600) dann nur noch von den Wirkungen aus und erfaßt damit – wie auch die meisten DDR-Historiker – nur die objektive *ökonomische* Funktion des Faschismus.

Meine Einwände lassen sich dahingehend präzisieren, daß Opitz trotz seines Problembewußtseins letztlich einem ökonomistisch verkürzten Ansatz verhaftet bleibt, der ihn insbesondere zu einer völligen Fehleinschätzung faschistischer Ideologie, zu einer Mißachtung der Ambivalenz des faschistischen Massenpotentials, generell zu einer Unterbewertung der relativen Eigendynamik der politischen und ideologischen Sphäre und damit letztlich zu einer falschen Faschismus-Definition führt. Dies werde ich im folgenden näher ausführen.

II.

Beginnen wir mit der Faschismus-Definition, mit der Opitz an die von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vorgetragene Fassung anknüpft, die als *politische* Aussage in einer bestimmten historischen Situation

auch als Überwindung der vorher propagierten Sozialfaschismus-These, einen wichtigen Entwicklungsschritt darstellt, gleichwohl aber theoretische Defizite aufweist. Opitz' Definition lautet in ihrer vollständigen Fassung:

»Faschismus ist diejenige terroristische Form der politischen Herrschaft des Monopolkapitals, die alle politischen Organisationen, in denen sich objektive Interessen der nicht-monopolistischen Schichten artikulieren – also vor allem und in erster Linie die genuine Organisationen der Arbeiterklasse – der Illegalisierung und Verfolgung aussetzt.« (601)

Ohne die Inhumanität faschistischer Regime bemängeln zu wollen, muß doch festgestellt werden, daß das Unterscheidungskriterium »Terror«, von Opitz definiert als »unbegrenzte Gewaltanwendung nach Maßgabe allein des politischen Opportunitätsurteils der Gewalthaber« (600) in hohem Maße irreführend ist und die Indikatoren für Terror selbst unzureichend sind (vgl. Lüdtké, 1976, S. 230). Denn erstens räumt Opitz selbst ein, daß punktueller, staatlich ausgeübter Terrorismus auch in formal-demokratischen Staaten auftreten kann, für sich genommen also kein Unterscheidungskriterium ist, und zweitens verfehlt Opitz damit die Spezifik des Faschismus, dem es gerade gelungen ist, ein hohes Maß an ideologisch vermitteltem *Konsens* unter der Masse des Kleinbürgertums und Teilen der Arbeiterschaft herzustellen. Daß z. B. der italienische Faschismus mehr als nur punktuellen Terror angewandt habe, wird man ernsthaft nicht behaupten wollen. Im Gegenteil wurde schon 1923/1924 gerade unter den aus dem Nationalismus herkommenden Vertretern des Großkapitals der Ruf nach »Normalisierung« und die Forderung nach Ausschaltung der squadristischen Schlägertrupps und des gewalttätigen Agrarfaschismus mit seinen Provinz-Führern Arpinati, Grandi, Farinacci etc. laut, die als potentiell systembedrohende oder doch zumindest als den Arbeitsfrieden störende Exponenten der auszuschaltenden kleinbürgerlich-plebejischen Komponenten im Faschismus galten. Ja man kann sagen, daß in dem Maße, wie die kleinbürgerlichen, vage anti-kapitalistischen Elemente an den Rand gedrängt wurden (die Ausschaltung Farinaccis als Parteisekretär erfolgte 1926), nachdem sie zu laut nach einer »zweiten Revolution« gerufen hatten, auch die von ihnen praktizierten Formen individueller Willkür und physischer Gewaltanwendung in die Latenz verwiesen wurden zugunsten einer institutionellen Aufwertung staatlicher Instanzen vor denen der Partei, deren Ambivalenz auch durch fortwährendes Auswechseln der Kader reduziert werden mußte. Gerade der bis 1932, also bis zum Zeitpunkt der vollständigen institutionellen Konsolidierung des faschistischen Staates amtierende Justizminister Rocco war als unzweideutiger Vertreter großkapitalistischer Interessen ein Mann autoritärer Staatlichkeit, der mit seinem Gesetzgebungswerk den italienischen Faschismus zwar zu einem totalen, aber auch zu einem Rechtsstaat mit eigener Legalität machte (vgl. Schwarzenberg, 1977).

Das Kriterium des Terrors ist also nicht nur unzureichend wegen der von Opitz selbst vorgebrachten Einschränkungen, sondern auch aus dem von ihm vernachlässigten Grunde: Der Faschismus konnte sich weitgehend auf den *Konsens* breiter Teile der Mittelschichten stützen (vgl. Petersen, 1977, S. 130 ff.). Was die letzte Spezifizierung seiner Definition angeht – Faschismus sei dasjenige Herrschaftssystem des Monopolkapitals, das alle politischen Organisationen, in denen sich die Interessen aller nicht-monopolistischen Schichten artikulieren, der Verfolgung und Illegalisierung aussetze – so übersieht er, daß der Faschismus *alle* nicht-faschistischen politischen Organisationen einschließlich der in Italien seinerzeit sehr einflußreichen Freimaurerlogen ebenfalls illegalisierte, denen man in ihrer Gesamtheit aber wahrlich nicht unterstellen

kann, sie hätten die objektiven Interessen nicht-monopolistischer Schichten vertreten. Auf die Gründe hierfür wird zurückzukommen sein.

Besonders eklatant werden Opitz' Unzulänglichkeiten bei der Erörterung der Ideologie und Mentalität des kleinbürgerlichen Protestpotentials (591 ff.). Lapidar heißt es dazu: »Das Kennzeichen dieser Mentalität besteht, auf einen Satz gebracht, darin, daß sie aus dem imperialistischen Feindbild die Gewaltkonsequenz zieht und nach deren praktischer Einlösung verlangt.« (592) Als Merkmale dieser Mentalität nennt er: Chauvinismus, Rigorismus, Irrationalismus und betont, daß es sich dabei nicht um eine genuin mittelständische Ideologie, sondern immer nur um adaptierte imperialistische Ideologie handele. Auf die Frage, wie denn diese ihren wirklichen Interessen widersprechende Ideologie in die Köpfe des Kleinbürgertums gelange, kann Opitz nur in der Art der Priestertrug-Theorien antworten: durch bewußte und willentliche Verfälschung des Bewußtseins, von ihm »Falsifikationsmechanismen« genannt (vgl. dazu auch Kühnl, 1979, S. 229). Mit dieser Charakteristik, die in der faschistischen Ideologie und Mentalität nur eine *graduelle* Zuspitzung ohnehin vorhandener imperialistischer Ideologeme sieht, verfehlt Opitz die Spezifik faschistischer Ideologie, die ja gerade *die* Massenintegration hat leisten können, zu der die traditionellen bürgerlichen Parteien, auch die explizit imperialistischen, wie z. B. die Nationalistische Partei in Italien, nicht in der Lage waren. Natürlich waren die faschistischen Ideologien auch unbestreitbar imperialistisch, chauvinistisch und irrational, aber sie griffen auch andere, anti-kapitalistische Topoi auf, auf denen überhaupt erst ihre Anziehungskraft als die angeblich große Systemalternative und als »dritter Weg« zwischen Sozialismus und Kapitalismus beruhte. Opitz selbst spricht an anderer Stelle (593) von den antimonopolistisch-mittelstandsfreundlichen Versprechungen faschistischer Propaganda, eine Bemerkung, mit der er selbst ungewollt auf die Ambivalenz kleinbürgerlich-faschistischen Potentials hinweist, ohne daraus aber Konsequenzen zu ziehen.

III.

Beginnen wir mit einigen Vorbemerkungen, bevor wir diesen, wie mir scheint zentralen, Punkt wieder aufgreifen. Eine faschismustheoretische Untersuchung hat auszugehen von der *Krise* des kapitalistischen Systems um die Jahrhundertwende und insbesondere nach dem 1. Weltkrieg, die ihren Ausdruck fand in einer Veränderung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, von Massen und Politik. Art und Umfang dieser Krise wurden durch nationalgeschichtliche Besonderheiten geprägt und zeigten wiederum nationalgeschichtlich besondere Verlaufsformen und Intensitätsgrade. Die Krisenlösungsmechanismen reichen daher von der New-Deal-Politik Roosevelts über die Maßnahmen der Labour-Regierung unter Mc Donald bis hin zur Installierung faschistischer Herrschaftssysteme. Der Unterschied zwischen diesen Lösungsmechanismen liegt nun allerdings nicht wesentlich auf dem Gebiet ökonomischer bzw. wirtschaftspolitischer Maßnahmen. In dieser Hinsicht war der Faschismus ordinärer Kapitalismus ohne vorgefaßte Programmatik, der – wie jeder kapitalistische Staat – das Geschäft der jeweils dominierenden Wirtschaftsgruppen betrieb, ohne deswegen jedoch in jedem Einzelfalle deren Partikularinteressen zu exekutieren. Eine gewisse Eigenständigkeit der faschistischen Exekutive, die nicht gleichzusetzen ist mit ihrer »Verselbständigung«, kann gar nicht in Abrede gestellt werden (vgl. dazu auch

Kühnl, 1979, S. 200 ff.). Der italienische Faschismus begann mit einer Phase ausgesprochen liberaler Wirtschaftspolitik nach dem von Mussolini ausgegebenen Motto: starker Staat, aber kein ökonomischer Staat. Erst unter dem Druck der ökonomischen Entwicklung ging er zu stärkeren Staatseingriffen über, die allerdings immer nur subsidiär als letzte Rettungsmaßnahme konzipiert und gehandhabt wurde. Auch die in den dreißiger Jahren praktizierte Form einer »mixed economy« hatte lediglich Rettungscharakter und führte nicht zu einer institutionellen Konsolidierung der Staatsindustrien (vgl. Castronovo, 1973, S. 83). Auch der vom italienischen Faschismus als eigenständige und originelle wirtschaftspolitische Konzeption propagierte Korporativstaat blieb toter Buchstabe, hatte allenfalls ideologisches Gewicht und erhöhte lediglich die Möglichkeit stärkerer bürokratischer Repression und Kontrolle (vgl. dazu Thamer, 1977, S. 215).

Das theoretische Interesse muß sich daher stärker als bisher auf den politisch-ideologischen Bereich erstrecken und die Lösung der Frage, worin denn die Spezifik und Besonderheit faschistischer Regime liege, im Überbau suchen. Hier nun scheint mir das Problem der Massen und seine Behandlung durch den Faschismus von zentralem Interesse. Dabei ist der schon von Lüdtke aufgeworfenen Frage nachzugehen, »ob faschistische Regime nicht als Herrschaftsform und damit auch in ihrem politischen *Wesen* dadurch gekennzeichnet sind, daß sie exzessiv gesteigerte Repression im Alltagsleben verkoppeln mit vielfältigen, weniger direkt-gewaltsamen Formen der Gehorsamssicherung und der Steuerung der Massen.« (Lüdtke, 1976, S. 213) Mit anderen Worten: es ist die Frage nach der inneren Dialektik von Herrschaftsform und Herrschaftsinhalt zu stellen und danach zu fragen, ob der Zusammenhang zwischen beiden Dimensionen nicht gerade durch die spezifische Weise der Massensteuerung bestimmt ist. Indem Opitz die Dialektik von Form und Inhalt auseinanderbricht, läßt er

»die begriffliche Anstrengung vermissen, zwei Elemente miteinander zu vereinigen, miteinander in Verbindung zu bringen: die Diktatur der Bourgeoisie und die Bewegung der kleinbürgerlichen Massen. Ohne Zweifel bereitet das Verständnis einer wechselseitigen Beziehung, die Verbindung zwischen diesen beiden Komplexen, vom theoretischen Standpunkt her Schwierigkeiten. Und doch muß man gerade diese wechselseitige Beziehung verstehen.« (Togliatti, 1973, S. 8)

IV.

Die vorhin angesprochene Krise des Kapitalismus mit ihrer Labilität im Verhältnis von Staat und Gesellschaft weitet sich in Italien und Deutschland aufgrund historischer Besonderheiten und spezifischer, hier nicht zu erörternder Zusatzbedingungen (vgl. dazu Winkler, 1978, S. 82) aus zu einer allgemeinen Autoritätskrise, in der es dem bislang herrschenden Machtblock mit traditionellen Mitteln nicht mehr gelingt, die nötige Massenintegration zu leisten. Germani (1975) hat diese Krise im Zusammenhang mit der »primären«, von der Arbeiterbewegung ausgehenden, und der »sekundären«, vom Faschismus als Antwort darauf ausgehenden Mobilisation erörtert, und auch Opitz geht, allerdings nur implizit und ohne den Zusammenhang zwischen beiden Entwicklungen zu analysieren, auf diese zwei Formen von Massenmobilisierung ein (590 f.). Die Existenz einer auf Massenbasis organisierten Arbeiterschaft, die unter bestimmten Bedingungen bis in die Mittelschichten hineinwirken kann, bedingt als Antwort auf Seiten der herrschenden Klasse, daß sie den Kampf um diese ambivalente und in Krisenzeiten disponible Mitte als *der* entscheidenden Domäne des ideo-

logischen Klassenkampfes (vgl. Laclau, 1977, S. 108 f.) aufnimmt und politisch nicht *als solche* herrschen kann, sondern in der Form eines von ihr dominierten Machtblocks, der *ideologisch* als *Interklassismus*, als Versprechen eines dritten Weges auftreten muß, um die Mittelschichten an den Machtblock zu binden. Es erscheint mir daher mißverständlich, vom Faschismus als Herrschaft *des* Finanz- oder Monopolkapitals zu sprechen.

Dieser Kampf um die Mitte kann nun in sozialdemokratischen, christlich-konservativen oder eben faschistischen Formen geschehen, die alle ideologisch ihrem Anspruch als Integrations- und Volkspartei dadurch Rechnung tragen müssen, daß sie, mit unterschiedlicher Akzentuierung, für sich beanspruchen, einen »dritten Weg« einzuschlagen.

Die Frage, die nun ansteht, lautet: Gelingt es der Bourgeoisie, aus sich selbst heraus eine solche massenintegrierende Volkspartei hervorzubringen bzw. kann sie sich auf eine starke sozialdemokratische Partei stützen, die nicht mehr im Verdacht systemoppositioneller Ziele steht? Für Italien muß dies für die Zeit nach dem 1. Weltkrieg verneint werden. Die sozialistische Partei war gespalten und zu großen Teilen einem verbalradikalen Maximalismus verhaftet; die als Konkurrenz dazu geschaffene katholische Popolare-Partei zu jung, um ihre Aufgabe wirkungsvoll zu erfüllen; der Rest des Bürgertums verharnte in den alteingefahrenen Bahnen des *trasformismo*¹, der Klientelwesen und Honoratiorenstrukturen zur Voraussetzung hat. Mussolini aber bot eine massenwirksame interklassistische Lösung, die als sekundäre Mobilisation des Kleinbürgertums der primären, potentiell systemüberschreitenden Mobilisierung der Arbeiterbewegung entgegengestellt werden konnte. Der Erfolg dieses Weges beruhte nun nicht in erster Linie auf dem von Opitz skizzierten Prozeß: verängstigte und wirtschaftlich bedrohte Mittelschichten übernehmen die von außen, von der imperialistischen Bourgeoisie an sie herangetragene Ideologie, die sie ihrerseits nur zur letzten, gewaltsamen Konsequenz vorantreiben, sondern auf viel komplexeren Zusammenhängen, deren charakteristisches Merkmal interklassistisches Ambivalenz und Widersprüchlichkeit ist. Dies kann für den italienischen Faschismus *durchgängig* bis zum Schluß aufgezeigt werden und ist z. B. von Hennig auch für Deutschland hervorgehoben worden (Hennig, 1977). Die Funktion des Faschismus bestand gerade darin, *genuin* mittelständische Aspirationen nach einem starken Staat, der *sowohl* gegen die existenzbedrohende Konzentration des Kapitals vorgehen, als auch eine Sittierung des von »unten« forcierten Klassenkampfes erwirken sollte, ihrer Sprengkraft zu entkleiden und in rechte Bahnen zu lenken. Indem der Faschismus faktisch die Diktatur der Bourgeoisie errichtete, ideologisch aber als Systemalternative auftrat, mußte er, worauf schon Gramsci und Togliatti hingewiesen haben, alle Widersprüche und Konflikte in sich reproduzieren, die normalerweise im Kampf zwischen unterschiedlichen Parteien ausgetragen werden. Dies läßt sich zeitlich anhand der verschiedenen Phasen des Faschismus und am Beispiel der faschistischen Ideologie nachweisen.

V.

Bis 1922 stützte sich Mussolini auf die Schwarzhemden, den gewalttätigen Agrarfaschismus, scharte D'Annunzianer und alte Anarcho-Syndikalisten um sich und verlieh ihren Hoffnungen Ausdruck durch eine produktivistisch eingefärbte Ideologie

mit systemoppositionellen Elementen. Nach 1923 machte sich verstärkt der Einfluss der nunmehr mit der faschistischen Partei fusionierten Nationalisten geltend mit dem vorrangig durch Alfredo Rocco propagierten Imperialismus und staatlichen Autoritarismus. In dem Maße aber, wie diese Ex-Nationalisten auf eine »Normalisierung« der Verhältnisse drängten, wurde unter den kleinbürgerlichen Kräften der Ruf nach einer »zweiten Revolution« laut. Obwohl Mussolini sich in der Matteotti-Krise noch einmal auf Farinacci als dem Wortführer kleinbürgerlicher Intransigenz stützte, wurde dieser 1926 abgesetzt. Zwischen 1925 und 1932 kam es unter der Ägide Rocco und Federzoni, beides Exponenten der Großindustrie und Ex-Nationalisten, zum Aufbau des Totalen Staates. Doch als Anfang der dreißiger Jahre ein Abflauen des Massenkonsenses spürbar wurde, vollzog Mussolini abermals eine Wende hin zum Volke; er leitete die Phase der sog. »Volkspolitik« ein, die um 1935/1936 ihre größten Erfolge erzielte. Auch das Ende des Faschismus, seine Rückbesinnung auf seine pseudo-revolutionären Ursprünge während der Republik von Salò (1943–1945) ist bekannt und markiert eine abermalige Schwenkung.

Dieses Spielen auf verschiedenen Tastaturen ist aber nur möglich und vor allem *nötig*, weil der Faschismus eine spezifische Doppelbödigkeit aufweist, die bewirkte, daß die kleinbürgerlichen Elemente zwar sozial nie ihre Interessen haben durchsetzen können, gleichwohl aber als latenter und nie ganz ausgeschlossener Drohfaktor in Rechnung gestellt werden mußten.

Die Ambivalenz läßt sich auch im Bereich der faschistischen Ideologie selbst nachweisen. Namen wie Evola, Bottai, Farinacci, Rocco, Gentile, Spirito und Mussolini selbst sind nur ein kleiner Hinweis auf die innerfaschistische Pluralität. Nur wenn man, wie Nolte, im faschistischen Führer den allein legitimen Verkünder faschistischer Ideologie sieht, kann man diese Heterogenität übersehen, die nicht nur zu ständigen internen Konflikten geführt hat, sondern z. T. direkt konterproduktiv war. Dies soll an zwei Beispielen illustriert werden, am Beispiel der von Ugo Spirito vertretenen Forderung nach Besitzkorporationen (vgl. dazu Priester, 1972, S. 308 ff.) und am Beispiel der faschistischen Universitätsgruppen, den GUF.

Auf dem 2. Kongreß für korporative Studien in Ferrara im Mai 1932 trug Spirito als Vertreter des Linkskorporativismus seine Forderung nach Besitzkorporationen vor, die die Überwindung des im Nebeneinander von faschistischer Gewerkschaftsbewegung und Korporationen noch vorhandenen Klassenkampfes dadurch anstrebte, daß er den Privatbesitz an Produktionsmitteln abschaffen und die Arbeiter zu Besitzern der Korporationen machen wollte. Obwohl diese These offiziell sofort zurückgewiesen wurde, trat doch ein Großteil der Kongreßteilnehmer, unter ihnen faschistische Gewerkschaftsführer, Juristen, Ökonomen und Universitätsangehörige, auf die Seite Spiritos. Und selbst der Minister für die Korporationen, Bottai, sah sich genötigt, mit scheinrevolutionärer Attitüde auszuführen: das Ziel des Kongresses sei es gewesen, die Berührungspunkte zwischen Faschismus und Kommunismus zu überprüfen und die Möglichkeiten eines konkreten, auf die Realität angewandten Antikapitalismus zu studieren, die im Faschismus angelegt seien, »verstanden als ›linke‹ Kraft, die die Ideale von '89 überwindet und nicht negiert.« (vgl. Schwarzenberg, 1973, S. 64)

Ebenfalls in den dreißiger Jahren wurde im italienischen Faschismus das Problem der Jugend virulent und führte zu einer intensiven Debatte, die die inneren Widersprüche des Regimes zum Ausdruck brachte. Denn der Faschismus stellte sich der Ju-

gend nicht als traditionsgeleitete Reaktion dar, sondern als Zukunft, die ein höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit und den Aufbau einer neuen, den Kapitalismus überwindenden Gesellschaft anstreben und ein höheres Maß an Freiheit als im demokratischen Pluralismus verwirklichen wollte. Diese ideologisch produzierten Hoffnungen standen aber zutiefst im Widerspruch zu den grundlegenden Zielen des Regimes, das diesen Grundwiderspruch während seiner ganzen Geschichte nie hat lösen können. »Je erfolgreicher diese dynamischen Mechanismen waren, desto mehr war die Partei gezwungen, sie zu begrenzen oder zu eliminieren«, schreibt Germani (1975, 271), der insbesondere am Beispiel der faschistischen Universitätsgruppen aufgezeigt hat, wie der Faschismus *aus sich selbst heraus* den Übergang vieler Jugendlicher zu offener Opposition und schließlich zum Antifaschismus hervorbrachte. In der theoretischen Zeitschrift »Critica fascista« wurde 1932 die Ursache dieses im Faschismus inhärenten Widerspruchs zwischen Schein und Realität gesucht im »eingewurzelten Ungenügen unserer politischen Struktur« und die Lösung von einer »orthodoxen Häresie« erwartet, wobei allerdings im Ruf nach einer Rückkehr zu den Ursprüngen von 1919 immer wieder die Grenzen dieser offiziell geduldeten Häresie überschritten wurden. Diese noch weitgehend unerforschten, aber über eine Fülle von autobiographischem Material (vgl. Germani, 1975, S. 298 f.) zugänglichen Prozesse stellen ein weiteres Indiz für die Ambivalenz faschistischer Potentiale dar.

Mit diesen zwei Beispielen, die keineswegs aus der Frühzeit des Faschismus stammen, sondern aus einer Zeit, da die alte Garde mittelständisch-plebejischer Faschisten längst ausgewechselt war, soll hervorgehoben werden, daß der Faschismus aufgrund seiner massenintegrativen Funktion immer wieder den Ruf nach einer »permanenten Revolution« hervorbringt. Reduziert man aber die theoretische Reflexion allein auf seine ökonomische Funktion, so begibt man sich theoretisch *und* politisch der Möglichkeit, diese Ambivalenzen von ihrer Genese her genauer zu bestimmen und praktisch auf diese Widersprüche einzuwirken.

VI.

Wenn wir vorhin (Kap. IV) die spezifischen Formen sekundärer Mobilisation als Interklassismus bezeichnet haben, so ist weiter zu fragen, ob es einen qualitativen Unterschied zwischen diesen Formen gibt. Dabei kann es sich als nützlich erweisen, auf das theoretische Instrumentarium Antonio Gramscis zurückzugreifen, der zwischen hegemonialen und nicht-hegemonialen Herrschaftsformen unterschied. Hegemoniale Herrschaft liegt dann vor, wenn ein *Gleichgewicht* zwischen Staat und »bürgerlicher Gesellschaft« (in Gramscis Sprachgebrauch) gegeben ist, wenn also die ideologische und moralische »Führung« sich über die privaten Hegemonieapparate der »bürgerlichen Gesellschaft« vollzieht und die Ideologie der herrschenden Klasse als rationaler Ausdruck ihrer ökonomischen Führungsfunktion ein hohes Maß an quasi-naturwüchsiger und automatisch sich einstellender Glaubwürdigkeit hat und somit zur ideologischen Zementierung des herrschenden »historischen Blocks« wird. Hegemonie beruht ganz entscheidend auf einem inneren, organischen Zusammenhang zwischen der ökonomischen Funktion einer Klasse und ihrem ideologisch vermittelten Selbstverständnis, indem sie ihr Klasseninteresse glaubwürdig als gesellschaftliches Gesamtinteresse darstellen kann. Gerade dies aber war, worauf auch Rabinbach hinweist, im Faschismus nicht gegeben. Die seiner Heraufkunft vorangehende »Krise

der politischen Autorität forderte eine Lösung, die die ökonomische Kontrolle radikal von den Mechanismen der Ausbildung eines Massenkonsenses schied. Die ständige Instabilität zwischen faschistischer Bewegung und faschistischem Machtsystem ist ein Spiegelbild dieser inneren Spannung.« (Rabinbach, 1976/1977, S. 100) Obwohl der Faschismus zwar ein hohes Maß an Konsens unter den Mittelschichten organisieren konnte, war er – und hier scheint mir der qualitative Unterschied zu anderen interklassistischen Formen der Massenintegration zu liegen – im strengen Sinne kein hegemoniales System. Zwar wird gelegentlich in der Literatur (z. B. bei Poulantzas, 1973, S. 72, 85, 338) von der Hegemonie des Monopolkapitals im Faschismus gesprochen, doch hat ein derartig inflationistischer Sprachgebrauch nur metaphorischen Wert und trägt nicht zur Präzisierung des Problems bei. Gramsci selbst (vgl. Paggi, 1970, S. 376, Auciello, 1974, S. 89 ff.) hat den theoretischen Unterschied der von ihm verwandten Begriffspaare »Diktatur – Hegemonie« und »Gewalt – Konsens« gesehen, obwohl auch bei ihm gelegentlich Vermischungen auftreten, die durch den Zeitpunkt der Abfassung der jeweiligen Passagen erklärbar werden.

Der Faschismus ist daher eine Diktatur ohne Hegemonie mit hohen konsensuellen Anteilen, und diese Kennzeichnung führt uns einen Schritt weiter bei der Bestimmung des Unterschiedes zwischen hegemonialen und nicht-hegemonialen Formen der Massenintegration. In nicht-hegemonialen Herrschaftssystemen verlagert sich das Gleichgewicht zwischen Staat und »bürgerlicher Gesellschaft« so weit zugunsten des Staatsapparates, daß er nicht nur die ihm ohnehin zukommenden repressiven Formen der Integration, sondern auch die ideologisch-moralische Führung übernimmt, weil sei sich nicht mehr quasi-naturwüchsig einstellt, – darin liegt ja gerade die Autoritätskrise. Die Beschränkung der relativen Autonomie der ideologischen Apparate und die Rücknahme hegemonialer Funktionen in den Staatsapparat, der eine eigene Rolle bei der Neuorganisation der herrschenden Ideologie spielen muß (vgl. dazu Poulantzas, 1973, S. 338 ff.), ist auch der Grund dafür, daß *alle* nicht-faschistischen Organisationen ausgeschaltet werden müssen. Diese vom Staatsapparat selbst angestrebte Integration hat daher ein hohes Maß an quasi-industriell erzeugter Künstlichkeit und ist insgesamt ein Zeichen der Schwäche. Daher ist es sicherlich falsch, den Faschismus als die dem spätkapitalistischen Staat adäquate Regelform und nicht als Ausnahme zu begreifen. Denn dadurch, daß der Faschismus die von ihm zwar angestrebte, aber faktisch gar nicht zu erbringende Lösung lediglich »verschleiert, verschleppt und verlagert« (Fritzsche, 1977, S. 510), muß er die ungelösten inneren Konflikte offensiv nach außen kehren. Dadurch, daß der faschistische Staat die in hegemonialen Systemen übliche, staatlich weitgehend unkontrollierte Funktion der »bürgerlichen Gesellschaft« ausschaltet und beide Formen der Herrschaftssicherung, die repressive *und* die konsensuell-integrative, auf sich vereinigt, wird auch die Spezifik seines Umgangs mit dem kleinbürgerlichen Protestpotential erklärbar, das einerseits neutralisiert und seiner möglichen Sprengkraft entkleidet, also entpolitisiert, aber andererseits auch permanent mobilisiert werden muß, um den Machtblock zu stabilisieren. Es findet daher eine dauernde Pseudo-Politisierung statt, die reale Partizipation vorenthält und daher nicht rationale Identifikation, sondern nur Identifikation über uneingelöste Versprechungen und über die spannungsgeladene Realität überhöhende Mythen und Symbole ermöglicht. Nach dem unwiderruflichen Scheitern des Liberalismus ist der Faschismus der *extremste* Versuch, die Trennung von Staat und »bür-

gerlicher Gesellschaft« dadurch aufrechtzuerhalten, daß er einerseits die das veränderte Verhältnis von Massen und Staat zum Ausdruck bringende *plurale* Vielfalt der Formen von Interessenartikulation anerkennt, sie aber gleichzeitig auf eine *unpolitisch-korporative* Ebene reduziert und *alle* Funktionen der Herrschaftsausübung im Staatsapparat konzentriert.

VII.

Wenn wir den Faschismus als nicht-hegemoniales Herrschaftssystem mit hohen konsensuellen Anteilen in Form eines Machtblocks bestimmt haben und – im Gegensatz zu Opitz – seine hohe und im italienischen Faschismus bis zum Schluß durchgängige Ambivalenz hervorgekehrt haben, so bleibt abschließend zu fragen, welche Schlußfolgerungen daraus im Hinblick auf eine antifaschistische Strategie zu ziehen sind. Opitz' Antwort: faschistische Ideologie ist nur die graduell zugespitzte und konsequenteste Form allgemein imperialistischer Ideologie. Sie ist *in toto* falsches Bewußtsein, induziert durch die »Falsifikationsmechanismen« bürgerlich-imperialistischer Bewußtseinsindustrie. Opitz erzeugt damit in der Tat einen »falschen Schein von Eindimensionalität und Manipulierbarkeit des Ganzen« (Fritzsche, 1977, S. 505). Die Arbeiterbewegung als Trägerin »richtigen« Bewußtseins kann daher nur *von außen* an die solchermaßen in ihrem Bewußtsein »falsifizierten« kleinbürgerlichen Massen herantreten und sie über ihre »wahren« und eigentlichen Interessen aufklären in der Absicht, sie zu einem Bündnis mit der Arbeiterklasse zu bewegen. Opitz argumentiert hier wiederum auf dem Hintergrund der Bündniskonzeption der III. Internationale, die zwar die Parole »Klasse gegen Klasse« aus ihren ultra-linken Phasen überwunden hatte, aber dennoch Defizite aufweist, die Opitz nicht überwindet. Aus dieser Sicht kann die Arbeiterklasse nur deshalb als Trägerin »richtigen« Bewußtseins erscheinen, weil ihre Ideologie, der Marxismus-Leninismus, als eine von der konkreten Klassenkampfsituation abgehobene, prä-existente »Wahrheit« aufgefaßt wird. Jedes Bündnis bedeutet daher ideologisch eine momentan in Kauf genommene Verunreinigung der reinen und richtigen Klassenideologie; das Bündnis kann daher nur taktisch-instrumentellen Charakter haben und wird als Defensivstrategie angesehen. Der kleinbürgerliche Bündnispartner wird ebenso instrumentell *benutzt* wie der Kampf um demokratische, nicht schon sozialistische Inhalte (vgl. dazu Laclau, 1977, S. 110 f.). Das kann auch gar nicht anders sein, wenn man im kleinbürgerlichen Bewußtsein vollständig falsches, d. h. gegnerisches Bewußtsein sieht und ihm jede Ambivalenz und jede, wenn auch momentane, Autonomie abspricht.

Dieses normalerweise in den herrschenden Machtblock eingebundene kleinbürgerliche Potential (in Italien verstanden sich gerade diese faschistischen Kräfte in der Nachfolge Mazzinis und Garibaldi's, den Freiheitshelden der erfolglosen bürgerlichen Revolution des 19. Jh.!) wird nur dann zu einem *momentanen* autonomen Faktor, wenn die Widersprüche innerhalb des Machtblocks nicht mehr neutralisiert werden können. Die Leistung des Faschismus war es gerade, dieses Potential abzuhalten von einem möglichen Zusammengehen mit der Arbeiterklasse, eine Möglichkeit, die die Arbeiterbewegung allerdings selbst verstreichen ließ. Als Gründe für dieses historische Versagen der Arbeiterbewegung nennt Laclau Klassenreduktionismus und Ökonomismus und zeigt am Beispiel der Schlageter-Linie als dem einzigen ansatzweisen Versuch, an die innere Ambivalenz kleinbürgerlichen Potentials anzuknüpfen,

daß die opportunistischen Elemente dieser Politik aus der Tatsache resultierten, daß sie als *Konzession* an das Kleinbürgertum konzipiert wurde. »Die richtige Position wäre es gewesen, diese Linie zu vertiefen und zu ihrer logischen Schlußfolgerung zu bringen: zur Aufgabe von Klassenreduktionismus.« (Laclau, 1977, S. 130)

Letztendlich hat Opitz diese Denkkategorien, in denen ich die Ursache für seine methodischen Defizite sehe, nicht überwunden. Er bleibt damit weit hinter dem bereits durch Gramsci erreichten Stand marxistischer Ideologiekritik zurück, der schon in den 30er Jahre feststellte, daß sich Ideologien, wenn sie zur geschichtswirksamen und praxisverändernden Kraft werden, nie in ihrer »reinen« Form durchsetzen, sondern sich organisch, aber nicht notwendigerweise auch logisch kohärent, mit anderen ideologischen Elementen verbinden.

»Die Philosophie einer Epoche besteht nicht aus der Philosophie des einen oder anderen Philosophen, der einen oder anderen Gruppe von Intellektuellen, dieses oder jenes Teils der Volksmassen: sie ist eine Kombination all dieser Elemente, die in einer bestimmten Richtung kulminiert, und ihr Kulminationspunkt wird zur Norm kollektiven Handelns, also zu konkreter und vollständiger (integraler) ›Geschichte.« (Gramsci, 1967, S. 147)

Dieser verschiedene weltanschauliche Elemente zu einer organischen Einheit integrierende und daher richtungsweisende Kulminationspunkt (Laclau spricht ganz ähnlich von der »distinctive unity« eines ideologischen Diskurses) kann aber nur erreicht werden, wenn man jene kleinbürgerlich-demokratischen Elemente, deren Ambivalenz sich der Faschismus zunutze gemacht hat, als organischen Bestandteil in die eigene Ideologie integriert und sie nicht nur als Vehikel benutzt, sie also auch inhaltlich in die eigene Bestimmung der Normen kollektiven Handelns aufnimmt.

Opitz bleibt damit aber auch politisch weit hinter der bereits von den italienischen Kommunisten unter dem Faschismus praktizierten Strategie zurück, die zum einen bewußt bei den vorhandenen Widersprüchen und Ambivalenzen faschistischer Ideologie anknüpfen, indem sie auch *in* den faschistischen Massenorganisationen arbeiten und die zum anderen den anti-faschistischen Kampf als demokratischen Kampf des ganzen Volkes führten und den Kampf um demokratische Inhalte nicht nur zum taktisch-instrumentellen Bestandteil ihrer Strategie machten. Diese organische Verbindung zwischen dem demokratischen Kampf des ganzen Volkes und dem Kampf der Arbeiterklasse, die die sozialistische Bewegung in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg aufgrund der von Laclau benannten theoretischen und politischen Defizite nicht herstellen konnte, ist zwar eine noch ungelöste Aufgabe, aber der einzig erfolgversprechende Weg bei einer immer noch aktuellen antifaschistischen Strategie.

Anmerkungen

1 Unter dem Begriff des »trasformismo« wird ein in Italien seit Agostino Depretis (1813–1887) vorherrschendes parlamentarisches System verstanden, dessen Ziel es ist, die programmatischen und inhaltlichen Unterschiede zwischen den Parteien dadurch abzuschwächen und zu verringern, daß vorrangig personellen und gruppenspezifischen Interessen Rechnung getragen wird, um stabile Regierungsmehrheiten zu finden. Die traditionellen Unterscheidungen zwischen Regierung und Opposition bzw. zwischen rechts und links verschwimmen zugunsten von ad hoc vorgenommenen Transformationen der herrschenden politischen Eliten, die durch permanentes Unterlaufen und Ausklammern tiefgreifender programmatischer Unterschiede Teile der potentiell gegnerischen Eliten kooptieren.

Literaturverzeichnis

- Auciello, Nicola, 1974: Socialismo ed egemonia in Gramsci e Togliatti, Bari
- Castronovo, Valerio, 1973: Il potere economico e il fascismo, in: Quazza, G. (Hg.): Fascismo e società italiana, Turin
- Fritzsche, Klaus, 1977: Faschismustheorien – Kritik und Perspektive, in: Handbuch politischer Theorien und Ideologien, hrsg. von F. Neumann, Reinbek bei Hamburg
- Germani, Gino, 1975: Autoritarismo, fascismo e classi sociali, Bologna
- Gramsci, Antonio, 1967: Philosophie der Praxis, Eine Auswahl, herausgegeben und übersetzt von Ch. Riechers, Ffm
- Hennig, Eike, 1977: Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland. Ein Forschungsbericht. Frankfurt
- Kadritzke, Niels, 1976: Faschismus und Krise, Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. – New York
- Kühnl, Reinhard, 1979: Faschismustheorien, Texte zur Faschismuskussion 2, Reinbek
- Laclau, Ernesto, 1977: Politics and Ideology in Marxist Theory, Capitalism – Fascism – Populism. London
- Lüdtke, Alf, 1976: Faschismus – Potentiale und faschistische Herrschaft oder Theoriedefizite und antifaschistische Strategie, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie 6, Frankfurt
- Opitz, Reinhard, 1974: Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument 87
- Paggi, Leonardo, 1970: Antonio Gramsci e il moderno Principe, Rom
- Petersen, Jens, 1977: Zum Stand der Faschismus-Diskussion in Italien. Nachwort zu De Felice, R.: Der Faschismus. Ein Interview, Stuttgart
- Poulantzas, Nicos, 1973: Faschismus und Diktatur, Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, dt. Ausg. München
- Priester, Karin, 1972: Der italienische Faschismus, Ökonomische und ideologische Grundlagen, Köln
- Rabinbach, Anson G., 1976/1977: Marxistische Faschismustheorien: Ein Überblick, in: Ästhetik und Kommunikation, H. 26 und 27
- Schieder, W. (Hg.), 1976: Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg
- Schwarzenberg, Claudio, ²1973: Il sindacalismo fascista, Mailand
- Schwarzenberg, Claudio, 1977: Diritto e giustizia nell' Italia fascista, Mailand
- Thamer, Hans-Ulrich, 1977: Faschismus und italienische Gesellschaft, in: Thamer, H.-U./Wippermann, W.: Faschistische und neofaschistische Bewegung, Darmstadt
- Togliatti, Palmiro, 1973: Lektionen über den Faschismus, Frankfurt
- Winkler, Heinrich August, 1978: Revolution, Staat, Faschismus, Göttingen

Ende November erscheint**AS 41 FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 5**

Thematische Schwerpunkte: der weitere Ausbau der Theorie der Subjektivität; Auseinandersetzung mit der Handlungsstrukturtheorie; zum Verhältnis von objektiver Gedankenform und Erkenntnis; eine Einschätzung der materialistischen Psychologie aus den USA; ein Versuch, kritisch-psychologische Analyse auf gewerkschaftliche Bildungsarbeit anzuwenden.

Es schreiben u. a. Klaus Holzkamp, Frigga Haug, Rolf Nemitz, Thomas Waldhubel, Wolfgang Maicrs, Barbara Grüter, Jens Brockmeier und Ulich Straht.

Ernesto Laclau

Faschismus und Ideologie*

Die folgenden Auszüge sind dem Buch entnommen: Ernesto Laclau: Politics and Ideology in Marxist Theory. Capitalism – Fascism – Populism. London (NLB) 1977; das Kapitel »Fascism and Ideology«, pp. 81–142. Die ideologietheoretischen Begriffe Althusserns aufnehmend, entwickelt Laclau seinen gegen Ökonomismus und Klassenreduktionismus gerichteten Ansatz zu einer Theorie des Faschismus vornehmlich in Auseinandersetzung mit der Position Poulantzas'.¹ Um die originäre Faschismustheorie Laclaus in knapper Form in die hiesige Diskussion einbringen zu können, mußten wir die entsprechenden Passagen aus dem polemischen Kontext mit Poulantzas herauslösen und damit in Kauf nehmen, daß dessen Position kaum zu Wort kommt. Ebenso mußte in der Auswahl die Rezeption der Theorie Althusserns durch Laclau vernachlässigt werden (vgl. zur Ideologietheorie Althusserns demnächst: Projekt Ideologie-Theorie: Theorien über Ideologie. Argument-Sonderband (AS) 40). Die Redaktion

Ideologische »Elemente« und ihre Klassenzugehörigkeit

(. . .) Eine Ideologie analysieren heißt für Poulantzas in erster Linie, sie in ihre konstituierenden *Elemente* entsprechend ihrer Klassenzugehörigkeit zu zerlegen. Danach hat die herrschende bürgerliche Ideologie sowohl kleinbürgerliche *Elemente* in sich aufgenommen als auch Elemente der Arbeiterklasse. Die Übereinstimmung (collusion) von kleinbürgerlicher und imperialistischer Ideologie wird erklärt durch die Existenz von *Elementen*, die beiden gemeinsam sind (wie Staatsvergötterung, Nationalismus, antisemitischer Rassismus, Militarismus, Anti-Klerikalismus oder Elitarismus). (. . .) Das zweite typische Merkmal für Poulantzas' Ideologie-Konzeption ist eine unmittelbare Folge des ersten: jede konkrete historische Ideologie ist eine Verschmelzung heterogener Elemente (wobei es sich für Poulantzas versteht, daß jedes Element seine Klassenzugehörigkeit hat). Dieses Kriterium wendet er am Beispiel des Faschismus systematisch an. (. . .)

Ich meine, daß die richtige Methode umgekehrt ist: anzunehmen, daß ideologische »Elemente«, isoliert genommen, keinen notwendigen Klassenbezug haben, und daß dieser Bezug erst das Resultat der Eingliederung dieser Elemente in einem konkreten ideologischen Diskurs ist. Die Analyse der Klassennatur einer Ideologie setzt daher voraus, die Untersuchung über das durchzuführen, was die bestimmte Einheit eines ideologischen Diskurses² begründet (. . .).

Klassenspezifische und populär-demokratische Anrufungen

(. . .) es gibt in der marxistischen Tradition eine grundlegende Doppeldeutigkeit in der Verwendung des Begriffs *Klassenkampf*. In der einen Bedeutung wird der Klassenkampf auf der Ebene der Produktionsweise angesiedelt: das Produktionsverhältnis, das seine beiden Pole als Klassen konstituiert, ist ein antagonistisches Verhältnis (. . .). Aber der Begriff des Klassenkampfs wurde mitunter auch auf eine andere Art Antagonismus angewandt: auf den, wo der Kampf zwischen Klassen nur begriffen werden kann, wenn die übergreifenden politischen und ideologischen Herrschaftsbe-

* Aus dem Englischen übersetzt von Gudrun Schmahl und Eckhard Volker.

ziehungen rekonstruiert werden, die eine bestimmte soziale Formation charakterisieren (. . .). Dabei entsteht das folgende Problem: welches ist das Verhältnis zwischen diesen beiden Arten von Antagonismen? Mit dieser Frage hängt eine andere eng zusammen: welches ist das Verhältnis zwischen den Ideologien, in denen beide Arten von Antagonismen ausgedrückt sind? (. . .)

Das stellt für eine traditionelle marxistische Konzeption kein Problem dar: jeglicher ideologischer Inhalt hat einen eindeutigen Klassenbezug und jeder Widerspruch kann – über ein mehr oder weniger kompliziertes System von Vermittlungen – auf einen Klassenwiderspruch reduziert werden. Die beiden Arten von Antagonismen sind nicht unterschieden: der zweite kann auf den ersten reduziert werden (. . .).

Diesem reduktionistischen Ansatz stellen wir die folgenden Thesen entgegen: 1. Klassenkampf ist nur das, was Klassen als solche konstituiert; 2. daher ist nicht jeder Widerspruch ein Klassenwiderspruch, doch jeder Widerspruch ist durch den Klassenkampf überdeterminiert. Beginnen wir mit der ersten These. Aus ihr folgt offensichtlich, daß der zweite Typ von Antagonismen genau genommen nicht als Klassenkampf verstanden werden kann. Man kann dieses Problem nicht umgehen, indem man z. B. konstatiert, das Kleinbürgertum sei eine Klasse, die Grundbesitzer eine andere und der Konflikt zwischen ihnen daher Klassenkampf. In dieser Weise stellt die bürgerliche Sozialgeschichte den Klassenkampf dar. Doch erstens erscheinen hier die Klassen als *immer schon* konstituiert, die Konfrontation ist ihrem Wesen relativ äußerlich; das hat wenig mit dem Marxschen Klassenbegriff zu tun, dem zufolge die Klassen sich durch den Kampf selbst konstituieren. Zweitens: selbst wenn zwei Klassen wechselseitig miteinander konfrontiert sind, ist es offensichtlich (. . .), daß ihre Klassennatur – ihre Stellung im Produktionsprozeß – der oben skizzierten Konfrontation selbst relativ äußerlich bleibt. Wir haben zwar *Klassen im Kampf* vor uns, aber nicht *Klassenkampf*.

Wenn also dieser Antagonismus kein Klassenantagonismus ist, können die Ideologien, die ihn ausdrücken, keine Klassenideologien sein. In diesem Antagonismus würden die Beherrschten sich nicht als Klasse verstehen, sondern als »die Anderen«, als »Gegenmacht« zum herrschenden Machtblock, als »*Unterdrückte*«. Während der erste Widerspruch – auf der Ebene der Produktionsweise – sich ideologisch in der Anrufung der Handelnden als *Klasse* ausdrückt, wird dieser zweite Widerspruch ausgedrückt in der Anrufung der Handelnden als *Volk*. Der erste Widerspruch ist die Sphäre des *Klassenkampfes*, der zweite die Sphäre des *populär-demokratischen Kampfs*.³ Das »Volk« oder die »populären Teile« sind nicht, wie einige Konzeptionen unterstellen, rhetorische Abstraktionen oder in den marxistischen politischen Diskurs geschmuggelte liberale oder idealistische Begriffe. Das »Volk« ist eine objektive Realität des Systems und von der Realität der Klassen zu unterscheiden: das Volk ist einer der Pole des in einer sozialen Formation dominierenden Widerspruchs, d. h. eines Widerspruchs, der nur unter Berücksichtigung der politischen und ideologischen Herrschaftsverhältnisse (und nicht bloß der Produktionsverhältnisse) zu begreifen ist. Während der Klassenwiderspruch der dominierende Widerspruch auf der abstrakten Ebene der Produktionsweise ist, dominiert auf der Ebene der Gesellschaftsformation der Widerspruch zwischen dem Volk und dem Machtblock. Wir müssen uns daher fragen, welches Verhältnis zwischen diesen Widersprüchen besteht, und als Teil desselben Problems, welches Verhältnis zwischen der klassenspezifischen Anru-

fung (= Ideologie) und der populär-demokratischen Anrufung (= Ideologie) besteht.

Das läßt uns auf unsere zweite These zurückkommen: nicht jeder Widerspruch kann auf einen Klassenwiderspruch zurückgeführt werden, aber jeder Widerspruch ist durch den Klassenkampf überdeterminiert. Die marxistische Theorie geht davon aus, daß die Ebene der Produktionsverhältnisse in jeder Gesellschaftsformation in letzter Instanz bestimmend ist. Bereits das impliziert die Priorität des Klassenkampfes über den populär-demokratischen Kampf, denn letzterer findet nur auf der ideologischen und politischen Ebene statt (das »Volk« existiert auf der Ebene der Produktionsverhältnisse offensichtlich nicht). Diese Priorität zeigt sich in der Tatsache, daß populär-demokratische Ideologien nie selbständig, sondern immer verbunden mit ideologischen Diskursen von Klassen auftreten. Der Klassenkampf auf ideologischem Gebiet besteht größtenteils aus Versuchen, die populär-demokratischen Anrufungen in die ideologischen Diskurse antagonistischer Klassen einzugliedern. *Die populär-demokratische Anrufung hat nicht nur keinen präzisen Klasseninhalt, sie ist vielmehr das zentrale Feld des ideologischen Klassenkampfes.* Jede Klasse kämpft auf ideologischem Gebiet *gleichzeitig* als Klasse und als Volk, oder genauer, sucht ihren ideologischen Diskurs kohärent zu machen, indem sie ihre Klassenziele als Erfüllung populärer Ziele hinstellt.

Die Überdeterminierung der klassenunspezifischen Anrufungen durch den Klassenkampf besteht also in der Eingliederung dieser Anrufungen in einen ideologischen Klassendiskurs. Da Ideologie eine Subjekte produzierende Praxis darstellt, besteht diese Eingliederung in der Anrufung eines Subjekts, in dem die verschiedenen Anrufungen verdichtet sind. Doch da die Klassen um die Eingliederung derselben Anrufungen in antagonistische ideologische Diskurse kämpfen, wird der Verdichtungsprozeß nie abgeschlossen sein: er ist stets vieldeutig und, entsprechend der Ebene der Klassenkämpfe, mehr oder weniger offen, und verschiedene entgegengesetzte Fusionsversuche bestehen nebeneinander. Wir sind jetzt in der Lage, die Frage zu beantworten: wie werden Ideologien verändert? Die Antwort: *durch den Klassenkampf, der über die Produktion von Subjekten und den Aufbau bzw. die Zersetzung von Diskursen ausgetragen wird.*

(...) *Während der Bereich der Klassendeterminationen in dieser Perspektive reduziert ist, erweitert sich das Feld des Klassenkampfes beträchtlich, denn sie eröffnet die Möglichkeit, eine Vielzahl von Elementen und Anrufungen in einen revolutionären und sozialistischen ideologischen Diskurs zu integrieren, die bisher Bestandteil des bürgerlichen ideologischen Diskurses zu sein schienen.* Nicht der geringste der Erfolge des Bürgertums bei der Durchsetzung seiner ideologischen Hegemonie ist der von ihm erreichte – von vielen Revolutionären geteilte – Konsens, daß viele Elemente der demokratischen und populären Kultur eines Landes unwiderruflich mit seiner Klassenideologie verknüpft seien. Daß dies nicht der Fall ist, daß die populär-demokratischen Anrufungen keinen präzisen Klasseninhalt haben und in ganz unterschiedliche politische Diskurse eingegliedert werden können, davon legt der Faschismus ein bededtes Zeugnis ab. Denn die von uns vertretene These lautet: der Faschismus war keineswegs der typische ideologische Ausdruck der konservativsten und reaktionärsten Teile der herrschenden Klassen, sondern war im Gegenteil einer der möglichen Wege, die populär-demokratischen Anrufungen in den politischen Diskurs einzugliedern.
(...)

Der Aufstieg des Faschismus: die Krise des Machtblocks

Der Faschismus entstand aus einer doppelten Krise: (1) einer Krise des Machtblocks, der unfähig war, seine Widersprüche mit dem Volk mit traditionellen Methoden zu absorbieren und zu neutralisieren; (2) einer Krise der Arbeiterklasse, die unfähig war, in den Massenkämpfen die Hegemonie zu erlangen und die populär-demokratische Ideologie mit den eigenen revolutionären Klassenzielen zu einer kohärenten politischen und ideologischen Praxis zu verschmelzen.

Beginnen wir mit dem ersten Gesichtspunkt. Das Bürgertum neutralisierte den Widerspruch zwischen Machtblock und »Volk« in der Periode seines Aufstiegs mit einer Methode, die in der politischen Tradition Italiens zur Zeit Giolittis mit dem Begriff »*Transformismus*« bezeichnet wurde: die politische Neutralisierung einer möglichen Opposition von seiten neuer sozialer Gruppen durch die Kooptierung ihrer repräsentativen politischen Organisationen in den Machtblock. Von der zunehmenden »Demokratisierung« des britischen Parlamentsystems über die preußische »konservative Revolution« bis zur »sozialistischen Monarchie« Giolittis liefert uns die Geschichte des 19. Jahrhunderts zahlreiche Beispiele dieses Mechanismus. Seine grundlegende ideologische Funktion war, den Widerspruch zwischen »Volk« und Machtblock innerhalb des Systems zu absorbieren, indem das Ausbrechen der populär-demokratischen Anrufungen aus dem herrschenden ideologischen Diskurs verhindert wurde. In seiner primitivsten und elementaren Form funktioniert dieser Mechanismus als *Protektionismus* (clientelism): populär-demokratische Elemente werden zugelassen, jedoch nur auf der Ebene individualisierter Forderungen. Der »Unterdrückte« wird in seinen Forderungen individuell zufriedengestellt durch die lokalen Notabeln und politischen Führer, die sich als »Freunde des Volkes« präsentieren. Auf höherer Ebene wird diese Funktion von den Volksparteien ausgeübt, die immer mehr in das System integriert werden. Vor allem in den Städten, wo die soziale Differenzierung mit der Industrialisierung zunimmt und die partriarchalischen Strukturen in eine Krise geraten, ist die Kooptierung neuer Gruppen in den Machtblock durch komplexe Mechanismen nötig, um eine Radikalisierung ihrer Ideologie zu verhindern, die das vorhandene Herrschaftssystem in Frage stellen würde. Dies war in der präfaschistischen europäischen Tradition vor allem die Funktion der Radikalen Parteien. Der Bruch schließlich, wenn die Neutralisierung des Widerspruchs zwischen dem »Volk« und dem Machtblock nicht mehr gelingt, produziert den *Jakobinismus* – das »Volk« erhebt sich nicht mehr mit isolierten Forderungen oder als organisierte Alternative *innerhalb des Systems*, sondern als politische Alternative zum System selbst. Bislang ein ideologisches Element innerhalb des politischen Diskurses des Bürgertums, entwickelt die populär-demokratische Anrufung jetzt so viel Autonomie wie in einer Klassengesellschaft überhaupt möglich ist. Diese Autonomie ist sicherlich vorübergehend, und früher oder später löst sie sich dadurch auf, daß die populären Anrufungen wieder von ideologischen Klassendiskursen absorbiert werden; aber auf jeden Fall ist dies der Augenblick, in dem sich die populär-demokratische Anrufung sozusagen in reiner Form präsentiert.

Poulantzas' Behauptung, der Jakobinismus sei eine kleinbürgerliche Ideologie, muß daher nach zwei Seiten hin modifiziert werden. Erstens: wenn der Jakobinismus auch in außergewöhnlichen Krisen zur Ideologie des Kleinbürgertums werden kann, so ist er doch nicht die normale Form kleinbürgerlicher Ideologie. Diese wird von sol-

chen Ideologien geliefert, die zwar populär-demokratische Anrufungen enthalten, aber integriert in den politischen Diskurs des Bürgertums: in der von mir analysierten Periode der populäre Protektionismus und der Parlamentarismus der Radikalen Parteien. Zweitens müssen wir uns darüber klarwerden, was am Jakobinismus kleinbürgerlich ist. Es wäre falsch zu sagen, populär-demokratische Anrufungen als solche wären kleinbürgerlich; denn – wie oben ausgeführt – populär-demokratische Ideologien sind keine Klassenideologien. *Was kleinbürgerlich ist – und hier liegt das Wesen des Jakobinismus –, ist die Überzeugung, der Kampf gegen den herrschenden Block könne als ausschließlich demokratischer Kampf jenseits der Klassen geführt werden.* Doch die populär-demokratischen Anrufungen müssen auch einen wesentlichen Teil des ideologischen und politischen Diskurses der Arbeiterklasse bilden. Vom sozialistischen Standpunkt sind die Perioden größter revolutionärer Konfrontationen nicht die, in denen sich die Klassenideologie in ihrer höchsten Reinheit zeigt, sondern die, in denen die sozialistische Ideologie völlig mit der populären und demokratischen Ideologie verschmolzen ist, in denen es der proletarischen Ideologie gelungen ist, alle nationalen Traditionen zu absorbieren, den antikapitalistischen Kampf als Höhepunkt der demokratischen Kämpfe zu präsentieren und den Sozialismus als den gemeinsamen Nenner in einer totalen Offensive gegen den herrschenden Block. Das wäre nicht zu realisieren, wenn die populär-demokratischen Anrufungen eine feste Klassenzugehörigkeit hätten. (...)

Während der »Transformismus« in der langen Periode ökonomischer Expansion vor dem Ersten Weltkrieg adäquat funktionierte, geriet er mit Kriegsende in Deutschland und Italien in eine Krise. (...) Diese Hegemoniekrise war das Ergebnis der besonderen Formen, die der Übergang zum Monopolkapitalismus in Deutschland und Italien annahm. (...) Die für unsere Analyse interessante Folge dieses Prozesses besteht darin, daß es dem Monopolkapitalismus, der im ökonomischen Bereich eine zunehmend wichtige Position innehatte, unmöglich erschien, seine politische Hegemonie innerhalb des Machtblocks durchzusetzen – eine unabdingbare Voraussetzung für die politische und ökonomische Restrukturierung entsprechend den Notwendigkeiten der Kapitalakkumulation. Das vorhandene, durch innere Widersprüche gelähmte System bot keinen geeigneten Ansatzpunkt, um diese Transformation von innen her zu bewerkstelligen. Das Monopolkapital versuchte daher, seine Hegemonie durch eine Konzeption zu erzwingen, die eine grundlegende Veränderung der Staatsform einschloß. Es ist dabei wichtig zu betonen, daß diese Veränderung weder in Deutschland noch in Italien durch eine Militärdiktatur realisiert werden konnte. In Deutschland war die Wehrmacht ein vom feudalen Einfluß der Junker dominierter Stützpunkt, und in Italien war die Armee ein fester Rückhalt für die Monarchie. Die Armee konnte daher keine Basis für die Politik des Monopolkapitals sein, sondern gehörte zu den Kräften, die es neutralisieren mußte.

Wenn sich das Monopolkapital also gezwungen sah, das vorhandene politische System radikal anzugreifen und sich daher nicht auf einen Apparat innerhalb des herrschenden Blocks stützen konnte, vermochte es seine Ziele nur zu erreichen, wenn es sich auf eine Massenbewegung stützte. Doch nicht jede Massenbewegung konnte an die Bedürfnisse des Monopolkapitals angepaßt werden. Wenn diese Anpassung effektiv sein sollte, mußten zwei Voraussetzungen erfüllt sein: (1) die Bewegung mußte radikal sein, d. h. präsentierbar als Alternative zum System und nicht als innerhalb des

Systems austauschbare Konzeption – denn sonst würde sie vom herrschenden System absorbiert und die vom Monopolkapital geforderten Strukturänderungen wären nicht durchzuführen; (2) die Mobilisierung mußte über Anrufungen erfolgen, die jede Identifizierung von radikalen populären Zielen und sozialistischen Zielen verhinder-ten, denn diese Identifizierung bedeutete eine Bedrohung für die Kapitalistenklasse als ganze – das Monopolkapital eingeschlossen. (. . .)

Der Faschismus lieferte die notwendige Voraussetzung, unter der das Monopolkapital von einer Massenmobilisierung gegen das traditionelle Herrschaftssystem Gebrauch machen konnte: die Garantie, daß die populär-demokratischen Anrufungen von jeglicher sozialistischen Perspektive getrennt bleiben würden. Dieses Ziel erreichte der Faschismus durch eine doppelte ideologische Transformation: (1) auf der Ebene des Widerspruchs zwischen »Volk« und Machtblock durch den Zusammenschluß aller populär-demokratischen Anrufungen in einem Subjekt, das jede Möglichkeit des Klassenkampfes ausschloß. Ein Beispiel: das radikalisierte deutsche Kleinbürgertum, das verwirrt die Nachkriegskrise, die Ungerechtigkeit des Versailler Vertrags, die Inflation, die Besetzung durch fremde Truppen etc. erlebte, wurde durch den Nationalsozialismus als *Rasse* angerufen. Alle anti- plutokratischen, nationalistischen und demokratischen Aspekte, d. h. all jene Aspekte, welche die Identität der beherrschten Klassen als »Volk« ausmachten und ihren Gegensatz zum Machtblock ausdrückten, waren im nationalsozialistischen Diskurs vorhanden, doch das angerufene Subjekt war ein rassisches Subjekt. Durch diese Identifikation der populären Traditionen mit dem Rassismus wurde ein doppeltes Ziel erreicht: der für eine radikale Konfrontation mit dem System notwendige jakobinische Radikalismus wurde beibehalten, während seine Entwicklung in eine sozialistische Richtung versperrt blieb; (2) klassenspezifische Anrufungen blieben erhalten, doch ihre Bedeutung auf politischer Ebene wurde verleugnet: damit wurde der Klassenkampf geleugnet. Der Ausdruck dieser ideologischen Transformation war der Korporatismus. Der wesentliche Widerspruch auf der Ebene des politischen Kampfes ist, wie wir gesehen haben, der Widerspruch zwischen »Volk« und Machtblock; der politische Kampf der Arbeiterklasse muß daher darauf abzielen, eine vollständige Identität von populärem und sozialistischem Kampf zu erreichen, während der politische Kampf des Bürgertums darauf abzielen muß, ihre Trennung aufrechtzuerhalten, um die Arbeiterklasse politisch zu neutralisieren. Diese politische Neutralisierung wird in einem liberalen parlamentarischen System durch *Reformismus* und *Trade-Unionismus* erreicht: die Arbeiterklasse kann sich als politische Alternative für das gesamte Land präsentieren, sofern seine Ziele systemimmanente Reformen sind. Im Gegensatz dazu werden im Korporatismus »Volk« und *Klasse* vollständig voneinander getrennt, keine Gemeinsamkeit zwischen beiden ist zugelassen. (. . .)

Während in der Form des Korporatismus klassenspezifische Anrufungen aufrecht-erhalten und neutralisiert wurden, so blieb der jakobinische und gegen den Status quo gerichtete Charakter faschistischer Ideologie bestehen. Der Grund dafür ist offensichtlich: wie bereits dargestellt, hätte ohne den Jakobinismus das alte Machtsystem sich selbst rekonstruieren können, und die für das Monopolkapital erforderliche Reorganisation des Staats hätte nicht geschehen können. Natürlich war die Beibehaltung der jakobinischen Anrufungen ein gefährliches Spiel, denn sie hätten leicht zu einem wirksamen Antikapitalismus werden können. In der Phase vor ihrer Machtergreifung

hatte der Klassenkampf die faschistischen Bewegungen selbst durchdrungen und die Gefahr einer antikapitalistischen Orientierung konnte nur durch scharfe innere Säuberungen abgewendet werden. Es mag der Hinweis genügen, daß noch im Herbst 1930 die Nazi-Abgeordneten Strasser, Feder und Frick einen Gesetzesvorschlag einbrachten, der eine Beschränkung des Zuwachses für alle Kapitalanlagen auf 4%, die entschädigungslose Enteignung des Aktienbesitzes der »Bank- und Finanzmagnaten« und die Nationalisierung der großen Banken vorsah. Hitler zwang seine Abgeordneten, den Vorschlag zurückzuziehen. Der gleiche Vorschlag wurde dann wortwörtlich von den kommunistischen Abgeordneten vorgelegt, und die Nazi-Abgeordneten wurden von Hitler gezwungen, dagegen zu stimmen. Um eine solche Entwicklung weg vom »offiziellen Jakobinismus« zu vermeiden, wurden nach der Machtergreifung blutige Säuberungen, ständige ideologische Wachsamkeit und allgemeine Repressionen nötig. In Italien war die Neutralisierung der potentiell antikapitalistischen Tendenzen in der faschistischen Linken im Vergleich zu Deutschland einfacher, da die »extreme« Linie des italienischen Faschismus in der Tradition Mazzinis und Garibaldis stand, also in einer ursprünglich bürgerlichen, radikalen Tradition. In Deutschland dagegen zwang das Fehlen einer solchen Tradition die Nazi-Linke, die konstituierenden Elemente großenteils aus der sozialistischen Tradition zu übernehmen, für die proletarische Anrufungen eine viel größere Bedeutung hatten. Eine vergleichende Analyse der Reden von Strasser und Farinacci läßt in dieser Hinsicht keine Zweifel.

Kann nun gesagt werden, daß mit der Machtübernahme des Faschismus und mit der Eliminierung seiner radikalen Elemente eine komplette Fusion zwischen der faschistischen Bewegung und dem Monopolkapital stattfand, daß – um die übliche Unterscheidung zu machen – jeglicher Unterschied zwischen der *Bewegung* und dem *Regime* verschwunden war? Wie wir wissen, hat die Komintern diese Analyse mit Nachdruck vertreten, und die Position Poulantzas scheint mir, trotz ihrer formalen Opposition zum Konzept der Komintern, in die gleiche Richtung zu gehen. Auf diese Weise wird ein sehr komplexes Phänomen, das in Italien und Deutschland unterschiedlich wirkte, zu sehr vereinfacht. Zweifellos wurde in Deutschland ein Höchstmaß an Fusion erreicht. Dennoch ist es nötig, in dieser Hinsicht einige Differenzierungen anzuführen. Die konsequente Anwendung einer Wirtschaftspolitik, die auf den langfristigen Interessen des Monopolkapitals basiert – wie sie der Nationalsozialismus zweifellos durchführte – bedeutete nicht, daß das Monopolkapital die politische Macht direkt kontrollierte. Der Preis, den das Monopolkapital für die zu seiner Expansion benötigte ökonomische Transformation zahlen mußte, war gerade die Existenz eines kapitalistischen Staates, dessen relative Autonomie von den herrschenden ökonomischen Sektoren weit größer war als in einem parlamentarischen System. Wie Poulantzas richtig bemerkt, wurde die politische Bedeutung der Fusion zwischen dem Großkapital und einigen Spitzen der Nazi-Hierarchie (z. B. Goering) oft überschätzt. Es ist offensichtlich, daß das Monopolkapital durch diese Kooptierungen versuchte, eine starke pressure group innerhalb des nationalsozialistischen Staates zu schaffen; aber daraus die totale Unterordnung des Nazi-Staats unter das Diktat des Großkapitals abzuleiten, ist etwas ganz anderes und widerspricht der historischen Wirklichkeit beträchtlich. Poulantzas unterläuft meiner Meinung nach der gleiche Fehler wie der Komintern, wenn er ohne Begründung Beobachtungen und Analysen zurückweist, in denen gerade die relative Autonomie des Nazi-Staats gezeigt wird:

ohne diese Autonomie hätte der Krieg nicht in der Weise organisiert werden können wie er tatsächlich organisiert wurde, und es ist schwer vorstellbar, daß das Großkapital die selbstmörderische Politik Hitlers in der Endphase des Kriegs unterstützte. (...)

Wir haben gezeigt, wie die Hegemoniekrise des Machtblocks sowohl in Italien wie in Deutschland zu einer faschistischen Lösung geführt hat. Ein zentraler Punkt bleibt zu klären: warum gelang es dem Faschismus, das »Volk« und die Arbeiterklasse zu trennen? Warum wurde der Jakobinismus des Kleinbürgertums nicht mit dem politischen Diskurs der Arbeiterklasse zu einer radikalen Konfrontation mit dem Machtblock verschmolzen? Dies führt uns zum zweiten Aspekt der Krise, aus welcher der Faschismus hervorging: die Krise der Arbeiterklasse. *Unsere These ist, daß der Faschismus nur möglich war, weil die Arbeiterklasse, in ihrem reformistischen wie in ihrem revolutionären Flügel, das Feld des populär-demokratischen Kampfes preisgegeben hatte.*

Der Aufstieg des Faschismus: die Krise der Arbeiterklasse

(...) Warum wurde der Jakobinismus des Kleinbürgertums nicht mit dem sozialistischen politischen Diskurs verbunden? Die Antwort ist, daß der sozialistische politische Diskurs so strukturiert war, daß er grundsätzlich seine Verbindung mit allen Anrufungen ausschloß, die keine klassenspezifischen Anrufungen waren. Um dies zu verstehen, muß man sich daran erinnern, daß die Arbeiterbewegung in Europa sich in ihren Anfängen auf der Basis einer starr aufrechterhaltenen Klassenschranke entwickelte. Die Arbeiterbewegung befand sich in einem so frühen Entwicklungsstadium und war den Einflüssen des Bürgertums so sehr unterworfen, daß zur Sicherung ihrer Klassenidentität die Klassenschranke zwischen den Arbeitern und dem Rest der Gesellschaft zu einer absoluten Trennungslinie werden mußte. Es war vor allem nötig, die proletarischen Anrufungen von den diffusen populären zu trennen, weil die Arbeiterklasse durch den Populismus bürgerlicher Politiker schon oft mobilisiert und enttäuscht worden war. Die diffusen populären Ideologien mußten »entlarvt« werden, damit sie den Aufbau einer Klassenideologie nicht hinderten. Der spezifische Mechanismus dieser Entlarvung bestand darin, jeglichen diffusen populären Inhalt als Element der Ideologie einer der gegnerischen Klassen auszugeben: des Bürgertums, des Kleinbürgertums, der feudalen Grundbesitzer etc. So erzeugten die revolutionäre Zielsetzung und gleichzeitig die historische Unreife der Arbeiterklasse politische und ideologische Praxen, die im Klassenreduktionismus ihren Ausdruck fanden. Das Kriterium der Klasse wurde auf allen Ebenen entscheidend: im politischen Leben, in den Familienverhältnissen, in der Ästhetik etc.; die Beziehungen in Partei und Gewerkschaft mußten ein Mikrokosmos sein, der die zukünftige Gesellschaft vorwegnahm. So wurde jegliche Autonomie des populär-demokratischen Kampfs *von vornherein* ausgeschlossen: der demokratische Kampf konnte allenfalls als Anzeichen für unerledigte Aufgaben des Bürgertums verstanden werden, als Gelegenheit zu einer *Klassenfront* mit dem Bürgertum mit begrenzter Zielsetzung. (...)

Der Klassenreduktionismus war also eng verbunden mit den Klassenpraxen der Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war er noch nicht überwunden: die Arbeiterbewegung blieb im Banne einer engen Klassenperspektive, ihr fehlte der Wille zur Hegemonie über die Gesamtheit der aus-

gebeuteten Klassen. Die reformistische Fraktion stellte sich das Problem, die Maschinerie des bürgerlichen Staats sobald als möglich wiederaufzubauen und die Verhandlungsbedingungen wiederherzustellen, die es der Arbeiterklasse zunehmend ermöglicht hatten, Vergünstigungen zu erlangen. Die revolutionäre Fraktion stellte sich das Ziel, eine proletarische Revolution durchzuführen und eine Sowjetmacht einzurichten. Doch in beiden Fällen verfolgte man ausschließlich eine Klassenpolitik, die das Problem der populär-demokratischen Kämpfe völlig ignorierte. Die Radikalisierung der Mittelklassen und die Krise des Transformismus konfrontierten die Parteien der Arbeiterklasse daher mit einer völlig neuen Situation, auf die sie keine Antwort hatten. Folglich versuchten sie nicht einmal, den radikalen Jakobinismus der Mittelklassen mit dem sozialistischen Diskurs zu verbinden; sie blieben in einer reinen Klassenperspektive befangen, die zu ihrem politischen Selbstmord führte. In diesem Sinn war der Faschismus das Resultat einer Krise der Arbeiterklasse – einer Krise, die nicht in der Unfähigkeit der Arbeiterklasse begründet war, eine proletarische Revolution in Deutschland oder Italien durchzuführen, sondern in ihrer Unfähigkeit, sich allen beherrschten Klassen als hegemoniale populäre Alternative darzustellen (in der ernstesten Krise, die das kapitalistische Herrschaftssystem in Europa je erlebt hatte). Die populären Anrufungen der Mittelklassen wurden daher – in der geschilderten Weise – vom faschistischen politischen Diskurs absorbiert und politisch neutralisiert. Doch dieser Vorgang hatte auch Auswirkungen auf die Arbeiterklasse. Wie gezeigt, hat die Arbeiterklasse eine zweifache Identität: als Klasse und als »Volk«. Das Versagen der verschiedenen – reformistischen wie revolutionären – klassenspezifischen Versuche zur Überwindung der Krise führte zur Demoralisierung und Demobilisierung der Arbeiterklasse; die fehlende Verbindung von populären Anrufungen und sozialistischem Diskurs setzte diese Flanke verstärkt dem ideologischen Einfluß des Faschismus aus. Daher die Entwicklung, die Poulantzas anspricht: die Verankerung des Faschismus in Teilen der Arbeiterklasse und die politische Neutralisierung der Arbeiterklasse als ganzer. (...)

Die politischen Lehren des Faschismus

Wenn die vorhergehende Analyse richtig ist, entwickelt sich der Faschismus aus einer doppelten Krise: aus einer Krise der herrschenden Kreise, die unfähig waren, das jakobinische Potential der populär-demokratischen Anrufungen mit traditionellen Methoden zu neutralisieren; aus einer Krise der Arbeiterklasse, die es nicht in den sozialistischen Diskurs eingliedern konnte. Es mag nun scheinen, daß wir mit dieser Analyse dem Bereich der Ideologie ein unangemessen hohes Gewicht für die Entstehung des Faschismus zugestanden haben. Meiner Meinung nach ist das nicht der Fall. Die Krise der herrschenden Klassen wird nur verständlich, wenn sie auf die Widersprüche im kapitalistischen Produktionsprozeß, auf den Einfluß des imperialistischen Kriegs in diesem Prozeß auf die ökonomische Krise etc. bezogen wird. Wir beabsichtigen nicht, die Priorität der Produktionsverhältnisse als den historische Prozesse letztlich determinierenden Faktor zu bezweifeln. Was wir sagen wollen, ist folgendes: der Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion ist die Reproduktion nicht nur der herrschenden Produktionsweise, sondern auch ihrer Bedingungen, zu denen auch die Ideologie gehört; und je größer in einer Gesellschaft die Bedeutung derjenigen Bereiche ist, die nicht direkt zu den herrschenden Produktionsverhältnissen gehören, desto

größer wird die Bedeutung und relative Autonomie ideologischer Prozesse für die gesamte gesellschaftliche Reproduktion sein. Das wachsende soziale und politische Gewicht der »Mittelklassen«, d. h. von Bereichen, in deren allgemeiner ideologischer Struktur populäre Anrufungen eine viel bedeutendere Rolle spielen als klassenspezifische Anrufungen, bewirkte zugleich eine Ausweitung des Bereichs des demokratischen Kampfes und die wachsende Bedeutung des ideologischen Kampfes im allgemeinen Feld des Klassenkampfes. Für den Marxismus der 2. Internationale würde die Bedeutung dieser Bereiche ständig zurückgehen, wovon – wie gezeigt – eine von Klassenreduktionismus und Ökonomismus geprägte Politik abgeleitet wurde. Doch die Voraussage erwies sich als falsch: unter monopolkapitalistischen Bedingungen ist die Bedeutung dieser Bereiche immer mehr gewachsen. Der Triumph des Faschismus war das erste Anzeichen dieser unvorhergesehenen Situation, und in der Krise, die ihn zur Macht brachte, spielten ideologische Faktoren eine entscheidende Rolle. Daher die Verbreitung psychologischer und psychoanalytischer Theorien, die die Entstehung und das Wesen des Faschismus zu erklären versuchten: ihnen lag die Ahnung zugrunde, daß der Faschismus das Resultat von Prozessen war, in denen die Ideologie eine autonomere und entscheidendere Rolle spielte als in anderen politischen Phänomenen dieser Zeit. Daher auch die Analysen, die den Faschismus als Unterbrechung und Verzerrung eines »normalen« historischen Prozesses darzustellen suchten – natürlich bestand die Normalität in einem politischen Verhalten, das strikt von bestimmten ökonomischen Interessen bestimmt war. Daher (...) die Tatsache, die die Totalitarismustheorien auszudrücken versuchten: in der Behauptung, im Faschismus würden die Individuen als *Masse* und nicht als *Klasse* handeln, lag die Ahnung verborgen, daß nicht *klassenspezifische*, sondern *populäre* Anrufungen den faschistischen politischen Diskurs bestimmten. (...)

Die Erfahrung des Faschismus zu überdenken und neu zu analysieren scheint mir aus folgendem Grund von großer Bedeutung zu sein: der Faschismus ist die extreme Form gewesen, in der populäre Anrufungen in ihrer radikalsten Form – Jakobinismus – in den politischen Diskurs der herrschenden Fraktion der Bourgeoisie eingegliedert werden konnte. Er ist daher ein vorzügliches Beispiel für den klassenunspezifischen Charakter populärer Anrufungen. Der Sozialismus ist daher nicht der Gegenpol zum Faschismus, als der er oft hingestellt wurde – als wäre der Faschismus die Klassenideologie der konservativsten und rückständigsten Bereiche in einem Kontinuum, das über den Liberalismus in seinen rechten und linken Varianten zum Sozialismus führte. Der Sozialismus ist sicher eine Gegenposition zum Faschismus, doch in folgender Weise: während der Faschismus ein populärer radikaler Diskurs war, der vom Bürgertum neutralisiert und in einer Krisenperiode in seinen politischen Diskurs eingegliedert wurde, ist der Sozialismus ein politischer Diskurs, dem die Verbindung mit dem radikalen Antikapitalismus der Arbeiterklasse es ermöglicht, sein gesamtes revolutionäres Potential zu entfalten.

Anmerkungen

1 Laclau bezieht sich in erster Linie auf: Nicos Poulantzas: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. München 1973.

2 Laclau formuliert den grundlegenden Mechanismus der Ideologie im Anschluß an Althusser: »*Individuen*, die die Strukturen einfach erleiden, werden durch Ideologie in *Subjekte* verwandelt, d. h. daß sie das Verhältnis zu ihren realen Existenzbedingungen so leben, als wären sie

selbst das *autonome Prinzip* der Bestimmung über diese Beziehung. Der Mechanismus dieser charakteristischen Verkehrung ist die Anrufung (. . .), *das einheitsstiftende Prinzip eines ideologischen Diskurses ist das angerufene Subjekt, das so durch diesen Diskurs konstituiert wird.* (. . .) Es gibt verschiedene Typen von Anrufungen (die politische, die religiöse, die familiäre etc.), die koexistieren, indem sie in einem ideologischen Diskurs in eine relative Einheit eingliedert werden (. . .). Unter Einheit müssen wir nicht unbedingt logische Konsistenz verstehen – im Gegenteil, die ideologische Einheit eines Diskurses ist vollkommen vereinbar mit einem hohen Maß logischer Inkonsistenz –, sondern die Fähigkeit jedes einzelnen Anrufungstyps, eine Verdichtungsleistung in Bezug auf die anderen zu erbringen.« Laclau, S. 100 ff. D. Red.

3 Wir wollen zwei Punkte klären, um Mißverständnisse zu vermeiden. Erstens ist nicht jede klassenunspezifische Anrufung eine populär-demokratische Anrufung (sonst wäre letztere eine rein residuale Kategorie). Um von einer populär-demokratischen Anrufung sprechen zu können, muß das als »Volk« angesprochene Subjekt in einem antagonistischen Verhältnis zum herrschenden Block stehen. Zweitens meinen wir mit Demokratie nichts, was notwendig mit den Institutionen des liberalen Parlamentarismus zu tun hat (. . .). Unter Demokratie verstehen wir hier einen Satz von Symbolen, Werten etc. – kurz: von Anrufungen –, durch die das »Volk« sich seiner Identität in seiner Konfrontation mit dem Machtblock bewußt wird. Diese Anrufungen sind notwendig mit Institutionen verbunden, in denen Demokratie materialisiert ist, aber beide Aspekte sind untrennbar.

Soeben erschienen:

AS 38 30 Jahre Bildungspolitik (Schule und Erziehung VII)

u. a.:

U. Bracht: Anmerkungen zu Qualifikation und Schulentwicklung in den 50er Jahren

I. Lohmann: Analyse und Geschichte der Reform des niederen Schulwesens

B. Rang: Lehrplanentwicklung für den Geschichtsunterricht in Berlin seit 1945

M. Trube: Lehrplanentwicklung für den Chemieunterricht in Berlin seit 1945

G. Auernheimer u. a.: Reproduktionsqualifikation als eine Determinante von Pädagogik und Bildungspolitik

U. Schwänke: Bildungschancen in der Bundesrepublik (1945–1979)

A. Kunze: Ausbildung in Betrieb und Schule 1947–1976

W. Kunstmann: Volkshochschulen in der BRD seit 1945/1949

W. Markert u. a.: Entwicklungstendenzen im Weiterbildungssektor

K. Priester: Zur Geschichte konservativer Gesellschaftsbilder in der Politischen Bildung der Bundesrepublik

Pabst/Schütte: Arbeitslehre

J. Helmchen: Polytechnische Bildung, »Ostpädagogik« und Arbeitslehre

P. Faulstich: SPD und Bildung

ca. 216 S.; 15,50 DM, f. Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80/11,- DM

Thesen zur Spontibewegung und uns

Die folgenden Thesen sind kein Diskussionsergebnis, sondern Anregung zur weiteren Diskussion in einem ungeschlossenen, schwierigen Prozeß der Verständigung unter wichtigen Fraktionen der Studentenbewegung. Die Thesen wurden diskutiert in der Sektion Germanistik sowie der Gruppe philosophische Fakultät des MSB Köln. – Die Redaktion

I. Die »Spontis« ...

1. Die soziale Situation, in die eine neue Studenten- und Jugendlichengeneration hineinwächst, ist geprägt durch breite Arbeitslosigkeit auf Dauer, ökonomische, kulturelle, ethische Unsicherheit (die alten Maßstäbe sind futsch), uneinsehbaren, abstrakten Leistungsdruck, Stagnation und Regression, aber – paradox – verblüffende Stabilität.

Voraus gingen und andauern 30 Jahre kapitalistische Demokratie, Massenkonsum und Konkurrenz, Eigenheimideologie und Entsolidarisierung, Identitätsorientierung auf Kleinfamilie, Zuckerbrot und Peitsche, aber ohne die Erfahrung existenzieller Bedrohung, trotz relativer, zeitweiser Unsicherheit: 30 Jahre Erziehung zu atomisiertem Individualismus.

2. Daraus resultiert bei einem breiten, beständig wachsenden Potential: Ich-Stärke, kritisches Selbstbewußtsein, forderndes Auftreten, Institutionsverweigerung und Hinwendung zu eigenständiger, konkreter Tätigkeit, rücksichtsloses, ehrliches Eingeständnis privater und gesellschaftlicher Bedürfnisse. (Eben *nicht nur* Hoffnungslosigkeit, Resignation und Rückzug, wie es in unseren Sonntagsreden heißt.)

Dies nenne ich die 3. Welle des Amerikanismus: »Ganz egal was du tust, nur, tu es richtig!« (1. Welle: Taylorismus und neu-sachliche-Kultur der 20er Jahre, 2. Welle: Massenkonsum und ideologische Westorientierung der 50er Jahre).

3. Dieses sind für uns völlig neue (oder zumindest klarer profilierte) *Bedürfnisse* der Gesellschaftlichkeit des Individuums. Im Mittelpunkt die Frage nach sinnvoller, befriedigender Tätigkeit und deren direkter und konkreter Erfahrbarkeit. Sensibilität für Beschränkungen und Instrumentalisierungen. Die rigide und kompromißlose Forderung, Privates und Gesellschaftliches zusammenzudenken.

4. Die Stärke, eigene Schwäche einzugestehen: Lernfähigkeit und Praxiserneuerung als Stabilisierungsprinzip.

5. Daraus resultieren für uns völlig neue *Formen* der Gesellschaftlichkeit des Individuums: Landkommunen, eigene Handwerksbetriebe, Bioläden, Arbeitskollektive, Miniverlage, Motorradgruppen... Interesse für Zirkus, Transvestitenshows, Freak-Kultur, Spiel, Phantastisches und anderes »Unnormales«. (Das artikuliert doch auch Unzufriedenheit mit dem »Normalen«.) Politisch: Interessenverbände, Bürgerinitiative, Randgruppenengagement, 1-Punkt-Politik. Daraus verallgemeinerbare Tendenz: *Exzentrik* und *Toleranz*.

6. Die Gesellschaftlichkeit ist dem Individuum untergeordnet.

7. Der Wunsch, die individuellen Erfahrungen soweit wie möglich zu spannen. Die Erfahrung, daß dies heute nur am Rande der Gesellschaft geht.

II. ...und wir

1. Unser Bewußtsein und unsere Organisationsstruktur, Form und Inhalt unserer Politik sind nicht in der Lage, diesem wachsenden Potential Angebote zu machen. Sie liegen quer dazu.

2. Unser Theorie- und Parteiverständnis: ein monolithischer Block. Bewußte Begründung: So sei beides am gesichertsten und schlagkräftigsten. Theorieimmanente Begründung: Über Hegel vermitteltes Marxverständnis, die teleologische Vernunft als die Totalität umgreifendes, absolutes Subjekt, Geschichte als »kumulative Verinnerlichung« eines einzigen Widerspruchsprinzips, statt »effektiver Überdeterminierung« durch Komplexion verschiedener, unterschiedlich wirksamer Widersprüche (vgl. Althusser), daher Konzentration auf Hauptwiderspruch und relative Vernachlässigung anderer Emanzipationsbewegungen.

3. Dahinter unbewußt: unser verletzliches Ich, unsere Ängste und Unsicherheiten finden im Gehäuse der Theorie, der Partei und der Tradition der Arbeiterbewegung Halt und Geborgenheit. (Die affektive Besetzung = Irrationalität dieses Verhältnisses kann jeder an seiner Reaktion auf den Satz »hier irrte Marx« beobachten.) Problematische Konsequenz: das gepanzerte Gehäuse, diese unsere zweite Haut, vermindert die Wahrnehmungsfähigkeit, verschließt gegen Neues, macht unbeweglich, ist schwerfällig.

Die »ungleich größere Frustrationstoleranz des durchschnittlichen Spartakisten«, von Beate Landefeld so gelobt, ist eben auch: Desensibilisierung gegen Mißerfolge, Wirklichkeitsabschottung zur inneren Stabilisierung. Psychoökonomisch: die kritische Überprüfung und Erweiterung unserer Theorie und Praxis, d. h. die Aufgabe des Gehäuses (was nicht Negation aller Erfahrungen bedeutet, sondern deren produktive Wendung), rufe größere Unlust hervor, als Weiterwursteln in der wärmenden Gewißheit, Sachwalter der Klassiker und womöglich der sich vollziehenden Vernunft zu sein.

4. Unsere Schwäche, eigene Stärke einbilden oder fremdbeziehen zu müssen: Versteinerung als Stabilisierungsprinzip.

5. Antikommunismus, Berufsverbote, gesellschaftliche Isolierung vermindern unser Differenzierungsvermögen. Ergebnis: Berührungsangst und Verfolgungswahn. Originalität: »Der Eurokommunismus ist eine Theorie, die erfunden wurde, uns zu schaden.« (Vgl. auch Biermanndiskussion und Bahrokritik).

Verallgemeinerbare Tendenz: *Konzentrik* und *Intoleranz*.

Unsere Praxis daher: Überzeugungsarbeit gegen bürgerliche Manipulation. (Volker Braun faßt diese Haltung so: es gibt Überzeugte, Noch-zu-überzeugende und Feinde. Basta.) Der Materialismus steht wieder auf dem Kopf. Nicht das Sein bestimmt das Bewußtsein, sondern die bürgerlichen Medien oder das Selbstbewußtsein der Partei der Arbeiterklasse.

6. Das Individuum ist der Gesellschaftlichkeit untergeordnet.

7. Dies ist eine alte Form der Gesellschaftlichkeit des Individuums: Opfermentalität, Selbstverleugnung, Disziplinierung im Dienste der Zukunft. (Degenhardt-Karikatur dieser Haltung: »... die ihr den Gürtel enger schnallt, wenn es um Höheres geht.«) – Welch peinlicher Nachgeschmack der Religion.

III. Was wir von den »Spontis« lernen können

1. *Unsere* Bedürfnisse zum Ausgangspunkt unserer Strategie und Zielsetzung machen.
2. Phantasie, Witz, Produktivität, Lustbetonung in sozialen Bewegungen entfalten.
3. Ein breiteres Verständnis von Politik: Kultur und Alltag einbeziehen.
4. Überwindung des Bruchs zwischen individueller und gesellschaftlicher Emanzipation.
5. Daß Emanzipationsbewegungen vielschichtig und polyzentrisch sein können.
6. Daß Bewegung durch Aufhebung, nicht durch Liquidation von Kritik entsteht.
7. Einen unbelasteteren Umgang mit Texten: daß wir an Texten festhalten können – und doch scheitern.

IV. Fragen zu unserem Umgang mit »Spontis« und anderen

1. Parteilichkeit: materiell determiniert oder voluntaristischer Akt? («*Damuß* man parteilich rangehen . . .«).
2. Bündnispartner: nützliche Idioten oder mündige Bürger?
3. Herbert Mies auf dem Mannheimer Parteitag: Lernziel Zuhören! – Formales Ernstnehmen des anderen, um ihn dann besser zu überzeugen/verändern oder durch den anderen auch sich selbst verändern?

Für **Argument 118** in Vorbereitung

Umweltpolitik (II)

K. Krusewitz: Umweltpolitik der Gewerkschaften – konservativ?

K. Gauer: Vom Verursacher- zum Gemeinlastprinzip. Über die Sozialisierung der Umweltkosten

M. Massarat: Ist die Erde endlich?

Umwelt-Bibliographie

R. Czeskleba-Dupont: Was man unbedingt kennen sollte, um die »Grünen« zu verstehen

Spontaneismus

E. Göbel u. B. Guthke: Die tägliche Revolution in den Oasen der Freiheit

* * *

Interview mit *Stuart Hall:* Zum Stand der Ideologie-Theorie in Großbritannien

Stalinismus-Forschung

V. Gransow u. M. Krätke: Zwei Stalinismus-Debatten in der Kommunistischen Partei Großbritanniens

Kongreßankündigungen und -berichte, Besprechungen

Nora Räthzel

»Sackgassen und Irrwege«?*

Die hier zu besprechende Auseinandersetzung einiger führender Mitglieder des MSB mit den »Spontis« zeigt sehr deutlich, daß eine Verständigung zwischen beiden im Moment nicht möglich ist: Ihre Denkformen sind identisch bei gegensätzlichem Inhalt.

Abstrakte Negation¹ beim MSB

Beate Landefeld betont zunächst in ihrem Artikel »Klassenkampf und Persönlichkeitsentwicklung«, daß der Kapitalismus die Voraussetzungen für den Sozialismus schafft, indem er die Produktivkräfte entwickelt. Dieses Theorem von Marx hat keine Folgen für ihre Analyse der gegenwärtigen Lebensbedingungen in der BRD: Die Auswirkungen der Produktivkraftentwicklung auf die Lohnarbeiter sieht sie ausschließlich negativ: »Diese Art der Anwendung, unter dem Kommando des Monopolkapitals, verwandelt Wissenschaft und Technik tatsächlich von einem möglichen Segen in einen Fluch für das werktätige Volk.« (62) Da Arbeit hier immer unter dem Kommando des Kapitals steht, ist »persönliche Emanzipation im Sinne einer allseitigen Entfaltung des Individuums (...) innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Systems grundsätzlich nicht möglich.« (67) Zwar ist es richtig, daß Wissenschaft und Technik, vom Kapital angewandt, zu Arbeitslosigkeit führt. Heißt das aber notwendig, daß es in der Arbeit selbst keine Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung gibt? Diese Frage wäre zunächst konkret zu untersuchen, statt von der kapitalistischen Formbestimmtheit der Arbeit umstandslos auf ihren Inhalt zu schließen, wie dies Rainer Krings tut: »Die Vergesellschaftung der Arbeit führt im Kapitalismus jedoch nicht zur Entfaltung der Individuen . . . , sondern zu deren Verarmung.« (19)

Abstrakte Negation bei den »Spontis«

Nicht anders urteilen »Spontis« über die Möglichkeiten der Selbstverwirklichung in der Arbeit, soweit sie unter kapitalistischen Bedingungen stattfindet: »Da ist (...) das Ersatzschlachtfeld um das Verbot von Berufen, die in ihrem gegenwärtigen Charakter von uns sowieso abgelehnt werden (...)« (Traumstadt, Nr. 5, 1979, S. 8).

Gegensätzliche Konsequenzen aus der abstrakten Negation

Führt bei den »Spontis« die Ablehnung von Berufen mit einer gewissen Logik zu der Frage, warum dann überhaupt gegen ihr Verbot gekämpft werden soll (sowie zur Entwicklung *alternativer* Lebens- und Arbeitsformen), so sieht Beate Landefeld gerade im Kampf die einzige Möglichkeit, unter den entfremdeten Bedingungen noch ein »sinnvolles Leben« zu führen. Die »höchste Form« dieses solidarischen Kampfes an der Seite der Arbeiterklasse »verwirklicht sich im kontinuierlichen gesellschaftsverändernden Handeln als Mitglied der revolutionären Partei der Arbeiterklasse« (72). Wenn auf diese Weise alle Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen aus der

* »Sackgassen und Irrwege«. »Links«-opportunistische Strömungen in der Studentenbewegung, herausgegeben von Beate Landefeld und Franz Sommerfeld, Dortmund 1979. Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf dieses Buch.

Gesellschaft heraus- und in die kommunistische Partei hineinverlagert werden, bekommt sie den Charakter einer Rückzugsinstanz, ähnlich wie die von Landefeld kritisierten alternativen Lebensformen. Sie bekommt diesen Charakter für die in ihr organisierten Individuen, auch wenn ihr Programm und ihre Taten sich auf die Veränderung der Gesamtgesellschaft richten. Gerade in diesem »Alternativprojekt«, der kommunistischen Partei, sehen »Spontis« keine Alternative, weil sie glauben, dort ihre eigenen Interessen verleugnen zu müssen: »Zweifel (sind aufgetaucht) an der marxistischen Revolutionstheorie, die ausschließlich das Proletariat als wesentliches Revolutionssubjekt zuläßt, andere Subjekte als nicht zeitgemäß, kleinbürgerlich oder gar reaktionär abqualifiziert.« (Traumstadt, Nr. 5, 1979, S. 1)

Die Befürchtungen scheinen berechtigt, liest man einige Passagen, in denen die MSB – Autoren den Spontis vorwerfen, Kleinbürger zu sein. Da gibt es eine »kleinbürgerliche Sozialismuskritik«: die »kleinbürgerliche Herkunft« bedingt, daß »abstrakte Ideale« und »intellektuelle Interessen« »eine große Rolle (spielen)« (75/77). Die Intelligenz hat einen »Hang zum Individualismus« (77). Sie hat »kleinbürgerliche Vorstellungen von der Selbstbefreiung eines autonomen Individuums« (55), usw. Mag die Kritik in Teilen berechtigt sein, so wird sie wenig bewirken, wenn sie den z. T. falsch formulierten und praktizierten aber berechtigten Lebensinteressen der »Spontis« und Intellektuellen nichts weiter zu bieten hat, als ein »sinnvolles Leben« durch Solidarität, »solange diese (die Studenten, NR) sich nicht von der arbeitenden Bevölkerung isolieren lassen.« (72) Aber warum sollten sie sich nicht isolieren lassen, wenn ihre Interessen als kleinbürgerlich denunziert werden? Käme es nicht darauf an, zu zeigen, wie die Interessen von Intellektuellen in einem Bündnis mit der Arbeiterbewegung aufgehoben wären?

Identifikation oder abstrakte Bejahung

Einen weiteren Grund dafür, warum in der kommunistischen Partei, und zunehmend in der politischen Arbeit überhaupt, keine Perspektive mehr gesehen wird, nennt Kraushaar: »Mit jeder neuen Nachricht über die Unterdrückung von Revolutionären in sozialistischen Ländern schwand auch die Hoffnung auf eine eigene revolutionäre Perspektive immer mehr. . . . Mit einem Mal schien es nichts Revolutionäres mehr zu geben, womit man sich auf diesem Erdenball noch ungebrochen identifizieren konnte.« (Kraushaar, 1978, 60 f.).

Die Identifikation, von der Kraushaar spricht, funktioniert so: Die eigenen Vorstellungen über eine befreiende Praxis werden auf andere übertragen. Da es unmöglich scheint, die eigenen Lebensbedingungen in den Griff zu kriegen und zu verändern (s. o. »abstrakte Negation«), werden Befreiungsbewegungen, Sozialistische Länder oder auch die Arbeiterklasse zu Vollbringern der eigenen Taten. Dieser Mechanismus findet sich nicht nur bei Linken: Er ist allgemein in einer Gesellschaft, deren Kontrolle ihren Mitgliedern entzogen ist und in der Versuche, sich ein Stück weit aus ihren Zwängen herauszuarbeiten mit Gettoisierung, Berufsverboten u. a. bestraft werden. Man kann die massenhafte Konsumtion der sogenannten Regenbogenpresse interpretieren als Identifikation mit Figuren, die ersatzweise das selbstbestimmte Leben führen, das man nicht führen kann und dessen Erkämpfung mit zu vielen Ängsten besetzt ist.

Da eine eigene, gesellschaftsverändernde Praxis fehlt oder durch den Druck der gesellschaftlichen Institutionen und/oder durch Rückschläge stark beschränkt ist, erscheinen Fehler der stellvertretend Kämpfenden als deren gänzlich Versagen: Nur in einer eigenen Praxis könnte die Widerständigkeit der Realität erfahren werden, könnte erfahren werden, daß Handeln immer auch bedeutet, Fehler zu machen. Weil diese Erfahrungen fehlen, werden die Identifikationsobjekte nicht als widersprüchliche und in Widersprüche Verwickelte betrachtet. Diese Widerspruchseliminierung führt dazu, daß die »Stellvertreter« zur Verkörperung aller positiven Werte werden, personifizierte Moral. Man könnte diesen Mechanismus entsprechend dem Begriff der »abstrakten Negation«, als »abstrakte Bejahung« bezeichnen. Weil die Identifikationsobjekte die vorgestellte eigene Praxis gelebt haben, sind ihre als Versagen interpretierten Fehler gleichbedeutend mit *eigenem* Versagen. Um diesem Versagen zu entrinnen, müssen die Identifikationsobjekte fallengelassen werden. Übrig bleibt das Gefühl, daß »... die angebotene Sozialität so leer und die revolutionäre keinen Deut besser ist.« (Schmid, 1978, 91). Nur ein möglicher Gewinn an Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen durch kollektive Praxis könnte Identifikationen überflüssig machen und das »Gefühl der Leere« vermeiden.

Die Autoren von »Sackgassen und Irrwege« beanspruchten, eine solche Praxis zu haben. Welche Rolle spielt bei ihnen die Identifikation? Sie kritisieren die idealisierende Haltung gegenüber den sozialistischen Ländern und den Befreiungsbewegungen. Sie kritisieren sie aber nicht, weil sie eine Form der Identifikation ist, sondern weil sie zur Aufgabe der Identifikation führt: »Zurückgegangen ist dagegen die Identifikation der »neuen Linken« mit diesem Prozeß (dem revolutionären Weltprozeß, NR).« (12) Für ein »sinnvolles Leben« schlagen sie explizit eine identifikatorische Haltung vor: »... aus der Kenntnis der Erfolge des Marxismus und Kommunismus in anderen Ländern der Welt resultiert für den einzelnen Genossen das Gefühl der Effektivität, der tatsächlichen Wirksamkeit des eigenen Handelns.« (72) Haben viele ihre Identifikation mit den sozialistischen Ländern aufgegeben, weil sie durch deren Mängel ihre Ideale verraten sahen, können die Autoren ihre Identifikation aufrechterhalten, weil sie in der Kritik an den sozialistischen Ländern ausschließlich die Mängel ihrer Kritiker entdecken: »Die typischen Elemente der »linken« Kritik an der Arbeiterklasse und am realen Sozialismus beruhen auf kleinbürgerlich- individualistischen Vorurteilen ihnen gegenüber.« (91)

Funktion der abstrakten Bejahung: sich nicht ändern zu müssen

Während bei den MSB-Autoren die Identifikation dazu verhilft, mit Mißerfolgen fertigzuwerden, ohne die eigene Theorie und Praxis überdenken zu müssen, verhilft die Aufgabe der Identifikationsobjekte dazu, sich dem Widerspruch zwischen den Zielen und dem Abstand zu ihnen gar nicht erst auszusetzen. Die Ansprüche werden zurückgeschraubt auf den Schutzraum der alternativen »scene«, in der man glaubt, widerspruchsfrei leben zu können. Der Rückzug hat zwei Seiten: einerseits werden die gesamtgesellschaftlichen Ziele faktisch aufgegeben, auch wenn sie im Bewußtsein sehr vieler fortexistieren. Andererseits wird die Haltung aufgegeben, den Wunsch nach Kontrolle der eigenen Lebensbedingungen von anderen verwirklichen zu lassen. Die »Spontis« nehmen ihr Leben selbst in die Hand. Daß dies in der reduzierten Form einer Ansiedlung in den »Löchern (des) Vergesellschaftungsprozesses«, (Brückner

1978, 83) geschicht, birgt zwar die Gefahr, sich in ihnen und damit in den Verhältnissen einzurichten, bietet aber auch Lernmöglichkeiten, weil jetzt die Ideale an der eigenen Praxis gemessen werden können; einer Praxis, die immerhin auf den Feldern experimentiert, die für sozialistische Verhältnisse wichtig sein werden. Daß Lernmöglichkeiten vorhanden sind, belegt auch Landefeld: »Ein Individualismus ist eingerissen, der dabei ist, die gesellschaftliche Dimension der Bedürfnisstruktur der Individuen zu verdrängen. . . . (Es) ist die selbstkritische Frage zu stellen, ob die berühmte Losung von der Politisierung des ganzen Lebens, des ganzen Alltags etc. im Grunde nicht bloß privatistische Rationalisierung des Rückzuges ins Gehäuse des eigenen Ichs und damit weg von der Ebene der realen gesellschaftlichen Auseinandersetzung darstellt.« (»Marburger Papier«, S. 3 = internes Papier der Basisgruppenfraktion in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften, zit. S. 65). Beate Landefeld sieht in dieser Selbstkritik ausschließlich eine Bestätigung ihrer These, die Alternativbewegung sei eine »Sackgasse«.

Über die Unmöglichkeit der Verständigung

Inwiefern sind abstrakte Negation und abstrakte Bejahung Gründe dafür, daß, wie eingangs behauptet, »Spontaneisten« und die Kräfte in und um den MSB sich nicht verständigen können? Die Autoren von »Sackgassen und Irrwege« sind unfähig, die abstrakte Negation der kapitalistischen Gesellschaft durch die »Spontis« als eine der wesentlichen Gründe dafür zu erkennen, daß diese in die Alternativen gehen. Sie sehen selbst keinerlei Perspektive in der Arbeit, solange sie Lohnarbeit ist. Dem »Hier und Jetzt« haben sie nur ein »Heute nicht« entgegenzusetzen. Wo Spontaneisten »Subjekt, Subjekt« rufen, rufen sie »Gesellschaft, Gesellschaft«. Sie können die identifikatorische Form der Politik nicht kritisieren, weil sie selbst für eine solche, abstrakt bejahende Politikform Partei ergreifen.

Möglichkeiten der Verständigung

Erstens: Statt einer identifikatorischen Politik, muß eine Form politischen Handelns gefunden werden, die es ermöglicht, die fortwährenden Konflikte zwischen den eigenen Ansprüchen und Zielen und den Hindernissen, die die Wirklichkeit ihnen entgegensetzt, zu verarbeiten. Dazu brauchen wir Kollektive, in denen alle Schwierigkeiten, alle Zweifel ausgesprochen und gemeinsam gelöst werden können. Sobald Tabus verhängt werden, müssen Zweifel durch Identifikation verdrängt werden. Das führt entweder zu Realitätsblindheit oder, wenn die Zweifel übermächtig werden, zur Aufgabe der Ziele. Das Festhalten an den Zielen ist nur möglich, wenn sie immer wieder überprüft werden können, wenn Vorstellungen, die sich angesichts veränderter Bedingungen als falsch oder ungenügend erweisen, korrigiert und weiter entwickelt werden können. Politische Praxis verträgt nur »Identifikation« mit der ständigen Veränderung des eigenen Denkens und Handelns. Thomas Schmid hat dies erkannt: »Revolution erfordert einen Menschen, der akzeptiert, daß die endliche Ruhe nur das – unabsehbare – Ergebnis dauernder angestrebter Unruhe sein kann . . .« (Schmid, 1978, 88). Schmid sieht in der Ruhe ein revolutionäres Ziel, weil er erkennt, daß nicht Unruhe bedrohlich ist, sondern Lebensbedingungen unter denen es ein Risiko ist, sich zu verändern, zu lernen. Beruhigt könnten wir deshalb nur sein, wenn wir uns in Ruhe verändern könnten. Der Zumutung, sich für die Herstellung dieser »Ruhe«

anzustrengen, verweigert sich Schmid, indem er aus der Notwendigkeit der Unruhe die falsche Schlußfolgerung zieht, die Revolution brauche »... einen Menschen, der bereit ist, sich seine Grundlagen selber zu entziehen« (Schmid, 1978, 88 f.). Umgekehrt: Nur wenn man ständig weiterdenkt, kann man sich die Grundlagen erhalten.

Zweitens: Eine Kritik, die eine Perspektive böte, müßte eine sozialistische Kultur mit aufbauen, in der in neuen Lebensformen, im politischen Kampf *und* innerhalb der privat-gesellschaftlichen Arbeit (sie ist eben beides) Bedürfnisse und Fähigkeiten sich entwickeln können. In der Arbeit deshalb, weil mit der Entwicklung der sachlichen Produktivkräfte auch die Möglichkeit für die Subjekte wachsen, sich zu entwickeln. Diese Möglichkeiten nicht zu nutzen, hieße die Basis preiszugeben, auf der realistisch neue Bedürfnisse und Fähigkeiten entstehen können. Eine solche sozialistische Kultur, die alle Lebensbereiche umfaßt, wäre zwar auch eine »Gegenkultur«; sie wäre aber mitten in der Gesellschaft angesiedelt. Sie würde ihr an Ort und Stelle entgegen-treten, statt sich zurückzuziehen in alternative Refugien. Es ist daher auch verkürzt zu sagen, »Spontis« und MSB sollten voneinander lernen. Gelernt werden könnte nur, die Ansprüche der jeweils anderen ernst zu nehmen. Aber wenn nur eine Seite des Lebens praktiziert wird, wird die Praxis selbst falsch. Zwei falsche Praxen können nicht zu einem richtigen Ganzen ergänzt werden.

Anmerkung

1 Zur Bestimmung dieses Begriffs vgl. W. F. Haug: Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie, in: *Das Argument* 74, 14. Jahrgang, S. 561–585. Sofern es sich um die Verneinung der kapitalistischen Gesellschaft handelt, ist abstrakte Negation eine »Verneinung, die mit der kapitalistischen Produktionsweise deren Früchte wegwirft.« (581)

Literaturverzeichnis

Brückner, Jens: Thesen zur Diskussion der »Alternativen«, in: *Autonomie oder Getto* (a.a.O., S. 68–85).

Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): »Autonomie oder Getto?«, Frankfurt/M., 1978.

Schmid, Thomas: Stämme und Stammtisch, in: *Autonomie oder Getto* (a.a.O., S. 86–94).

Zum Spontaneismus erschienen im *Argument* u. a. folgende Aufsätze:

T. Waldhubel: Sponti-Bewegung: Flucht in den Alltag?; *U. Enderwitz:* Phänomene neuer Religiosität: Die Gurus von der Stange; *J. Rohwer:* Revolutionäres Potential in der neuen Jugend; *R. Nemitz:* »Mut zur Erziehung« als konservativer Spontaneismus; alle in: *Argument* 113 (»Spontaneität und Ideologie«)

A. Rang u. B. Rang-Dudzik: Lehrer unter der Volksbildungskuppel – ratlos, in: *Argument* 116

Dies: Die Alternativlosigkeit der westdeutschen Alternativschulkonzepte, in: *AS 21, Schule und Erziehung* (VI)

Kampagne oder Kritik?

Zur Diskussion um das Buch »Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung«

Selten hat ein Buch, das sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung befaßt, so starke Beachtung gefunden wie das von F. Deppe, G. Fülberth und J. Harrer herausgegebene Werk »Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung« (im folgenden zit.: »Geschichte«). Es dürfte wohl zum ersten Male überhaupt gewesen sein, daß Zeitungen und Zeitschriften in der BRD mit Riesenaufgaben sich dem Stiefkind der bürgerlichen Geschichtsforschung, der Geschichte der Arbeiter, geöffnet haben. Zur gleichen Zeit veröffentlichten die FR, die FAZ, die »Quelle«, das »ötv-magazin«, »Die Zeit« und zahlreiche andere Zeitschriften der Einzelgewerkschaften im DGB (zuletzt auch noch »Erziehung und Wissenschaft«) Beiträge zur Kontroverse um die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Dies hat dazu geführt, daß die Debatte schwer durchschaubar geworden ist.

Uns interessiert: Geht es den zahlreichen Rezensenten¹ um eine Kritik an der »Geschichte« (die, wie jede Kritik, scharf sein soll, überzogen sein kann) oder geht es ihnen um eine öffentlichkeitswirksame Bekämpfung einer Denkrichtung? Dieser Unterschied ist wichtig: Kritik, auch die polemisch geführte, hält den Kritisierten immer noch für kritikwürdig; zumindest gesteht sie ihm Fehler, Irrtum oder Entgleisung zu, um deren Korrektur willen sie letzten Endes geschrieben ist. Die *campagne* setzt dagegen auf Sieg, d. h. auf Niederringung des Feindes.

Zunächst wollen wir die verschiedenen Ebenen der Auseinandersetzung herausarbeiten, ohne uns schon auf die Inhalte der Kritik einzulassen. Damit soll der wissenschaftliche, politische und nicht zuletzt der gewerkschaftspolitische Rahmen dieser Debatte abgesteckt werden. Es schließt sich daran die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Einwänden an: diese schließt eine – wengleich im Rahmen dieses Beitrags nur exemplarisch geführte – Untersuchung der häufig wiederkehrenden Muster der Kritik wie auch der methodischen Voraussetzungen und Regeln ein.

Im zweiten Abschnitt werden wir – da die inhaltliche Diskussion des Buches bislang eher verhindert als ermöglicht wurde² – Umriss einer Kritik formulieren. Diese wird die kritischen Einwände der Rezensenten zur Historiographie der Gewerkschaften ernst nehmen müssen. Wenn es richtig ist, daß das Stochern in der Wunde des Gegners seit eh und je ein hochgeschätztes politisches Kampfmittel ist, was folgt daraus anderes, als daß Wunden da sind, die bald geschlossen werden müßten?

I. Kritik als Denunziation

1. Zur Struktur der Kampagne

Es ist nützlich, zunächst *formal* die Ebenen, auf denen die Kritik sich bewegt, zu unterscheiden. Es sind vier, die in Anlehnung an kirchenrechtliche Verfahren folgendermaßen gekennzeichnet werden können:

– Begründete kritische Einwände (»monitio«)

- Warnungen und Verdammungen (»de libris obscenis«)
- Aufforderungen zum Ausschluß (»excommunicatio«)
- Befestigungen des Heilsweges (»ordo salutis«)

Kritische Einwände

Die Kritiker monieren im wesentlichen an der »Geschichte« (Detailkritik hier einmal beiseite gelassen), daß die Autoren es an analytischer Kritik gegenüber kommunistischer Politik haben fehlen lassen. Dies gelte besonders für die Zeit der Weimarer Republik. *Scharrer* bemängelt, daß der RGO-Kurs nur taktisch kritisiert und die Sozialfaschismus-These und die daran angelehnte praktische Politik verschwiegen werde. (Ähnlich H. *Weber*, z. T. G. *Beier* und H. *Grebing*.)

Gemeinsame Auffassung der Kritiker ist, daß die kommunistische Politik in der Endphase der Weimarer Republik keine überzeugende Perspektive bot, um den aufziehenden Faschismus wirksam abwehren zu können. Bei der Darlegung dieses Einwands werden Argumente vorgebracht, die diskussionsbedürftig sind. Eine solche Diskussion setzt freilich *Gleichberechtigung* voraus. Es spricht vieles dafür, daß den Kritikern an einer solchen gleichberechtigten Diskussion im Interesse der Wahrheitsfindung nichts gelegen war. Keiner der Kritiker protestierte dagegen, daß die Antworten von F. Deppe, G. Fülberth und J. Harrer von der FR wesentlich gekürzt abgedruckt wurden; daß das »ötv-magazin«, »Die Quelle«, »Erziehung und Wissenschaft« bisher ausschließlich die Kritiker (ausführlich) zu Wort kommen ließ; daß das »ötv-magazin« sich für die Bearbeitung der zahlreichen Leserbriefe einen Zensor einstellte, der in oberlehrerhafter Manier ihm mißliebige Leserbriefe entweder ganz unterdrückte oder verunstaltete oder – ganz im Sinne eines Hirtenbriefes – Kommentierungen anfügte, auf daß der Leser nicht etwa auf eigene Gedanken käme. Daß dies Verfahren den Kritikern recht war, bedeutet, daß ihnen das Auskosten einer publizistischen Machtposition wichtiger war als die Aufnahme einer gleichberechtigten Diskussion.

epistolae de non recipiendis libris

Keiner der Kritiker kann sich enthalten, den Vorständen des DGB (und implizit den staatlichen Verfolgungsorganen) die Nutzenwendungen, die aus der Kritik zu ziehen sind, mit auf den Weg zu geben. Ganz im Stile bischöflicher Indekskongregationen (ein Stil, der übrigens auch die erste Antwort der Autoren der »Geschichte« kennzeichnet) erheben sie warnend den Zeigefinger, auf daß hier *Abhilfe* geschaffen werde. »Dieses Buch wird zu *einem sehr niedrigen Preis* von 12,- DM angeboten und findet sicher im gewerkschaftlichen Bereich *große Verbreitung*«, schreibt H. Oetjen »An die Zeitungen der Gewerkschaftspresse«, womit die Kritik *Scharrers* auf die Bahn gebracht ist. »Damit ein solches Buch [!] nicht kritiklos weiterverwendet wird, würden wir die Veröffentlichung dieser Rezension (i. e. *Scharrers*) sehr begrüßen . . .« (Oetjen). *Scharrer* erinnert an die Wahrung *nationaler* Interessen: die »Geschichte« sei »der bisher geschickteste Versuch, die parteikommunistische Geschichtskonstruktion an den bundesrepublikanischen (!) Leser zu bringen«. G. *Beier* warnt unvrblümt davor, dieses Buch zu kaufen: »Was der Käufer erwirbt, entpuppt sich als Anschaffung mit Mängeln, ja, schlimmer noch, als Investition mit tendenziösen Folgen. Es handelt sich nämlich keineswegs um den ersehnten Abriß . . .« Und

P. v. Oertzen fordert sämtliche Gewerkschaftsvorstände in Bund und Ländern auf, »hier Abhilfe zu schaffen«. Administrative Maßnahmen seien zwar »keine sonderlich überzeugenden Argumente«, aber »freie Bahn« dürfe man solchen Auffassungen keinesfalls geben.

Diese den Gewerkschaftsvorständen angedienten Warnungen werden mit Stichworten, die man bisher vor allem in der Sprache staatlicher Dienste ertragen mußte, garniert: »Unschwer zu erkennen ist dabei, daß die Verfasser mit ihren Legenden, Verbiegungen und letztlich Fälschungen *nur der offiziellen parteikommunistischen Geschichtsschreibung folgen*, wie sie z. B. in der 8-bändigen »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« vom ZK der SED formuliert ist« (*Scharrer*). *Pirker* behauptet, »daß Wissenschaftler in der Bundesrepublik und an westdeutschen Universitäten bestellt und beamtet *so schreiben, als wären sie Kandidaten für eine Akademie der Sozialwissenschaften und der Geschichte der Arbeiterbewegung im real existierenden Sozialismus*«. Für v. Oertzen gilt als sicher, »daß die »Geschichte« von Deppe u. Co. von einem parteikommunistischen Standpunkt aus geschrieben ist und weitgehend auf einer einseitigen und verfälschenden Darstellung beruht.« *Beier* spricht vom »leninistisch geprägten Zerrbild«, von »schleichender *Indoktrination*« und davon, daß die Autoren »auf ihre Weise Reklame für die Marburger Schule und für die DKP (machen), auch wenn nicht alle Mitglied dieser Kaderpartei sind . . .«. Und schließlich macht *F. Vilmar* darauf aufmerksam, daß die »Geschichte« die »systematische Verächtlichmachung der deutschen Gewerkschaftsgeschichte durch Unterschlagung der – *eben nicht kommunistischen, sondern sozialreformerischen!* – Erfolgsbilanz der Gewerkschaften« betreibe, getreu dem »seit 1920 (!) im Kern unveränderten ideologischen Auftrag, der den Autoren die Feder führt.«

excommunicatio

Einige Kritiker begnügen sich nicht mit der Indizierung des Werkes, das »dem Transport sowjet-marxistischer Interpretationsmuster in die Schulungsarbeit der Gewerkschaften« diene (G. Beier); sie verlangen mehr. Oertzen an die Gewerkschaftsvorstände: »Jedenfalls sind die Auffassungen Abendroths unvereinbar mit dem Programm des DGB und unvereinbar mit den Grundsätzen der Demokratie, den Zielen des Sozialismus und den Traditionen der freiheitlichen Arbeiterbewegung.« Wer »mit dem DGB-Programm *unvereinbar*« sagt, der will eine Diskussion auf dem Machtboden von Schiedskommissionen und Ausschlußparagrafen. Wer »mit den Grundsätzen der Demokratie *unvereinbar*« sagt, der will eine Diskussion auf dem Machtboden von Staatsschutz und politischer Polizei. Früher nannte man dies Inquisition. Eines jedoch will er bestimmt nicht: eine gleichberechtigte Diskussion unter Kollegen, Freunden oder Genossen. Was Oertzen hier anstrebt, ähnelt jener Strategie, die der GEW-Vorsitzende Frister 1974/1975 unter dem zutreffenden Titel »Von der Grenze der Toleranz« öffentlich bekannt machte. Frister hatte in den kommunistischen Kollegen »eine Gefahr für eine wirkungsvolle Gewerkschaftspolitik im Interesse der Mitglieder« gesehen, da es sich »bei ihrer Respektierung des Grundgesetzes und ihrer Anerkennung gewerkschaftlicher Disziplin um zweckgerichtete Anpassungsvorgänge« handle. Der GEW-Hauptvorstand unter Frister forderte im Februar 1974: »Die Wirksamkeit von Ausschlußmaßnahmen und Abgrenzungsbeschlüssen ist umstritten. Auf jeden Fall ist es notwendig, auf der Grundlage der *Mobilisierung der*

»Basis eine politische Isolierung dieser Gruppen und ihrer Sympathisanten, vor allem aber ihre Fernhaltung aus allen Funktionen, zu erreichen.« Keiner wäre bei diesen Frister'schen Auslassungen auf den abwegigen Gedanken gekommen, der Kollege Vorsitzende wolle mit seinen Kritikern gleichberechtigt über Probleme der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung diskutieren.

ordo salutis

Die Kirchengeschichte belegt hinreichend, daß monitiones, prohibitiones librorum obscenorum, daß selbst beschwörende Warnungen de non recipiendis libris, gar excommunicationes allein nicht ausreichen, um das Fortleben von »Irrtümern« und »böswilligen Entstellungen« ein für allemal abzustellen. Immer war notwendig eine erneute Befestigung des wahren Weges – gerade wegen der vielen *gutgläubig* auf Abwege Geratenen! Das bei solchen Diskussionen unvermeidlich auftretende Defizit an Vertrauen in die Vorstandspolitik, ja eine gewisse Verunsicherung zahlreicher Mitglieder (Könnte nicht vielleicht an der »Marburger« Kritik ein Körnchen Wahrheit sein?) gilt als nicht minder gefährlich. Hier hat G. Beier Anstrengungen unternommen: Carl Legien, Wilhelm Leuschner und Hans Böckler – sämtlich Gewerkschaftsführer, »drei große Namen« – stehen »im *Mittelpunkt* der deutschen Gewerkschaftsbewegung«. Welch apartes Geschichtsverständnis, könnte man einwenden, – machen denn wieder führende Personen allein Geschichte? Mehr noch: »Alle drei wirken wie Integrationsfiguren und Identifikationssymbole bei der Ausbildung historischen und gewerkschaftlichen Bewußtseins.«

Eine derartige »Identifikation« hat den unschätzbaren Vorteil, daß sie kritische Fragen als ungebührlich oder störend empfinden läßt. So wäre zu fragen, – ob Carl Legien denn tatsächlich »konsequenter Vertreter eines freiheitlichen Sozialismus in den Gewerkschaften« (Beier) gewesen ist, bzw. wie diese Annahme mit seinem tatkräftigen Eintreten für den imperialistischen Weltkrieg bis zum Ende zu vereinbaren sei, – ob Wilhelm Leuschners Vorstellung einer »Staatsgewerkschaft« ohne Streikrecht tatsächlich für die Ausbildung gewerkschaftlichen Bewußtseins so geeignet ist, – ob Hans Böckler nicht vielleicht gelegentlich einem erschreckend primitiven Antikommunismus das Wort geredet hat.

Man könnte auch nach den Verhältnissen fragen, die es einigen angeraten erscheinen lassen, den Gewerkschaften einen neuen Personenkult anzudeniern. Denn ein derart unhistorisches Erfinden von »ehrwürdigen Identifikationsfiguren« (Beier) kann nicht historisch-politischem Erkenntnisinteresse an der eignen Geschichte entspringen. Es entstammt aktuellen politischen Bedürfnissen. Es würde – sollte es Schule machen – eine neue »Heiligengeschichte« eröffnen, die historische Kritik zugunsten eines falschen Identifikationssymbols tilgt und aktuelle Kritik an lebenden »Heiligen« diskreditiert. »Die deutschen Gewerkschaften« – so Beier – »brauchen sich ihrer Vergangenheit nicht zu schämen und haben auch nichts von der Geschichte zu befürchten«. Vergangenheitsbewältigung? Vergangenheitsüberwältigung?

Zur Rolle der Presse

Für FR, FAZ und die »Zeit« gilt, daß sie einen teils herbeigerufenen, teils willkommenen, teils in Kauf genommenen *mächtigen Partner* der Kritiker in ihrem mär-

tyrerhaften Ringen gegen die »auf administrativem Wege« vorgehenden Marburger bildeten. Dies hat freilich unterschiedliche Gründe. Für einen Teil der Gewerkschaftspresse gilt wohl allgemein, daß sie dabei Kräften nachgegeben haben, denen eine rechtssozialdemokratische Richtungsgewerkschaft alles, eine Einheitsgewerkschaft hingegen wenig bedeutet. Für die »Frankfurter Rundschau« dürfte gelten, daß sie ein einigermaßen lesbares Manuskript, das geeignet erscheint, die DKP als gefährliche Kraft zu präsentieren, ihren Lesern selten vorenthält. Wenn sie sich dabei den Anschein geben kann, daß sie ein Forum für eine offene Diskussion sei, um so besser. In Wahrheit sind hier für die FR alle Fragen längst beantwortet, und es ist kein Zufall, daß die ganze scheinbar so hochakademisch begonnene »Gewerkschaftskontroverse« (Scharrer) schließlich bei dem Abdruck eines Papiers endete (FR vom 5. 5. 1979), das jedem Leser klar machen sollte, um was es ging: »Eine Untersuchung über Strategie und Aktivitäten von DKP und SDAJ innerhalb der Gewerkschaften: es geht um die Durchsetzung von Parteiinteressen« – so der Untertitel des sog. »Oberurseler Papiers«. Die FAZ (»Die Roten sind auf dem Marsch«, 21. 4. 1979) stellt andere Überlegungen an. Die inhaltliche Kontroverse als solche dürfte sie kaum interessieren (und in der Tat steht historisch allerlei Unsinn in dem genannten Artikel). Zum einen sollte den Unternehmern – der Beitrag erschien im Wirtschaftsteil! – deutlich gemacht werden, welche »gefährlichen« Kräfte innerhalb der Gewerkschaftsbewegung am Werke sind. Zum andern soll dem Staat ein Fingerzeig gegeben werden, was er im Hochschulbereich noch zu tun habe:

»Sozialistische Bildungspolitik hat an einigen und nicht wenigen westdeutschen Universitäten Professoren auf Lehrstühlen geduldet, ja sie dorthin berufen, bei denen die Indoktrinäre der Gewerkschaftsschulen und auch Redakteure von Gewerkschaftszeitungen erst die geistige Schulung erhalten haben, die sie zum Einsatz im Sinne kommunistischer Ideen befähigt. Abendroth und Genossen sind da nicht die einzigen.«

Und schließlich wird die SPD aufgefordert, ihren linken Flügel schärfer zu kontrollieren:

»Immer wieder ist in den Gewerkschaftskreisen der Unmut darüber aufgebrochen, daß die SPD diesen linken marxistischen Flügel mit freundlicher Zuneigung gewähren läßt, ohne zu bedenken, wie sehr dadurch die für die Gewerkschaften verhängnisvollen Volksfront-Bündnisse zwischen Marxisten verschiedener Parteizugehörigkeit erleichtert werden.«³

Die von der FAZ geforderte Verschärfung des Rechtskurses in Betrieb, Hochschule, Gewerkschaft und SPD unterscheidet nicht mehr zwischen marxistischen Denkern dieser oder jener Provenienz. Sie will sie sämtlich aus den Institutionen heraushaben. Sie bringt damit die Kampagne politisch auf ihren Begriff. Überboten wird dies noch graduell von »BILD am SONNTAG«, das plötzlich eine Rubrik »Partei-Geschichte« einfügte. Hier wird unter dem Titel »Wohin steuert die SPD« die Frage gestellt, »Wer kennt noch Noske und Ebert?« (BILD am SONNTAG vom 8. 4. 1979, S. 89). BILD führt aus:

»Nach welchen Grundsätzen betrachtet die Partei ihre Geschichte? Es gibt Beispiele: Weiß in der sozialdemokratischen Partei, in ihrer jüngeren Generation noch jemand etwas von Noske, Scheidemann, Ebert, Braun und Severing? Bei Parteiveranstaltungen und in geschichtlichen Abhandlungen ist in erster Linie von Liebknecht und Rosa Luxemburg die Rede. Das waren Radikale, die mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hatten und zu tun haben wollten. Warum sind ausgerechnet sie das leuchtende Vorbild der Parteijugend und nicht die Kämpfer für Demokratie, Mitte und Recht?«

2. Argumentationsmuster und Methodisches

a) Zu den Argumentationsmustern

Reflektiert man die *Muster* der Auseinandersetzung, so fällt vor allem der Topos von der über die Zeitläufte hinweg gegebenen Identität kommunistischer Gewerkschaftsstrategie ins Auge. Nahezu gleichförmig taucht er bei Vilmar, Beier und in der FAZ auf.

Das Gespenst des Leninismus

Da ist zunächst der Vorwurf des »Leninismus«, in seinem »Wesen« verdeutlicht an einem Zitat aus Lenins Schrift gegen den »Linken Radikalismus«, das zum zeitlosen Kern kommunistischer Gewerkschaftsstrategie hochstilisiert wird.⁴ Die zitierten Forderungen Lenins an die westeuropäischen Kommunisten, um nahezu jeden Preis in den (rechts)sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften zu arbeiten und den Kampf gegen die »sozialchauvinistischen« und antirevolutionären Führungen von innen heraus zu führen⁵, stehen in diesem Zusammenhang für eine vorgeblich ehernzeitlose Generallinie skrupelloser, amoralischer, rein subversiver Fraktionspolitik der Kommunisten in den Gewerkschaften. Die Schreckbilder vom subversiven bolschewistischen Revolutionär und seiner geheimen Kommando-Zentrale mobilisierend, verbietet sich Beier jeden differenzierenden Hinweis auf den historischen Kontext. Daß Lenins Verweis auf die gegebenenfalls notwendigen »Schliche, Listen und illegalen Methoden« sich auf die Abwehr von Anstrengungen der Gewerkschaftsführungen bezieht, kommunistische und revolutionäre Gewerkschafter aus den Gewerkschaften herauszudrängen, bleibt ebenso ausgeblendet wie der sachliche Gehalt der von einem breiten Spektrum der Linken getragenen kommunistischen Kritik an der zeitgenössischen offiziellen Gewerkschaftspolitik. Ein derart verzerrendes Vorgehen *dämonisiert* die Tradition kommunistischer Arbeiterbewegung, weist auf einen Feind, dessen manifestes Wesen (das eines subversiven Agenten der Unfreiheit) zu kennzeichnen ausreicht, um seine wechselnden Aktivitäten zuordnen zu können. Bei aller Differenzierung der kritischen Argumente im einzelnen bleiben die zitierten *Urteile* über die Marburger »Geschichte« geprägt durch jenes Zuordnungsdenken, dem das Moment Leninismus als Synonym für die verschlagene Konsequenz revolutionärer Überwältigungsstrategien der Kommunisten gilt.

Abgesang auf »den Marxismus«

Marxistische Klassenanalyse als Medium der historischen Kritik von Gewerkschaftspolitik – von der »Geschichte« sicherlich mit unterschiedlicher Schlüssigkeit entfaltet – erscheint demgegenüber als abgeleitet, instrumental. Eine Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte, die gewerkschaftliche Politik auf die Ebene der Klassenkonstellationen projiziert und aus der Perspektive der Arbeiterklasse bilanziert, rückt in der Sicht der Kritiker in die Nähe eines Abbruch-Unternehmens, das den intakten Bau »des Geschichtsbildes« der deutschen Gewerkschaften zum Einsturz bringen soll. Wie sehr das Instrumentarium marxistischer Politik- und Gesellschaftsanalyse selbst den Bezugspunkt der Verdikte bildet, wird etwa in G. Beiers Fazit überdeutlich: »Das *Klassendogma* durchzieht das ganze Werk. Die Politik der Gewerkschaften wird stets an ihrer Stellung im Klassenkampf gemessen, was immer das auch sein

mag«. ⁶ Anstößig ist nicht etwa die falsche oder unzulängliche Analyse von Klassenkämpfen, anstößig ist das analytische Instrument selbst, die Rede vom Klassenkampf – sie schon fälscht die Geschichte, schafft a priori einen ideologischen Kontext.⁷ Oder an anderer Stelle: »Ideologien, die man bekämpfen möchte, sehen sich in abwertende *Identifikationsketten* gefesselt: Revisionismus ist stets mit Imperialismus verbunden, Kapitalismus führt zum Faschismus.«^{7a} Kapitalismus gilt hier als bloße Ideologie, ebenso wie das Denken in Kategorien der Klassenanalyse. Die Marburger »Geschichte« schreibt also Gewerkschaftsgeschichte als Geschichte nichtexistenter Klassenkämpfe in einem nur als Ideologie existierenden Kontinuum namens »Kapitalismus«, zu dem die Autoren in einem Verhältnis willkürlich gesetzter Gegnerschaft stehen. Anzumerken ist, daß Beiers Antimarxismus denjenigen des die KPD verbietenden Bundesverfassungsgerichts (1956) bei weitem übertrifft.

»Sowjetmarxismus« als Signal

Das übergreifende Moment, das »Leninismus« und »Marxismus« zusammenführt und die Identität kommunistischer Arbeiterbewegung und ihrer Geschichtsschreibung vollends faß- und ausgrenzbar macht, ist der »Sowjetmarxismus«, im inkriminierten Buch parteilich verkörpert in der dominanten SED-DKP-Orientierung. Sie liefere den Interessenraster, dem folgend Geschichte parteilich umgebogen und verfälscht werde. Ohne die Kasuistik der in diesem Zusammenhang thematisierten historischen Bezüge und kritischen Argumente gegen das Buch damit pauschal erledigen zu wollen, wird gerade an diesem Punkt sichtbar, wie in der politischen Logik der Kampagne das denunziatorische Etikett gegenüber dem kritischen Argument den Vorrang erhält. Wie schnell in derartiger Abrechnung mit dem Buch die politisch-denunziatorische Absicht sich Bahn bricht, sei an einem kleinen Beispiel vorgeführt. So stellt G. Beier die Behauptung auf, in der »Geschichte« würden »die RGO-Politik und der Berliner BVG-Streik von 1932 (...) gerechtfertigt«, und zwar in der aktuellen politischen Absicht, »RGO-Positionen latent wiederherzustellen«.⁸ Nun kann man gegen die Darstellung der KPD-Politik sicherlich scharfe Einwände erheben (siehe dazu unten). Der »ultralinke« Kurs der KPD wird auch nach unserer Ansicht weder zureichend erklärt noch kritisiert. Aber die Unterstellung, die Autoren »rechtfertigten« die RGO-Politik, ist ihrerseits ganz einfach eine Fälschung. In der entsprechenden Passage weisen die Verfasser den nahezu vollständigen Mißerfolg der RGO-Politik nach und gelangen zu dem Fazit, daß durch sie die »Aktionseinheit gegen den Lohn- und Sozialabbau wie gegen den aufkommenden Faschismus (...) behindert« wurde (»Geschichte«, S. 192 f.). Wie wenig Skrupel Beier im Umgang mit dem Text hat, wird daran deutlich, daß er nur eine Spalte zuvor wesentlich unschärfer feststellt: »Zwar beklagt die Marburger Gruppe die Ergebnisse der RGO-Politik, aber sie scheint deren Anfänge zu billigen (...).« Zum Beleg zitiert Beier eine Passage, in der die Autoren der »Geschichte« auf den seit 1926 wachsenden Druck der kommunistisch orientierten innergewerkschaftlichen Opposition verweisen, der auf ein entschlosseneres Auftreten der Verbandsleitungen in den Tarifauseinandersetzungen und eine offensive Mobilisierung der Mitgliedschaft und der Belegschaften generell abzielte. Dieser Sachverhalt, daß die Verfasser die Forderungen der Gewerkschaftsopposition in der Phase vor dem Einsetzen des »ultralinken« Kurses als nachvollziehbare Reaktion auf eine passive Lohnpolitik der Verbandsleitungen darstellen, wird

von Beier ohne Umschweife umgefälscht in eine »Rechtfertigung« der sektiererischen Politik ab 1929. Gleiches ließe sich für die Beispiele des BVG-Streiks von 1932 oder des Hitler-Stalin-Paktes aufzeigen.

b) Zur Methode der Kritiker

Diese plakativen Topoi und Argumentationsmuster, vorgetragen im Brustton wissenschaftlichen Expertentums, basieren auf methodischen Defiziten oder einfach auf unzulänglichen Verfahren der Urteilsbildung. Wir wollen uns auf drei Beispiele beschränken, um dies zu verdeutlichen. Diese Beispiele sollen zeigen, daß die Kritiker die historischen Auseinandersetzungen dadurch verzerren, daß sie *die Linke in Gewerkschaft und Sozialdemokratie systematisch verdrängen* (z. B. G. Beier), womit – dies übrigens ein altes bürgerliches Muster der Geschichtsschreibung – der Horizont sich verengt. Weiter verfährt die Kritik nach den Prinzipien der *selektiven Wahrnehmung* (z. B. P. v. Oertzen/M. Scharer). Und drittens wird gelegentlich *historisch die Unwahrheit behauptet* (z. B. P. v. Oertzen).

Verdrängung der innergewerkschaftlichen Linken: Carl Legien und seine Kritiker

Carl Legien, so G. Beier, »wird (von den Marburgern) in die Nähe eines Sozialchauvinisten gerückt (s.S. 129 Anm. 132)«. Tatsächlich jedoch sei Legien »konsequenter Vertreter eines freiheitlichen Sozialismus in den Gewerkschaften« gewesen. »Die unqualifizierten Angriffe (der Kommunisten) gegen ihn und andere westeuropäische Köpfe der Gewerkschaften waren Teil einer Strategie, die darauf zielte, einen Keil zwischen Vorstände und Mitglieder zu treiben«.

Der von Beier für den Sozialchauvinismus-Vorwurf angeführte Beleg ist unergiebig und dazu noch von ihm überinterpretiert.

»Neben dieser Resolution von Richard Müller wurde jedoch auf Drängen des überzeugten Sozialchauvinisten Siering eine abwieglerische Resolution durchgebracht, von der Legien im Reichstag behauptete, sie habe die Müller-Resolution aufgehoben und die Durchsetzung von »Sicherungen« gefordert« (S. 129 Anm. 132).

Aus der Tatsache, daß Legien etwas über eine Resolution eines Sozialchauvinisten behauptet, zu folgern, er werde von den Marburger Autoren »in die Nähe eines Sozialchauvinisten gerückt«, ist ein recht oberflächliches Beweisverfahren. Die Kritik Beiers trifft hier ins Leere. Gleichwohl erfolgte sie mitnichten versentlich oder zufällig. Der Kern der Sache ist nämlich die von Legien bis zum bitteren Ende und sogar noch darüber hinaus verfolgte »Politik des 4. August«, d. h. die Unterstützung der Kriegspolitik (wenn auch nicht sämtlicher Kriegsziele) des kaiserlichen Deutschland durch die Gewerkschaftsführung. Diese Unterstützung des imperialistischen Krieges erfolgte bei Legien aus seinem konsequenten Festhalten verschiedener – letztlich auf Lasalle und York zurückgehender – strategischer Überlegungen der »Eingliederung« der Arbeiterklasse in die wilhelminische Gesellschaft; hier kann man der Marburger Autorengruppe vorhalten, daß diese strategischen Prämissen Legiens nicht gründlich dargestellt worden sind. Nicht vorhalten jedoch kann man ihr, daß sie die gegen diese Politik der »Instanzen« sich im Verlaufe des Krieges steigende Unzufriedenheit und Kritik zahlreicher gewerkschaftlicher Organisationen aufgeführt hat, und daß sie für sie Partei ergriffen hat. Der Kern des Marburger Ansatzes in dieser Frage ist die Kritik an der Politik der Gewerkschaftsführung im Krieg. »Die Generalkommission leistete bis zum Schluß ideologische, aber auch finanzielle Unterstützung bei der letzten sinn-

losen Vergeudung von Menschenleben für den deutschen Imperialismus« (»Geschichte«, S. 144). Dabei ist es von untergeordneter Bedeutung, ob man diese Politik »sozialchauvinistisch«, »sozialpatriotisch« oder wie immer bezeichnen will; entscheidend ist vielmehr, ob man diese vollständige Kapitulation der Gewerkschaftsführung vor der kaiserlichen Regierung für rechtfertigungswert, richtig bzw. unvermeidlich oder ob man sie für äußerst kritikwürdig hält. G. Beier hat seine Kritik, sofern man sein dumpfes Etikettieren überhaupt als solche bezeichnen kann, im Vorfeld dieser entscheidenden Frage belassen und das Niveau bisheriger historischer Untersuchungen damit weit unterschritten. So hat Fritz Fischer bereits im Jahre 1961 dargelegt, daß noch 1917 in der Kriegsfrage der rechte Flügel der Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer »ganz der Linie der Regierungspolitik (folgten)« bzw. »sich die Mehrheitssozialdemokraten im Rahmen der Regierungspolitik (hielten)«. ⁹ F. Fischer hat 1970 auch dargelegt, daß einzelne rechte Parteiführer wie David und Südekum, »die engen Kontakt zu der Führung der Freien Gewerkschaften um Legien und Gustav Bauer hatten, . . . von vornherein (glaubten), sich solchen machtpolitischen Zielen Deutschlands nicht entgegenstellen zu sollen«. ¹⁰

Der zweite Beier'sche Vorwurf ergibt sich in gewisser Weise zwingend aus seiner Erfindung von »ehrwürdigen Integrationsfiguren«, die bei ihrer ständigen Integrationsaufgabe (und diese war ab 1914 für die Generalkommission wirklich anstrengend) natürlich nicht laufend von den Mitgliedern gestört werden durften. »Wie die Dinge liegen«, soll Legien im August 1914 gesagt haben (und die Marburger geben das Zitat wieder), »hört die Demokratie in den Gewerkschaften auf, jetzt haben die Vorstände auf eigene Verantwortung zu entscheiden, und zwar so, wie sie es vor ihrem Gewissen verantworten können«. Fritz Opel hat in seiner Untersuchung über den Deutschen Metallarbeiterverband das allmähliche Anwachsen (besonders ab 1916) des Oppositionspotentials *innerhalb der Gewerkschaften* gegen die »Politik des 4. August« dargestellt – eine Bewegung innerhalb der Mitgliedschaft (besonders in Berlin), aus der zahlreiche Massenstreikaktionen während des Krieges hervorgegangen sind. ¹¹ Für die Generalkommission waren dies zunächst irgendwelche ewiggestrigen »Protest- und Generalstreikapostel«, welche »die mühsam aufgebauten Organisationen« auf das Schwerste gefährdeten. Historisch ist festzustellen, daß die Kraft zur Revolution, zur Begründung der Republik, zum Streben nach Sozialismus und Demokratie – wie im November 1918 dann sichtbar geworden – aus diesem (besonders auch innergewerkschaftlichen) Oppositionspotential sich ausgebildet hat.

Es ist mithin ein Gebot der Wahrhaftigkeit, diesem Oppositionspotential im Rahmen der Gewerkschaften historisch gerecht zu werden. Dies haben die Marburger Autoren getan. Darüber hinaus haben sie in der Frage der »Politik des 4. August« für jene gewerkschaftlichen Positionen Partei ergriffen, die den imperialistischen Krieg so schnell wie möglich beenden wollten. Hier besteht nun in der Tat eine prinzipielle Differenz zur Auffassung G. Beiers. Denn aus seiner autoritär-bürokratischen Redeweise, die jene genannten Konflikte um die »Politik des 4. August« lediglich im Bezugsrahmen »vorstandsloyal« bzw. »vorstandskritisch« erfaßt, kann geschlossen werden, daß er auch in dieser Frage an seinem »Identifikationssymbol« festhalten will.

Selektive Wahrnehmung: Zur Rolle der USPD

Neben den Verdrängungen innergewerkschaftlicher und innersozialdemokrati-

scher Oppositionsbewegungen tritt als weiteres methodisches Instrument die Ausgrenzung, die selektive Wahrnehmung deutlich hervor. Spätestens hier kommen Scharrer und Oertzen auf die USPD zu sprechen. Sie wollen zeigen, daß die reale Stärke und Einflußnahme der USPD im Buch nicht sachgerecht dargestellt werde, und daß dem Leser durch die Art der Darstellung (und der Überschätzung der Stärke der Spartakusgruppe) eine falsche Traditionslinie suggeriert werde.

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, daß die wissenschaftliche Beschäftigung mit der USPD erst in den letzten Jahren überhaupt nennenswert in Erscheinung getreten ist. Davor gab es einen fünfzigjährigen wissenschaftlichen Dornröschenschlaf, der weder durch Publikationen der SPD noch der SED durchbrochen wurde (und bis heute haben beide Parteiverlage noch keine Arbeit über die USPD vorgelegt!). Eine umfassende Darstellung der heterogenen USPD-Gewerkschaftspolitik bleibt weiterhin wissenschaftliches Desiderat. Nur für einzelne Phasen gibt es inzwischen einiges veröffentlichtes Material. Der Einfluß unabhängiger Gewerkschafter in der Kriegs- und Nachkriegszeit auf die Ausgestaltung der Politik bleibt noch immer im Halbdunkel. In der Tat wird die Politik der USPD sehr verkürzt dargestellt. Dies beginnt mit der zu kurz gegriffenen Unterscheidung zwischen »marxistischem Zentrum« und »Linker« innerhalb der USPD und zieht sich durch die verschiedenen Etappen der kursorisch erwähnten USPD durch. Die Aussage im Gründungsmanifest der USPD etwa kann nur schwerlich unter dem Begriff »parlamentarischer Kampf« subsumiert werden, wie es die Marburger tun (S. 135). Im Manifest heißt es nämlich auch: Die »gründliche Umgestaltung des herrschenden Regierungssystems [ist] Sache des Volkes«. Die Arbeiter Rußlands haben ein »leuchtendes Beispiel« gegeben, dessen »machtvolles Auftreten (uns) stolze Zuversicht einflößt. Wir bringen ihnen unsere begeisterte Huldigung dar.«¹² Dieser angeblich so parlamentarische Aufruf ist von Kautsky formuliert und war den Marburgern bekannt (siehe Anm. 155, S. 135 der »Geschichte«). Dem sachlichen Teil der Kritik Scharrer/Oertzen bezüglich des Aprilstreiks 1917 und Januarstreiks 1918 wie auch des realen Kräfteverhältnisses zwischen revolutionären Obleuten, USPD und Spartakusgruppe ist zuzustimmen. In der »Geschichte« wird diese genauere Differenzierung nicht entsprechend dargestellt und manches vorschnell dem Spartakusbund zugeschlagen, was nicht von ihm (dessen Schwäche zu jener Zeit bekannt ist) initiiert und geleitet werden konnte. Dasselbe gilt übrigens auch für die Gründe der Spaltung der USPD im Herbst 1920 sowie der Stärke der USPD bzw. KPD bis 1922 (bei den Wahlergebnissen ist durchaus zu vermuten, daß nicht alle KPD-Sympathisanten sich an den Reichstags- bzw. Landtagswahlen beteiligten, daß mithin die bloßen Zahlen nur eine bedingte Aussagekraft besitzen). In diesen Phasen werden Traditionslinien einer »linken« Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik allzu leichtfertig nur (oder vor allem) der Spartakusgruppe und der 1918/1919 gegründeten KPD(S) zugebilligt. Der mühsame Weg von einer Arbeiterpartei vor dem 1. Weltkrieg über Spartakusbund-SAG-USPD-KPD(S)-KAPD-VKPD-KAG-VSPD – um nur einige Stationen zu nennen – zur sozialdemokratischen und kommunistischen Organisation in der Weimarer Republik nach 1922 wird nur sehr überblickartig skizziert. Sieht man sich die Kritik jedoch im Detail an, so ändert sich das Bild erheblich.

Sowohl Scharrer wie Oertzen setzen sich mit dem einen Satz aus der »Geschichte« zum Januarstreik 1918 kritisch auseinander: »Die Streikenden folgten den Aufrufen

der Spartakusgruppe und der revolutionären Obleute« (S. 143). Zweifellos wird hier falsch gewichtet: die Spartakusgruppe als eigenständige politische Gruppierung hatte kaum Einfluß auf die konkrete Ausgestaltung der Ereignisse im Januar 1918; der Hauptteil muß der USPD und den revolutionären Obleuten zugeschrieben werden. Darüber besteht in der Forschung auch kein Zweifel. Die Hauptführer der Spartakusgruppe waren im Gefängnis, eine eigene Tagespresse hatte die Spartakusgruppe nicht, und die unregelmäßig in kleiner Auflage erscheinenden Spartakusbriefe konnten eine regelmäßige Tagespresse nicht ersetzen (hinzu kam, daß die Spartakusbriefe oft genug beschlagnahmt wurden). Über die Wirksamkeit von Flugblättern zu jener Zeit kann man heute nur Mußmaßungen anstellen. Bedeutsam ist jedoch, daß die beiden Kritiker das ganze Buch nur mit dem suchenden Auge der Selektion gelesen und sich offenbar eine weitergehende intensive Lektüre erspart haben. So nimmt es nicht wunder, daß sich nur zehn Seiten weiter folgende Passage findet, die erstaunlicherweise niemand zitiert oder kommentiert:

»Seit 1918 hatten sich die Interessenvertreter der Arbeiter auf Betriebsebene, revolutionäre Obleute genannt und der USPD zuzuordnen, ein konspiratives Kontaktsystem geschaffen. Sein Zentrum waren die Berliner Großbetriebe. Mit dem Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 wurden sie einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Sie genossen eine hohe Autorität bei den Arbeitern, während der Novemberrevolution lag in einzelnen Betrieben und Orten die Macht faktisch in ihren Händen.« (153 f.)

Diese wesentlich differenziertere Wertung wird von den Kritikern nicht wahrgenommen. Auch hier wäre zwar anzumerken, daß die Zuordnung der revolutionären Obleute zur USPD so einfach nicht zu bewerkstelligen ist, wie es die Verfasser vorgeben; ein hier nicht zur Diskussion stehendes Problem. Dieses von den Marburgern gezeichnete Bild der Organisationsform und Stärke der revolutionären Obleute trifft die reale Entwicklung jener Zeit recht gut.

Fassen wir zusammen: Oertzen/Scharrer suchen bewußt die Passagen aus der »Geschichte«, die mißverständlich formuliert sind oder eine zweideutige Wertung enthalten, die im konkreten nur schwerlich zu begründen sein wird; andere Passagen, die die Äußerungen relativieren, andere Gewichte setzen, den realhistorischen Prozeß deutlicher und richtiger widerspiegeln, werden mit Schweigen übergangen, ausgeblendet, nicht wahrgenommen.

Unwahre historische Behauptungen: Bernstein und der Massenstreik

Von allen Verdammungsurteilen, die von Oertzen fällt, ist das der »glatten Geschichtsfälschung« das gravierendste. In seinen begründenden Ausführungen jedoch ist aus dem Sturzbach ein Rinnsal geworden: Eduard Bernstein sei in der Massenstreikdebatte von den Autoren der »Geschichte« falsch zugeordnet worden. Überprüfen wir dies. Von Oertzen schreibt:

»Aber Massenaktionen zur Erreichung politischer Reformen hatte schon 1905 der Stammvater des »Revisionismus« Eduard Bernstein gefordert, und mit ihm zählten prominente Revisionisten wie Kurt Eisner, Friedrich Stampfer und der badische Parteiführer Ludwig Frank zu den Befürwortern des Massenstreiks. Dies wird uns von Deppe und Co. freilich verschwiegen. Und wenn sie gar (88) Eduard Bernstein neben Georg von Vollmar in Zusammenhang mit dem Konservativismus der Gewerkschaftsführung in der Massenstreikdebatte bringen, ist das eine glatte Geschichtsfälschung.«

Die Kollegen Deppe u. a. schrieben auf der inkriminierten S. 88:

»Die Revisionisten um Eduard Bernstein und Georg von Vollmar, die einen Verzicht auf das revolutionäre Ziel der deutschen Sozialdemokratie und eine Veränderung der Realitäten

des Imperialismus durch eine nahezu ausschließliche Anpassung an diese proklamierten, hatten in dem Moment leichteres Spiel, als die Leitung der Gewerkschaften sich selbst aus den revolutionären Forderungen der Arbeiterbewegung im Interesse teilweise sogar nur organisationspolitischer Aufgaben zurückzog: in der Massenstreikdebatte.«

Diese »glatte Geschichtsfälschung« will überprüft sein. Zunächst ist es richtig, daß sich Bernstein 1905 in Jena für den Massenstreik ausgesprochen hat¹³; dies gilt übrigens für die überwältigende Mehrheit des Parteitages gegen lediglich 14 Stimmen. Von Oertzen sollte die sozialdemokratische Geschichte eigentlich besser kennen: Bereits auf dem Dresdner Parteitag 1903 sprach sich Bernstein für den »politischen Streik« – als Abwehrstreik – aus!¹⁴ Dieser Antrag stellte also die innere Differenzierung, wie sie in der Partei bereits 1905 existierte, nicht zur Diskussion. Die Bebel'sche Resolution, die zur Abstimmung gelangte, und um die es hier geht, ging ja auch nur dahin, gegen »jeden Anschlag auf (die) Menschen- und Staatsbürgerrechte« aufzutreten und »mit allen ihr zu Gebot stehenden Mittel(n)« »die volle Gleichberechtigung zu fordern«. Hier ging es ausschließlich darum, »im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht« ein »politische(s) Verbrechen an der Arbeiterklasse« abzuwehren (zusätzlich – zur Besänftigung der Linken – wurde in Parenthese aufgenommen: »oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern«).¹⁵

Zusammenfassend: falls die Reaktion die bisher erreichten bürgerlich-demokratischen Rechte der Arbeiterbewegung antastet, erklärt die Sozialdemokratie, daß sie dagegen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln – auch mit dem Mittel des Massenstreiks – antreten werde. Für diesen Antrag konnte mit gutem Gewissen auch jeder Revisionist stimmen. Auf dieser Basis konnten die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der SPD auf dem Parteitag durch den geschickt formulierten Antrag Bebels zumindest überbrückt werden.

Aus dieser Tatsache jedoch »Massenaktionen zur Erreichung politischer Reformen« zu machen (wie v. Oertzen es tut), ist schlicht falsch. Zwar könnte man durch die im Antrag vorhandene Formulierung »sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern« eine politisch vorwärtsweisende Strategie hineininterpretieren. Dies war aber weder der Tenor des Gesamtantrages, noch war es die Überzeugung Bernsteins: es war die Kompromißresolution, die so formuliert wurde, daß auch Rosa Luxemburg u. a. ihr zustimmen konnten. Es handelt sich also nicht um »Befürworter des Massenstreiks« – wie von Oertzen dem Leser geschickt unterschieben will –, sondern um die Anerkennung des Massenstreiks als allerletztes defensives Mittel. Verben wie »abwehren, entgegentreten« zeigen dies deutlich. Bei den weiterreichenden Forderungen, die auch im Antrag vorkommen, steht bewußt immer nur »fordern«. Diese Ausweitung des gleichen Wahlrechts auf alle Länder (vor allem Preußen) wurde nur »gefordert«. Zur Er kämpfung dieser Forderung sollte die politische Waffe des Massenstreiks nicht eingesetzt werden. In diesem Punkt ist Grebing nur zuzustimmen:

»Nicht nur die Führer der Gewerkschaft, auch Bebel, Kautsky und Bernstein lehnten den Generalstreik – als höchste Form des revolutionären Massenstreiks – für die deutschen Verhältnisse strikt ab, bejahten aber den politischen Massenstreik – einzelner Berufsgruppen oder auf der Basis lokaler Zusammenschlüsse – als das letzte Kampfmittel, das nur bei lebenswichtigen Fragen, z. B. Entzug des allgemeinen Wahlrechts oder des Koalitionsrechtes, anzuwenden sei.«¹⁶

Sehen wir uns zum Schluß noch einmal die Argumentation der Autoren an. Hier

wird der Massenstreik als aktive, bewußte Politik der Partei verstanden. Der Kampf in Schweden und Belgien zur Durchsetzung und Eroberung des allgemeinen gleichen Wahlrechts (also nicht die Defensivantwort der Arbeiterorganisationen auf staatliche Repressionen) oder die Streikbewegungen Rußlands 1905: allen gemein war das Vorwärtsdrängen der Arbeiterbewegung zur Erreichung eines politischen Ziels. In diesem Sinne des Massenstreiks (als Beginn der sozialen Revolution), der am deutlichsten und klarsten von Rosa Luxemburg in ihrer Schrift »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften« ausformuliert wurde, wird der Begriff bei Deppe u. a. angewandt. Gegen diese Interpretation des Massenstreiks wehrte sich Bernstein. Bereits 1903 stimmte Bernstein (und weitere 11 Sozialdemokraten) gegen einen Antrag auf dem Dresdner Parteitag, in dem es u. a. hieß: »Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.«¹⁷ Bernstein als Vertreter des linken Flügels zu bezeichnen (und nur um diesen Zusammenhang geht es bei der Art der Darstellung im Gewerkschaftsbuch der Marburger), ist lächerlich.

II. Kritik als Diskussion: zu einigen theoretischen und praktischen Problemen der »Geschichte«

Im Unterschied zu Beier, von Oertzen, Pirker, Scharrer und Vilmar kommt es uns auf eine vorwärtsweisende, die als gemeinsam erkannte Sache befördernde Auseinandersetzung an. Sie scheint allerdings in dem Klima einer fortschreitenden Zersplitterung der Linken nur schwer noch zu führen, seitdem der jüngst von H. Gollwitzer beschworene Grundkonsens längst vergangenen Zeiten angehört.¹⁸ Dennoch gilt es auch hier, das Zuhören wieder zu lernen, innerhalb der verschiedenen Gruppen und Strömungen und zwischen ihnen zu diskutieren, die eigene Vergangenheit und Gegenwart kritisch zu erfassen.

Es ist in diesem Zusammenhang den Marburgern der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie in der Arbeiterbewegung längst kritisierte Fehlentwicklungen der Gewerkschaftstheorie und -praxis nicht hinreichend berücksichtigt haben, an denen die Kritiker um so wirksamer anknüpfen können. Die Autoren der »Geschichte« haben die gesellschaftlichen Ursachen von sozialökonomischen Krisen, Weltkriegen und faschistischer Diktatur aus den widersprüchlichen Reproduktionsbedingungen des kapitalistischen Systems, dem Klassenantagonismus von Lohnarbeit und Kapital erschlossen. Dieser von ihnen theoretisch wie empirisch begründete Leitfaden der Darstellung bringt die historischen Erfahrungen der Gewerkschaften auf den Begriff, deren säkulare Lernprozesse sich in dem Streben nach Einheit und Autonomie niederschlagen. Deren Notwendigkeit über weite Strecken überzeugend dargestellt zu haben, bleibt das Verdienst der Marburger Gewerkschaftsgeschichte.

Warum Einheit und Autonomie der Gewerkschaften aber an den entscheidenden historischen Knotenpunkten in die Brüche gegangen sind, wird in der »Geschichte« nur unzureichend erklärt. Das heißt aber, daß etwa die Diskussion um die Ursachen der Kapitulation vor dem imperialistischen Weltkrieg und der nationalsozialistischen Diktatur, um das mehr theoretische Problem der Reformismus- bzw. Revisionismusanalyse und die mehr politische Frage des Scheiterns von Aktionseinheit und antifaschistischem Bündnis fortgeführt werden muß.

Das Massensterben der Arbeiterklasse in den Schützengräben imperialistischer Kriege und der blutige Terror gegen die Arbeiterbewegung in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern des Faschismus haben die auf Klassenkooperation und Zurückweichen vor dem Klassengegner angelegte Politik des Reformismus mit grausamer Konsequenz historisch widerlegt und die Notwendigkeit einer kämpferischen Durchsetzung des Sozialismus bewiesen. Eine marxistische Gesellschaftsanalyse und Revolutionstheorie, die auf dieser realhistorischen Dialektik beharrt, ist nicht schon durch das noch andauernde Übergewicht sozialpartnerschaftlich-reformistischer Praxis in der deutschen Arbeiterbewegung ins Unrecht gesetzt, wie Helga Grebing zu meinen scheint.¹⁹

1. Zur Reformismus- bzw. Revisionismusproblematik

Die Erklärung des Revisionismus steht in der »Geschichte« in gewisser Weise auf dem Kopf. So soll er an dem Bewußtseinsstand einiger bevorzugter Arbeiterschichten anknüpfen, die aber auch zur revolutionären Komponente der Arbeiterbewegung gehörten. Als die Leitung der Gewerkschaften sich in der Massenstreikdebatte von revolutionären Forderungen zurückzog, hatten nach den Marburger Autoren die Revisionisten leichtes Spiel. In der Burgfriedenpolitik und der Zustimmung zu den Kriegskrediten gelang es ihnen schließlich, »ihre Politik der Klassenkooperation auf allen Ebenen durchzusetzen und den organisierten Klassenkampf abzubrechen«. Aber nicht nur die »Gewerkschaftsführung erfüllte hierbei eine Vorreiterfunktion«, sondern auch »in der Arbeiterschaft war der Revisionismus bereits weit vorgedrungen« (94).

Für dieses Vordringen des Revisionismus lassen sich zwar in dem Text verschiedene Anhaltspunkte finden (74–85), worauf wir schon an anderer Stelle hingewiesen haben (vgl. Die Neue v. 7. 2. 79); solche »Momente« sind *sozialgeschichtlich* von großem Interesse. Es fehlt jedoch ein *theoretischer* Bezugsrahmen zur Erklärung des Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung wie auch ihrer marxistischen Orientierung. Für diese sprechen scheinbar die sozialistischen Zielsetzungen im Erfurter Programm, die von der deutschen Sozialdemokratie maßgeblich bestimmten Resolutionen der II. Internationale gegen den bevorstehenden imperialistischen Krieg auf ihren Kongressen in Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912), vor allem aber die kämpferische Haltung der Arbeiterklasse in der Streikbewegung 1905/1906, die Demonstration gegen die Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung im Februar 1910 und die Massenkundgebungen von fast einer halben Million Menschen Ende Juli 1914 gegen den Krieg, die allerdings bald in der allgemeinen Kriegsbegeisterung untergehen.

Anders als Wolfgang Abendroth²⁰ bezweifeln die Autoren der »Geschichte« in ihrer Replik auf die Kritik an ihrem Buch²¹, daß die Ende Juli/Anfang August jeweils die Straßen füllenden Massen identisch sind. Sie räumen allerdings gegenüber der These vom Umschlag der Massenstimmung ein, daß »ein starker Druck gerade von den Massen, die immer noch unter dem Einfluß konservativer und chauvinistischer Ideologien standen, auf die organisierten Sozialdemokraten und Gewerkschafter ausgeht« (490). Aufschlußreich ist auch ihr Hinweis auf die »Hottentottenwahlen« von 1907, in denen die absolute Zahl sozialdemokratischer Wähler zwar zunahm, die Sozialdemokratie aber nahezu die Hälfte ihrer Mandate angesichts der hohen Wahlbetei-

ligung im Zeichen der Kriegskampagne gegen die Hereros verlor. Dennoch gelingt ihnen gegenüber dem Gewerkschaftsbuch keine weitergehende Erklärung: »Schließlich mag hinzukommen, daß mit der zunehmenden Dominanz des Revisionismus in Sozialdemokratie und Gewerkschaften bereits vor 1914 deren kulturelle, politische und ideologische Autonomie gegenüber den herrschenden Klassen und deren Masseneinfluß weitgehend verloren ging« (491). Diese Argumentation ist tautologisch. Zudem verkehrt sich der Revisionismus aus einem ideologischen Produkt, das aus den gesellschaftlichen Verhältnissen zu erschließen wäre, in ein selbständig handelndes, schließlich bestimmendes Subjekt, wie Helga Grebing nicht zu Unrecht anmerkt. Schließlich landet der Erklärungsversuch bei einem einfachen Versagen der Führung: »Die Führungen von Gewerkschaften und Partei hatten weithin aufgehört, den Kampf gegen die bürgerliche und halbfeudale Hegemonie, die nunmehr bereits durchgehend monopolkapitalistisch ›modernisiert‹ worden war, zu organisieren. Sie standen entweder im Schnittpunkt widerstreitender Klasseninteressen oder waren Vermittlungsinstanzen sozialpartnerschaftlicher und kriegsfördernder Ideologie in die Arbeiterklasse hinein geworden (und fungierten selbst in dieser Weise noch als ›Führung‹)« (491). Demgegenüber spricht Scharer von der Kriegsbegeisterung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Massen, also eher von einer aktiven Rolle der Basis, unter deren Einfluß die Führungskader gestanden haben sollen.²² Wie erklärt er nun den mangelnden Widerstand in der Arbeiterklasse gegenüber den chauvinistischen Ideologien, die von zahlreichen Verbänden, Organisationen und Institutionen nach der Jahrhundertwende propagiert wurden? Wenn Scharer den »chauvinistischen Taumel« letztendlich auf die Trennung von konkreter gewerkschaftlicher Reformpolitik und abstrakter sozialistischer Zielsetzung zurückführt, bleibt seine Interpretation organisationssoziologisch. Es soll gar nicht bezweifelt werden, daß die durchaus miteinander zusammenhängenden Thesen von der Trennung zwischen Ökonomie und Politik und der (mehr oder weniger bürokratisch vermittelten) Integration der Führungen in die wilhelminische Gesellschaft ein zentrales Problem der deutschen Arbeiterbewegung darstellen. Eine tragfähige Erklärung bieten sie jedoch ebensowenig wie von Oertzens Hinweis auf den »zum Teil noch durch vor- oder frühkapitalistische Bedingungen bestimmten ökonomischen, sozialen und ideellen Zustand der deutschen Arbeiterklasse«, der nach ihm trotz marxistischer Programmatik eine revolutionäre Aktionsfähigkeit nicht ermöglichte, allenfalls das Etappenziel »einer demokratischen Republik« auf die Tagesordnung stellte.²³

Angesichts solcher Erklärungsversuche drängen sich einige auf der Theorieebene ansetzende Fragen auf. Die Autoren der »Geschichte« hätten die widersprüchlichen Bedingungen der proletarischen Bewußtseinsbildung skizzieren können. Müssen sich nicht die täglichen Erfahrungen von scheinbarer Freiheit und Gleichheit in der Sphäre des Warentauschs, die Aufhebung des Widerspruchs von bezahlter und unbezahlter Arbeit in der Form des Arbeitslohns, auf der nach Marx »alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie«²⁴ beruhen, müssen sich diese objektiven Bewußtseinsformen nicht in langfristigen Prosperitätsperioden – wie der »Belle Epoque« um die Jahrhundertwende oder in den 50er oder 60er Jahren – mit ihren insgesamt steigenden Reallöhnen im Alltagsbewußtsein verfestigen? Selbst noch ein Anstieg der Streiktätigkeit wie des gewerk-

schaftlichen Organisationsgrades, so sehr sie auch eine anwachsende proletarische Solidarität dokumentieren, müssen unter diesen Bedingungen noch kein Gradmesser für ein sich revolutionierendes Bewußtsein der Arbeiterklasse sein, wie es Jürgen Kuczynski etwa für die britische Arbeiterbewegung nachweist oder die amerikanische und auch westdeutsche Arbeiterklasse nach dem Zweiten Weltkrieg demonstrieren. Und bietet solch ein materieller Hintergrund nicht einen Anknüpfungspunkt für die ideologische Wirksamkeit des Geflechts bürgerlicher Sozialisationsinstanzen wie Familie, Schule und Kommunikationsmedien sowie der verschiedenen staatlichen Institutionen und Politiken, die in der sich zuspitzenden imperialistischen Konkurrenz eine nationalistische und aggressive Wendung erfahren? Es scheint uns viel dafür zu sprechen, daß diese langfristige System- und Klassenkonstellation entscheidend zu einer reformistischen Ausrichtung in der Arbeiterklasse, zur Trennung von Ökonomie und Politik, zu »arbeiteraristokratischen« und arbeiterbürokratischen Tendenzen beiträgt, die durch die imperialistische Ausbeutung und Ausplünderung von Kolonien und anderen Ländern noch vorangetrieben werden. Unter diesen Bedingungen beginnt die sich während großer Depression und Sozialistengesetz durchsetzende marxistische Programmatik der gesamtorganisatorischen Tendenz nach mehr und mehr zu einer bloßen Integrationsideologie herabzusinken und im Kontext der zwangsläufig dominierenden reformistischen Tagespolitik sich auch deren Auflösung vorzubereiten, die in der theoretischen Form des Revisionismus noch an den Marxismus anknüpft. Dieser konnte erst wieder im Ersten Weltkrieg eine massenwirksame und handlungsanleitende Kraft gewinnen, als sich mit der physischen Vernichtung und materiellen Verelendung die sozialintegrativen Mechanismen der bürgerlichen Gesellschaft schrittweise lockern. So kommt es gegen die sozialpartnerschaftliche Praxis während des Krieges zu einem anwachsenden Widerstand, der sich in Massentreiks und schließlich in der Spaltung und Zersplitterung der Sozialdemokratie niederschlägt – ein Mobilisierungs-, Radikalisierungs- und Differenzierungsprozeß, der unter der katalysatorischen Fernwirkung der russischen Oktoberrevolution zwar die deutsche Novemberrevolution ermöglichte, aber zur Durchsetzung ihrer sozialistischen Tendenzen nicht ausreichte.

Der hier vorgeschlagene Erklärungsversuch des Reformismus bzw. Revisionismus führt von den eher kurzatmigen ideologiegeschichtlichen und organisationssoziologischen Interpretationsmustern wieder zu den spezifischen historischen Reproduktionsbedingungen des kapitalistischen Systems hin. Er lenkt zugleich den Blick auf die sozialhistorisch bedingten Handlungsschranken der Arbeiterbewegung und relativiert ihre Konflikte. Dies begründet freilich keinen »objektivistischen« Standpunkt, von dem aus sich einzelne Taktiken und Strategien rechtfertigen ließen. Vielmehr begründet diese Analyse die strategische Notwendigkeit, in einer »flourierenden« bürgerlichen Gesellschaft die bürgerliche Hegemonie auf allen Ebenen in Frage zu stellen und konkrete Alternativen zu entwickeln, sei es auf der Ebene der Produktionsorganisation, der sozialen Beziehungen, der Ausbildung, der Kultur im weitesten Sinne. Erst die Auseinandersetzungen um ihre »bestimmte Negation« befähigt das potentiell revolutionäre Subjekt in einer systembedingt revolutionären Krisenphase grundlegende gesellschaftliche Veränderungen einzuleiten. Wie sehr etwa den herrschenden Kräften in der Bundesrepublik Deutschland dieser strategische Zusammenhang bewußt ist, davon legt der auf allen Ebenen geführte »Kulturkampf« ein Zeugnis ab, ob

es sich nun um das Hochschulrahmengesetz, die Berufsausbildung oder die Forderungen nach einem privaten Fernsehen handelt. Die Erkenntnis des sich verschärfenden ideologischen Klassenkampfes macht eine wachsende Kooperation, Aktionseinheit wie Bündnisfähigkeit der zersplitterten Linken dringlicher denn je. Dabei kann aber nur eine Geschichtsaneignung helfen, die schonungslos die Ursachen und Folgen der Spaltung der Arbeiterbewegung, d. h. aber auch ihrer bündnispolitischen Fehler aufarbeitet. Der erste Schritt auf diesem Wege ist manchmal schon ihre bloße Nennung, die dem Partner, mit dem man sich verständigen will, in der dadurch beginnenden Selbstkritik zugleich Anerkennung und Gleichwertigkeit signalisiert. Deshalb ist eine adäquate Aufarbeitung der Endphase der Weimarer Republik für die deutsche Arbeiterbewegung wie die marxistisch orientierte Intelligenz nach wie vor von einer weitreichenden politischen Bedeutung.

2. Spaltung der Arbeiterbewegung und historischer Lernprozeß

Fragen wir also, wie die »Geschichte« ihrem Anspruch gerecht wird, die Ursachen der durch den Sieg des Faschismus gesetzten fundamentalen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung zu benennen, zu analysieren und als Material eines historischen Lernprozesses aufzubereiten. Doch zuvor: was impliziert eigentlich dieser selbstgestellte Anspruch? Sicher doch in erster Linie: die eindringliche, rückhaltlose Kennzeichnung der Spaltung und Aktionsunfähigkeit der Arbeiterbewegung, ihrer Bedingungen, Erscheinungsformen, Ursachen und Folgen. Wenn aus dem Nachvollzug dieses historischen Prozesses im Interesse des aktuellen Emanzipationskampfes der Arbeiterbewegung gelernt werden soll, dann erfordert das vor allem die differenzierte Rekonstruktion der Auseinandersetzung zwischen den Arbeiterorganisationen und den in ihnen sich artikulierenden Massen. Sie muß Antwort geben auf die Frage, welche Anlässe, ideologischen Fixpunkte und politischen Praxisformen den Weg zur Einheit gegenüber dem Faschismus verbaut und die innere Bündnisfähigkeit der Arbeiterbewegung mit selbstmörderischer Konsequenz vernichtet haben.

Die Antwort der »Geschichte« auf diese sich aufdrängenden Fragen fällt zutiefst unbefriedigend aus. Weder werden das volle Ausmaß und der innere Zusammenhang der Spaltung der Arbeiterbewegung dargestellt, noch wird auch nur ein einziges Mal das damit umrissene Problem systematisch reflektiert. Die Perspektive der Darstellung bleibt eingeschränkt auf die nicht zureichende Rekonstruktion des Zusammenhangs von Krise und allgemeiner politischer Entwicklung einerseits, der Politik des ADGB und – ihm zugeordnet – der SPD andererseits. Die Politik der KPD wird an keiner Stelle in angemessener Form als bedingender oder verschärfender Faktor des Spaltungsprozesses thematisiert. Ebensovienig wird die mit der Politik der beiden großen Arbeiterparteien verknüpfte politische Ausdifferenzierung der Arbeiterbewegung auch nur andeutend dargestellt – verwiesen sei hier nur auf KPO und SAP, deren Ausgliederung gerade im Falle der KPO aufs engste mit Fragen der gewerkschaftspolitischen Orientierung zusammenhing.

In der Darstellung der »Geschichte« liegt die Verantwortung für die Bündnisunfähigkeit der Arbeiterbewegung gegenüber dem aufziehenden Faschismus fast ausschließlich bei der ADGB- und SPD-Führung.²⁵ Nun kann am Gewicht der verhängnisvollen Anpassungs- und Tolerierungspolitik von ADGB und SPD, der von ihren Spitzen betriebenen Politik der Demobilisierung der Massen und der durchaus selbst-

gesetzten, nicht nur reaktiven antikommunistischen Abgrenzung füglich kein Zweifel bestehen.²⁶ Hier gibt es nichts zu beschönigen oder zu relativieren. Zu relativieren ist jedoch die von der »Geschichte« betriebene Verzeichnung des Kontextes. Anspruch, Praxis und Konsequenzen des ultralinken Kurses der KPD ab 1928/1929 geraten nur am Rande ins Blickfeld. Zwar wird die RGO-Politik kritisiert (192 f.), aber das fortwirkende Gewicht dieser Politik für die Verschärfung und Zementierung der Spaltung im Lager der Arbeiterbewegung wird ignoriert. Der Hinweis auf die durch die RGO-Politik wachsende »Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung« sowie darauf, daß dadurch die »Aktionseinheit gegen den Lohn- und Sozialabbau wie gegen den aufkommenden Faschismus . . . behindert« (193) wurde, bleibt insofern unzulänglich, als der Kontext der kommunistischen Gewerkschaftspolitik nicht benannt wird: die Bekämpfung der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Politik unter den Parolen der Sozialfaschismus-These; die fatale Unschärfe der Faschismus-Analyse, die diese These von der Sozialdemokratie als dem linken Flügel des Faschismus zuließ; die im Kern falsche, weil spaltungsfördernde Fassung der Einheitsfrontpolitik, die bis 1934 nur punktuell modifiziert und immer wieder auf der Basis des Konzepts der »Einheitsfront von unten« homogenisiert wurde. Die spezifische politische Blindheit der kommunistischen Politik in der Krise lag darin begründet, daß sie auf Kosten einer realistischen, materialistisch fundierten Analyse der klassenpolitischen Konstellation und Dynamik in der Endphase von Weimar in ihrem taktischen Kalkül fixiert blieb auf die Erringung der politischen Hegemonie in der Arbeiterklasse – um den Preis der objektiven Unterschätzung des Klassegegners in der Ausrichtung der politischen Praxis. In der zeitgenössischen Selbstkritik der Arbeiterbewegung sind die fatalen Konsequenzen dieser politischen Fehlorientierung in aller Schärfe benannt worden. Jenes von den Autoren der »Geschichte« häufig zitierte »Rote Gewerkschaftsbuch« – verfaßt von aus den beiden großen Arbeiterparteien herausgedrängten erfahrenen Gewerkschaftsfunktionären, die sich in ihrem Eintreten für eine klassenkämpferische, an der Einheit der Arbeiterbewegung orientierte Gewerkschaftspolitik nunmehr in den Splitterparteien KPO und SAP organisiert hatten – faßt als »allgemeines Ergebnis des RGO-Kurses« zusammen:

- »1. die nahezu vollkommene Vernichtung der oppositionellen Positionen innerhalb der Freien Gewerkschaften,
2. die Schwächung und teilweise Vernichtung der oppositionellen Betriebspositionen,
3. eine allgemeine Diskreditierung der Opposition überhaupt,
4. eine tiefgreifende Enttäuschung und Passivität bei zahlreichen revolutionären Arbeitern,
5. allgemeine Aktionsunfähigkeit der Arbeiterklasse, die sich nie zuvor so widerstandslos ausbeuten und ausplündern ließ.«²⁷

Eine umfassende Kritik des ultralinken KPD-Kurses – wie der reformistischen Politik – formulierten die Analysen der KPO, die sich in der Durchdringung des politisch-ökonomischen Krisenprozesses, der Dynamik der Faschisierung sowie der Kampfbedingungen und -erfordernisse der Arbeiterbewegung wohl am ehesten auf der Höhe des historischen Augenblicks befanden.²⁸ Sie wurden in ihrem Kern später – 1934/1935 – in der Selbstkritik der KPD und der KI eingeholt, die in eine grundlegende Umorientierung der kommunistischen Bündnispolitik mündete.²⁹ Mit seit langem nicht mehr geübter Rückhaltlosigkeit stellte sich die KPD die Frage nach den Konsequenzen der ultralinken Politik:

»Wie ist es aber zu erklären, daß wir Kommunisten die Arbeitermassen, vor allen Dingen die sozialdemokratischen Arbeiter, für unseren Weg, für den Weg des Kampfes zur Verhinderung der faschistischen Diktatur, nicht zu gewinnen vermochten? (...) Wir haben in den letzten zwei Jahren vor der Aufrichtung der Hitler-Diktatur in der Durchführung der politischen Linie erste Verfehlungen begangen, teils in strategischer, teils in taktischer Hinsicht, die sich hauptsächlich auf die Einschätzung der Lage und der Klassenkräfte und auf die Bestimmung des Hauptstoßes unseres Kampfes beziehen. So notwendig es war, daß wir den schärfsten Kampf führten gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie, gegen die Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse zugunsten der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft, gegen den Terror, den die Sozialdemokratie als Regierungsmacht gegen die revolutionären Arbeiter zur Unterdrückung ihrer Bewegung anwandte, (...) so hätten wir doch bei einer richtigen marxistischen Analyse der Lage und der Klassenkräfte die Veränderungen bemerken müssen, die in dieser Zeit vor sich gingen, in der die faschistische Gefahr immer stärker in den Vordergrund trat. Wir hätten also unseren Kampf gegen die Sozialdemokratie in ein richtiges Verhältnis zu dem Kampf gegen den angreifenden Faschismus bringen müssen. Das ist nicht geschehen, und darin liegt unser schwerster Fehler (...) Da wir selbst die faschistische Gefahr unterschätzten und sie der Arbeiterschaft nicht genügend signalisierten, im Gegenteil nach wie vor unseren Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie und gegen die bürgerliche Demokratie richteten, so konnte es nicht ausbleiben, daß wir nicht vermochten, die Arbeiterklasse für den Kampf gegen den Faschismus zu mobilisieren.«³⁰

Jene Punkte, die etwa H. Grebing als Defizite der Darstellung in der »Geschichte« aufweist³¹, werden in der von W. Pieck vorgetragenen Selbstkritik der Partei mit beachtlicher Offenheit angegangen. So z. B. die »Beteiligung an dem von den Faschisten eingeleiteten Volksentscheid gegen die Preußenregierung im August 1931«, als die Partei »in Erkenntnis der faschistischen Gefahr ihren Hauptstoß gegen den Faschismus (hätte) richten müssen.«³² Ebenso werden die kardinalen Schwächen der kommunistischen Einheitsfrontpolitik aufgezeigt, in deren Folge der Kampf zeitweise »sogar auf die sozialdemokratischen Arbeiter« übertragen wurde und die ersten Versuche der Partei zu einer Verständigung mit den sozialdemokratischen Organisationen im Frühjahr 1932 »in einem Rundschreiben des ZK im Juni 1932 (...) auf das schärfste verurteilt und als Fehler bei der Durchführung unserer Einheitsfrontpolitik bezeichnet« wurden.³³ Diese sei daher überwiegend zu einer »Werbearbeit für die Kommunistische Partei« degeneriert, anstatt die sozialdemokratischen Arbeiter »als Angehörige ihrer Partei (zu) respektieren und mit ihnen gemeinsam eine bestimmte Aufgabe erfüllen (zu) wollen, eine Kampfaufgabe, die ihnen auch von ihrem Standpunkt aus als real erscheint.«³⁴ Nicht zuletzt wurde das Fortwirken dieser verfehlten Linie in der ersten Phase der faschistischen Diktatur eingestanden und kritisch darauf hingewiesen, daß die Partei sich gerade von der radikalisierten sozialdemokratischen Linken abgrenzte und diese gar »als die gefährlichsten Gegner« hinstellte.³⁵

Den hier angedeuteten Prozeß der Selbstkritik der Arbeiterbewegung kaum aufgenommen und vermittelt zu haben, ist ein – gemessen auch am eigenen Anspruch – gravierendes Versäumnis der »Geschichte«. Diese enthält daher auch keine zulängliche Darstellung und Erklärung der auslösenden und stabilisierenden Bedingungen des ultralinken KPD-Kurses wie des Spaltungsprozesses der Arbeiterbewegung generell – eine Lücke, die die Herausgeber der »Geschichte« in einem späteren Beitrag z. T. ausgefüllt haben.³⁶ Die für die Initiierung von Lernprozessen in der bundesrepublikanischen Arbeiterbewegung und ihrem Umfeld so wichtige Vermittlung beider Momente – einmal die Rezeption der historischen Selbstkritik der Arbeiterbewegung, zum anderen die nicht auf Abgrenzung und legitimatorische Verfestigung der Spal-

tungslinien, sondern auf deren produktive Überwindung abzielende erklärende Analyse der historischen Wurzeln und Anlässe von Spaltung – ist im Kontext der historischen und aktuell-politischen Selbstverständigung der bundesdeutschen Arbeiterbewegung durchaus in Ansätzen realisiert worden. Exemplarisch hat Wolfgang Abendroth diesen Anspruch formuliert und eingelöst.³⁷ Abendroth hat auch immer wieder die Borniertheit der nationalhistorischen Perspektive durchbrochen und auf praktisch gewordene, insbesondere auf Spaltungsüberwindung und Bündnispolitik bezogene Lernprozesse der internationalen, zumal der westeuropäischen Arbeiterbewegung verwiesen. Es wäre der Diskussion um die »Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung« im Bereich der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik zu wünschen, daß sie auch diese Perspektive – konkret etwa den in der italienischen und französischen Arbeiterbewegung realisierten antifaschistischen Konsens, den offeneren und produktiveren Umgang mit den Fehlentwicklungen der eigenen Organisationsgeschichte wie auch die aus diesem Erfahrungs- und Kommunikationsprozeß erwachsende praktische Fähigkeit zum Bündnis – in einem historisch reflektierten Lernprozeß aufnimmt.

Anmerkungen

1 Als »Rezensenten« oder »Kritiker« bezeichnen wir alle, die mit der Absicht einer breiten Wirkung auf die Öffentlichkeit zum Buch in den letzten Monaten Stellung genommen haben: M. Scharrer (vgl. FR v. 2. 1. 1979, S. 13 f.), Th. Pirker (vgl. FR v. 4. 1. 1979, S. 14), G. Beier (vgl. ötv-Magazin Nr. 3, März 1979, S. 33–37) und P. von Oertzen (vgl. FR vom 11. 4. 1979). Dabei wäre nichts falscher, als die Rezensenten schlicht einem »Lager« zuzuordnen, oder davon auszugehen, daß sie verschwörerähnliche Absprachen getroffen hätten. Denn unterschiedliche Akzentuierungen der Kritik sind unüberschbar; zudem erscheint es charakteristisch, daß jeder der Kritiker aus seinem Spezialgebiet ein Scherflein beitragen wollte an der Abfertigung der »Geschichte«. Gleichwohl gibt es Gemeinsamkeiten der Kritiken untereinander; um diese soll es uns in erster Linie gehen.

2 Als Ausnahmen können z. B. angesehen werden: H. Grebing: »Eine große sozialwissenschaftliche und pädagogische Leistung«? Bemerkungen zu dem Buch von Deppe, Füllberth, Harrer (Hg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 30 (1979), S. 204–228. – Reuter/Strohmeier/Weinitshcke: Rez. »Zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung«. In: C. Pozzoli (Hg.), Jahrbuch Arbeiterbewegung – Theorie und Geschichte. Band 6. Frankfurt 1979, S. 316 ff.

3 Alle Zitate von Ernst Günter Vetter: Die Roten sind auf dem Marsch. Zur kommunistischen Infiltration der Gewerkschaften. In: FAZ Nr. 93 v. 21. 4. 1979, S. 13. Wie wenig für die FAZ der Anlaß der Kampagne zählt, zeigt sich daran, daß sie das Buch ebenso beiläufig wie falsch als »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« zitiert.

4 So bei G. Beier, a.a.O., S. 34 ff.

5 S. – ohne Quellenangabe – ebda., S. 34; vgl. W. I. Lenin: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1970, S. 37, 40.

6 G. Beier, a.a.O., S. 37.

7 Vgl. dazu Wolfgang Fritz Haug: Zwei Kapitel über ideologischen Klassenkampf, in: Das Argument 100/1976, S. 925 ff.

7a G. Beier, a.a.O., S. 37

8 Ebd. S. 36 f. 9

9 Vgl. hierzu: Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918. Droste Verlag; Düsseldorf. 2. Aufl. 1962, S. 501–505.

10 Vgl. hierzu: Fritz Fischer, Krieg der Illusionen. Droste: Düsseldorf. 2. Aufl. 1970, S. 750–753.

11 Vgl. Fritz Opel: Der Deutsche Metallarbeiterverband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution. Hannover und Frankfurt 1962, S. 37–75.

- 12 Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der USPD vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. Hg. von Emil Eichhorn. Berlin: Seehof Verlag 1921, S. 80 f.
- 13 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 17. bis 23. September 1905. Berlin 1905, S. 342.
- 14 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903. Berlin 1903, S. 395.
- 15 Sämtliche Zitate aus: Protokoll SPD-Parteitag 1905, a.a.O., Antrag 151, S. 142 f.
- 16 Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. München 1966, S. 122.
- 17 Protokoll SPD-Parteitag 1903, a.a.O., S. 419 f. Vgl. auch H. Wachenheim: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914. Köln u. Opladen 1971, S. 379 f.
- 18 Helmut Gollwitzer: Sowjetkritik und Antikommunismus. In: Das Argument 113 (Jan./Febr. 1979), S. 82 ff.
- 19 H. Grebing: Eine große sozialwissenschaftliche und pädagogische Leistung? A.a.O., S. 204 ff.
- 20 Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt a. M. 1964, S. 46; Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M. 1976, S. 15.
- 21 Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1979, H. 4, S. 488–498; H. 5, S. 569–596, hier S. 490 f.
- 22 Arbeiterbewegung im Obrigkeitsstaat, Berlin 1976, S. 109.
- 23 FR vom 11. April 1979, S. 10.
- 24 K. Marx, Das Kapital. 1. Band. Berlin 1957, S. 565 f.
- 25 Vgl. »Geschichte«, S. 197, 201 f., 203, 205 f., 211 ff.
- 26 Vgl. z. B. Horst Lademacher: Gewalt der Legalität oder Legalität der Gewalt, in: Huber/Schwedtfeger (Hg.): Frieden, Gewalt, Sozialismus, Stuttgart 1976, S. 404–460; Hans Mommsen: Die Sozialdemokratie in der Defensive: Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: ders. (Hg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Frankfurt/M. 1974, S. 106–133; Hagen Schulze (Hg.): Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/1933. Bonn-Bad Godesberg 1975; Hannes Heer: Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933. Neuwied u. Berlin 1971.
- 27 A. Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle: Das rote Gewerkschaftsbuch. Berlin 1932, 3. Aufl. Hamburg 1973, S. 142.
- 28 Vgl. auch Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. a.a.O., S. 121 ff.
- 29 Vgl. Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau 25. Juli–20. August 1935, 2 Bde., 2. Aufl., Stuttgart 1976; Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15. Oktober 1935), herausgegeben und eingeleitet von Klaus Mammach, Frankfurt/M. 1975.
- 30 Bericht von Wilhelm Pieck: Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, in: Die Brüsseler Konferenz der KPD, a.a.O., S. 61 ff., hier S. 76 u. 78.
- 31 a.a.O., S. 215.
- 32 Bericht von Wilhelm Pieck, a.a.O., S. 79.
- 33 Ebd., S. 80 u. S. 82.
- 34 Ebd. S. 90 f.
- 35 Ebd. S. 92 f.
- 36 F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer: Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung (II), a.a.O., S. 579 f. Hier kennzeichnen die Verfasser einerseits präzise die Phasen ultralinken Politik der KPD in der Weimarer Republik, andererseits die Basis dieser politischen Tendenz in der Anhängerschaft der KPD, deren politische Alltagserfahrung durchaus immer wieder in die Richtung ultralinken Konsequenzen drängte und diese damit legitimierte.
- 37 S. stellvertretend für die Vielzahl einschlägiger Arbeiten die anschaulichste Konkretisierung dieses Anspruchs, in: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, a.a.O.

Sergio Amato

Otto Bauer und der Austromarxismus*

Bemerkungen am Rande eines Wiener Symposiums

Das Internationale Symposium in Wien vom 10. – 12. November 1978 anlässlich des 40. Todestages von Otto Bauer, des theoretischen und politischen Hauptexponenten der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den Kriegen, verdient Interesse in historiographischer und auch in politischer Hinsicht. Es handelt sich um die erste offizielle Initiative (wenn auch nur von der *Jugendorganisation* der österreichischen sozialdemokratischen Partei [SPÖ]) mit dem Ziel nicht eines bloßen »Andenkens«, sondern der Hervorhebung der aktuellen Bedeutung dieses Denkers, der auch als Führer einer großen sozialdemokratischen Massenpartei niemals aufhörte, sich auf den Marxismus und die Probleme des Übergangs zum Sozialismus zu berufen. Der Führer der Linken in der österreichischen Sozialdemokratie, Josef Hindels, hat besonders deutliche Zeugnisse dafür vorgelegt, wie schwer die Zensur war, die über 30 Jahre in der Parteigeschichtsschreibung und in der internen politischen Diskussion über Otto Bauer ausgeübt wurde.¹ Diese Zensur ist nur teilweise erklärbar aus der im Umkreis der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie allerdings weitverbreiteten Überzeugung, daß der bloße Bezug auf Otto Bauer und seine vermittelnde Position zwischen Sozialdemokratie und Bolschewismus per se »sowjetfreundlichen« Positionen das Feld öffne. Dies verweist vielmehr auf einen allgemeineren Prozeß der Auslöschung der theoretisch-politischen Gestalt Otto Bauer – und mit ihr der gesamten austromarxistischen Periode² – aus der geschichtlichen Erinnerung der Parteien der Sozialistischen Internationale. Erst seit einigen Jahren sind deren Folgen wieder Gegenstand aufmerksamerer Reflexion und kritischer Revision geworden.³

Nach dem Einleitungsreferat von *Josef Hindels*: »Otto Bauer und die österreichische Arbeiterbewegung« entwickelte sich die Debatte über die Beiträge von *Detlev Albers*: »Otto Bauer und das Konzept des »integralen Sozialismus.« (abgedruckt in Argument-Sonderband 44: »Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik« 83–102), *Giacomo Marramao*: »Demokratischer Staat und »Weg zum Sozialismus« in der marxistischen Konzeption Otto Bauers«, *Fritz Weber*: »Otto Bauer und die Sozialisierung« und *Lucio Lombardo-Radice*: »Otto Bauer: seine Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung«. Das Interesse der Teilnehmer konzentrierte sich auf die bauersche Untersuchung eines »dritten Wegs«, in welcher er die traditionellen Begriffe von »Demokratie« und »Sozialismus« einer originellen Prüfung unterwirft, sie in neuer Weise verbindet und so die fruchtlosen dogmatischen Entgegensetzungen von Reform und Revolution, »Bewegung« und »Endziel« überwindet.⁴

Die kritische Durchdringung der Forschungen über den Austromarxismus dokumentiert den endgültigen Niedergang jener Periode der »Heiligenlegenden«, welche charakteristisch für die Anfänge der Geschichtsschreibung jeder Partei oder politisch-ideologischen Bewegung ist, die aber im Falle der österreichischen Sozialdemokratie besonders lang war.⁵ Einige der ideologisch-interpretativen Voraussetzungen,

* Zuerst erschienen in: *Il pensiero politico*, Nr. 1, 1979. Übersetzt, leicht gekürzt und für den deutschen Leser bearbeitet von Gerhard Herrgott und Richard Kende.

unter denen die austromarxistische Geschichte rezipiert worden war, sind durch diese Arbeit einer Revision unterworfen worden – trotz verbleibender Zweideutigkeiten und Schranken. In diesen Voraussetzungen traf sich – nur scheinbar paradox – die Tradition der 3. Internationale mit der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung. Die 3. Internationale benutzte als Zauberschlüssel die nichtmaterialistische Kategorie des »Verrats« und erkannte so in der politischen Praxis des Austromarxismus eine bloße Variante des »Reformismus« und des »fatalistischen Attentismus« der 2. Internationale; eine Variante, die *umso gefährlicher und verschleiender* erschien, wie sie sich mit revolutionärer Phraseologie tarnte.⁶ Charakteristisch erschien der 3. Internationale die »opportunistische Ablehnung« der Diktatur des Proletariats durch Otto Bauer und die mangelnde Unterstützung der ungarischen Räterepublik.

Die sozialdemokratische Geschichtsschreibung hat den theoretischen und propagandistischen »Extremismus« verurteilt (die »Politik der radikalen Phrase«), welche die »natürliche« Verbreiterung einer staatsbejahenden Praxis und einer Politik (*politica sociale*) ähnlich derjenigen der deutschen Sozialdemokratie verhindert habe.⁷ So sei die Partei und die österreichische Demokratie zur tragischen Niederlage des Februar 1934 geführt worden. Beide Interpretationsströmungen hypostasierten die schließliche Niederlage zum Sinnbild der gesamten widersprüchlichen Parabel des Austromarxismus⁸ und sahen als ihren Grund das Auseinanderfallen von theoretischem Radikalismus und praktischen Lösungen an. Dies ist zwar nicht zu leugnen, bedürfte aber weniger einseitiger und schematischer Untersuchung.

So endeten sie beide bei einer drastischen Unterschätzung der Spezifität der austromarxistischen Antwort auf die »Krise des Marxismus« und die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung. Die Leitlinien für dieses Interpretationsschema von sozialdemokratischer Seite waren von jenem Karl Renner formuliert worden, der in seiner politischen Autobiographie⁹ den Hauptgrund für die Niederlage der österreichischen Arbeiterbewegung darin gesehen hatte, daß Bauer bis zum Schluß eine unnachgiebige Haltung in der Frage der Regierungsbeteiligung in Form einer Koalition mit den Christlichsozialen eingenommen hatte. Auf dem von Renner vorgezeichneten Weg bewegte sich zwei Jahrzehnte lang der größere Teil der Geschichtsschreibung. Dazu gehören Autoren wie V. Reimann, F. Kaufmann und N. Leser.¹⁰ Lesers Forschung hat jedenfalls das Verdienst, eine breite Diskussion im linken Flügel der österreichischen Sozialdemokratie hervorgerufen zu haben. Leser gründete seine Forschung auf die abstrakte Isolierung und »idealtypische Konfrontation« zweier politisch-ideologischer Systeme, die er als globale Alternativen und sich wechselseitig lähmend konzipierte. Repräsentiert waren sie vom »Radikalen« Bauer, der beständig Gewaltakte vollbringe im vergeblichen Versuch, die historische Realität den engen Schemata eines abgenutzten orthodoxen Marxismus anzugleichen, und dem »Wissenschaftler der Politik« Renner, welcher Webers und Kelsens Lehren eher als die Marxschen aufgenommen habe und als Vorläufer einer modernen, von dogmatischen Hypothesen befreiten Sozialdemokratie erscheine.

Die historische Forschung der letzten zehn Jahre tendiert dahin – im Anschluß an Motive, die bereits in den Arbeiten österreichischer Linkssozialisten¹¹ vorhanden sind – die strategischen Positionen darzustellen, die von O. Bauer, K. Renner, M. Adler und I. Seipel eingenommen wurden im Kontext der internationalen Kraftverhält-

nisse, der Massenbewegungen und ihrem Einfluß auf politisch-institutionellem Gebiet. Auch das methodische Vorgehen, das in beiden Hauptströmungen der traditionellen Geschichtsschreibung vorherrscht, wird einer überzeugenden kritischen Prüfung unterzogen: es basiert auf der »idealtypischen« und »transzendentalen« Isolierung der Hauptpersonen.¹²

Das wiedererwachte Interesse für den Austromarxismus konzentriert sich vor allem auf den Komplex der praktischen Realisierungen, in dem es der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den Kriegen gelang, ihre besondere kulturelle Massenwirkung zu entfalten: Die Sozialgesetzgebung, v. a. auf dem Gebiet des Städtebaus und der industriellen Beziehungen, die von dem Minister F. Hanusch und dem Bürgermeister von Wien, K. Seitz, vorangetrieben wurde;¹³ die wichtige (und bis heute kaum studierte) Reform des Volks- und Mittelschulsystems, die von dem Minister Glöckel durchgeführt wurde, inspiriert vom Konzept der »Arbeitsschule«, zu dem 1926 der damalige Volksschullehrer L. Wittgenstein ein eigens dafür gedachtes »Wörterbuch für Volksschulen«¹⁴ beisteuerte; das Kapillarsystem der über 1250 Konsumgenossenschaften, Jugend-¹⁵, Kultur- und Sportgemeinschaften; die vielleicht einzigartigen Erfahrungen der sozialdemokratischen Frauenorganisation¹⁶, deren Zeitschriften »die Frau« (monatlich) und »Die Unzufriedene« (wöchentlich) eine durchschnittliche Verbreitung von 160 000 und 120 000 Exemplaren gewannen, davon mehr als die Hälfte nur in Wien; den »Republikanischen Schutzbund«.¹⁷

Theoretisch-politische Schwerpunkte, denen sich die neuere Forschung verstärkt zuwendet, sind die für das mitteleuropäische sozialistische Denken typische Verflechtung zwischen der Frage der Nationalität und dem Problem der Klassenbündnisse und die Implikationen der unterschiedlichen Ansätze von Bauer und Renner für diese Fragen¹⁸; die Bedeutung und Grenzen des Sozialisierungsprojekts, das in den Jahren 1919–1920 mit der Einrichtung der »Staatskommission für Sozialisierung« und der »Betriebsräte« versucht wurde¹⁹; die originelle Reflexion über die Zusammenhänge von Ökonomie-Staat-Gesellschaft und den »Funktionswechsel« der traditionellen Begriffe »Demokratie« und »Diktatur« im Prozeß des Übergangs zum Sozialismus.²⁰ In all diesen Fragen scheint der Austromarxismus ein tieferes Verständnis der Aufgaben der Arbeiterbewegung jener Jahre hervorgebracht zu haben.

D. Albers sah in seinem Wiener Vortrag in »zwei großen, neuen Tatsachen« der letzten zehn Jahre den Grund, warum »dem linken Flügel mit marxistischer Orientierung in den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien« immer dringender die Suche nach einer Strategie des demokratischen Übergangs zum Sozialismus aufgegeben sei: Einmal habe die Krise der 70er Jahre mit der endgültigen Überwindung der vorangegangenen Periode der Prosperität und des sozialen Friedens zu einer Verschärfung der sozialen Konflikte und einer Veränderung des internationalen Kräftesystems geführt. Hinzu kommt für die europäische Sozialdemokratie die Notwendigkeit, die »produktive Herausforderung« durch die jüngsten, grundlegenden Thesen des Eurokommunismus über die Beziehung zwischen Demokratie und Sozialismus, die demokratische Transformation des Staates und die »Möglichkeit, eine neue ökonomische Logik durchzusetzen«, aufzunehmen (vgl. Albers 1979, S. 85). Um nun heute »eine spezifische Beziehung ideeller Kontinuität« zum theoretisch-politischen Werk Otto Bauers wiederherzustellen, müsse von dessen reifster, der selbstkritischen Reflexion gewidmeten Synthese in seiner Exilschrift *Zwischen zwei Weltkrie-*

gen? ausgegangen werden und von seiner darin entworfenen Perspektive des »integro-ralen Sozialismus«. Bauers Projekt eines »gegenseitigen Lernprozesses« (ebd. S. 91) zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Tradition enthielt damals – wenn es auch keineswegs isoliert dastand – »eine enorme Provokation«. Die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung in »Reformisten« und »Revolutionäre« stand in der Tat der Entwicklung »jenes Mindestmaß(es) gemeinsamer theoretischer Erkenntnis und gemeinsamer politischer Strategie . . . , das allein die in fünfzehnjährigem Kampfe entwickelten Gegensätze überwinden« kann, entgegen.²¹ Allerdings – so Albers – seien einige Aspekte der Bauerschen Vorschläge inzwischen zweifellos überholt – in dem Maße, in dem Sozialdemokraten und Kommunisten heute nicht so sehr in der Frage des friedlichen und demokratischen Weges zum Sozialismus einander zu widersprechen scheinen, sondern in der Frage, *wie* der Sozialismus in den industrialisierten kapitalistischen Ländern zu erreichen sei (ebd. S. 93). In diesem Zusammenhang – so schloß Albers – könnten die Formulierungen des Linzer Programms der österreichischen Sozialdemokratie von 1926 über die Notwendigkeit für die Arbeiterbewegung, die Führung auf sozialem, kulturellem und ideologischem Gebiet zu übernehmen (wie auch das wenig später und unabhängig davon von Gramsci entworfene Hegemoniekonzept) endlich zu fruchtbarer Blüte gelangen.

G. Marramao widmete seinen Beitrag einem Vergleich zwischen Bauer und Gramsci. Infolge des von ihm auf die methodologischen und theoretischen Bezüge zwischen beiden gelegten Schwerpunkte entging er dabei einigen mit allzu schnellen »Aktualisierungen« verbundenen Gefahren.²² Durch die Wiedergewinnung des »rationalen Kerns« des Bernsteinschen Revisionismus – dieser besteht in der Notwendigkeit einer antimechanistischen Umkehrung der kautskyanischen Vision einer objektiven »Naturwüchsigkeit« der Gesetze kapitalistischer Entwicklung – und durch die schärfere Wahrnehmung der, durch den wachsenden Staatsinterventionismus hervorgerufenen, komplexeren Sozialstruktur, sieht sich der Austromarxismus von seinen Anfängen an dazu veranlaßt, sich auf nichtdogmatische Weise mit der entwickeltesten erkenntnistheoretischen und kulturellen Diskussion der damaligen Zeit auseinanderzusetzen: Mit dem Neukantianismus, mit der »österreichischen Schule« der Nationalökonomie von Menger, Böhm-Bawerk und Wieser, mit Wittgenstein und dem »Wiener Kreis« um Carnap, Neurath und Schlick, sowie mit Weber und Kelsen, mit der in diesen Richtungen sich ausdrückenden Dringlichkeit einer »Neueinschätzung« und Spezialisierung der wissenschaftlichen Rationalität. Wie auch bei Gramsci führt dies beim Austromarxismus zum Versuch, die Rolle der Intellektuellen in Abgrenzung von der traditionellen Auffassung der zweiten Internationale – der notwendigen »Proletarisierung« der Intellektuellen – zu bestimmen.²³ Das Interesse Bauers konzentriert sich dabei auf den komplexen Formwandel (*trasformazioni morfologiche*) in der Ökonomie und auf Fragen der Wissenschaftstheorie. Gramsci dagegen konzentriert sich auf die Frage der politischen Form der Klassenherrschaft, wobei er die Leninschen Lehren im Lichte von Elementen der Weberschen Theorie, die ihm über R. Michels vermittelt werden, und der Paretoschen Elitentheorie einer Reflexion unterzieht. So entwickelt Gramsci das Konzept des »organischen Intellektuellen« als Synthese von Spezialistenfunktion und politischem Bewußtsein, von analytischem Wissen und Verständnis des historisch-sozialen Prozesses in seiner Gesamtheit. Bauer und Gramsci konvergieren in der beiden gemeinsamen Hervorhebung des Primats des

Sozialen und der Verbindung von Politik und Alltagsleben (socializzazione della politica)²⁴ im Prozeß des Übergangs zum Sozialismus. Doch folgt dies bei beiden aus einem verkürzten Staatsbegriff, da der Staat von beiden als *direkte* Widerspiegelung oder als »Kondensat« (Gramsci) der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen aufgefaßt wird. Nicht von ungefähr verwendet Bauer in seiner Polemik mit Kelsen von 1924 über Marxismus und Staat einen bonapartismusanalytischen Ansatz (wie später auch Gramsci) und wendet diese seine Theorie des »Gleichgewichts der Klassenkräfte« nicht nur auf die österreichische politische Situation, sondern auch auf die italienische der frühen 20er Jahre an. Aufgrund derartiger Überlegungen sind nach Marramao die Gründe der schließlichen Niederlage des Austromarxismus nicht so sehr in einem pauschalen »Reformismus« oder »Attentismus« zu sehen, sondern in dem (theoretisch und praktisch) ungelösten Auseinanderfallen von Politischem und Sozialem, im ohnmächtigen Schwanken zwischen parlamentarischem Taktizismus und sozialem Radikalismus, das der Bauerschen Illusion innewohnt, die Demokratie aus den Schützengräben einer »Gegengesellschaft« der Arbeiterkultur verteidigen zu können.²⁵

Anmerkungen

1 Josef Hindels ist – neben anderen Veröffentlichungen – Autor eines neueren Beitrags zur Geschichtsschreibung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung der Periode des antifaschistischen Widerstands: *Österreichische Gewerkschaften im Widerstand 1934–1938*, Wien–Zürich–München 1976.

2 Über den polemischen Ursprung des Begriffs »Austromarxismus«, der in der Zwischenkriegszeit in konservativen Kreisen geprägt wurde, um die radikalen und »halb bolschewistischen« Tendenzen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Österreich herauszustreichen, siehe Otto Bauer: *Austromarxismus*, in »Arbeiter-Zeitung«, 3. November 1927, wiederabgedruckt in H.-J. Sandkühler, R. de la Vega (Hg.): *Austromarxismus*, Frankfurt–Wien 1970, S. 49–52 und – allgemeiner – die wichtige retrospektive Zusammenfassung in Bauers Nachruf auf Max Adler, *Max Adler. Ein Beitrag zur Geschichte des »Austromarxismus«*, in: »Der Kampf«, Bd. 4, Prag 1937, S. 297–302, wiedergegeben in J. Braunthal: *Otto Bauer. Eine Auswahl aus einem Lebenswerk. Mit einem Lebensbild Otto Bauers*, Wien 1961, S. 228–236.

3 Bezeichnend dafür ist, daß der »Europa-Verlag« – das mit der SPÖ verbundene Verlags-haus – erst seit 1975 mit der Veröffentlichung des Gesamtwerks Otto Bauers begonnen hat. Von der auf neun Bände geplanten *Otto Bauer Werkausgabe* sind nun die ersten sechs Bände erschienen (Wien–Zürich–München 1975–1979). In den vorangegangenen Jahren waren folgende Monographien zu Otto Bauer erschienen: J. Braunthal (vgl. Anm. 2); O. Leichter: *Otto Bauer. Tragödie oder Triumph*, Wien 1970 und Y. Bourdet: *Otto Bauer et la révolution*, Paris 1968.

4 Die zur Zeit auf internationaler Ebene stattfindende Wiederentdeckung der originellen und aktuellen Beiträge des Austromarxismus – und besonders der Arbeiten Bauers – zur politischen Theorie dokumentiert sich vor allem in dem fast gleichzeitigen Erscheinen der Schriften von G. Marramao: *Austromarxismo e socialismo di sinistra fra le due guerre*, Milano 1977, G. B. Gardoncini: *Il sistema sovietico nel dibattito degli austromarxisti*, in: »Mondoperaio«, Nr. 10, 1978, S. 77–82, J. P. Chevènement: *Les socialistes, les communistes et les autres*, Paris 1978 (deutsche Übersetzung: *Ende der Spaltung? Zum Verhältnis von Sozialisten und Kommunisten*, Hamburg 1978), R. Kende: *Austromarxismus in Italien*, in: »Zukunft«, Nr. 3, 1979, S. 21–27, außerdem auch im programmatischen Dokument der westdeutschen Jungsozialisten, *Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD* (Entwurf), Berlin 1978. Zur englischen Diskussion siehe die Einleitung von T. Bottomore zu der von ihm gemeinsam mit P. Goode herausgegebenen Textsammlung *Austro-Marxism*, Oxford 1978.

5 Das typische Beispiel dieser ersten Phase der Memoirenliteratur und Heiligenlegenden, in der die Schilderung der Ereignisse das Material zur Verherrlichung der Gestalten der Persönlichkeiten abgibt, ist das fünfbandige Werk von L. Brügel: *Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie*, Wien 1922–1925, das bis heute das klassische »Handbuch« der Parteigeschichte für

die Periode bis 1919 bleibt, auch wenn es in vielen der darin geschilderten Ereignisse durch H. Steiner: *Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867–1889*, Wien 1964 und H. Mommsen: *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat*, Wien 1963 ergänzt und korrigiert wurde. Von liberaler, aber der Sozialdemokratie wohlgesonnener und methodisch ähnlicher Orientierung ist auch die Untersuchung von Ch. A. Gulick: *Austria from Habsburg to Hitler*, 2 vol., Berkeley 1948 (deutsche Ausgabe *Österreich von Habsburg zu Hitler*, 5 Bde., Wien o. J. und – gekürzt – eine einbändige Ausgabe mit demselben Titel, Wien 1976). Gulicks Untersuchung ist außerordentlich reich an Informationen über die Verhältnisse und Gegensätze innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie, über die sozialdemokratische Wohnungsbau-, Fürsorge- und Schulpolitik im Rahmen der Gemeinde Wien. In derselben methodischen Richtung bewegen sich außerdem von sozialdemokratischer Seite der von Julius Deutsch (Staatssekretär für Heereswesen während der Koalitionsregierung 1919/1920 und anschließend Führer des Republikanischen Schutzbundes) verfaßte Abriss *Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung*, Wien 1947 und die verbreiteten Arbeiten von J. Hannak (ein dem Renner-Flügel angehänger Redakteur der »Arbeiter-Zeitung«): *Im Sturm eines Jahrhunderts. Eine volkstümliche Geschichte der Sozialistischen Partei Österreichs*, Wien 1952 und *Männer und Taten. Zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung*, Wien 1963, die die Arbeit Brügels chronologisch vervollständigen. J. Hannak hat sodann die weitläufige Biographie *Karl Renner und seine Zeit*, Wien 1965 veröffentlicht, für deren wissenschaftlichen Wert die gewichtigen kritischen Einwände von E. Collotti, *Recenti studi sul movimento operaio austriaco*, in »Studi storici«, Nr. 2, 1966, S. 366 und 385–387 zu berücksichtigen sind.

6 Auf die Trennung zwischen Theorie und politischer Praxis bei tatsächlicher Aufnahme der klassischen Argumente des Evolutionismus und des sozialdemokratischen Revisionismus (die einer mechanistischen, von Kautsky herkommenden Geschichtsvision zugeschrieben wurden) im Gegensatz zu einer Revolutionstheorie des gewaltsamen Bruchs heben die kritischen Bemerkungen von K. Radek: *Theorie und Praxis der 2 1/2. Internationale*, Hamburg 1921, A. Thalheimer: *Die Auflösung des Austromarxismus*, in: »Unter dem Banner des Marxismus«, I (1925–1926), S. 475–557 und II (1928), S. 76–83 und L. Trockij: *Mein Leben*, Frankfurt 1961, ab. Sie bilden das Leitmotiv der traditionellen »leninistischen« Interpretation des Austromarxismus. Die Erstarrung solcher Denkfiguren zu präanalytischen Verkündungen zeigt sich besonders klar in dem Artikel von F. Strobel: *Des Austromarxismus Glück und Ende*, in »Periodikum für wissenschaftlichen Sozialismus«, Nr. 7, 1959, S. 27 ff., in der Einleitung von H.-J. Sandkühler und R. de la Vega zu ihrer Anthologie *Austromarxismus*, im Abschnitt *Austromarxismus* in G. Klaus, M. Buhr (Hg.): *Philosophisches Wörterbuch*, Bd. 1, Leipzig 1974¹⁰, S. 79 ff. und in Autorenkollektiv: *Philosophischer Revisionismus*, Berlin (O.) 1977, S. 294 ff. Eine auf größerer Konsistenz des dokumentarischen Materials beruhende Formulierung des traditionellen Kritikansatzes findet sich in anderen Arbeiten derselben Ausrichtung: F. Kreissler: *Von der Revolution zur Annexion*, Wien 1970, H. Hautmann: *Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919*, Wien 1970 (2. überarbeitete Auflage unter dem Titel *Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der kommunistischen Partei Deutschösterreichs*, Wien 1971), H. Hautmann, R. Kropf: *Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik*, Wien 1974. Besondere Erwähnung verdient schließlich der Aufsatz von R. Rosdolsky: *Die revolutionäre Situation in Österreich im Jahre 1918 und die Politik der Sozialdemokraten. Der österreichische Januarstreik 1918*, in R. Rosdolsky: *Studien über revolutionäre Taktik. Zwei unveröffentlichte Arbeiten über die II. Internationale und die österreichische Sozialdemokratie*, Westberlin 1973, Teil II. Er zählt wegen seiner beachtlichen kritischen Bemerkungen über die theoretisch-strategischen Implikationen der von der österreichischen Sozialdemokratie 1918 gewählten Taktik zu den gelungensten Interpretationsbeiträgen der Linken in der III. Internationale.

7 Siehe – neben den in den folgenden Anmerkungen angeführten Arbeiten – A. Schunck, H.-J. Steinberg: *Mit Wahlen und Waffen. Der Weg der österreichischen Sozialdemokratie in die Niederlage*, in W. Huber, J. Schwerdtfeger (Hg.): *Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung*, Stuttgart 1975, S. 461 ff.

8 Vgl. z. B. das Buch des ungarischen Historikers Lajos Kerekes: *Abenddämmerung einer Demokratie*, Wien–Frankfurt–Zürich 1966, das unter anderem mit einer Fülle von Einzelheiten die Zusammenarbeit der faschistischen Regimes in Italien und Ungarn mit den österreichischen Christlichsozialen und der Heimwehr belegt.

9 K. Renner: *Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik*, Wien 1953.

10 V. Reimann: *Zu groß für Österreich. Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik*, Wien 1968. N. Leser: *Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis*, Wien-Frankfurt-Zürich 1968 (italienische Übersetzung in Vorbereitung bei »Mondoperaio«), besonders der 1. Teil. Auf Lesers Interpretationsansatz bezieht sich – außerdem auch auf die bereits erwähnte Arbeit von Gulick – mit geringerem theoretisch-systematischem Anspruch die Untersuchung von F. Kaufmann: *Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei. Von 1889 bis zur Gegenwart*, Wien-München 1978, die durch das im Anhang publizierte Interview mit dem Kanzler Bruno Kreisky (a.a.O., S. 523–531) einen gewissermaßen offiziellen Anstrich erhält.

11 Pertinax (Pseudonym für O. Leichter): *Österreich 1934*, Zürich 1935. O. Leichter: *Glanz und Ende der Ersten Republik. Wie es zum österreichischen Bürgerkrieg kam*. Wien-Köln-Stuttgart-Zürich 1964. Ders.: *Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs Revolutionäre Sozialisten 1934–1938*, Wien 1968 und Leichters Bauer-Biographie, die in Anm. 3 angeführt wurde. J. Buttinger: *Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung*, Köln 1953. W. Wisshaupt: *Wir kommen wieder. Eine Geschichte der revolutionären Sozialisten Österreichs 1934–1938*, Wien 1967. Buttinger (Führer der revolutionären Sozialisten Österreichs während der Illegalität) formuliert vom Standpunkt des Kämpfers an der Basis eine Kritik an der Behinderung der revolutionären Aktion im politischen Alltag durch die zunehmende Institutionalisierung und Bürokratisierung der Partei. Sein 1972 in Frankfurt vom Verlag »Neue Kritik« nachgedrucktes Buch (unter dem Titel *Das Ende der Massenpartei*) hat maßgeblichen Einfluß auf die Diskussion innerhalb der deutschen Studentenbewegung ausgeübt. Eine überzeugende Darstellung der Geschichte der austromarxistischen Linken seit ihren Anfängen findet sich in der Einleitung von E. Collotti zu F. Adler: *La guerra e la crisi della socialdemocrazia*, Roma 1972.

12 Besonders aufschlußreich in diesem Sinne erscheinen die kritischen Entgegnungen auf den Ansatz Lesers von Ch. Broda (dem gegenwärtigen sozialdemokratischen Justizminister): *Wie lernt man aus der Geschichte?*, in: »Zukunft«, Nr. 23–24, 1968, S. 34 ff. und von A. Magaziner: *Zwischen Revolution und Konterrevolution* in: »Zukunft«, Nr. 11, 1969, S. 21 ff. Leser wiederholt seinen Ansatz in *12 Thesen zum 12. Februar 1934*, im zweiten Band des von der »Wissenschaftlichen Kommission« der Theodor Körner-Stiftung und des Leopold Kundschak-Fonds für die Förderung von Studien über die österreichische Geschichte von 1927–1938 herausgegebenen Sammelwerkes *Das Jahr 1934: 12. Februar* (Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974), Wien-München 1975, S. 58–64. Zur Diskussion des Leserschen Ansatzes siehe die Polemik zwischen A. Pfabigan, Assistent und Mitarbeiter von Leser und R. Kende. R. Kende: *Norbert Leser und der Austromarxismus*, in »Zukunft«, Nr. 1, 1978, S. 39–43. A. Pfabigan: *Richard Kende und der Austromarxismus. Eine Erwiderung*, in: »Zukunft«, Nr. 6, 1978, S. 28–31 und R. Kende: *Nochmals: Der Austromarxismus und Max Adler. Eine Antwort auf die Kritik Alfred Pfabigans*, in: »Zukunft«, Nr. 11, 1978, S. 34–37.

13 Siehe den Aufsatz von M. Tafuri: *Austromarxismo e città. Das Rote Wien* in: »Contropiano«, Nr. 2, 1971 und die von O. Steininger herausgegebene Anthologie, *Ferdinand Hanusch. Ein Leben für den sozialen Aufstieg*, Wien-Zürich-München 1973, wodurch aus unterschiedlichem Blickwinkel die alten, immer noch nützlichen Werke von R. Danneberg: *Das neue Wien*, Wien 1930 und J. Tharaud: *Vienne la Rouge*, Paris 1934 erneuert und problematisiert werden.

14 Vgl. Warren Bartley III: *Wittgenstein*, New York 1973.

15 Zu den sozialdemokratischen Jugendorganisationen siehe H. Uitz: *Die österreichischen Kinderfreunde und Roten Falken 1908–1938. Beiträge zur sozialistischen Erziehung*, Wien-Salzburg 1975 und W. Neugebauer: *Bauvolk der kommenden Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung*, Wien-Zürich-München 1975.

16 Aus der dazu jüngst erschienenen Literatur sei verwiesen auf I. Lafleur: *Linzer Parteiprogramm 1926 und Frauenfrage*, Allendale (USA) 1975. Dies.: *Adelheid Popp. An Approach to Learning and Teaching Socialist Feminism*, Allendale 1975 und die Vorträge vom XIV. Internationalen Kongreß der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz (12.–16. September 1978) zum Thema: »Die Frau in der Arbeiterbewegung 1900–1939«.

17 Die reichhaltige Untersuchung von I. Duczynska: *Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt*, München 1975, hatte das Verdienst, die Aufmerksamkeit auf die wichtige Figur Theodor Körners zu lenken (wie vor ihr schon Eric C. Kollman: *Theodor Kör-*

ner, Wien 1973). Körners strategische Vorschläge einer organisatorischen und politischen Dezentralisierung des Schutzbundes, um ihm eine bewegliche, in alle staatlichen Bereiche hineinreichende Struktur mit festerer Massenverankerung zu geben, bildeten eine wichtige Alternative zu dem streng zentralistischen und einseitig militaristischen Ansatz von Julius Deutsch, welcher sich schließlich durchsetzte. Zur allgemeinen Frage der Aporie der »defensiven Gewalt« und der Militärpolitik der österreichischen Sozialdemokratie im Gefolge des Linzer Kongresses siehe im übrigen die Beiträge von G. Botz: *Der »15. Juli« 1927, seine Ursachen und Folgen*, in: »Wissenschaftliche Kommission« (Hg.): *Österreich 1927 bis 1938*, Wien–München–Oldenburg 1973, S. 31–42. K. Haas: *Zur Wehrpolitik der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik*, a.a.O., S. 75–84 und L. Valiani: *Il movimento operaio in Austria e Ungheria dalla repubblica dei consigli del 1919 alla lotta armata del 1934*, in: Autorenkollektiv: *Riforme e rivoluzione nella storia contemporanea*, Torino 1977, S. 199 ff.

18 Vgl. dazu die Studien von A. Agnelli: *Questione nazionale e socialismo. Contributo allo studio del pensiero di K. Renner e O. Bauer*, Bologna 1969 und ders.: *Socialismo e problema della nazionalità in Otto Bauer*, in A. Zanardo (Hrsg.): *Storia del marxismo contemporaneo* (Annali dell'Istituto G. Feltrinelli, XV, 1973), Milano 1974, S. 364–386, die bis heute die stimulierende Ergänzung zu dem Werk von R. A. Kann: *The Multinational Empire. Nationalism and National Reform in the Habsburg Monarchy 1848–1918*, 2. Bde., New York 1950 und zu der Arbeit H. Mommsens (vgl. Anm. 5) darstellen. Neucrdings hat Mommsen eine Sammlung von Abhandlungen über *Industrielles System und politische Entwicklung der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974 herausgegeben, in der die Fortdauer von autoritären Tendenzen (in der Weimarer Republik wie auch in der Ersten österreichischen Republik) und von expansionistischen Tendenzen (Deutschland betreffend) hervorgehoben wird, die mit ökonomischen Konzentrationsprozessen verbunden sind. (Vgl. für Österreich besonders den Beitrag von D. Döring, a.a.O., S. 514–529) Zu der kleinen Gruppe dieser Arbeiten gehört auch N. Schausberger: *Der Griff nach Österreich*, Wien–München 1978.

19 Die detaillierte Analyse des von Bauer in *Der Weg zum Sozialismus*, Wien 1919 skizzierten Sozialisierungsprogramms und der tatsächlichen Ergebnisse in einzelnen Sektoren der österreichischen Wirtschaft waren Gegenstand des Referats von F. Weber auf dem Wiener Symposium. Dabei zeigte sich, Hinweisen aus Bauers *Die österreichische Revolution*, Wien 1923 folgend, wie das Scheitern der Sozialisierung vor allem auf den Widerstand der Länder zurückzuführen war, der geschickt von den Unternehmerverbänden und von den Christlichsozialen (deren Führer Seipel Vizepräsident der von Bauer geleiteten Sozialisierungskommission war) ausgenutzt wurde. Für eine kritische Analyse der in Österreich ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen siehe E. Weissel: *Die Ohnmacht des Sieges. Arbeiterschaft und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich*, Wien 1976. Zur Sozialisierungsliteratur dieser Jahre in Österreich und Deutschland (W. Rathenau, O. Bauer, J. Schumpeter) siehe die wichtige Einleitung von R. Racinaro zur italienischen Ausgabe von H. Kelsen: *Socialismo e Stato*, Bari 1978, S. LXXXVIII–C.

20 Zur allmählichen Ausarbeitung des Begriffs der »Diktatur des Proletariats« bei Adler und Bauer vgl. I. Katsoulis: *Sozialismus und Staat. Demokratie, Revolution und Diktatur des Proletariats im Austromarxismus*, Meisenheim am Glan 1978. Einen interessanten Vergleich zwischen der Bejahung eines Primats der politisch-institutionellen Sphäre als abstrakte Formalisierung des Klassenkonflikts (Hilferding) bzw. eines Primats des Rechtssystems als normative Regelung der Zirkulations- und Distributionssphäre (Renner, Kelsen) auf der einen Seite und andererseits der dichotomisch-antagonistischen Konzeption der Demokratie als vorübergehender Phase eines »Gleichgewichts der Klassenkräfte« (Bauer, Leichter) entwickelt G. Marramao: *Il politico e le trasformazioni*, Bari 1979, S. 153–189.

21 O. Bauer, *Zwischen zwei Weltkriegen?*, in Otto Bauer: Werkausgabe, Bd. 4, a.a.O. (vgl. Anm. 3), S. 307 (zitiert von Albers). Auf die »nicht überzeugende« Verbindung zwischen dem strategischen Ausblick des »integralen Sozialismus« und dem konkreten Vorschlag einer politisch-organisatorischen Vereinigung, der sich an die im illegalen Kampf stehenden Kader der Partei richtete, zielen die von Rodolfo Morandi in einer wichtigen Rezension zu *Zwischen zwei Weltkriegen?* vorgebrachten kritischen Bemerkungen. Diese Rezension erschien ohne Titel und unter dem Pseudonym »A. Fontana« in der sozialistischen Zeitschrift »Echi« (hrsg. in Paris vom »Centro interno« des PSI), Nr. 3, April 1937. Sie ist wiederabgedruckt unter dem Titel *Ricostruzione socialista. Il socialismo integrale di Otto Bauer*, in den *Opere di Rodolfo Morandi*,

Bd. 1, hrsg. von S. Merli, Torino 1961, S. 177–185. In dieser Rezension wird Bauers Verallgemeinerung (von Erfahrungen des illegalen Kampfes im Begriff des »integralen Sozialismus«, d. Übers.) angesichts des bei Bauer »kaum skizzierten« Prozesses der ideologischen Revision als »verfrüht« bezeichnet. Das Konzept des »integralen Sozialismus« sei lediglich zu einer »Reduktion jener ›polaren Gegnerschaft‹« zwischen den beiden Strömungen der internationalen Arbeiterbewegung geeignet, welche jedoch »in ihrer historischen Funktion und Bedeutung erschöpft« seien. Morandi benennt als einzige ernsthafte Grundlage der Erneuerung sozialistischer Politik die Wiederaufnahme der »marxistischen Staats- und Bürokratiekritik« – als Gegenposition zu der »aus der zweiten wie aus der dritten Internationale« hervorgegangenen schicksalhaften »Staatsfixierung« – und eine »Koalition der neuen Kräfte«, die eine antifaschistische revolutionäre Massenbewegung zum Leben erwecken könnte.

22 Diesen Gefahren scheint demgegenüber D. Albers nicht ganz zu entgehen, wenn er ziemlich knapp »zu den mit Sicherheit überwundenen Elementen« des Bauerschen Werkes »die Kritik und die teilweise Übernahme der philosophischen Konzeptionen des Neokantianismus« zählt. Das hat zum Ergebnis, das spezifisch *erkenntnistheoretische* (im Gegensatz zum nur ethischen) Interesse in der austromarxistischen Rezeption solcher »idealistischer Einflüsse« zu ignorieren. Damit würden auch die Fragestellungen unter den Tisch fallen, die *damals* – insbesondere von Adler – in Auseinandersetzung mit dem Neokantianismus entwickelt wurden und die *heute* für die methodologische Debatte in den Sozialwissenschaften und im marxistischen Denken wichtig sind (man denke, um ein italienisches Beispiel anzuführen, an die »Schule« G. Della Volpe). Zu dieser Argumentation siehe die Einleitung von R. Racinaro zur italienischen Übersetzung von Max Adler: *Causalità e teleologia nella disputa sulla scienza*, Bari 1976, S. XXVI–XC und A. Agnelli: *Max Adler e la filosofia dell'austromarxismo*, in »Mondoperaio«, Nr. 7/8, 1977, S. 83–87.

23 In derselben Interpretationsrichtung wie Marramao bewegen sich L. Paggi in seiner Einleitung zu M. Adler: *Il socialismo e gli intellettuali*, Bari 1974 (italienische Übersetzung) und R. Racinaro, a.a.O. (vgl. Anm. 22), S. IX–XVI und LXIII–XCVII.

24 (Anm. d. Übers.) Das »Neue Verhältnis von Ökonomie und Politik« soll die doppelgleisige Wirkung haben, daß a) immer mehr Bereiche der Gesellschaft Gegenstand der Politik »von oben« (staatliches Handeln, Bildung parastaatlicher Organisationen) werden und das dadurch b) das zunehmend politisch strukturierte Alltagsleben (an das eine Politik »von unten« anknüpfen könnte) zu einer Bestandsbedingung von steigender Wichtigkeit für das Kapital wird. Marramaos jüngster Beitrag zur italienischen Staatsdiskussion geht nun davon aus, daß die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie von ihrem Ansatz her einer Theorie der Politik, die angesichts des »neuen Verhältnisses von Ökonomie und Politik« erforderlich wäre, entgegenstehe. Das wirft er auch den bonapartismusanalytischen Ansätzen vor, weil diese die vorübergehende »Verselbständigung der Exekutive« als linearen Ausdruck eines schon innerhalb der ökonomischen Sphäre (*sfera economico-produttiva*) hergestellten Kräfteverhältnisses« begreifen. (Vgl. G. Marramao, *Il politico e le trasformazioni*, Bari 1979, S. 20, S. 18–23, S. 65 ff.) Deshalb wendet Marramao sich auch gegen Formeln wie »socializzazione della politica« (und gegen Bauer und Gramsci gleichermaßen), deren »schicksalhafte Unfähigkeit«, die politische Eigengesetzlichkeit zu erkennen, sich schon in den 20er Jahren herausgestellt habe. (Marramao, a.a.O., S. 66).

25 Vgl. auch G. Marramao: *Parlando di Bauer e anche di Gramsci*, IN: »Rinascita«, Nr. 45, 1978, S. 6 f., die letzte Ausarbeitung seiner auf dem Wiener Symposium entwickelten Argumentation.

Zur Arbeitergeschichtsschreibung erschienen im Argument u. a. folgende Aufsätze:

Heer/Hemje-Oltmanns/Ullrich: Organisationsgeschichte oder Geschichte der »eigentlichen Arbeiterbewegung«?, in: *Argument 106*

W. Abendroth: Zur Auseinandersetzung um das Verhältnis von Spontaneität und Organisationsentwicklung, in: *Argument 108*

D. Peukert: Zur Regionalgeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung, in: *Argument 110*

Über Konstitutionsmerkmale nachkapitalistischer Gesellschaften

Anmerkungen zu zwei neueren Beiträgen*

Das auf die Gesellschaft der Sowjetunion gerichtete Erkenntnisinteresse vor allem links orientierter Analytiker und Kritiker hat in den letzten Jahren eine Verschiebung erfahren und sich dabei thematisch und methodisch noch weiter von bürgerlichen Untersuchungen abgesetzt. Wie diese noch heute, konzentrierten sich in den fünfziger und sechziger Jahren Arbeiten marxistischer Autoren vorwiegend auf die Erhellung historischer Sachverhalte und Probleme zum einen, und auf möglichst empirisch gesicherte Erkenntnisse über Teilbereiche zum anderem (z. B. Wirtschaftsplanung und -lenkung, Bildungssystem, staatlich-politische Institutionen und Organisationen, »Ideologie«). In jüngerer Zeit richtet sich die Aufmerksamkeit häufiger auf die Sowjetgesellschaft in ihrer formationsspezifischen Eigenart, auf ihre besonderen Produktionsverhältnisse, ihre eigentümliche Herrschafts- und Sozialstruktur, auf die Frage nach den diese kennzeichnenden Widersprüchen, nach Triebkräften und Entwicklungstendenzen. Dabei wird ein Abrücken von der Konzeption der »Übergangsgesellschaft« deutlich. Bezugspunkte und Urteilsmaßstäbe bilden nun nicht mehr das »nicht mehr Kapitalistische« und das »noch nicht Sozialistische«; vielmehr verstärkt sich das Verständnis einer *eigenständigen* Gesellschaftsformation, die nicht nur weder kapitalistisch noch sozialistisch/kommunistisch ist, sondern deren grundlegende sozioökonomische Strukturen, Prozesse, Institutionen, kurz: deren Produktionsverhältnisse auch nicht als Verbindungsformen aus kapitalistischen und sozialistisch-kommunistischen Elementen verstanden werden können.

Vermutlich haben zwei unterschiedliche Sachverhalte diesen »Paradigmawechsel« zumindest beeinflußt: einmal der nach einer gewissen zumindest konzeptionellen Reformeuphorie zwischen Ende der fünfziger und Mitte der sechziger Jahre seither deutliche Mangel der Sowjetgesellschaft an innerer Veränderungsdynamik (bezogen auf Indikatoren, die Produktions- und Herrschaftsverhältnisse konstituieren). Zum anderen hat die breitere und vertiefte Rezeption marxistischer Theorie in der Nachfolge der Studentenbewegung das Verständnis für die Formationsspezifika und damit -gebundenheit (»Formbestimmtheit«) gesellschaftlicher Strukturen, Beziehungen, Institutionen etc. und ihrer Wirkungsweise geschärft. In unserem Zusammenhang hat das zur Folge, daß bestimmte systemtypisch *erscheinende* sozioökonomische Sachverhalte, Kategorien etc. weniger voreilig als »kapitalistisch« oder »sozialistisch« etikettiert werden und dadurch das Eigenständige der Sowjetgesellschaft deutlicher hervortritt.

Nachfolgend sollen zwei neuere Arbeiten angezeigt werden, die, wenn auch in unterschiedlicher Weise, die angedeutete Tendenz ausdrücken. Sie sollen allerdings

* Schulze, Peter W.: Herrschaft und Klassen in der Sowjetgesellschaft. Die historischen Bedingungen des Stalinismus. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1977 (268 S., br., 29,80 DM)

Damus, Renate: Der reale Sozialismus als Herrschaftssystem am Beispiel der DDR. Kritik der nachkapitalistischen Gesellschaft. Focus Verlag, Gießen 1978 (223 S., br., 12,80 DM).

nicht im üblichen Sinne rezensiert werden. Die Absicht ist nicht, ihre Ergebnisse im einzelnen zu referieren oder auch nur zu resümieren und zu beurteilen. Die Aufmerksamkeit soll vielmehr auf den theoretischen Untersuchungsansatz und auf die tragenden Kategorien konzentriert werden. Die Kritik kann auch nicht zu einem eigenen analytischen Konzept gewendet werden; es sind jedoch einige offene Probleme und Fragen zu benennen. Die Auswahl der beiden Untersuchungen und die Beschränkung auf sie ist im übrigen willkürlich.¹ Ungeachtet der zu bezeichnenden Differenzen ergänzen sich beide Arbeiten in gewisser Weise insoweit, als bei einer das Schwerkgewicht auf dem Problem der Genese, in der anderen auf der systematischen Strukturbestimmung der Sowjetgesellschaft der Gegenwart liegt.

Es handelt sich zunächst um die Untersuchung »Herrschaft und Klassen in der Sowjetgesellschaft. Die historischen Bedingungen des Stalinismus« von Peter W. Schulze (Campus, Frankfurt/New York 1977, 268 S.). Der Untertitel des Buches darf nicht verkennen lassen, daß der Verf. die Kernstruktur der gegenwärtigen Sowjetgesellschaft verdeutlichen will. Der Schwerpunkt seiner Sekundäranalyse liegt jedoch in den zwanziger und vor allem dreißiger Jahren. »Die Kenntnis der Entstehungsbedingungen der widersprüchlichen Realität der Sowjetunion ist notwendig für das Verständnis der Gegenwartsgeschichte der Sowjetunion.« (11) Auch im Resümé seiner Arbeit formuliert Schulze den Anspruch, mit seiner Untersuchung die Sowjetgesellschaft von heute transparenter gemacht zu haben: »Wir haben versucht, vorurteilsfrei die Analyse der herrschenden Verhältnisse in der UdSSR voranzutreiben, um deren widersprüchliche Realität herauszuarbeiten.« (206; ähnlich 208)

Schulze stellt einleitend heraus, daß der theoretische Rahmen seiner Arbeit durch Kategorien abgesteckt wird, die er dem »struktural-marxistischen Ansatz« entnommen und am empirischen Material seiner Analyse überprüft, also nicht diesem schlicht übergestülpt habe. In der Durchführung der Untersuchung benutzt er diese Kategorien allerdings recht selektiv; die für den erwähnten Ansatz wesentlichen der »Determination« und »Dominanz« spielen hier kaum eine Rolle, die der »hegemonialen Fraktion« durchaus. Es sei vorab vermerkt, daß ich nicht den geringsten Nutzen der theoretischen und kategorialen Anleihe des Verfassers sehe: wo er zutreffend analysiert und Einsichten eröffnet, sind diese nicht dem »struktural-marxistischen Ansatz« geschuldet; wo er sich offenkundig von dessen Prämissen leiten läßt, sind die Ergebnisse fragwürdig.

Im Zentrum des Untersuchungsinteresses steht der Prozeß der »Herrschaftskonstitution« in der UdSSR. (11/12) Für sie ist nach Schulze entscheidend die Herausbildung einer eigenen Sowjetintelligenz in den dreißiger Jahren, die in Gestalt von »Produktions- und Akkumulationsagenten«² die Restgruppen »bürgerlicher Spezialisten« entbehrlieh macht, Herrschaftspositionen bezieht und mit den etablierten »Legitimationsagenten« eine Herrschaftssynthese eingeht. Diese sozialen Prozesse sind der Hauptgegenstand und die durch sie erfolgte »Herrschaftskonstitution« die zentrale These der Untersuchung, die im Hauptteil des Buches (Abschnitt II) durch Interpretation aus dem Russischen übersetzter Quellentexte und Dokumente sowie durch Auswertung vor allem angelsächsischer Sekundärliteratur³ belegt werden soll. Zuvor umreißt Schulze ökonomische Situation und Planungsprobleme in den zwanziger Jahren und die Entwicklung der betrieblichen Leitungsstrukturen und der Arbeitsbeziehungen im gleichen Zeitraum.

Bereits im Kontext der zentralen These des Verfassers gelangt eine seine Analyse beeinträchtigende Schwäche zum Ausdruck: eine unscharfe, mehrdeutige Begriffsverwendung. Der gemeinte Prozeß wird überwiegend als »Herrschaftskonstitution« bezeichnet; zum anderen aber auch als »Herrschaftssynthese«, als »Verbreiterung der gesellschaftlichen Machtbasis« oder auch als Konsolidierung der Herrschaft. »Konstitution« ist im allgemeinen wie im spezifischen Verständnis doch wohl ein Prozeß, der den anderen genannten vorausgegangen sein müßte. Schulze spricht jedoch überwiegend von »Herrschaftskonstitution«, wenn er sich auf die angedeuteten sozialen Prozesse in der Phase des 2. Fünfjahresplanes (1933–1937) bezieht. Heißt das, daß die sozialen Beziehungen in der Sowjetgesellschaft zuvor nicht herrschaftsstrukturiert waren? Eine solche Annahme widerlegt er im 2. Kapitel selbst. Soll es heißen, daß die Herrschaftsträger zuvor noch keine soziale Klasse bildeten? Der Text läßt sich in diesem Sinne interpretieren, ausdrücklich wird es aber nicht gesagt. Herrschaft wäre demnach gesellschaftlich durchgesetzt und institutionell etabliert gewesen, bevor es eine herrschende Klasse gab? Je nach Begriffsfassung, muß eine solche analytische Konstruktion durchaus nicht widersprüchlich sein, aber es müßte eben expliziert werden, was gemeint ist. Mir geht es hier nicht um Begriffshuberei, sondern um kategoriale Erwägungen, die darüber entscheiden, ob die tragende These der Untersuchung stichhaltig ist. Die im Zentrum der vorliegenden Analyse stehenden sozialen Prozesse in der UdSSR Mitte der dreißiger Jahre, die Besetzung der im Zuge der forcierten Industrialisierung enorm vermehrten technischen und ökonomischen Leitungspositionen durch Vertreter der soeben erst massenhaft herangebildeten Sowjetintelligenz, sind gewiß von Bedeutung und Tragweite, sie *konstituieren* aber nicht Herrschaft. Ist das im eigentlichen Begriffsinne gemeint, muß die zentrale These der Untersuchung als unzutreffend bezeichnet werden. Geht es dagegen um Konsolidierung von Herrschaft durch Einbeziehung neuer Gruppen in den Kreis der Herrschaftsträger (bei Ausschaltung und physischer Vernichtung eines großen Teils der bisherigen), ist die Feststellung richtig; die Aufmerksamkeit wird dann aber auf die vorgängigen Prozesse tatsächlicher Herrschaftskonstitution gelenkt. Auf diese wird im 2. Kapitel der Arbeit einiges Licht geworfen, es hat in der Untersuchung aber eher einleitende Funktion und die kursorische Darstellung ist zwar korrekt, bietet jedoch keine neuen Erkenntnisse.

Substrat von Herrschaft in der Sowjetgesellschaft ist für Schulze die Verfügung (im Sinne von Entscheidungsgewalt) über Struktur und Entwicklungsrichtung von Produktion und Akkumulation. »Nicht das formale Eigentumsverhältnis kann also die bestimmende Kategorie der neuen Formation sein, sondern nur die Möglichkeit der *tatsächlichen Verfügung und Aneignung der Produktionsmittel* durch seine Agenten.« (19, hervorgehoben im Original) Sehen wir hier zunächst einmal von der Unklarheit des Aneignungsbegriffs in diesem Zusammenhang ab, so stellt sich die Frage, in welcher Weise Herrschaft im Sinne von exklusiver Verfügungsmacht in der Gesellschaft verteilt ist. Denkbar wäre die Konzentration der Entscheidungsgewalt bei einer schmalen, positionell eindeutig bestimmbar oligarchischen Gruppe; andererseits auch die Verteilung der Verfügungsmacht in abgestufter Weise innerhalb einer relativ breiten, in sich funktions- und interessenmäßig heterogenen sozialen Klasse bzw. Schicht. Schulze geht offenbar von letzterem aus. Für eine erhellende Strukturanalyse der Sowjetgesellschaft stellt sich bei dieser Annahme die Aufgabe einer empirisch fun-

dierten Beschreibung des Kontinuums von gesellschaftlicher Verfügungsmacht. Schulze liefert diese jedoch nicht. Er verbleibt vielmehr bei dem abstrakten und problematischen »Modell« einer Herrschaftsklasse, die sich aus den um die hegemoniale Position rivalisierenden und tendenziell polarisierenden Fraktionen von Produktions- und Legitimationsagenten mit jeweiligen, nicht näher bezeichneten »Subfraktionen« zusammensetzt.

Das Verhältnis von Verfügung und Aneignung bleibt sowohl theoretisch ungeklärt, wie auch empirisch ausgeblendet. Wird hier Aneignung nicht in metaphorischem Sinne gebraucht und mit Verfügung identifiziert, so kann sich der Begriff in der Sowjetgesellschaft nur auf die geld- und/oder sacheinkommensvermittelte Inbesitznahme von konsumierbaren Teilen des gesellschaftlichen Produkts beziehen. Diese Verteilungs- und Aneignungsstruktur ist zwar in der Sowjetgesellschaft eine nicht-egalitäre, sie weist deutliche Privilegierungsstufen auf. Über die Herrschaftsstruktur geben diese aber keine entscheidende Auskunft. Denn einmal fallen (wie im Kapitalismus auf anderer Grundlage auch) Verfügung und Aneignung nicht eindeutig zusammen (es gibt einkommensmäßig hochprivilegierte Gruppen ohne jeden Anteil an der Verfügungsmacht). Zum anderen bezieht sich die Aneignung auf den als »Revenue« bestimmten Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, und dessen Verteilungsproportionen können zwar Herrschaftsverhältnisse in gewisser Weise widerspiegeln, begründen diese aber nicht.

In nachkapitalistischen Gesellschaften können Herrschaftsstrukturen also nur an realer Entscheidungs- und Verfügungsgewalt über Inhalt und Richtung der wesentlichen gesellschaftlichen Prozesse festgemacht werden, die determiniert sind durch Bedingungen, Formen, Proportionen etc. der materiellen gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion. Darauf bezogen ist nochmals die Frage nach der Art der Verteilung dieser Verfügungsmacht und damit Herrschaft aufzugreifen. Sie kann hier nicht beantwortet werden; anzudeuten ist jedoch allgemein und exemplarisch, welche von Schulze vernachlässigten sozioökonomischen und politischen Sachverhalte⁴ zu ihrer Klärung zu untersuchen wären.

Verfügung über die grundlegenden gesellschaftlichen Prozesse wird vor allem in Form der Wirtschafts- (aber in Verbindung mit dieser auch der Bildungs-, Wissenschafts-, Raum- etc.) planung ausgeübt. Von der »Erscheinungsebene« aus betrachtet, ist der Kreis der über diese Planungen Entscheidenden eng begrenzt und ziemlich eindeutig bestimmbar. Es ergibt sich hier eher das Bild oligarchischer und dichotomischer Herrschaftsverteilung, als das eines relativ breiten Herrschaftskontinuums. Natürlich interessiert nicht ein abstraktes Strukturmodell, sondern die soziale Realität. Zu deren Erhellung wäre z. B. nachzuweisen, in welchem Maße einerseits legale und institutionalisierte, andererseits informelle Einflüsse von Gruppen außerhalb des Kreises der virtuell Entscheidungsmächtigen in die Planungsprozesse eingehen. Zum anderen wäre zu untersuchen, wieweit die Planung überhaupt die realen sozioökonomischen Prozesse steuert. Wird eine weitgehende Durchsetzung der Planziele sowohl sowjetischerseits, wie z. B. auch von Vertretern des Totalitarismusparadigmas unterstellt, so behaupten andererseits Kritiker unterschiedlicher wissenschaftlicher und politischer Richtung Unwirksamkeit der Planungen nicht nur in Bezug auf Einzelziele, sondern selbst hinsichtlich der allgemeinen Proportionen und Entwicklungstendenzen. Mir scheint diese Annahme überzogen; denkbar sind jedoch »naturwüch-

sige« (z. B. auf Entscheidungen und Handeln auf Betriebsebene beruhende) Einflüsse und Prozesse, die Struktur und Richtung der gesellschaftlichen Reproduktion gegenüber der Planung nicht unerheblich modifizieren. Der Kreis der tatsächlich über Produktionsmittel, über vergegenständlichte und lebendige Arbeit und damit über gesellschaftliche Prozesse Verfügenden wäre dann wesentlich breiter als es virtuell erscheint. Es wären dann die Wirkungen solcher Einflüsse, die zugrundeliegenden Motive, Interessen, Regelmäßigkeiten und/oder Kontingenzen etc. zu untersuchen. Soweit nur wenige Beispiele für zur Analyse der Sowjetgesellschaft wesentliche Fragestellungen, die die Abstraktionsebene des Ansatzes von Schulze nicht erfaßt.

Das bezeichnete Desiderat gilt auch für die notwendige Konkretisierung des Klassenbegriffs. Schulze verwendet ihn weder im Sinne der offiziellen sowjetischen Selbstdarstellung, noch will er den kapitalistischen Klassenbegriff umstandslos übertragen. »Wenn wir von Klassen und Klassenverhältnissen in den nachkapitalistischen Gesellschaften sprechen, dann verwenden wir nicht den Klassenbegriff, der die gesellschaftlichen Verhältnisse . . . in der kapitalistischen Gesellschaftsformation bezeichnet.« (17) Es müsse vielmehr » . . . ein neu gefaßter Klassenbegriff zugrundegelegt werden, der nicht von der formalen ökonomischen Gleichheit in den Beziehungen zu den Produktionsmitteln ausgeht, sondern der die unterschiedliche funktionale Stellung im System der gesellschaftlichen Produktion berücksichtigt und die daraus entspringenden unterschiedlichen Verfügungsmöglichkeiten und Nutzungsmöglichkeiten der Aneignung faßt.« (134/35) Solange diese Sachverhalte jedoch nicht empirisch konkretisiert und aufgewiesen und damit die zentralen Kategorien der Analyse inhaltlich erhärtet sind, setzen sich kritische Autoren wie Schulze leicht dem Vorwurf der Negierung der gesellschaftlichen Formbestimmtheit von Kategorien und der durch sie bezeichneten sozioökonomischen Sachverhalte durch Übertragung aus spezifischen Produktionsverhältnissen in andere aus.

Offen bleibt auch, was Schulze unter »Stalinismus«, einem bereits im Untertitel seines Buches verwendeten Begriff, versteht. Er definiert ihn an keiner Stelle eindeutig. Die Schwerpunktsetzung der Untersuchung läßt erkennen, daß für den Verfasser das Charakteristikum des Stalinismus jene Herrschaftskonstellation ist, die sich durch das Eindringen einer in der nachrevolutionären Gesellschaft herangebildeten technisch-ökonomischen Intelligenz in die bisher von den »Legitimationsagenten« der revolutionären Elite besetzt gehaltenen Herrschaftspositionen in den dreißiger Jahren herausbildete. Das sowohl von bürgerlichen wie von linken Kritikern als wesensbestimmend gewichtete Merkmal extrem gewaltförmiger Herrschaftsausübung ist für Schulze nur gleichsam der Geburtshelfer der neuen Herrschaftsklasse, nicht aber konstitutives Merkmal des Gesellschaftssystems. Damit kann Schulze dem Massenterror eine herrschaftsimmanent rationale Funktion zuerkennen, wenn er seine ökonomische (eine falsche Einschränkung) Dysfunktionalität auch konzidiert. (197) Dieser Erklärungsansatz hat den scheinbaren Vorzug materialistisch-gesellschaftswissenschaftlicher Dignität gegenüber »individual-psychologischen« (149) Interpretationen. Materialistisches Gesellschafts- und Geschichtsverständnis sperrt sich häufig – nicht nur bei Schulze – gegen das Zugeständnis kontingenter und irrationaler Momente von zuweilen enormer Auswirkung in den Prozessen der sozialen und historischen Entwicklung. Stalinistische Herrschaft bedeutet jedoch nicht allein »politische Expropriation« der Arbeiterklasse (wie der Bauern und überhaupt der überwältigen-

den Mehrheit der Gesellschaft) und Machtkonzentration bei einer fraktionierten Klasse von Politikern und Technokraten. Sie schließt despotische Gewaltförmigkeit, Willkür, Gesinnungsterror und politisch-moralische Skrupellosigkeit ein. Diese Herrschaftsmethoden waren »dysfunktional« hinsichtlich aller denkbaren Herrschaftsziele (von deren Begründung ganz abgesehen), was nur von einer platt pragmatischen Position aus geleugnet werden kann, die angesichts eines Ergebnisses (nämlich dem Sieg über den deutschen Faschismus) weder nach »Kosten« noch nach Alternativen fragt. Stalinistischer Herrschaft ist deshalb auch ein gewisses Maß an Irrationalität immanent. Wenn Schulze die von ihm beschriebene gesellschaftliche Herrschaftskonstellation als Wesensmerkmal und die exzessive Gewaltförmigkeit als temporäres Mittel des Stalinismus versteht, ist die Sowjetgesellschaft von heute stalinistisch. Es stellt keine Verharmlosung ihrer grundlegenden Defizite an gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen genuin sozialistischen Charakters dar, wenn man diese Kennzeichnung (die Schulze so zwar nicht explizit vornimmt, die sich aber aus seinem theoretischen und kategorialen Ansatz ergibt) als unzutreffend und unzureichend zugleich zurückweist.

Es sollte an den Beispielen der Begriffe Herrschaft, Klassen und Stalinismus gezeigt werden, wie infolge kategorialer Mehrdeutigkeit, unzureichender Präzisierung und mangelnder empirischer Konkretisierung die Erklärungskraft der vorliegenden Untersuchung begrenzt bleibt. Generell richtig ist, daß das Substrat von Herrschaft in nachkapitalistischen Gesellschaften die Entscheidungs- und Verfügungsmacht über die strukturbestimmenden Prozesse der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion ist. Aber diese Bestimmung ist so allgemein, daß sie auch für bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften (bei anderer Verfügungsform und anderem Agens der Verfügung) zutrifft. Bei seinem Ansatz zu einer konkreteren Erfassung der Herrschaftsverhältnisse verfängt sich Schulze m. E. in den Fallstricken mißverständlicher historisch-materialistischer Paradigmenkonsequenz (und strukturalistischer Prämissen). Entscheidend ist für ihn die Frage nach der Klassenstruktur und insbesondere nach der herrschenden Klasse. Und obgleich er sowohl die formative Eigenständigkeit der Sowjetgesellschaft sieht (z. B. 212) und auch als entscheidend das von der bürgerlichen Gesellschaft abweichende Verhältnis von Ökonomie und Politik (siehe seine 2. »theoretische Prämisse« 19/20) in der Sowjetgesellschaft betont (das er aber sachlich unbegründet und unzutreffend auf eine »Übergangsphase« begrenzt sieht), kann er sich das gesellschaftliche Herrschaftssubjekt nicht anders denken als in der Gestalt einer Klasse, gleichförmig denen der bürgerlichen Gesellschaft. Wie oben angedeutet, hat das u. a. zur Folge, nicht zwischen materieller und statusmäßiger Privilegierung und Herrschaftsteilnahme unterscheiden zu können und den Herrschaftsbegriff so auszuweiten, daß – salopp formuliert – die Herrschaftsbeteiligten von der Zahl her eine Klasse ergeben. So können aber weder die nachkapitalistisch formationsspezifischen Grundlagen, Bedingungen, Inhalte, Widersprüche, noch Wirkungen und Entwicklungstendenzen zureichend aufgewiesen werden.

Der Titel der zweiten Untersuchung, auf die hier eingegangen werden soll, Renate Damas' »Der reale Sozialismus als Herrschaftssystem am Beispiel der DDR. Kritik der nachkapitalistischen Gesellschaft«, drückt aus, daß die intendierte *allgemeine* Strukturanalyse nachkapitalistischer Gesellschaften zwar am Beispiel der DDR expliziert werden soll, der Anspruch ihrer Gültigkeit sich aber keineswegs auf die DDR

beschränkt. Dieser bezieht sich auch auf die Sowjetgesellschaft (deren Primat für die Genese der DDR-Gesellschaft die Verfasserin ausdrücklich betont, 166), so daß der Gegenstand dieser Analyse mit dem der zuvor besprochenen weitgehend identisch ist (mit dem Unterschied des Schwergewichts auf der Genese bei Schulze, auf der systematischen Untersuchung der »fertigen« Strukturen in dieser⁵ Arbeit Damus').

Die Erkenntnisziele ihrer Untersuchung sind: Ermittlung der »konstitutiven Gesellschaftsstrukturen des ›realen Sozialismus‹« (9), die Entwicklung eines theoretischen »Ansatz(es) zur Analyse nachkapitalistischer Gesellschaften . . .« (15); die Beantwortung der Frage, » . . . ob sich in nachkapitalistischen Gesellschaften erneut Herrschaftsstrukturen herausgebildet haben – und wenn ja, welche – . . . worin sie sich begründen und sich reproduzieren.« (15, ähnlich 165) »Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist also die Beantwortung der Frage nach der spezifischen gesellschaftlichen Qualität des ›realen Sozialismus‹ . . .« (21) Die Leitkategorien dieser Analyse sind auf einer noch höheren Verallgemeinerungsebene als bei Schulze angesiedelt; sie haben m. E. jedoch einen konsistenteren Bezug zur »erscheinenden« Realität, was Damus hinsichtlich einiger Problemstellungen durch exemplarisches »Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten« demonstriert. Von der Position mißverständlicher marxistischer Orthodoxie aus mag es befremden, daß in der vorliegenden Untersuchung zentrale Kategorien materialistischer Gesellschaftstheorie und der Kritik der Politischen Ökonomie, wie z. B. Eigentumsverhältnisse, Verhältnis von Arbeit und Aneignung, Warentausch, Mehrwert, Markt und Plan zurücktreten hinter andere, auf die sogleich noch eingegangen wird. Jedermann weiß, daß die Marxsche Analyse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft galt. An verschiedenen Stellen hat Marx verdeutlicht (siehe z. B. Kapitel 5 Band I des »Kapital«), welche ökonomischen Sachverhalte und sie bezeichnende Kategorien in allen gesellschaftlichen Produktionsweisen vorfindlich und gültig sind, und welche dagegen spezifisch sind für die Formen, die vergegenständlichte und lebendige Arbeit, deren Produkte, deren Verteilung und Verwendung etc. in jeweils besonderen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen annehmen. Und obgleich der Begriff der ökonomischen Formbestimmtheit sozialer Erscheinungen in der Marxschen Erkenntnisweise und Untersuchungspraxis höchst wichtig ist, werden die sich aus ihm ergebenden Konsequenzen für Gesellschaftsanalysen auch von marxistisch orientierten Autoren und Kritikern häufig mißachtet, indem z. B. sozioökonomische Phänomene in nachkapitalistischen Gesellschaften für das genommen werden, was sie im Kapitalismus sind.

In nachkapitalistischen Gesellschaften ist das Privateigentum an sachlichen Produktionsmitteln, die hier *stofflich* in gleicher Form wie im Kapitalismus (z. B. als Maschinenaggregate) existieren, rechtlich beseitigt; sie haben keine Kapitalform mehr. Gesellschaftliche Herrschaft kann ihre dingliche Grundlage daher nicht mehr in Eigentumsverhältnissen haben. Heißt das aber notwendig, daß damit die gesellschaftlichen Beziehungen nicht mehr herrschaftsstrukturiert sind? Gesellschaftliche Herrschaft drückt sich im Kapitalismus in der Verfügung über Arbeitsprozesse (ihre Bedingungen und Resultate) aus, die hier zugleich und bestimmend Kapitalverwertungsprozesse sind. Letzteres gilt nicht mehr für nachkapitalistische Gesellschaften; aber natürlich wird hier unter bestimmten Bedingungen gesellschaftlich gearbeitet, wird verteilt, angeeignet, verwendet etc. Wer entscheidet über diese Bedingungen und Prozesse, wenn nicht mehr die Agenten privater Kapitalakkumulation? Das ist die für

die »spezifische gesellschaftliche Qualität« dieser Gesellschaften zentrale Frage. Prinzipiell gibt es zwei alternierende Möglichkeiten: an den erwähnten gesamtgesellschaftlich relevanten Entscheidungen sind alle Betroffenen, alle Mitglieder der Gesellschaft gleich beteiligt (in welcher institutionellen Form der Teilhabe auch immer); oder diese Entscheidungs- und Verfügungsmacht liegt bei einer (wie immer bestimmten, abgegrenzten, zahlreichen etc.) Gruppe. In letzterem Fall sind die wesentlichen gesellschaftlichen Beziehungen herrschaftsstrukturiert. Mit Schulze und Damus gehe ich davon aus, daß das für die nachkapitalistischen Gesellschaften zutrifft, obgleich hier kein Privateigentum an Produktionsmitteln besteht. Wohl ist aber die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel, und damit über Umfang und Struktur der Produktion, über die Bedingungen des Produzierens, über Verteilung und Verwendung der Produkte und damit auch über die für die gesellschaftliche Entwicklung entscheidende Reproduktion in gesellschaftlich exklusiver Weise verteilt. Das bedeutet, daß Herrschaft als ein gesellschaftliche Verhältnisse und Beziehungen maßgeblich kennzeichnender Sachverhalt auch anders begründet sein kann als durch Eigentum. An die Stelle der privatrechtlich sanktionierten Verfügungsmacht kann die politische, unmittelbar faktische und/oder öffentlich-rechtlich abgesicherte treten. Die für bürgerliche Produktionsverhältnisse strukturbestimmende Doppelung der Gesellschaft in private und öffentliche (staatliche) Sphäre mit ihrer Teilung von ursprünglicher privater und abgeleiteter staatlicher Verfügungsgewalt wird dann aufgehoben oder zumindest wesentlich modifiziert. Nicht alle gesellschaftliche Entscheidungskompetenz, wohl aber die über die grundlegenden Prozesse der materiellen Produktion und Reproduktion werden bei den staatlich-politischen Machtinstanzen konzentriert. Herrschaft beruht dann auf anderen Formen gesellschaftlicher Beziehungen als in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften und manifestiert sich in anderen Institutionen, die diese Beziehungen ausdrücken und ihre Reproduktion gewährleisten. Diese Beziehungen können deshalb auch nicht mit den gleichen Kategorien erfaßt werden, wie die der bürgerlichen Gesellschaft.

Das bisher Resümierte wird in der Untersuchung von Damus mehr vorausgesetzt als systematisch entwickelt. Sie interessiert sich auch nicht so sehr dafür, wie die politischen Herrschaftspositionen entstanden sind und durchgesetzt werden konnten, welche institutionelle Gestalt sie im einzelnen haben und in welcher Weise ihre personelle Besetzung erfolgt u. ä. Ihr geht es vor allem um die Herausarbeitung der sozioökonomischen Formunterschiede der Grundlagen sowie der Ausübung von Herrschaft in kapitalistischen und in nachkapitalistischen Gesellschaften. Diese Differenz macht sie in erster Linie fest am Prozeß der »gesellschaftlichen Synthesis«⁶, an der Art und Weise der Herstellung des gesellschaftlichen Zusammenhangs. Kapitalistische und nachkapitalistische Produktionsweise haben gemeinsam, daß sie auf entwickelter Arbeitsteilung beruhen. Herstellung des gesellschaftlichen Zusammenhangs heißt die Regulierung der Vereinigung der gesellschaftlichen Teilarbeiten bzw. ihrer Ergebnisse gemäß den Erfordernissen der Reproduktion der Gesellschaft. Das sind jedoch nicht »objektive«, allein sachgesetzlich begründete Erfordernisse, sondern solche im Hinblick auf Bedürfnis- und Interessenstrukturen und durch sie bereits vorgeprägte Bedingungen und Proportionen der gesellschaftlichen Reproduktion. Herstellung der gesellschaftlichen Synthesis heißt daher Verfügung über die grundlegenden gesellschaftlichen Prozesse, die oben als das Substrat von Herrschaft in nachkapitalistischen

Gesellschaften bezeichnet wurde. Die gesellschaftliche Vermittlung der privaten Teilarbeiten bzw. ihrer Produkte erfolgt im Kapitalismus durch Warentausch, also in der Zirkulationssphäre. Das Substrat von Herrschaft im Kapitalismus, die Aneignung von Mehrwert auf der Grundlage von Privateigentum an Produktionsmitteln, ist in den Prozeß der gesellschaftlichen Synthesis inkorporiert, denn die zirkulierenden Waren wurden zunächst einmal von den Kapitalisten angeeignet, einschließlich des in ihnen enthaltenen Mehrwerts. Herstellung des gesellschaftlichen Zusammenhangs durch eine Unzahl vereinzelter Tauschakte bedeutet Synthesis in indirekter, in naturwüchsiger Weise.

Die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln ist die notwendige Bedingung für die Chance, die Prozesse der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion *bewußt* zu planen und zu lenken, sie der Naturwüchsigkeit von Vorgängen »hinter dem Rücken der Beteiligten« zu entkleiden. Ob diese Chance jedoch realisiert wird, hängt von vielfältigen historischen, gesellschaftlichen, bewußtseinsmäßigen etc. Bedingungen ab. »Die Negation der Synthesis über den Tausch kann jedoch in verschiedener Weise und mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Konsequenzen erfolgen. Sie kann durch den tendenziellen Abbau bürgerlicher gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse zu einer konstitutiv unmittelbaren Vergesellschaftung führen, d. h. zu einer Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen durch die gesellschaftlichen Individuen selbst . . . Die Negation der Synthesis über den Tausch kann aber auch zu direkter Herrschaftsausübung führen . . .« (145) Letzteres ist nach Damus in den nachkapitalistischen Gesellschaften erfolgt und ist für sie das allgemeinste und grundlegende Charakteristikum, dessen Genese sie aber, wie erwähnt, in der vorliegenden Untersuchung nicht nachgeht.

Das entscheidende Mittel zur Herstellung der gesellschaftlichen Synthesis in nachkapitalistischen Gesellschaften ist die *Planung* ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse. Insofern sich in der Planung die bewußte Regulierung der grundlegenden Beziehungen zwischen Menschen und Natur sowie zwischen den sozialen Gruppen ausdrückt, ist sie notwendige Bedingung realer Vergesellschaftung, sozialistischer Produktionsverhältnisse. Sie ist jedoch nicht zureichende Bedingung und damit nicht zwingend Indikator derselben. »Das Vorhandensein eines durchsetzbaren, die Gesellschaftsmitglieder bestimmenden Plans verweist zwar darauf, daß eine andere gesellschaftliche Synthesis als die kapitalistische zugrunde liegen muß, er ist jedoch kein Beweis für einen tendenziellen Abbau von Herrschaft bzw. für die Vergesellschaftung durch die Gesellschaftsmitglieder selbst.« (135) Direkte Vergesellschaftung (gleichbedeutend mit direkter Form der gesellschaftlichen Synthesis) im Gegensatz zur indirekten der kapitalistischen Produktionsweise kann also nach Damus auf Herrschaftsbeziehungen beruhen (und beruht in den nachkapitalistischen Gesellschaften auf solchen). »Es kommt bei der Frage, welche gesellschaftliche Qualität die Existenz eines Plans zum Ausdruck bringt, nicht nur auf das Verhältnis von direkten und indirekten Verbindungen (über Wertkategorien) zwischen den Entscheidungsträgern bzw. Gesellschaftsmitgliedern an. Es kommt vielmehr auch auf die Qualität der direkten Verbindungen an, denn je nachdem gestalten die Individuen die gesellschaftlichen Beziehungen selbst oder die gesellschaftlichen Beziehungen werden für sie (und damit gegen sie) gestaltet.« (19) Damus unterscheidet deshalb nicht nur zwischen indirekter und direkter Vergesellschaftung, sondern noch einmal zwischen letzterer und »un-

mittelbarer« (die sie früher als »reale« bezeichnete) und deren konstitutives Merkmal die gleichberechtigte Einbeziehung aller Mitglieder der Gesellschaft in die Entscheidungsprozesse der Planung der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion ist.

Auf fortgeschrittener Arbeitsteilung beruhende Gesellschaften müssen nicht allein das Problem der Herstellung und Gewährleistung des gesellschaftlichen Zusammenhangs lösen, erforderlich ist auch die Bewertung, die quantitative Inbezugsetzung der einzelnen gesellschaftlichen Teilarbeiten bzw. ihrer Produkte. Damus bezeichnet diese Prozesse als »Kommensurierung« und widmet den damit verbundenen Fragen in ihrer Untersuchung hohe Aufmerksamkeit. In der kapitalistischen Produktionsweise vollzieht sich die Kommensurierung durch den Warentausch, also in naturwüchsiger, indirekter Weise (indem sich die Austauschrelationen in Form von Werten bzw. Preisen aus Prozessen »hinter dem Rücken der Beteiligten« ergeben). Kommensurierungs- und Syntheseprozesse fallen also zusammen. (132) Ebenso, wie in nachkapitalistischen Gesellschaften prinzipiell die Chance *bewußter* Herstellung der gesellschaftlichen Synthesis besteht, so auch die bewußter Kommensurierung. »Gegenüber dem Kapitalismus besteht also in einer sozialistischen Gesellschaft die Möglichkeit der Gewichtung von Planungs-, Produktions- und Austauschprozeß und damit eine Bewußtheit der Entscheidungsfindung über eben diese Gewichtung.« (178) Solcher direkten Kommensurierung sind nach Damus jedoch Grenzen gesetzt, weil niemals alle für die »richtige« Festlegung der Bezugsgrößen erforderlichen Informationen verfügbar gemacht werden können. Die Lösung des Kommensurierungsproblems ist aber entscheidend für den Wirksamkeitsgrad der Prozesse gesellschaftlicher Produktion und (erweiterter) Reproduktion, für die Durchsetzung der »Ökonomie der Zeit«. Deshalb könne auch eine sozialistische Gesellschaft nicht auf Mittel und Methoden indirekter Kommensurierung, durch die wertförmige Äquivalente bestimmt werden, verzichten.

Damus vertritt die sinngemäß bereits in früheren Arbeiten (siehe Fn. 5) breiter und systematischer begründete These, daß die meisten ökonomischen Probleme nachkapitalistischer Gesellschaften mit Lösungsdefiziten des Kommensurierungsproblems zusammenhängen. In der vorliegenden Untersuchung expliziert sie diese These an den Beispielen des Preissystems und der Schwierigkeiten der Durchsetzung des technischen Fortschritts (137 ff.). Ebenso wie Wirtschaftsplanung für sich genommen kein zureichender Indikator sozialistischer Produktionsverhältnisse sei, so auch nicht Methoden direkter Kommensurierung. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Qualität der Gestaltung ökonomischer Prozesse sei die Frage direkter oder indirekter Kommensurierung weniger bedeutsam, als die der Dominanz materialer oder formaler Rationalität bei den Entscheidungen über Ziele, Bedingungen, Proportionen, Verwendung etc. der gesellschaftlichen Produktion. Formale Rationalität orientiert sich an Zielen, die durch abstrakte, nur-quantitative Bezugsgrößen bestimmt sind (z. B. Maximierung des Profits, Steigerung der gesellschaftlichen Produktion in Wert- oder Prozentrelationen). Materiale sozioökonomische Rationalität ist bedürfnisorientiert im umfassenden Sinne, d. h. es geht ihr nicht nur um den Gebrauchswert der Ergebnisse gesellschaftlicher Arbeitsprozesse, sondern z. B. auch um die Bedingungen, unter denen gearbeitet wird. Deshalb können direkte Kommensurierung und materiale Rationalität nicht umstandslos identifiziert werden. Soweit Planung vorwiegend

quantitative, den Bedürfnissen der »assozierten Produzenten« enthobene Ziele festschreibe, sei sie von formaler Rationalität geprägt. *Innerhalb* von durch materiale Rationalität beherrschten sozioökonomischen Zielbestimmungen sowie Entscheidungs- und Handlungsparametern seien jedoch auf formaler Rationalität basierende Kommensurierungsweisen unverzichtbar zur Gewährleistung des effizienten Einsatzes von vergegenständlichter und lebendiger Arbeit (vergl. 131–133, 162, 180/81).

Weil die wirtschaftliche Entwicklung dieses Erfordernis verstärkt zur Geltung brachte, seien durch die Wirtschaftsreformen in der DDR von und nach 1963 Wirkungsbereiche indirekter Kommensurierung und formaler Rationalität institutionalisiert worden. Ihre Einschränkung nach 1970 interpretiert Damus als motiviert von Herrschaftsinteressen, die sich einer Begrenzung umfassender direkter Verfügung mit Erfolg widersetzen (139, 142, 144, 158). Gegenwärtig seien Wirtschaftsplanung, -leitung und -lenkung in der DDR ungeachtet direkter Kommensurierung dominiert von der Fixierung auf Ziele formaler Rationalität, wie etwa bedürfnisentrückter Produktionssteigerung, Kostenreduktion, Produktivitätssteigerung ohne Rücksicht auf Arbeitsinhalte u. ä. Hier drücken sich nach Damus Defizite an unmittelbarer Vergesellschaftung aus. »Zur Diskussion kann also nicht nur die Steigerung des sog. Bruttosozialprodukts . . . stehen, sondern auch die spezifische Form seines Zustandekommens (und zwar vorrangig), der Inhalt des Produzierten und die gesellschaftliche Verteilungsweise.« (187) Erst für Alternativen dieser Art folgenreiche gesellschaftliche Willensbildung begründe materiale Rationalität. Sie » . . . kann nur real werden, wenn die Form der Entscheidungen und der Inhalt des Entschiedenen einander korrespondieren. Der direkte Ausschluß der Individuen von den Entscheidungsprozessen, von der bewußten Gestaltung der Gesellschaft bedeutet Beibehaltung der tradierten Wertskala, durch die die gesellschaftlichen Beziehungen privat orientierter Individuen geprägt werden.« (163) Diese These wird in der Untersuchung insbesondere im zweiten Kapitel eingehender erläutert und begründet. Sie resümiert in der Feststellung der Reproduktion bürgerlicher Formen gesellschaftlicher Beziehungen infolge des Ausschlusses der großen Mehrheit der Produzenten von realer gesellschaftlicher Entscheidungsteilnahme und ihrer kompensatorischen Verweisung auf privatistische Formen von Familien-, Konsum- und Freizeitorientierung.

Wie eingangs erwähnt, sollte die vorliegende Arbeit nicht im Entwicklungsgang ihrer Thesen, Argumente und Begründungen referiert werden. Beabsichtigt war die Konzentration auf den theoretischen Ansatz und die leitenden Kategorien. Es sind dies vor allem die sich sachlich partiell einschließenden oder überschneidenden Begriffe indirekte – direkte Herrschaft, indirekte, direkte und unmittelbare Form der Herstellung der gesellschaftlichen Synthesis, indirekte und direkte Form der Lösung des Kommensurierungsproblems, formale vs. materiale Rationalität. In diesen Kategorien sind jene der materialistischen Gesellschaftstheorie bzw. die durch sie bezeichneten sozioökonomischen Grundsachverhalte inkorporiert (wie z. B. Arbeitsteilung, Eigentum, Verhältnis von Arbeit und Aneignung), jedoch unter Aufhebung (im Doppelsinn!) ihrer formationsspezifischen Formbestimmtheit. Damit wird es Damus möglich, die Erscheinungsebene sozioökonomischer Strukturen und Prozesse zu transzendieren und die nachkapitalistischen Gesellschaften als »eine historisch neue und eigenständige Gesellschaftsformation . . .« (196) begreifbar zu machen. Nach meiner Auffassung führt ihr theoretischer Ansatz hinsichtlich der Formationsspezifika

gesellschaftlicher Beziehungen und Strukturen nachkapitalistischer Gesellschaften zu begründeteren Einsichten und präziserer Erkenntnis als die konkurrierenden Erklärungsweisen, seien sie affirmativer oder kritischer Art. Das bedeutet jedoch nicht, daß ich ihr in jedem Punkt zustimme. Eine umfassende kritische Auseinandersetzung ist hier jedoch nicht beabsichtigt und würde auch den gegebenen Rahmen sprengen. Ich beschränke mich auf zwei Anmerkungen, die keine Gewichtung meiner Einwände ausdrücken und diese auch nicht erschöpfen.

Problematisch scheint mir die These der Dominanz formaler Rationalität bei den sozioökonomischen Entscheidungen in nachkapitalistischen Gesellschaften. Damit wird implizit wohl »unmittelbare Vergesellschaftung« zum Merkmal materialer Rationalität gemacht, was m. E. ungeachtet ihrer Wünschbarkeit eine unzulässige Begriffseinschränkung darstellt. *Nicht* durch reale Vergesellschaftung legitimierte, gleichwohl jedoch vorrangig gebrauchswertmäßig, stofflich gerichtete Planungsprozesse in nachkapitalistischen Gesellschaften können gerade in ihrer »Formbestimmtheit« nicht auf einen Nenner gebracht werden mit der Entscheidungs- und Handlungsorientierung am Ziel privater Kapitalverwertung. Analog zu »Vergesellschaftung« hätte Damus dann schon mehr als zwei Rationalitätsformen unterscheiden müssen.

Für gravierender halte ich das Problem der Verbindung von Formen direkter und indirekter Kommensurierung, also, in der gängigeren Formulierung, das des Verhältnisses von Plan und Markt. Ich kann meine Bedenken hier nur andeuten. Bereits in ihren früheren Schriften hat mich die relativ unkritische Einschätzung der Konzeption »sozialistischer Warenproduktion« und der »Anwendung des Wertgesetzes« überrascht. Meine Kritik ist nicht dogmatisch motiviert; ich halte vielmehr die Vorstellung einer »Anwendung des Wertgesetzes« für einen Widerspruch in der Sache, der aus Mißachtung der Wertform resultiert. Unter deren Voraussetzung können quantitative Wertbestimmungen nicht anders zustande kommen als durch Prozesse »hinter dem Rücken«. Bewußte Setzungen, die ja mit »Anwendung« verbunden sein müssen, können zwar zu temporär vernünftigen ökonomischen Lösungen führen, aber auf anderer Grundlage als der des Werts. Arbeitsprodukte als Waren zu bezeichnen, heißt noch nicht, daß sie wirklich Wertform haben. Wenn ich richtig sehe, haben Ansätze zu partieller Tauschwertregulierung in verschiedenen nachkapitalistischen Gesellschaften in jüngerer Vergangenheit nur zu zwei alternativen Entwicklungen geführt: entweder wurde, metaphorisch gesprochen, dem Drängen der deklarierten Warenform nach Verwirklichung, nachgegeben. Dann konnten gewisse Vorteile dieser Form formaler ökonomischer Rationalität realisiert werden, um den Preis der Verletzung von Aspekten materialer Rationalität (Jugoslawien). Oder der Verselbständigungs- und Expansionsdrang der Wertform führte zur Rücknahme der Ansätze ihrer Konzessionierung. Solche Entscheidungen können prinzipiell auch sachlich motiviert sein (eben weil sich die ökonomisch »funktionalen« Wirkungen der formalen Rationalität des Warentauschs nicht trennen lassen von den »dysfunktionalen« hinsichtlich zumindest bestimmter Aspekte materialer Rationalität). Die ausschließliche Erklärung wirtschaftspolitischer Kurskorrekturen zulasten indirekter Kommensurierung (in Gestalt konzessionierter Warenzirkulation) mit Herrschaftsinteressen halte ich deshalb nicht für zureichend.

Im abschließenden Kapitel unternimmt Damus » . . . Überlegungen zu der Frage,

was in den osteuropäischen Gesellschaften vom Anspruch einer sozialistischen Gesellschaft her anders sein müßte – und zwar in dem Sinne, was entsprechend der objektiven Möglichkeiten auch anders sein könnte . . .« (201) Sie bezeichnet dabei die wesentlichen Probleme (205/6) und deutet die von marxistisch-sozialistischer Position aus notwendigen Lösungen m. E. im ganzen völlig zutreffend an. Damit wird jedoch – und dessen ist sich Damus bewußt – das Gewollte, das als richtig und notwendig Erkannte, der schlechten Wirklichkeit unvermittelt entgegengesetzt. *Objektiv* skizziert sie ohne Zweifel *reale* Utopie. Aber sind die gesellschaftlichen Kräfte schon zu erkennen, die solchen Wandel durchsetzen werden? Die Konsequenzen nachkapitalistischer Herrschaftsverhältnisse für das Bewußtsein der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder, die Damus ja kritisch herausarbeitet, geben kaum Anlaß zu optimistischer Einschätzung. Wie in den spätkapitalistischen Gesellschaften (und von diesen in vielfältiger Weise beeinflusst!) scheinen in den nachkapitalistischen die Bedingungen blockiert für die Herausbildung massenhaften Interesses an Arbeits- und Lebensformen, die auf sozialistisch-materiale Rationalität gegründete gesellschaftliche Verhältnisse voraussetzen.

Anmerkungen

1 Sie hängt z. T. schlicht mit den Modi der Vergabe von Rezensionsaufträgen durch die Redaktion zusammen.

2 Zu diesen Kategorien siehe Fn. 1 S. 221/22. Obgleich hier die – immanent wichtige – Unterscheidung zwischen den beiden genannten Gruppen gemacht wird, ist in der Untersuchung fast ausschließlich von den »Produktionsagenten« die Rede.

3 Diese Literatur ist so breit und zumindest teilweise so fundiert, daß auf ihrer Grundlage eine Sekundäranalyse durchaus möglich ist. Es kann deshalb m. E. kein gravierender Einwand sein, daß Schulze keine russischen Texte verarbeitet.

4 So bleibt unklar, um welche Dimension und Reichweite von Verfügung über Produktionsmittel und soziale Prozesse es geht. M. E. wird der Herrschaftsbegriff unzulässig ausgeweitet, wenn er auf deutlich begrenzte Entscheidungskompetenzen angewandt wird, wie in der These von einer »operativen Autonomie der Produktionsagenten« (121/22). Die z. B. S. 124 referierten Handlungsweisen von Betriebsleitern drücken gerade ihren Ausschluß von wesentlicher Entscheidungsteilhabe aus.

5 Renate Damus hat bereits eine ganze Anzahl von Arbeiten zum hier diskutierten Problem vorgelegt. Siehe vor allem: »Wertkategorien als Mittel der Planung – Zur Widersprüchlichkeit der Planung gesamtgesellschaftlicher Prozesse in der DDR«, Sonderheft 5 der ProKla, 1973; »Planungssysteme und gesellschaftliche Implikationen – am Beispiel der Planungssysteme in der DDR«, in: Hennicke, P. (Hrsg.): Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften, Frankfurt 1973, S. 215–242; »Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft«, Frankfurt 1973; »Vergesellschaftung oder Bürokratisierung durch Planung in nachkapitalistischen Gesellschaften«, in: LEVIATHAN 2/1974, S. 179–198; »Ist die Arbeit im Sozialismus Lohnarbeit? Zum Charakter der Arbeit in den nachkapitalistischen Gesellschaften Osteuropas«, in: KURSBUCH 38, 1974, S. 92–102.

Es ist nicht möglich, in diesem Beitrag die Entwicklung der theoretischen und politischen Position von R. Damus nachzuzeichnen. Nach meinem Dafürhalten zeichnen sich ihre bisherigen Arbeiten neben umfassender Kenntnis und reflektiertem Verständnis der ökonomischen Verhältnisse, Funktionsprobleme, Planungs- und Steuerungsmethoden etc. aus durch einen theoretisch konsistenten und politökonomisch konsequenten Ansatz, der ihr eine in thematisch verwandten Untersuchungen bisher m. E. selten erreichte Klarheit beim Nachweis formationspezifischer Charakteristika sowie eine präzise Bestimmung des Verhältnisses von ökonomischen Funktionsbedingungen und gesellschaftlichen Implikationen und Konsequenzen ermöglicht. In der hier angezeigten Arbeit wendet sich Damus meines Wissens erstmals Fragen marxistischer Philosophie sowie Geschichts- und Gesellschaftstheorie im »realen Sozialismus« zu. Ich gehe

wegen mangelnder Fachkompetenz auf die entsprechenden Abschnitte des Buches (Kapitel I und zum Teil II) nicht ein. Unter nochmaliger Betonung meiner fachlichen Unzuständigkeit sei nur mein Eindruck angedeutet, daß die Verfasserin dabei dem Stand der Forschung, Reflexion und wissenschaftlichen Diskussion in der DDR nicht gerecht wird. Dazu ist m. E. die Auswahl der zum Beleg angezogenen Arbeiten zu beschränkt und selektiv. Die von Damus verallgemeinerte Legitimationsfunktion läßt sich aus den von ihr so gut wie ausschließlich herangezogenen Zeitschriften-Aufsätzen (selbst wenn es sich um die führende Fachzeitschrift handelt) klarer ableiten, als aus umfassenderen Arbeiten zu philosophischen Problemen, die, obgleich gesellschaftlich relevant, in dieser Form weniger praktischen Anwendungs- und Umsetzungsanforderungen unterliegen.

6 Damus recurriert mit dieser Kategorie auf A. Sohn-Rethel, folgt ihm aber ausdrücklich nur in seiner auf den vormonopolistischen Kapitalismus bezogenen Analyse. Seine Synthesiskonzeption für den Monopolkapitalismus weist sie m. E. zu Recht zurück (siehe 167 ff.)

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

AS 44 Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik

Nachruf auf Christoph Kievenheim

Arbeitskreis westeuropäische Arbeiterbewegung: Editorial

C. Kievenheim: Fragen des demokratischen Kampfes für den Sozialismus

K. Priester: Methodologische Probleme einer materialistischen Theorie des Überbaus, dargestellt am Beispiel der Staatstheorie Gramscis

M. Jäger: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien – ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis

E. Altwater: Die bürgerliche Hegemonie, die »Logik der ökonomischen Sachzwänge« und die Alternative der Arbeiterbewegung

D. Albers: Otto Bauer und das Konzept des »integralen Sozialismus«

V. Gransow / M. Krätke: Thesen zur politischen Theorie des Austromarxismus

T. Scheffler: »Bürgerliche« Revolution und marxistische Revolutionstheorie

R. Hosfeld: Massendemokratie oder Erziehungsdiktatur?

R. Genth: Thesen über die Herausbildung der Politik der Arbeiterorganisationen in Italien

M. Aschke: Verfassungsrecht, Verfassungsgerichtsbarkeit und verfassungspolitische Praxis in der Bundesrepublik Deutschland

192 S., 15,50 DM, für Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80 DM, Stud. 11,— DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

Gibt es in den sozialistischen Ländern Herrschaftsverhältnisse?

Eine kritische Anmerkung zu Conerts Beitrag

Conert versucht, die Existenz von Herrschaftsverhältnissen in den sozialistischen Ländern nachzuweisen und diese in das Zentrum der Bestimmung »nachkapitalistischer« (d. h. nichtkapitalistischer und nichtsozialistischer) Gesellschaften zu stellen. Hier soll nicht um *Worte* gestritten werden. Soziale Herrschaft gründet in einem unversöhnlichen Gegensatz objektiv bestimmter Lebensinteressen. Wer sagt, eine Gesellschaft sei herrschaftlich aufgebaut, sagt damit, daß sie nur durch eine soziale Revolution verändert werden könne. Für die auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen orientierenden Kräfte im Westen ist wichtig zu wissen, ob sie z. B. auf die Beseitigung einer technokratischen *Machtelite* hinarbeiten müssen oder auf die Aufhebung sozialer *Herrschaft*. Jeweils folgen verschiedene politische Programme. Sieht man die sozialistischen Länder als herrschafts- oder machtsstrukturiert an, so folgen daraus gegensätzliche Auffassungen z. B. von ihrer internationalen Wirkung, und man wird verschieden bestimmen, was aus ihren Revolutionen unter unseren Bedingungen gelernt werden kann. Also lohnt es sich, hier zu streiten.

Conert sieht Herrschaftsverhältnisse etwa in der Sowjetunion durch die Konzentration von *Entscheidungsbefugnissen* in den Händen einer Gruppe bei gleichzeitigem Ausschluß der anderen Gesellschaftsmitglieder von strategischen Entscheidungen begründet (723). Woher rührt aber die Konzentration von Entscheidungsbefugnissen über strategische Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung? In der bürgerlichen Gesellschaft gründet sie im Privateigentum an den Produktionsmitteln; dazu Conert: »Gesellschaftliche Herrschaft drückt sich im Kapitalismus in der Verfügung über Arbeitsprozesse (ihre Bedingungen und Resultate) aus, die hier zugleich und bestimmend Kapitalwertungsprozesse sind.« (722) Marx schrieb schärfer: »der Kapitalist ist nicht Kapitalist, weil er industrieller Leiter ist, sondern er wird industrieller Befehlshaber, weil er Kapitalist ist« (MEW 23, 352).

Das bedeutet, daß

- das Herrschaftsverhältnis aus dem Eigentumsverhältnis entspringt;
- die Übernahme der allgemeinen gesellschaftlichen Leitungsfunktion durch bestimmte Personen aufgrund der Eigentums- bzw. Aneignungsverhältnisse erfolgt.

Nun ist in »nachkapitalistischen Gesellschaften (...) das Privateigentum an (...) Produktionsmitteln (...) rechtlich beseitigt; sie haben keine Kapitalform mehr.« (ebd.)

Für Conert wird zur entscheidenden Frage in Bezug auf die Existenz oder Nichtexistenz von Herrschaftsverhältnissen: *wer* entscheidet über die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen gearbeitet wird? So wichtig die Frage für eine Analyse der sozialistischen Länder ist, so bezweifle ich doch, daß ihre Beantwortung unmittelbar zur Bestimmung der »Formationsspezifik« der Länder Osteuropas führt. Zunächst müßte – wie Marx es für die bürgerliche Gesellschaft tat – bestimmt werden, *welche gesellschaftliche Funktion* durch die Entscheidungen erfüllt wird (Mehrwertproduk-

tion, Bedürfnisbefriedigung oder was sonst); davon hängt ab, *wer* was entscheiden kann. Das soll nicht heißen, daß wir uns wissenschaftlich (und politisch) damit zufriedengeben festzustellen, ob *für* die Gesellschaft und in ihrem Interesse geplant und entschieden wird. Die Form der Leitung muß aber aus ihrer sozialen Funktion abgeleitet werden.¹

In der Position von Damus scheint sich ein Begründungszusammenhang von sozialer Funktion der Leitung und Entscheidungsbefugnis anzudeuten. Die Argumentation kann in drei Schritten zusammengefaßt werden, ohne sie allzusehr zu vereinfachen:

1. in den osteuropäischen Ländern existieren Herrschaftsverhältnisse, insofern die unmittelbaren Produzenten nicht an den Planungsentscheidungen beteiligt sind (Damus 134);
2. sie sind nicht an den Entscheidungen beteiligt, weil nicht nach ihren Bedürfnissen (»materiale Rationalität«), sondern nach quantitativen Kennziffern (»formale Rationalität«) geplant wird (157, 159);²
3. es wird nach formalen Kriterien geplant, weil sonst durch die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Produzenten die Herrschaft der Planer angetastet werden würde (163).

Hier erweist sich die Argumentation als zirkulär und läuft letztlich auf die einfache Unterstellung eines Herrschaftsinteresses einer Gruppe hinaus. Conert meint (726), die zentralen »Kategorien materialistischer Gesellschaftstheorie« seien in den Damuschen unter Berücksichtigung der »Formationsspezifika« der »nachkapitalistischen Länder« aufgehoben. Erstens sind sie das nicht – sie sind nur abstrakt (z. B. »direkte Vergesellschaftung«) gegenüber den Marxschen konkreten (z. B. »gesellschaftliche Planung«). Zweitens: warum sollten sie überhaupt aufgehoben werden? Kein Begriff darf aus Tradition gerettet werden, wenn er nicht den Gegenstand richtig erfaßt. Marxens Methode zur Bestimmung des Verhältnisses von Eigentum – Herrschaft – Leitung war: aufgrund bestimmter Eigentumsverhältnisse (Privateigentum an Produktionsmitteln) hat sich historisch die gesellschaftliche Produktion in Form von Herrschaftsverhältnissen entwickelt (z. B. im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital), wodurch wiederum eine bestimmte Form der gesellschaftlichen Leitung (betrieblich: die despotische kapitalistische Leitung, gesamtgesellschaftlich: der moderne Staat) gegeben war. Das in dieser Ableitung realisierte methodische Programm hat die politische Pointe: die Revolutionierung der Eigentumsverhältnisse ist die Voraussetzung der sozialistischen Demokratie und macht sie historisch möglich. Und noch mehr: unmittelbar gesellschaftliche Produktion nach einem Plan macht demokratische Entscheidungsstrukturen notwendig – nicht im Sinne ihres automatischen Entstehens, sondern im Sinne einer Lebensnotwendigkeit, deren Nichtbeachtung schmerzliche Widersprüche und Tempoverluste bedeutet.

Der entscheidende Fehler der Position, soweit sie Conert und Damus gemeinsam vertreten, liegt darin, daß sie das Problem der sozialistischen Demokratie mit der Frage nach dem »formationsspezifischen Charakter« dieser Länder *in der Weise* verbinden, daß von der Struktur des politischen Systems auf die Produktionsverhältnisse geschlossen wird. Sie machen unter der Hand und methodisch nicht ausgewiesen aus Basis Überbau und aus Überbau Basis.³ Warum aber sollte hier nicht mehr der materielle Lebensprozeß in letzter Instanz entscheidend die Entwicklungsrichtung der

ganzen Gesellschaft bestimmen? Sind es nicht die Bestimmungen der Form einer »Assoziation der *Produzenten*«, also der planmäßig-bewußten Produktion im gesellschaftlichen Ausmaß, die letztlich auch die Form des Staates prägen – oder herrscht hier der absolut freie Wille, die Willkür – wessen?

Zu der beschriebenen Umkehrung des Verhältnisses von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau verleitet der Umstand, daß die Entwicklung z. B. der sowjetischen Gesellschaft ihren *Ausgangspunkt* bei der Eroberung der Staatsmacht hatte und der Staat heute durch Planung und Regierung das absolute Prius jeder gesellschaftlichen Entwicklung zu sein scheint. Dieses besondere Verhältnis von »Politik« und »Ökonomie« im Sozialismus hindert aber nicht daran, daß der Staat nach wie vor »Überbau« über der Gesellschaft ist: die Probleme sowie die Bedingungen ihrer Lösung sind ihm durch den materiellen Lebensprozeß der Gesellschaft vorgegeben. Die konkrete Form der Überordnung über die Gesellschaft geht aus ihrer Struktur hervor und verändert sich mit ihr; seine Entstehung aus der (historisch antagonistischen) Sozialstruktur bestätigt sich durch die allmähliche Rücknahme seiner Funktionen in die Kompetenz der gesellschaftlichen Individuen (vgl. gesellschaftliche Organisationen einschließlich der Partei, gesellschaftliche Gerichtsbarkeit usw.).

Gegenüber der Auffassung von Conert und Damus scheint es mir fruchtbarer zu sein, das gesellschaftliche Eigentum nicht nur als juristische Form zu behandeln, sondern als tagtäglich praktisch betätigtes Aneignungsverhältnis. Dann sind die großen Schwierigkeiten in der Entwicklung der sozialistischen Länder nicht daraus zu erklären, daß sie *keinen* Sozialismus haben, sondern gerade daraus, daß sie ihn zu machen versuchen. Wenn z. B. ein Betriebsparteikomitee in der UdSSR »von unten« geäußerte Kritik am technischen Konservatismus der Wirtschaftsleiter unterdrückt, dann ist das ein offener, von Arbeitern und Partei auszufechtender Widerspruch in der Entwicklung des Sozialismus: der, hier exemplarisch genannte, Vorgang setzt den Sozialismus, den *prinzipiell selbstverständlichen* Anspruch der Arbeiter auf Mitwirkung an der Planung, am technischen Fortschritt *voraus*. Dieser Anspruch, der in der Sowjetunion vielfältig institutionalisiert ist, kollidiert mit ökonomischen (z. B. faktische Negativprämierung technischer Innovation), sozialen (z. B. Dünkel von Ingenieuren gegenüber Arbeitern) und historisch-politischen (unter formalisiertem Erfolgswang – Planerfüllung – tradierter autoritärer Leitungsstil) Widerständen. Form und Funktion der Kollisionen sind in der Regel als *typisch sozialistische* analysierbar.⁴ Als Wichtigstes muß in diesem Zusammenhang genannt werden, daß der solidarische Aufbau des Kommunismus *in staatlicher Form* organisiert ist, was an sich ein paradoxer, aber heute unvermeidlicher Widerspruch ist.⁵ Wenn eine »Formationspezifika« der sozialistischen Länder ausgesprochen werden muß, die von Marx und Engels nicht so gesehen werden konnte, dann ist sie eben hier zu suchen.

Aber sind Verhältnisse der Unterordnung unter einen sozialistischen Staat nicht auch »Herrschaftsverhältnisse«? Marx und Engels verwenden den Begriff der Herrschaft für den Staat nur da, wo der Staat als Entwicklungsprodukt und als Funktion der in der Gesellschaft gegebenen Herrschaft begriffen werden soll. Daher trennt etwa Werner Hofmann⁶ strikt zwischen Herrschafts- und Machtverhältnissen, wobei von letzteren in Bezug auf die Sowjetunion gesprochen werden kann. Immerhin könnte man sagen, daß die sozialistischen Länder sich in dem Widerspruch bewegen, ihre Entwicklung *herrschaftsförmig* (nämlich unter einer »anachronistischen«, *noch so-*

zialtranszendenten Macht, dem Staat) zu vermitteln, während die historische Grundlage der sozialen Herrschaft schon verschwunden ist. Wissenschaftlich muß man dieser Vermittlung nachgehen und den Widerspruch aushalten. Unter der Drohung »Freiheit oder Sozialismus« eine der beiden Seiten wegzulassen, würde aus Sozialismusforschung eine Sache der Identifikation machen (im Doppelsinn: 1. Ist es Sozialismus oder nicht? 2. Bin ich dafür oder dagegen?).

Das skizzierte Problem kann nicht nur strukturfunktionalistisch erfaßt, sondern muß historisch studiert werden.⁷ Denn in der Revolution haben die vereinigten Produzenten, die Arbeiter und Bauern ihre Selbstherrschaft in der Form der Sowjets eingerichtet. Mit Hilfe der staatlichen *Macht*apparate beseitigten sie die *Herrschaft* der Kapital- und Grundeigentümer. Nur wenn wir wissen, wie es zur relativen Ablösung ihrer eigenen Machtapparate von Willen und Bewegung der Massen kam, können wir etwas über Funktionsweise und Entwicklungstendenz der sozialistischen Gesellschaften heute sagen. Die Aufgabe ist nicht, Begriffe für Zustände der Verselbständigung politischer Instanzen zu finden, sondern den Prozeß der Verselbständigung begrifflich nachzuvollziehen. Eine so verstandene Theorie der Entwicklung sozialistischer Politik muß zwei Gefahren zu entgehen suchen:

- über der ständigen Selbstvergewisserung des sogenannten sozialistischen »Wesens« (Produktionsverhältnisse) dieser Gesellschaften zu vergessen, daß auch sie gegliederte Ganze darstellen, deren Überbau-Instanzen relativ autonom sind; das bewußte politische Handeln der Massen wie der politischen Führer kann nicht als immer schon durch die »Basis« ausdeterminiert begriffen werden. Der ständig rückversichernde Reduktionismus und Ökonomismus in der Sozialismusforschung ruft seinen feindlichen Bruder, den Politizismus/Voluntarismus notwendig auf den Plan;
- über der Kritik an mangelnder sozialistischer Demokratie zu übersehen, daß die politischen Systeme der sozialistischen Länder Veränderungsimpulse und Legitimation letztlich aus der Entwicklung des materiellen und ideellen Reichtums der vereinigten Produzenten erhalten und demnach im Zusammenhang der Entwicklung kommunistischer Arbeit studiert werden müssen.

Anmerkungen

1 Bei Anwendung dieser Methode argumentierte *Lenin* 1918 und 1920, daß unter den besonderen Umständen die Einmännlichkeit der Betriebe durchaus mit der Sowjetmacht vereinbar sei (vgl. LW 27, 66; 30, 419 f.; 36, 511), wenn die Diktatur sich auf *exekutive* Funktionen beziehe und die *Kontrolle* der Leiter durch die Sowjetmacht funktioniere. *Rudolf Bahro* bringt neben der anregenden und historisch zu überprüfenden These, diese Konstruktion sei 1920/1921 durch den Rückzug der Arbeiter aus den Sowjetinstitutionen zusammengebrochen (R. Bahro, *Die Alternative*. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln/Efm. 1977, S. 127), eine zweite: »Doch wenn, wie Marx gezeigt hatte, der Arbeitsprozeß innerhalb der Fabrik despotisch geleitet wird, wenn Engels und Lenin dies auch über den Kapitalismus hinaus als objektive Gegebenheit nahmen, und wenn dann dieses Fabrikssystem auf den Arbeitsprozeß der ganzen Gesellschaft angewandt wird, so ist ein Gleichgewicht zwischen »oben« und »unten« gar nicht möglich.« (ebd. S. 115). Marx analysierte den despotischen Charakter der Leitung ausdrücklich als kapitalistische Form derselben (vgl. MEW 23, S. 351). Durch Mißachtung dieses Umstands wächst bei Bahro die »Unterordnung der Produzenten unter eine *politische* Pyramide der gesellschaftlichen Arbeitsleitung« (ebd., S. 116) aus der Leitungsstruktur des Arbeitsprozesses in der Fabrik allgemein hervor.

2 Das Verhältnis von »formaler Rationalität« und Herrschaft ist bei Damus unklar gefaßt: *inerseits* – und auf diesen Begründungszusammenhang beziehen wir uns hier – wird die »Ökonomie der Zeit« als Zielfunktion der Planung im Sinne einer Tradierung *bürgerlicher* Vergesell-

schaftung aufgefaßt, die die »Herrschaft« der Planungsbürokratie begründet (vgl. Damus 163); *andererseits* wirkt die »formale Rationalität« nach Damus gegen die »direkte« (politische) »Herrschaft«, insofern sie zu relativer Autonomie der unteren Entscheidungsträger (Betriebe) führt (Wirtschaftsreformen).

3 Damus fragt, »ob politische Herrschaft immer von wirtschaftlicher Macht abgeleitet ist, ob sie immer aus dieser folgt bzw. aus dieser sich reproduziert oder ob nicht auch umgekehrt die wirtschaftliche Macht aus der politischen Herrschaft folgen kann« (196). Für sie ist die Frage zugunsten der letzteren Variante entschieden. Ähnlich für E. Altvater, der mit Damus allerdings nicht die These von der historischen Kontinuität »formaler Rationalität« teilt. Vgl. E. Altvater: Der Primat der Politik in nachrevolutionären Gesellschaften. Referat auf der Konferenz über »nachrevolutionäre Gesellschaften« in Mailand, 4.–7. 1. 1979. Abgedruckt in: *Beteiligt euch an der Marburger Solidaritätsaktion*. Broschüre des Komitees für die Freilassung Rudolf Bahros, Berlin/West o. J. (1979), S. 4–9.

4 Selbstverständlich mit den jeweiligen länderspezifischen Ausprägungen. Das – bisher ungelöste – Forschungsprogramm ist hier nur thesenhaft angedeutet; es schließt ein, die Funktionsweise einer *sozialistischen* Bürokratie zu erklären.

5 Vgl. ausführlicher dazu: W. F. Haug: Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus, in: *Das Argument* 106, 1977, S. 780–794.

6 Vgl. Werner Hofmann: Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts. Ffm. 1967, S. 13 f.

7 Hier liegt ein weiterer Mangel des theoretischen Ansatzes von Damus: sie beschränkt sich ausdrücklich (z. B. 166) auf die Untersuchung der *Reproduktion* der »Herrschaftsverhältnisse« im Sozialismus; entsprechend unterstellt auch Conert, daß man die »Konstitution« der sozialistischen Gesellschaft unabhängig von ihrer Genesis analysieren kann. Für eine Untersuchung von Basis und Überbau in einer sozialistischen Formation fällt damit die wichtige methodische Einsicht, daß man dieses Verhältnis nur aus/in seiner Entwicklung begreifen kann.

Zur Sozialismus-Analyse erschienen im *Argument* u. a. folgende Aufsätze:

W. F. Haug: Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus, in: *Argument* 106

G. Fülberth: Zum Verhältnis von institutionalisierter Norm und Realisierung sozialistischer Demokratie in der DDR; J. Harrer: Zur wirtschaftspolitischen Entwicklung in der DDR nach 1969/1970; H. Immler: Die landwirtschaftliche Produktionsweise und die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land in der DDR; alle in: *Argument* 76 (im Sonderverkauf nur 4,- DM)

H. Conert: Gibt es einen jugoslawischen Sozialismus? (I) (Teil II in *Argument* 84); H. Haumann: Die russische Revolution und ihre ersten Versuche sozialistischer Wirtschaftspolitik; alle in: *Argument* 82 (im Sonderverkauf nur 4,- DM)

Repliken

Andreas Kunze

Zum Editorial in Argument 115 (von Oertzen/Abendroth)

Ihr schreibt, eine wichtige Funktion des »Argument« sei die »Organisation rationaler Diskussion« (335). Ich bin der Meinung, daß Eure Äußerungen zum Oertzen/Abendroth-Konflikt aus rationaler Perspektive fragwürdig und enttäuschend sind.

1. *Zunächst*: Die von Oertzen vorgenommene Abdrängung Abendroths auf eine nicht-demokratische Position ist *sowohl* aus taktischen *wie* aus prinzipiellen Gründen falsch. (Kühnl auf dem Marburger Kongreß: »Das ist Sprache der Berufsverbietler«.)

2. *Weiterhin*: Wer Kritik an Abendroth und an der DDR übt, ist deshalb noch kein kritikloser Anpasser an hiesige Zustände. Die ständige Warnung derer, die – wie Abendroth – vom »realen Sozialismus« sprechen, vor der Gefahr des Mißbrauchs der Kritik (etwa Gollwitzers) durch den Antikommunismus und der Verweis darauf, daß es etwa in den USA ja auch politische Unterdrückung gebe (Abendroth, Argument 111), können doch wohl nicht dazu führen, daß überhaupt keine Kritik an der DDR mehr geübt wird.

3. *Zur Sache*: In der zentralen Frage dieses Falles – hat Abendroth die Verurteilung Bahros »nur taktisch« oder aus »humanitären« Gründen kritisiert? – verteidigt Ihr Abendroth gegenüber Oertzen, der Abendroth primär als Taktiker hinstellt. Ihr schreibt, nachdem Ihr die von Oertzen angezogene Stelle aus Abendroths Bahro-Aufsatz (Argument 111) zitiert, »Maßstab bei der Beurteilung des Bahro-Urteils sind hier zuerst die humanitären Ziele des Sozialismus, *zusätzlich* werden politisch-taktische Erwägungen ins Feld geführt« (S. 338). Eure Interpretation des Abendroth-Zitats ist jedoch falsch. Die Interpretation von Oertzens dagegen ist nicht so ohne weiteres abzulehnen, wie Ihr das tut. Eure Interpretation Abendroths ist deshalb falsch, weil er *eben nicht* bloß »zusätzlich« – wie Ihr schreibt – »politisch-taktische Erwägungen ins Feld« führt, sondern weil es bei Abendroth heißt: »Deshalb sind überhöhte Urteile dieser Art nicht nur darum ein Fehler (. . .). Sie sind vor allem zusätzlich ein politischer Fehler (. . .).« Ihr habt das »vor allem« nicht beachtet. Darauf kommt es an. Der Satz »Sie sind (. . .)« ist gewichtiger als der Satz »Deshalb (. . .)«. Ich meine also, daß Abendroths Argumentation doch primär taktisch ist. Das wird übrigens auch in anderen Stellen sowohl in Argument 111 als auch im Bahro-Aufsatz im Argument 107 deutlich.

4. *Zu einigen anderen, teilweise von Euch übernommenen Punkten der Abendroth-Argumentation*:

– Ihr schreibt, Abendroth trete »in der gegenwärtigen Situation *noch nicht* für die Freiheit *jeglicher* oppositioneller Aktivitäten im Sozialismus« ein (338). Was soll das im Zusammenhang mit Bahro? Unter dem Gewicht der Binsenweisheit, daß im konsequent demokratischen Staat nicht *jede* Opposition geduldet werden kann, geht auch gleich die Berechtigung der Opposition des sozialistischen Demokraten Bahro unter.

– Ihr geht davon aus, daß es »Kritiker« gibt, »die die sozialistischen Staaten weiter demokratisieren und humanisieren wollen« (338). Wieso »weiter«? Besteht dort Demokratie? Ist dort ein »Demokratisierungsprozeß« (Abendroth, Argument 107, 64) eingeleitet? Wird dort Humanität im sozialistischen Sinne praktiziert? Das von Abendroth und anderen, die seine Auffassung teilen, vorgebrachte Argument, der

Sozialismus befände sich »im Aufbau« und daher dürfe man nicht mit bürgerlich-demokratischem Maßstab messen, ist bedenklich. »Bürgerliche Demokratie« (im Sinne der Forderungen der europäischen Aufklärung) und marxistischer Sozialismus sind keineswegs zwei verschiedene Dinge. Sie gehören zusammen. Man braucht sich nur einmal die sozialistischen Parteiprogramme in Deutschland von 1848–1919 anzusehen: sie enthalten *vor allem* »bürgerliche«, demokratische Forderungen. »Keine Demokratie ohne Sozialismus – kein Sozialismus ohne Demokratie«. Abendroth schreibt (Argument 111, 717): »Volle Wahrung der Humanität in *jedem* Einzelfalle wird, das ist zuzugeben, erst dann möglich, wenn der Sozialismus nicht mehr ernstlich bedroht ist«. Wie soll das aussehen? Nimmt man einmal an, eines Tages sei die DDR nicht mehr bedroht: wo soll dann die volle Demokratie herkommen? Von »der Partei«? Da sie nicht demokratisch war, müßte sie »zurücktreten«. Freiwillig? Und soll die Demokratie von »den Massen« herkommen? Abendroth (Argument 107): »Solange die Massen noch kein ausreichend entwickeltes Bewußtsein haben«, seien bürokratische Gruppen notwendig (61). Aber genau diese bürokratische Repression verhindert ja die Entwicklung von Bewußtsein! Die Abendrothsche Finteilung des sozialistischen Aufbaus in eine Phase »notwendiger« Repression und eine folgende Phase der Gewährung demokratischer Freiheiten ist kaum realistisch.

– Es ist merkwürdig, wie Ihr Eure ansonsten kritische und offene Einstellung im Falle Abendroth – vielleicht von Eurem an sich begrüßenswerten Bündiskonzept her – aufgibt. Als Sozialisten tretet Ihr hier in der Bundesrepublik Deutschland auch für Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit ein. Sollen diese »bürgerlichen« Freiheiten in der DDR nicht oder nur bedingt oder noch nicht oder sonstwie gewunden taktisch gelten? Ist die offiziöse Beschimpfung eines Schriftstellers als »kaputter Typ«, sind die zahlreichen Schikanen in vielen DDR-Lebensbereichen zu akzeptieren, weil sie in einem Land des »realen Sozialismus« geschehen? Abendroth selbst schreibt wiederholt von »Mängeln«, »groben Fehlern«, »inhumanen Verzerrungen«, »Verhärtungen« (Argument 107). Handelt es sich wirklich nur um »Mängel«? Oder handelt es sich nicht vielmehr um strukturelle Bestandteile eines repressiven Systems? Daß sich der Stalinismus »niemals in voller Schärfe durchsetzen konnte« (Argument 111, 716, vgl. 717), ist ein schwacher Trost. Der »halbe« Stalinismus genügte.

– Die Demokratie-Feindlichkeit des »Staates« hier in der Bundesrepublik Deutschland, etwa was den Radikalenerlaß angeht, wird von Euch mit Recht kritisiert. Bei Abendroth wird der DDR-»Staat« zu einer auch von Euch unbefragt hingenommenen Größe – wie in der alten deutschen idealistisch-positivistischen *Staatsideologie*. (Abendroth, Argument 111: »Staatsgewalt«, »Staatsmacht«, vom Staat »nicht für die Öffentlichkeit freigegebenes statistisches Material«.)

– Abendroth schreibt (Argument 107, 60) von der »wie auch immer kritischen Solidarisierung der westdeutschen Arbeiterbewegung« mit der DDR. Das müßte doch wohl etwas differenzierter ausgedrückt werden. Vielleicht wäre »Teile der westdeutschen Arbeiterbewegung« genauer.

– Schließlich zu den eigenartig naiv anmutenden Apellen Abendroths an die DDR-Führung, sie sollte »begreifen« (Argument 107, 62), sie sollte »lernen« (Argument 107, 66), sie sollte »bedenken« (Argument 111, 717), daß sie sich mit Repressionsmaßnahmen nur selbst schade: Hier gehen die Real-Sozialisten wiederum davon aus, daß an sich die DDR auf dem richtigen Kurs sei, daß die »Staatsmacht« der DDR »gefestigt« sei (Abendroth, Argument 111, 716) – die Führung müsse sich nur noch etwas gelassener zeigen. Dagegen ist aus einer realistisch-sozialistischen Perspektive daran festzuhalten, daß Repression im DDR-System strukturell angelegt ist, und daß das so bleiben wird, bis »die Massen« sich *selbst* ihr Bewußtsein bilden können.

Ingo Zander

Zu Schleifstein und Götze*

Ich nehme die Bestärkung auf, die Karl-Heinz Götze im Argument 115 gibt, aus Wut oder Begeisterung seine Meinung abzugeben – »auch wenn sie Irrtümer enthält«, auch wenn sie keine Buchbesprechung ist. Josef Schleifstein antwortet im gleichen Heft Helmut Gollwitzer, dabei ist mir folgender Gedanke aufgestoßen – Schleifstein schreibt: »Wer einen anderen Standpunkt einnimmt, muß sich zumindestens fragen lassen, welche in unserem Lande und international wirksam gewordenen Leistungen, Erfolge, Errungenschaften bundesdeutscher Sozialisten im antikapitalistischen Kampf sie eigentlich dazu berechtigen oder befähigen, den Lehrer gegenüber Sozialisten anderer Länder zu spielen. Außerdem sind wir davon überzeugt, daß die Marxisten in den sozialistischen Ländern auch über ihre Schwierigkeiten und Mängel im Prozeß der ständigen kritischen Überprüfung ihrer eigenen Arbeit besser Bescheid wissen, als dies Außenstehenden möglich ist.« (407) Hat Herr Schleifstein damit nicht jenen Hintergrund von zahlreichen Sozialisten, Kommunisten/Marxisten beschrieben, der sie daran hinderte, zu den Vorfällen der stalinistischen Terrorakte öffentlich Stellung zu nehmen (wenn ich richtig informiert bin, soll doch selbst Bloch bis in die 50er Jahre dadurch beherrscht worden sein). Diese Haltung ist mir nicht unverständlich, auch ist die Sichtweise für Menschen in Positionen eine andere, wo der „pragmatische Alltag“ erstmal das Handlungsfeld absteckt, was Josef Schleifstein die durch das gesellschaftliche Entwicklungsniveau gesetzten objektiven Grenzen nennen würde. Aber es bleibt für mich ein Problem, abzustecken, was diese objektiven Grenzen sind (damit wird er übereinstimmen), und es sollte immer ein bedrückendes Problem bleiben, daß »eine vollkommene Gesellschaft, ein vollkommener ›Staat‹ Dinge sind, die nur in der Phantasie bestehen können« (406). Es ist zweierlei: einmal den Unterschied zwischen Idee/Phantasie und rauher Realität wahrzunehmen, um nicht zynisch darüber hinwegzugehen; andererseits tendenziell Phantasie/Träumereien beiseite zu schieben, um deutlich zu sagen, Primat haben die Widersprüche der rauhen Wirklichkeit. Die Folge ist, jedenfalls die tendenzielle Gefahr besteht, daß ich meine Phantasien abschleife. Daß ich mich bei der Kritik der sozialistischen Gesellschaft in der UdSSR allzu schnell auf die Logik der Pragmatiker abgesättigt einlasse. Wie ist es überzeugten Marxisten während der stalinistischen Prozesse gegangen? Gut, es ist unsinnig, die heutige Situation damit vergleichen zu wollen. Doch so ganz falsch ist es doch nicht. Die Meinung, die Kommunisten seien eine große »Familie« und jeder kämpfe an seinem Platze, kann gefährlich werden. Ich hatte ein Gespräch mit einem Mitglied des MSB, der gerade die Roten Blätter anbot. Irgendwann kamen wir – wie sicherlich viele an anderen Orten – zum Fall Bahro oder Heym. Letzterer sei kriminell und damit basta – in der DDR herrsche keine Zensur, deshalb brauche er sein Buch Collin nicht in Westdeutschland auf den Markt bringen. Wenn ein Buch in der DDR nicht erscheint, so hat das schon seinen vernünftigen Grund – es gibt dafür Lektoren. Rudolf Bahro hat wahrscheinlich Spionage betrieben – er hatte Kontakt mit dem Spiegel und BND, so der Kommilitone. Die Genossen in der DDR – Lektoren, Betriebsräte, die Partei – mehrere Instanzen verbürgen also die richtige Einschätzung der objektiven Grenzen unseres Handlungsspielraumes bzw. unserer Kritik. Der wissenschaftliche Marxismus verbürgt uns die richtige Einschätzung.

* K. H. Götze: Die Rattenfänger pfeifen besser, in: *Argument* 115, S. 339–341; Josef Schleifstein: Antwort auf Gollwitzer, S. 403–409

Ihr schreibt im Editorial (Redaktionspolitik im Widerspruch), wir haben gegen emotionale Einflüsse anzukämpfen, die ein Bündnis mit offener Kritikbereitschaft verunmöglichen. Karl-Heinz Götze schreibt (Die Rattenfänger pfeifen besser), „Wir haben Resignationstendenzen und Theoriemüdigkeit lange borniert übersehen. Sie waren Gegenstand des vorletzten Heftes und sind Gegenstand des vorliegenden« (341). Ich hoffe – und Ihr könnt als rationalen Kern dieses Leserbriefes diese Stimmung und »soziale Strömung« für andere stellvertretend identifizieren – daß Ihr bei der Lösung helfen könnt. Da – wenn man sich einmal auf diesem emotionalen Weg zur Entpolitisierung befindet – der Versuch/Ansatz zur Politisierung bei vielen Leuten wahrscheinlich immer wieder aktuell erarbeitet werden muß (was auch einen möglichen »Rückfall« beinhalten kann), greift eine stabilisierte marxistisch-bewußte Argumentation (mit einem gehörigen Schuß Optimismus im Rücken) daneben. Vergeblichkeitsparolen, Resignationsgesten, der vorschlagweisen Auflösung des Marxismus wie der Wissenschaft wollt ihr keinen Anstoß geben, wie Karl-Heinz Götze schreibt. Wenn ich von Ohnmacht rede, klingelt es gleich? Oder müssen diese Stimmungen nicht sehr ernst genommen werden (und untersucht werden, wieweit und wodurch sie gegebenenfalls bei anderen Genossen verdrängt werden!), gerade damit die Bewegung gestärkt wird. Mir fällt dazu Jean Améry ein, der dieses Ohnmachtgefühl sehr stark empfand und dennoch schrieb, solange er dabei ist, werde ich trotz alledem handeln. Ich denke, Politik muß die Einmaligkeit jeder Person bewußt einbeziehen, muß auch Spaß machen (und gibt der Person über ein paar Ecken immer auch »Befriedigung«, auch wenn sie einem mal gerade nicht Spaß macht – deshalb gibt es eigentlich kein Opfer, auch nicht, wenn ich mich diszipliniere – das jedenfalls ist meine Meinung) und deshalb muß diese Dimension bei aller aufzuarbeitenden Problemlast beachtet bleiben. Und hier haben die Ernsthaften was von den »Spontis« zu lernen – andererseits haben wir labilen Spontis die Ernsthaftigkeit zur kontinuierlichen Politik zu lernen. Wenn Ihr Euch also mit solchen Stimmungen auseinandersetzen wollt, bitte haltet Euch dieses »Wahrheitsproblem« offen. Den Aufsatz von Thomas Waldhubel in *Argument* 113 über die Spontibewegung – Flucht in den Alltag – fand ich gesund. Solche Kommunikation hat eine Chance! Wenn es – wie Götze schreibt, den Spontis oder Kursbuchautor um Auflösung des Marxismus geht, meinte man vielleicht nur den Anspruch, unsere ökonomischen/emotionalen (Stichwort Sinnkrise, Dekadenzgefühle, Drogen, Alkohol, Langeweile etc.) und politischen Probleme seien damit schön gelöst. Ein Ton wie von Gollwitzer hilft, den rationalen Kern etwa der Sowjetunion (rational in diesem Fall als sozialistisch zu übersetzen) oder marxistischer Theorie für sehr unterschiedliche Leute und Meinungen zu bewahren – gesund fand ich auch die redaktionellen Beiworte zum Abdruck des Aufsatzes »Theologie der Befreiung: Christentum oder Marxismus?« von Guillermo Hoyos-Vásquez im *Argument* 114.

Kongreßankündigungen und -berichte

Ideologische Traditionen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung am Beispiel des Austromarxismus und des bernsteinschen Revisionismus, 3./4. 11. und 1./2. 12. 1979 in Gelsenkirchen

Das vom »Aktuellen Forum Nordrhein-Westfalen e. V.« veranstaltete Kolloquium wird u. a. folgende Themen behandeln:

1. Krise des Marxismus und Aktualität des Austromarxismus,
2. Beiträge der austromarxistischen Tradition zur Politischen Theorie,
3. Die Konzepte des Wissenschaftlichen Sozialismus im Austromarxismus,
4. Die Politik des revolutionären Reformismus an Beispielen aus der politischen Praxis der SPÖ unter austromarxistischer Führung.

U. a. nehmen teil: Detlev Albers, Kurt Bayertz, Tom Bottomore, Giacomo Marrao, Thomas Meyer, Bruno Neurath, Claus Offe, Horst Heimann.

Anmeldungen bei: Bruno Neurath im Aktuellen Forum NRW e. V., Hohenstaufenallee 1–5, 4650 Gelsenkirchen, Tel. 0209/15271.

Arbeit und Arbeitslosigkeit in kritisch-psychologischer Sicht

2. Internationaler Kongreß für Kritische Psychologie, Marburg, 4.–6. 5. 1979. Veranstaltet von: BdWi; DGB Kreis Marburg/Biedenkopf; AStA der Universität Marburg

»Die Bedeutung der Kategorie ›Arbeit‹ für die Psychologie; Probleme einer materialistischen Individualwissenschaft«; »Psychologische Aspekte von Arbeit und Arbeitslosigkeit: spezielle arbeitswissenschaftliche, pädagogische und therapeutische Implikationen«; »Krise, Arbeitslosigkeit, Bewußtseinsentwicklung und gewerkschaftliche Strategien« – das waren die drei großen Themenbereiche, die, je eingeleitet durch Podiumsdiskussionen, in über 20 Arbeitsgruppen diskutiert wurden.

Daß dieses Mammutunternehmen mit fast 200 Referenten(gruppen) aus mehreren europäischen Ländern nicht aus den Fugen geriet, verdankt sich neben der langfristigen Vorbereitung, in deren Verlauf sich die Referenten der Mühe unterzogen, ihre Beiträge in Richtung auf eine diskutierbare thematische Struktur der AGs zu koordinieren, dem Engagement und dem Arbeitseifer seiner 3000 Teilnehmer, von denen jeder Vierte ein außerhalb der Hochschule tätiger Praktiker war.

Erwies sich somit der große Erfolg des ersten Kongresses nicht als Eintagsfliege, führte die in kritischer Konsequenz wesentlich verbesserte didaktische Struktur dazu, daß lebhaftere Diskussion ein bestimmendes Moment war. Zahl und Interesse der Teilnehmer signalisieren schon die wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Bedeutung des Kongresses, werfen die Frage auf, was durch Beruf und Studium gestreifte Menschen dazu bewegt, an einem wissenschaftlichen Kongreß in solcher Zahl teilzunehmen.

Ein Blick zurück. Die Bedeutung des ersten Kongresses hatte in der Präsentation einer dialektischen Einzelwissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft bestanden, darin, den Stand einer aus der Kritik der traditionellen Psychologie (und über sie hinaus) entwickelten bestimmten subjektwissenschaftlichen Konzeption und die ihr inhärente Irteillichkeit für die Emanzipation der Arbeiterklasse darzustellen und auf

allgemeiner Ebene die theoretischen und methodischen Besonderheiten dieser Konzeption gegenüber anderen materialistischen Ansätzen in Diskussion mit diesen präzisierend herauszuarbeiten. Der zweite Kongreß erweiterte das Spektrum der Diskutanten, konkretisierte die Diskussion auf ein für die spätbürgerliche Gesellschaft zentrales Thema, bewußt auf die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften orientierend (und so zentrale Probleme von Studierenden und Praktikern aufwerfend).

Das große Tabu der bürgerlichen Sozialwissenschaft ist nicht die Sexualität, sondern die Produktion. In der Ausblendung der Arbeit aus ihrem kategorialen System hat die traditionelle Arbeitslosenforschung, deren jeweilige Konjunktur ein blinder Reflex auf die Schwankungen des Arbeitsmarktes ist, keinen systematischen Stellenwert, so daß sie – Teil des Krisenmanagements – Arbeitslose als Minoritäten oder Randgruppen fassen muß. In bewußter Absetzung von derartiger Verkürzung stellte das Kongreßthema die Arbeitslosigkeit in den Zusammenhang (formbestimmter) gesellschaftlicher Arbeit, deren allgemeine Bedeutung für die Persönlichkeit und die Gewinnung subjektiver und kollektiver Verfügung über die Lebensbedingungen zu erkennen allein die Perspektive zu subjektwissenschaftlicher Fundierung der Forderung des Rechts auf Arbeit eröffnet. Die Überwindung der traditionell verengten Sichtweise von Arbeitslosigkeit ermöglichte nicht nur die Fortsetzung der auf dem ersten Kongreß begonnenen (und die Aufnahme neuer) grundlegender theoretischer Debatten und den Versuch, die gegenseitige Verselbständigung verschiedener »Disziplinen« an einer zentralen Fragestellung konkret zu überwinden, darüber hinaus drängte das Thema selbst zum Nachweis der praktischen Relevanz seiner wissenschaftlichen Behandlung, praktisch: zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die ihren unmittelbaren und ersten Ausdruck in gewerkschaftlicher Mitveranstaltertschaft und der Teilnahme von Gewerkschaftern an von diesen für sie selbst als besonders relevant erachteten AGs fand. Der *gewerkschaftlichen Orientierung* des Kongresses entsprach schließlich die Breite der auf ihm vertretenen Positionen, als deren kleinster gemeinsamer Nenner die Parteinahme für die arbeitende Bevölkerung bestimmt werden kann, jene Pluralität von Auffassungen, die in etwa das Spektrum des BdWi ausmacht.

Die wissenschaftspolitische Bedeutung des Kongresses besteht also in der Herstellung eines *wissenschaftspolitischen Bündnisses unterschiedlicher Richtungen und Strömungen* in der Gesellschaftswissenschaft und dem Beginn einer *Zusammenarbeit mit Gewerkschafte(r)n über Einzelprojekte hinaus*, ausgehend von dem zentralen Problem der massenhaften Verweigerung des Rechts auf Arbeit.

Angesichts der Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche, die letztlich – über die Studentenbewegung – zur Erosion eines grundlegend bürgerlichen (Ein)verständnisses von Wissenschaft und zur Erarbeitung verschiedener, oft nebeneinander arbeitender alternativer Konzeptionen führten, und angesichts des gegenwärtigen roll-backs im Wissenschaftsbereich ist die Herstellung dieses Bündnisses eine dringende Notwendigkeit für Wissenschaftler, die sich immer auch damit befaßt sehen, Handlungsräume für ihre Wissenschaft und deren Wirkung gegen das herrschende Privatinteresse zu verteidigen und zu erweitern.

Dieses Bündnis und die Konkretisierung seiner theoretischen Diskussion wären nicht möglich geworden, wenn nicht die Gewerkschaften selbst sich im Bemühen, etwa der im Kongreß thematisierten Probleme Herr zu werden, zunehmend in wissenschaftspolitische Diskussionen eingeschaltet und erste Kooperationsformen mit Hochschulen und Wissenschaftlern auf verschiedenen Ebenen realisiert hätten. Die so von beiden Seiten ermöglichte praktische Verbindung von Intelligenz und Arbeiterklasse kann sich indes nicht reibungslos entwickeln, sowohl wegen der Widersprüche *bei* beiden »Partnern« als auch wegen der überkommenen Kluft *zwischen* ihnen, die in

der Psychologie besonders augenfällig ist, da diese sich in ihrer Herausbildung leicht erkennbar als Herrschaftswissenschaft konstituierte (ein Erbe, an dem – s. u. – auch fortschrittliche Psychologie zu tragen haben). Da der Psychologe und sein Gegenstand derselben Formbestimmtheit unterliegen, ergibt sich hier besonders leicht die (auftragsgemäße) kapitalorientierte Perspektivenverkürzung. In den Augen der Betroffenen erschien der Psychologe immer als Kapitalagent oder als Agent einer undurchschauten (staatlichen) Macht (Fürsorge etc.) und als Vertreter einer Wissenschaft, die ihnen spezifisch gesellschaftliche Behinderungen als persönliche Mängel anlastete, womit sich auch eine spezifisch angstbesetzte Überschätzung der Psychologie ergab (Durchschautwerden in seiner Mangelhaftigkeit). Die durch die traditionellen Konzepte begründete Gleichsetzung von Psychologie mit psychologischer Verkürzung gesellschaftlicher Sachverhalte erschwert ohnehin zu erkennen, welchen Nutzen Psychologie für die Gewinnung kollektiver Selbstbestimmung, also für die Interessen der Arbeiter haben soll – im Unterschied etwa zu fortschrittlicher Wirtschaftswissenschaft (die im übrigen auf wesentlich längere Traditionen zurückblicken kann).

Die erst beginnende Überwindung dieser Kluft schlägt sich auch in den theoretischen Widersprüchen in dem auf dem Kongreß formierten Bündnis nieder. Eine Kinderkrankheit hat die fortschrittliche Psychologie überstanden: sich in bloßer Ideologiekritik oder blinden Zerschlagungswünschen zu erschöpfen. Die zweite muß sie noch durchmachen. Kann sie, um emanzipatorisch praktisch zu werden, das überkommene methodische und begriffliche Instrumentarium mit fortschrittlicher Zielsetzung übernehmen (bzw. muß sie es nur erweitern) oder muß sie sich erst in unverkürzter Widerspiegelung der Realität ihr eigenes Instrumentarium schaffen, auf die Gefahr hin, auf eine gewisse Zeit nicht zu allen Fragen sich begründet äußern zu können, aber die Gefahr vermeidend, Handwerkerlei zu perpetuieren? Die Frage, ob die Parteinahme des Wissenschaftlers durch seine theoretische Konzeption selber getragen oder dieser äußerlich ist, ob sich parteinehmende Praxis parteilicher Theorie verdanken muß oder dieser im Sinne fortschrittlicher Instrumentalisierung hinzugefügt werden muß, d. h. der Widerspruch zwischen kurzfristigem fortschrittlichen Sich-in-Dienst-Stellen und der Erarbeitung einer gegenstandsadäquaten, damit praktischen wissenschaftlichen Fundierung der Parteinahme war ein bestimmendes Moment der gesamten Kongreßdiskussion. Diese Diskussion an konkreten Fragen entfacht zu haben, ist eines der wesentlichen Verdienste des Kongresses. Die Beteiligten im Hinblick auf das Bündnis von diesen Auseinandersetzungen »verschonen« zu wollen, bedeutete, an den realen Problemen vorbeizugehen, das Dringenderwerden praktischer Anforderungen an die *Wissenschaft* (und nicht nur den *Wissenschaftler*) zu vernachlässigen und die Teilnehmer zu unterschätzen. Ohne diese Auseinandersetzungen hätte sich der Kongreß harmonisierend in die Tasche gelogen und die Teilnehmer, damit auch die Gewerkschafter, betrogen. Das wissenschaftspolitische Bündnis kann sich nur in der theoretischen Auseinandersetzung realisieren. Bündnisse in der Theorie kann es nicht geben, da hier konfligierende Wahrheitsansprüche desselben Geltungsbereichs aufeinandertreffen, damit kompromißlos gebeugt würden. Die Behinderung der Entfaltung dieser Diskussion, um die es geht, ist das Geschäft derer, gegen die das Bündnis die Diskussionsmöglichkeit verteidigt. Wissenschaftlicher Fortschritt besteht nicht darin, Widersprüche zu verkleistern, sondern sie auszutragen – mit dem Ziel gemeinsamen Erkenntnisfortschritts. Sachliche Kritik an den je anderen Positionen (nicht aneinander) und Herausarbeitung des Gemeinsamen, darin hat sich das Bündnis zu bewähren. Daß sich diesem so definierten Bündnis auch die demokratische Psychiatrie Schweiz/Italien zugehörig fühlt, ist ein nennenswerter Erfolg des Kongresses.

Eine weitere Schwierigkeit des Kongresses (und damit der Kooperation mit den Gewerkschaften) ergab sich aus der Fülle der zu bewältigenden Probleme: Zusammenhang von psychischer Befindlichkeit und erkannter und realisierter gesellschaftlicher Handlungsmöglichkeit, subjektwissenschaftliche Begründung des Rechts auf Arbeit, subjektive Auswirkungen der Arbeitslosigkeit und der Lohnarbeit, subjektive Voraussetzungen und Wirkungen demokratischer Kontrolle der Produktion, um nur einige zu nennen.

Angesichts der thematischen und innerwissenschaftlichen Probleme konnte der Kongreß das Ziel, ein gewerkschaftlich orientiertes Memorandum zu erarbeiten, das über Trivialitäten hinausgeht und von einer breiten Mehrheit getragen wird, nicht erreichen. Er hat aber eine solche Aufgabe klarer gestellt, die zu ihrer Bewältigung zu lösenden Probleme genannt.

Dem Kongreß werden zunächst »Fachtagungen« folgen, in denen in wesentlich kleinerem Rahmen unter auch vorbereitender Beteiligung von Gewerkschaftern inhaltlich eingegrenzte, auf dem Kongreß begonnene Diskussionen fortgeführt werden sollen mit dem Ziel, die gewerkschaftlichen Konsequenzen so gewonnener Erkenntnisse deutlicher zu machen, als dies auf dem Kongreß möglich war.

Die Fülle inhaltlicher Arbeitsergebnisse des Kongresses wird erst mit Erscheinen der Kongreßbände (die bei Pahl-Rugenstein herausgegeben werden) zu übersehen sein. Schon jetzt aber ist erkennbar, daß die Formierung des wissenschaftspolitischen Bündnisses gewerkschaftlich orientierter gesellschaftswissenschaftlicher Ansätze eine entscheidende Voraussetzung dafür herstellte, im theoretischen Diskurs in der Suche nach den Bedingungen wachsender Verfügung über die Lebensverhältnisse, damit auch der eigenen wissenschaftlichen Arbeit zu kooperieren.

Morus Markard (Berlin/West)

Stalinismus und Entstalinisierung

Internationaler Kongreß an der Universität von Amsterdam, 7.–11. Mai 1979

Treibendes Motiv der Organisatoren dieses Kongresses (Mitgliedern der sozialwissenschaftlichen Fakultät) war die Überzeugung, daß die Krise der Linken in Westeuropa mit der Krise des »real existierenden Sozialismus« (RES) korrespondiert. Der Stalinismus und seine Folgen haben die traditionellen Zielvorstellungen des Sozialismus in Frage gestellt. Insbesondere stellt sich nach Stalin, Prag und Bahro die Frage, ob die Hoffnung der Linken auf eine – wenn auch langsame – Emanzipation des RES von seinen bekanntermaßen schwierigen Ausgangsbedingungen noch gerechtfertigt sei oder ob seine Entwicklung inzwischen *blockiert* ist; ob der Stalinismus noch als historische Entwicklung oder bereits als struktureller Stillstand begriffen werden muß – auf dessen Dynamik man sich nicht mehr verlassen könnte und der auch eine »kritische« Solidarität *nicht mehr* rechtfertige. Aus dieser Fragestellung lassen sich drei Themen ableiten, auf die sich die meisten Kongreßbeiträge systematisch beziehen lassen. Erstens stellt sich die Frage nach den historischen Ursachen des Stalinismus. Zweitens stellt sich die Frage, ob – und wenn ja in welcher Form – der Stalinismus die Entwicklung des Sozialismus hat blockieren können. Drittens muß die politische Rolle der Opposition in den sozialistischen Ländern in Hinsicht auf Blockierung und Deblockierung des Stalinismus untersucht werden.

Jean Elleinstein (Vizedirektor des wissenschaftlichen Instituts der KPF) nannte eine Reihe von historischen Faktoren (Unterentwicklung, Mangel an demokratischen und kulturellen Traditionen usw.) als Ursachen des Stalinismus, legte den Schwerpunkt jedoch auf die politische Theorie des *Leninismus* und modifizierte damit seine Posi-

tion im Vergleich zu seinem vor zwei Jahren erschienenen Buch zur Geschichte des Stalinismus. Im Gegensatz zu Marx/Engels seien die Bolschewiki Anhänger einer gleichsam absoluten Vorstellung von Diktatur gewesen, »einer Diktatur ohne Grenzen, Gesetze, ausschließlich im Dienste der revolutionären Macht«, die sie schließlich für die Nebenfolgen unumschränkter Machtausübung habe blind werden lassen. Stalinismus sei essentiell »Staatsmacht ohne Gegenmacht« im Sozialismus. Weil sich dies auch nach Stalins Tod nicht geändert habe, sei der Stalinismus auch von den Entstalinisierungsversuchen in der Folge des XX. Parteitagess nicht angetastet worden. Ähnlich argumentierte *Alec Nove* (Direktor des Osteuropainstituts in Glasgow), auch wenn er eher auf eine Gleichwertigkeit verschiedener historischer Faktoren orientierte. »Anyone cause without the other would'nt have effected Stalinism«. Zur Überraschung seiner Zuhörer bestand Nove auf dem proletarischen Charakter des Stalinismus. Terror sei *keine* besonders ausgeprägte russische Tradition gewesen. Während des 19. Jahrhunderts sei sogar die Todesstrafe praktisch nicht angewandt worden. Soweit der Terror des Stalinismus sich gegen Intellektuelle gerichtet habe, sei er eine perverse Form von Klassenhaß gewesen.

Dagegen interpretierte *Zagorka Golubović* (Mitglied der jugoslawischen Praxisgruppe) den Stalinismus als Resultat eines historischen Bruchs statt einer Fortsetzung historischer Traditionen. Stalinismus sei die Folge einer Konterrevolution innerhalb der KPdSU unter der Führung Stalins, die bewußt mit den ursprünglichen Zielvorstellungen des Marxismus gebrochen habe. Der Terror der 30er Jahre erkläre sich in diesem Zusammenhang – als präventive Aktion gegen die noch bestehenden revolutionären Kräfte. Zwar habe nach dem »Abfall« Jugoslawiens 1948 ein langsamer Erosionsprozeß eingesetzt; die etatistische Struktur des Regimes sei jedoch in großen Zügen unverändert geblieben. »Alle Reformen der Chruschtschow- und Breschnew-Periode sind nichts anderes als immanente Modifikationen des Systems.« Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt auch die Analyse von *Roy Medwedjew*, die sein Bruder Jaurès vortrug. Wenn man die Geschichte der beiden Parteitage von 1956 und 1961 unter die Lupe nehme, so zeige sich, daß die »Abrechnung« mit Stalin unvorbereitet und in ihren Folgen weder kalkuliert noch beabsichtigt worden sei, sondern den persönlichen Motiven Chruschtschows und der Mechanik der Funktionsweise des Parteiapparats zugeschrieben werden müsse.

Das zweite Thema betraf die Aktualität des Stalinismus. *Wlodzimierz Brus* (bis zur Antisemitismuswelle von 1968 Professor für politische Ökonomie in Warschau und Vizedirektor des Wirtschaftsrates) wiederholte im wesentlichen seine bereits in »Sozialisierung und politisches System« geäußerten Auffassungen. Sofern man Stalinismus auf das Phänomen des Massenterrors einschränken wolle, könne man davon ausgehen, daß er seit 1956 überwunden sei. Fasse man ihn jedoch als ein *totalitäres System* (desselben Ausdrucks hatte sich bereits Einstein bedient), so könne man nicht von einer erfolgreichen Entstalinisierung sprechen. Der moderne RES sei ebenso wie der Hochstalinismus »etatistisch«, jedoch gäbe es größere »Spielräume der Indifferenz« zwischen dem politischen System und anderen sozialen Sphären. Das System sei politisch blockiert. Andererseits verlaufe die ökonomische Entwicklung im RES relativ befriedigend, so daß es zu einer Alliance zwischen den konsuminteressierten Massen und der machinteressierten Parteispitze käme, in der die Herrschaft den Konsum und der Konsum die Herrschaft stabilisiere. *Michael Masuch* versuchte, das Problem der Blockierung des RES mit einer Reihe systematischer Begriffe einzukreisen. Die Aktualität des Stalinismus sei *nicht* mehr historisch zu erklären. Man müsse deshalb nach den Mechanismen suchen, die zu einer Verselbständigung der stalinistischen Phänomene habe führen können, unter denen er autokratischen Zentralismus, praktischen und theoretischen Dogmatismus sowie Totalitarismus (Ubiquitätsanspruch einer po-

litischen Partei in nichtpolitischen Fragen) verstand. Diese Verselbständigung könne weder ausschließlich durch die »materiellen« Bedingungen (»Weizenmangel schlägt nicht von selbst in Stalinismus um«) noch ausschließlich durch die ideologischen Voraussetzungen des Stalinismus (Marxismus-Leninismus) erklärt werden. Es handle sich hingegen um ein *reproduktives Verhältnis* zwischen einer *überkomplexen* (d. h. zu viele Probleme stellenden) materiellen Struktur und einer *unterkomplexen* (d. h. zu wenig Probleme erkennenden) Entscheidungsstruktur, die von einem »vulgarisierten Marxismus« dominiert werde; (so lasse sich der theoretische Dogmatismus z. B. als weltanschauliches Resultat der Überzeugung erklären, daß die Welt im Grunde einfach sei und Wahrheit deshalb eine Frage einmaliger, nichtrevidierbarer Entdeckungen bleiben könne). *Ger Harmsen* (marxistischer Philosophieprofessor, 1958 aus der KP Niederlande ausgeschlossen) betonte in seiner Analyse des Stalinisierungsprozesses der KPN den Mechanismus des demokratischen Zentralismus »so wie er sich in der 3. Internationale entwickelt habe« als systematische Ursache für den Stalinismus auch in westeuropäischen kommunistischen Parteien. Er lasse keinen sozial brauchbaren Raum für freie Diskussionen und führe deshalb Schritt für Schritt zur Zusammenballung der tatsächlichen Macht bei der Parteispitze. Harmsen wurde von *Jaap Wolf* (Direktor des Parteiinstituts der KPN) widersprochen. Es seien insbesondere die Folgeerscheinungen der Systemkonkurrenz und des Kalten Krieges gewesen, die in den KPs des Westen eine stalinistische Atmosphäre haben entstehen lassen. Die harten Zeiten hätten harte Maßnahmen notwendig gemacht.

Zur Rolle der Dissidenten im (möglichen) Destalinisierungsprozeß äußerten sich *Jiri Pelikan*, *Zdenek Mlynár* und *Jaurès Medwedjew* weitgehend übereinstimmend. Die Gruppe der Dissidenten sei zahlenmäßig sehr klein und ideologisch zersplittert. Eine Massenbewegung zeige sich nicht. Die wesentliche Voraussetzung für Entstalinisierung sei die Möglichkeit freier Diskussion *innerhalb und außerhalb* der Partei. Wo sie nicht gegeben sei, sei die politische Entwicklung blockiert. Sie erwärlen, wie schon Brus, die Chance einer Koalition zwischen den Massen und der Parteispitze in der Konsumsphäre, die die diktatorialen politischen Strukturen unangetastet lasse. Interessant waren die Antworten der beiden Tschechen (Pelikan war seit 1963 Chef des Fernsehens, Mlynár war ZK-Sekretär) auf die Frage, wie sie selbst als hohe Parteifunktionäre innerhalb der stalinistischen Parteistruktur auch ohne Meinungsp pluralismus ihr kritisches Bewußtsein hätten entwickeln können – immerhin könnten analoge Prozesse sich heutzutage wiederholen und die Chance des Prager Frühlings wiederherstellen. Beide seien während des 2. Weltkrieges Mitglieder der Partei geworden, gleichsam noch als Partisanen, und hätten deshalb ein Denken im Freund-Feind-Kode als normal empfunden. Die stalinistische Politik sei ihnen deshalb als hart, aber zugleich als unvermeidlich erschienen. Erst der 20. Parteitag habe kritische Reflexionsprozesse ausgelöst, indem er das Idol Stalin und die ideologische Funktion seiner Idealisierung zerstört habe. Beide zweifelten an der Möglichkeit einer Wiederholung dieses Prozesses, da die personelle Zusammensetzung der KPs sich gewandelt habe. (In der KPCCSSR wurden nach dem 21. 8. 68 285 000 Mitglieder ausgeschlossen.) Gegenwärtig träten nur noch Karrieristen ohne politische Überzeugung in die KPen des RES ein. Mlynár erwähnte die Möglichkeit, daß die Parteimaschine sich langsam zu einer neutralen, hocheffizienten Bürokratie im Sinne Webers entwickeln könne, *ohne* daß das Gehäuse der Hörigkeit der Diktatur durchbrochen werde. Auch die abschließende Podiumsdiskussion, an der Mlynár, Nove, Medwedjew sowie *Ernest Mandel* teilnahmen, bestätigte dieses Bild. Mandel vertrat die Auffassung, daß das Proletariat revolutionär werden werde und sowohl die bürokratische Hülle des erstarrten Sozialismus als auch die kapitalistischen Verhältnisse im Westen sprengen werde. Die anderen Sprecher widersprachen ihm. Das Proletariat sei nicht revolutio-

när und es gäbe nach allen historischen Erfahrungen keinen Grund zu der Annahme, daß es dies in einem für uns interessanten Zeitraum schließlich doch noch werde.

Der Kongreß wurde von der niederländischen Presse als Erfolg gefeiert. Seine Ergebnisse geben jedoch eher zu Pessimismus Anlaß. Sie wiegen um so schwerer, als viele Sprecher Mitglieder kommunistischer Parteien sind oder es allenfalls gegen ihren Willen nicht mehr sind: Der RES sei politisch blockiert, also in diesem Sinne auch nicht mehr fortschrittlich. Es gebe keinen Anlaß zu »kritischer« oder »prinzipieller« Solidarität mit dem RES. Die Sowjetunion sei ein *Antimodell* des Sozialismus geworden (Elleinstein), die Erfahrungswelt der SU müsse durchbrochen werden (*Hilda Scott* in ihrem Beitrag über Frauenemanzipation), es handle sich um eine Klassengesellschaft (Golubovic). Lediglich Jaap Wolf forderte »aus historischen Gründen« kritische Solidarität mit dem RES, konnte jedoch keine überzeugende Antwort auf die Frage geben, wie man zugleich mit Bahro und Honecker solidarisch sein könne: *wenn* Bahro auf Grund von Meinungsäußerungen verurteilt worden sei, werde dies von seiner Partei entschieden verurteilt, sagte er. Michael Masuch (Amsterdam)

Dokumentation: Zu den Berufsverboten

Council Action on Business Meeting Resolution on Academic Freedom in the Federal Republic of Germany

Motion: That the American Sociological Association, which has as its basic responsibility to support and promote conditions of academic freedom within our profession, considers it timely and appropriate to voice its concern regarding the current employment practices in German universities and to urge the authorities to make every effort to observe and defend the basic rights of freedom of scientific inquiry and freedom of thought, speech, and association as guaranteed by the German Constitution.

Passed by the 1979 ASA Council on March 11, 1979.

Zum 20. Jahrestag: DAS ARGUMENT · Beiheft '79

Mit über 120 Buchbesprechungen

Ernest Bornemann, Bruno Frei, Karlheinz A. Geißler, Helmut Gollwitzer, Jost Herbig, Kaspar Maase, Adalbert und Brita Rang, Peter Ruben, Volker Schurig, K. H. Tjaden und viele andere mehr

schreiben u. a. über

Bloch, Bürger, Colby, Fetscher, Flechtheim, Fromm, Hodek, Kürthy, Lacan, Leschinsky/Roeder, Preyer, Reulicke, Scholem, Wellek, Ziermann

zu folgenden Schwerpunkten

Marxistische Philosophie, Kritische Theorie, Heidegger, Systemtheorie und Dialektik, Wissenschaftstheorie, Funktion der Schule und Schulkritik, Berufs- und Betriebspädagogik, Sozialpädagogik und Sozialarbeit, Kultur in der DDR, Alltagskultur, Literaturgeschichte, Bert Brecht, Literatur und Faschismus, Arbeiterbewegung, Gewerkschaftsgeschichte, Politikwissenschaft, Politisches System und Rechtskräfte in der Bundesrepublik.

DAS ARGUMENT BEIHEFT '79, 192 Seiten. Preis: wie ein ARGUMENT-SONDERBAND AS (15,50 DM, Schüler und Studenten 12,80 DM) **Abonnenten der Zeitschrift, bzw. der Sonderbände zahlen 12,80 (Schüler u. Studenten 11,- DM)** zzgl. 1,50 Versandkosten. Bitte gesondert bestellen, da dieses Heft nicht im Abonnement enthalten ist!

Besprechungen

Philosophie

Theunissen, Michael: Sein und Schein. Die kritische Funktion der Hegelschen Logik. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1978 (502 S., Ln., 48,- DM).

Gilt das Hauptwerk Hegels, die »Wissenschaft der Logik« vielleicht zu Recht als ein gedankliches Gebilde von fast »unerschöpflicher Komplexität« (9), so liegt ein Grund für das ungebrochene Interesse an diesem Versuch einer »logischen Intellektualsicht des Universums« (Hegel) wohl zunächst einmal darin, daß in ihm eine Art philosophischer Summe der abendländischen Geistes- und Wissenschaftsgeschichte angestrebt ist. In der Aufarbeitung dieses Materials suchte Hegel den sowohl im menschlichen Verstand wie in der objektiven Wirklichkeit begründeten inneren Zusammenhang der »Denkbestimmungen und Denkformen« in seiner Selbstentwicklung darzustellen. Seine Absicht war, das »Denken des Denkens« logisch zu erklären. Das zu rezens. Buch steht aber auch für einen zweiten Grund der Beschäftigung mit Hegel, für die neben philosophiehistoriographischen Interessen vor allem heutige theoretische und politische Anliegen maßgeblich sind. Erst aus diesen wird die Perspektive verständlich, die Theunissen seiner umfassenden Hegel-Deutung vorgibt – und um eine Interpretation der »Wissenschaft der Logik« als Gesamtunternehmen, ihres Aufbaus, ihrer Stellung im Hegelschen System und zur phil. Tradition geht es hier. Die Hegelsche Logik stellt nämlich nicht nur die »Einheit von Darstellung und Kritik der Kategorien aller Metaphysik und Wissenschaft« dar, wie die auf den Hegelschen Stoff bezogene These Theunissens lautet. Sie ist hierin vor allem die grundlegende Theorie einer neuzeitlichen Dialektik.

Theunissens Anliegen ist die »sachliche Relevanz« (10) der »Logik« und nicht die »Treue zum historischen Hegel« (472); wengleich der größte Teil seines Buches aus einem detaillierten Kommentieren und Nachdenken bestimmter Text-Passagen besteht (so aus dem Anfang der Seinslogik [II.] und – auf über 120 Seiten – der Daseinslogik [IV.] sowie dem Anfang der Wesenslogik [V.]). Vielmehr will er dem Text z. T. sogar »entgegenarbeiten« (472), um das aufzudecken, was in seiner Sicht dem Hegelschen Werk eben der Sache nach zu Grunde liegt: die logische Begründung einer Sozialethik. Die Zielrichtung der Interpretation ist von vorneherein eindeutig benannt (schon der Untertitel läßt sie anklingen): Durch die Kritik (von Schein) und die Darstellung (der Wahrheit) der vorhegelschen Metaphysik und Wissenschaften in den ersten beiden Büchern der »Logik« entwickelt Hegel im 3. Buch den begriffslogischen Entwurf einer Sozialphilosophie der »kommunikativen Freiheit«, wie sie als ein Grundmodell der Kritischen Theorie bekannt ist. Theunissen sieht hier die »kritische Darstellung« der Genese einer allumfassenden »absoluten Beziehung« (161), welche logisch repräsentiert, »daß alles, was ist, nur in der Beziehung und nur als die Beziehung auf »sein Anderes« es selbst sein könne« (29). Dies, als Leitfaden der ganzen Hegelschen Logik, bedeutet die Grundlegung einer universalen Kommunikationstheorie. Denn: erst in den interpersonalen Beziehungen wird »vollentfaltete Wirklichkeit« (47), was in den übergreifend-allgemeinen Verhältnissen der Dinge als Möglichkeit angelegt ist. Jedoch erst in der Begriffslogik, dem 3. Buch der »Logik«, werden die ausgereiften Umriss dieses »normativen Ideals« (46) als das Im-Anderen-bei-sich-selbst-Sein als Bei-sich-selbst-im-Anderen-Sein aufgedeckt. Bis dahin fungiert es als orientierender »Maßstab der Kritik« (29), die als Metaphysikkritik die Vergegenständlichungen der Logik des Seins als Gleichgültigkeitsbeziehungen und die Reflexionsbeziehungen der Logik des Wesens als einseitige Implikations-, d. h. Herrschaftsbeziehungen demaskiert. Der Intention des logischen Prozesses nach – die al-

lerdings nicht Hegel, sondern erst Theunissen in seiner Kritik an Hegel kommunikationstheoretisch auf den Begriff bringt – hebt sich Gleichgültigkeit und Herrschaft dann in der Begriffslogik zu der Wahrheit des Ganzen auf: dem Entwurf einer, bei Hegel allerdings neutestamentlich-religiös bestimmten sozialen Freiheitsvision. Die »totale Egalität« (459), die die Begriffslogik, ähnlich der franz. Revolution, jedoch nur proklamiert (daher beklagt Theunissen auch ihren »Niveauabfall«), konstituiert sich logisch im subjektiven Bewußtsein der »objektiven Allgemeinheit der Gattung« (472), ein Bewußtsein, das sich der Autor, und damit will er über Hegel hinauszielen, eben als das einer »kommunikativen Freiheit« denkt. Die Logik von Herrschaftsfreiheit gründet somit in der Logik einer »Freiheit, die in der Kommunikation des Miteinander-Sprechens und Miteinander-Handelns sich bildet und bewährt« (472).

Die Hauptschwierigkeit jeder Sozialtheorie, die gesellschaftliches Handeln unabhängig von seinem gegenständlichen Bezug, der materiellen Arbeit und ihren Naturvoraussetzungen, auf bloße Intersubjektivität reduziert, wird so auch in Theunissens Hegel-Deutung zu einem zentralen Problem. Betrachtet er Arbeit, von Hegel logisch als Denken identifiziert, nur unter dem Aspekt bloßer »Tätigkeit« (175 f.), von deren materialen Bedingungen und Mitteln er absieht, so entsteht gerade die Tendenz, die Theunissen bei Hegel zu überwinden sucht: Reflexivität erscheint als ein in seinem Ursprung unbewußtes und damit letztlich transzendentes Vermögen. Fast unvermeidbar aus solcher idealistischen Privilegierung von Subjektivität, die in ihrer Abtrennung von Produktion (hier ist wohl auch der Grund für die Reserviertheit des Autors gegenüber den empirischen Naturwissenschaften) ein rein interaktives Wollen bleibt, erscheint dann das, was in dem Buch auch explizit beim Namen genannt ist: die Perspektive einer nur noch »offenbarungstheologisch motivierbaren« (63) Sozialutopie. Denn: »universale Kommunikationstheorie und Theologie hängen so untrennbar zusammen« (50). Nur folgerichtig ist es daher, wenn Theunissen im Schlußteil des Buches (»Logik, Rechtsphilosophie und Marxsche Kritik«) das, was er an Marx als den Mangel einer »unangemessenen Artikulation der subjektiven Realität« (484) und den damit einhergehenden »Geschichtsobjektivismus« (483) kritisiert, als Konsequenz eines in der Tat grundsätzlich verschiedenen Verständnisses von Handlung und Kommunikation begreift. Dessen zentrale Kategorie nennt er selbst anschildernd beim Namen: »gegenständliche Tätigkeit« (483).

Gleichwohl: Theunissens Buch mit seinen über die immanente Hegelrekonstruktion hinausgehenden vielfältigen Verweisen und Exkursen (z. B. zur Hegelschen Satztheorie vor dem Hintergrund neuerer sprachwissenschaftlicher Untersuchungen (385 f.), die zugespitzt wird auf ihre Bedeutung für die Urteilslehre, dem »Schlüssel« (422) zur »Wissenschaft der Logik«), die den neuesten Stand der – westlichen – Literatur mit einbeziehen, markiert einen unüberschbaren Maßstab für jeden, auch materialistischen Rekonstruktionsversuch einer dialektischen Logik.

Jens Brockmeier (Berlin/West)

Ahrweiler, Georg: Hegels Gesellschaftslehre. Luchterhand Verlag, Darmstadt-Neuwied 1976 (254 S., br., 48,- DM).

In der Einleitung präzisiert der Autor seinen analytischen Ansatz: Hegel soll auf seine »Relevanz für die gegenwärtige sozialwissenschaftliche Diskussion« (7) hin überprüft werden. Ahrweiler konstatiert die Dominanz einer »konservative(n) Verwertung von Hegels Staats- und Gesellschaftslehre« (8) und weist gleichzeitig nach, daß sich die marxistische Soziologie den »objektiven Gehalt der Rechtsphilosophie« (8) hat entgehen lassen, zum Teil geleitet von der These einer Scheidung in (reaktionäres) System und (fortschrittliche) Methode, die auf Engels zurückgeht und der bereits Bloch widersprochen hat.

Als Arbeitshypothese dient Ahrweiler der Begriff des »hegelschen Realismus«, der es erlaubt, auch jene Begriffe Hegels unter sozialwissenschaftlichen Aspekten zu untersuchen, die Hegel selbst als konstituierende Bestandteile seiner Identitätsphilosophie verstanden wissen wollte. Hegel wird also »gegen den Strich« gelesen, was zur Erkenntnis kritisch-fortschrittlicher Systemteile auch dort führt, wo die bisherige Hegelforschung ihn als »preußischen Staatsphilosophen« auffaßte. Der Begriff des hegelschen Realismus bezeichnet jene Durchbrüche im System, in denen er auf stringente Ein- und Unterordnung verzichtet zugunsten einer Orientierung am empirisch vorgefundenen Material, wobei die Erkenntnisstrahlen, denen seine Studien unterliegen, »nicht nur aus einer möglichen subjektiven Ignoranz Hegels« erklärt werden müssen, »sondern aus den Verhältnissen selbst« (55). Dennoch wird nicht der Versuch gemacht, einer neuen Hegelrenaissance das Wort zu reden; offensichtliche Fehldeutungen, die nicht aus der Befangenheit im historischen Kontext erklärt werden können, werden als solche ausgewiesen. In seinen ökonomischen Analysen z. B. orientiert sich Hegel, wie Ahrweiler nachweist, an den Thesen Stuarts (60), die zu ihrer Zeit bereits in entscheidenden Bestandteilen hinter den Theorien von Smith und Ricardo zurückblieben.

Indem sich Ahrweiler nicht auf den kritischen Nachvollzug des hegelschen Gedankengangs beschränkt, sondern »von den Resultaten, zu denen Hegel gekommen zu sein behauptet«, ausgeht, »entschlüsselt sich zugleich die Rolle«, so der Autor, »die die idealistische Spekulation bei ihrer Hervorbringung gespielt hat« (181). So insistiert Ahrweiler auf dem kritischen Gehalt der hegelschen Spekulation, die gerade durch ihren fiktionalen Charakter, beispielsweise in der Staatslehre, implizit den Nachweis führt, daß eine Synthese der antagonistischen Klassegegensätze innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft unmöglich ist. »Der Hegels Staatslehre unterstellte kritische Gehalt, der sie im Vergleich mit den wirklichen und wirksam gewordenen Urhebern der Ideologie bürokratischer Selbstherrlichkeit auszeichnet, muß sich gerade trotz des spekulativen und verzerrten Bildes vom Beamtenapparat enthüllen.« (150) Aus der Einsicht in den illusionären Charakter des hegelschen Vermittlungsversuchs – die Aufhebung der Widersprüche in einen fiktiven, klassenneutralen Staat, der gestützt ist auf ein loyales Berufsbeamtentum – ergeben sich demnach »die Anfangsgründe einer materialistischen Sozialwissenschaft« (151). Aus dem Begreifen der hegelschen Staatsfiktion, zu der ihn gerade die realistische Sichtweise zwingt, wird neben dem Gedankengang der Rechtsphilosophie auch die Bedeutung der Reformbill-Schrift (1831) einsichtig. Hegel spricht dort von einem im Vergleich zu Deutschland rückständigen England, indem er vom Entwicklungsstand der Produktionsmittel in England abstrahiert und den Einfluß der Privatinteressen auf den Staat zurückweist. »Es geht nicht mehr um den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, sondern um das Verhältnis von Ökonomie und Politik im Kapitalismus.« (175 f.) Durch die Setzung dieser aparten Staatskonstruktion erscheint Hegel schließlich »als Verfasser des Nekrologs auf die bürgerliche Produktionsweise« (178).

Ahrweilers Untersuchung geht aus von der »Kontinuität zwischen Sozialphilosophie und Soziologie«, die verknüpft sei mit dem Übergang »von Hegel zu Marx« (13). Die Analysen von Marx gelten als die »wesentlich unterschiedene Weiterführung eines bei Hegel keimhaften Prozesses« (37). »Die Rückbesinnung auf Hegel dient somit dem Ziel, in ihm entweder den ernstzunehmenden Gegner oder den legitimen Erblaser« des Marxismus ausfindig zu machen (8). Die Diskussion mit der innerhalb des Marxismus von Althusser unter Berufung auf de la Volpe und Colletti vertretenen Gegenposition wäre an dieser Stelle wünschenswert gewesen, ebenso eine methodisch-terminologische Klärung des Verhältnisses von Philosophie und Sozialwissenschaften. Ahrweiler selbst weist auf noch ausstehende Einzeluntersuchungen hin,

zum einen die gründliche Auseinandersetzung mit der Hegelliteratur (14), zum anderen die Ausdehnung der Analyse auf weitere Systemteile, insbesondere »die Logik und die noch verbleibenden Themenkreise der ›Philosophie des Geistes‹« (186). Es gilt, so Ahrweiler, »mit Bezug auf Hegel, die Geschichte der Arbeiterbewegung in die Debatte« (187) einzubringen, eine Aufgabe, der die vorliegende Untersuchung als Vorarbeit dienen könnte. Abschließend sei auf das verdienstvolle detaillierte Literaturverzeichnis am Ende des Bandes hingewiesen. Ralf Konersmann (Münster)

Ripalda, José María: *The Divided Nation – The Roots of a Bourgeois Thinker: G. W. F. Hegel.* Van Gorcum, Assen/Amsterdam 1977 (221 S., Ln., hfl 52,50).

Hegel, zumal der junge, hat seit geraumer Zeit Hausse. Förmlich zu einer akademischen Modeströmung angeschwollen, sind die zahlreichen Arbeiten zu diesem Thema durchweg durch den bereits an anderen Gegenständen bewährten und z. B. auch in Sachen »junger kontra alter Marx« angestregten Versuch bestimmt, der rein nur der Wirkung eines verknöcherten Denkens zugeschriebenen Systematik und nüchternen Abstraktheit des Hauptwerks die scheinconkrete Inspiriertheit und das revolutionäre Aufbruchspathos der Frühschriften als eine Alternative von angeblich sprengkräftiger Potentialität entgegenzuhalten.

Mit dieser dunkelmännischen Tendenz hat das vorliegende Buch nichts zu schaffen. Es geht ihm um den Nachweis einer gedoppelten Kontinuität, die den jungen Hegel nicht bloß in ein konsistentes Verhältnis zu seiner eigenen späteren Entwicklung bringt, sondern die ihn mehr noch in einen stringenten Zusammenhang mit der vielgeschmähten frühbürgerlichen Aufklärung stellt. Diese Kontinuität wird nicht einfach als die Entfaltung einer kopfentsprungen fixen Idee vorgeführt, sondern als das Ergebnis einer reflexiven Verarbeitung von heterogenen, die philosophische Theoriebildung von außen determinierenden Motiven und Entwicklungen analysiert. In einem Durchgang durch die Schriften aus der Phase zwischen Stuttgart und Jena sucht Ripalda auf dem Hintergrund einer Rekonstruktion der den jungen Hegel bestimmenden politischen, philosophischen und kulturkritischen Einflüsse dessen wissenschaftlichen Bildungsprozeß nachzuzeichnen. Als der zentrale Inhalt und Reflexionspunkt dieses Bildungsprozesses (wie auch der ihn beeinflussenden aufklärerischen und frühromantischen Literatur) erweist sich dabei »the theme of the ›divided nation‹« (160), das die Erfahrung der fundamentalen Zerrissenheit der bürgerlichen Gesellschaft, ihres konstitutionellen Klassencharakters wiedergibt. Wie dieses dominierende Thema das Denken des jungen Hegel einerseits immer neu dichotomisiert, indem es ihm Begriffsgegensätze wie die zwischen Vernunft und Aberglaube, Verstand und Einbildungskraft, Gefühl und Abstraktion usw. eingibt, so nötigt es ihm im Interesse der Vermittlung und Versöhnung solcher – in ihrem sozialen Bezug unschwer erkennbarer – Gegensätze auch immer erneut die leitmotivische Frage nach einer gesellschaftlichen »new totality« (36) auf.

Als »ideological reflection of social division« (1) steht dabei das Denken des bürgerlichen Hegel von Anfang an im Spannungsfeld zwischen subjektiv uneingeschränktem, »vernünftigen« Wahrheitsfindungsinteresse und objektiv einschränkendem, »interessiertem« Verschleierungszwang. Die Konsequenzen dieses Spannungsverhältnisses führt Ripalda am Beispiel der Hegelschen Rezeption des seit der Aufklärung als zentraler Topos bei der Suche nach der neuen gesellschaftlichen Totalität fungierenden antiken Griechenland vor. Ripalda zeigt, wie – der politisch-ökonomischen Konsolidierung der Bourgeoisie folgend und der intellektuellen Zeitströmung entsprechend – das Griechenlandbild des jungen Hegel aus der Funktion eines aufkläreri-

schen Geschichtszeichens, d. h. eines sub specie der gemeinsamen Zukunft in seinem Für und Wider zu erörternden Vorläufers der Moderne, in die Rolle eines romantischen Ideals, d. h. eines in nostalgischer Verklärung für die Moderne uneinholbar entrückten Vorbilds überwechselt. Aber er zeigt zugleich, wie der junge Hegel – anders als die Romantik – kraft unbeirrter »philosophy of reflection« (128) nicht bloß am Anspruch auf eine Konfrontation dieser in die griechische Antike urbildlich zurückgenommenen »new totality« mit der modernen Gesellschaft, sondern mehr noch am Desiderat der Vermittlung und Elaboration einer nach Maßgabe ihrer modernitätsspezifischen Bestimmtheit wirklich *neuen* Totalität festhält. Zwar ist das Ergebnis dieses Insistierens dann doch nur die weniger gesellschaftlich-politisch als systematisch-logisch gemeinte geschlossene Gesellschaft des absoluten Geistes, ein aus unendlicher Negativität, dem Autodafé der realen Gesellschaft, erstehendes Geisterreich. Indes ist – wie Ripalda erkennt – eben dieses spekulative Resultat, das der reife Hegel in der »Wissenschaft der Logik« festschreibt und das manifest oder materiell den Bruch mit sämtlichen gesellschaftspraktischen Ambitionen des jungen Hegel bedeutet, latent und formell ebensowohl nun der gesellschaftstheoretisch entscheidende Durchbruch Hegels zu einem Verständnis der in modernitätsspezifischer Bestimmtheit mittlerweile real existierenden und in voller Ausbildung begriffenen »new totality« des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Demnach gehorcht das Hegel'sche Denken einer Dialektik, kraft deren es nicht nur seiner anfangs erklärten gesellschaftskritischen Problemstellung bis zum Schluß ebenso unverbrüchlich wie unwillkürlich die Treue hält, sondern dank deren mehr noch die ideologiekritische Frage nach der in seinem Begriff materiellen Verfälschung der gesellschaftlichen Wahrheit immer schon in eine Erkundigung nach der formellen Realisierung der gesellschaftlichen Wahrheit in seinem materialiter falschen Begriff umschlagen muß. Ohne Zweifel ist diese, für eine Beurteilung der Erkenntnisfunktion zumindest der vormarxistischen bürgerlichen Wissenschaft maßgebende Dialektik der entscheidende, wenn auch als organisierendes Zentrum relativ spät und unausgeführt manifest werdende Interessenpunkt der Ripalda'schen Arbeit.

Ein lesenswertes Buch, bei dem nur der etwas holprige Stil der englischen Übersetzung des spanischen Originals und die unsägliche Menge von Druckfehlern stören.

Ulrich Enderwitz (West/Berlin)

Horstmann, Rolf-Peter (Hrsg.): Seminar: Dialektik in der Philosophie Hegels. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1978 (427 S., br., 10,- DM).

Die Sammlung besteht aus 14 Aufsätzen über Hegels Dialektik und einer Einleitung (5 von ihnen sind Originalbeiträge: Bubner, Fulda, Guyer, Lypp und die Einleitung des Herausgebers). Die drei Teile der Sammlung: 1. »Zur Dialektischen Methode« (Fulda, Ruben, Bubner); 2. »Zu den Kategorien des Anfangs, zur Negation und zum Widerspruch« (Peirce-Harris, Wieland, Henrich, Guyer, Gueroult); 3. »Zu den materiellen Aspekten Hegelscher Dialektik« (Lypp, Erdei, Theunissen, Cramer, Colletti). Der Versuch eines Panoramas dessen, was man heute unter Hegelscher Dialektik versteht, ist gut gelungen, natürlich in den Grenzen jedes solchen Unternehmens. (Mancher hätte vielleicht die Namen von W. Marx, Pöggeler, Gadamer erwartet; der gute Aufsatz des alten Gueroult läßt uns nicht vergessen, daß die jetzige Hegelinterpretation in Frankreich einen beträchtlichen Reichtum aufweist.)

Spürbar ist die Überwindung des kalten Krieges über Hegel im zum Worte kommen von »Ost« und »West«. Gleich an zweiter Stelle der Sammlung zeigt der Aufsatz von P. Ruben trotz gelegentlicher Wiederholung von marxistischen Gemeinplätzen (wie »Mystifikation«, »Idealismus«) einen schönen Ansatz, die klassische Auffassung

der Dialektik im »wissenschaftlichen« Marxismus als Theorie der Arbeit auszulegen. Dabei ist der Vergleich zwischen der Newtonschen Mechanik und dem Anfang der objektiven Logik, zusammen mit der logischen Analyse des Anfangs der *Phänomenologie*, besonders interessant. Etwas zu einfach trotz ihrer grundsätzlichen Richtigkeit dürfte allerdings am Ende des Aufsatzes die »materialistische« Umdeutung von Hegel sein. Mit diesem Aufsatz verglichen, erscheinen die Lektüreaufzeichnungen von Colletti über die *Wissenschaft der Logik*, die den Band abschließen, recht arm als Beurteilung des Ansatzes des »dialektischen Materialismus«. In ähnlicher Allgemeinheit sind die Ergebnisse des Aufsatzes von László Erdei, wengleich angemessener zurückhaltend, gehalten (allerdings handelt es sich in diesem Falle eigentlich um eine Zusammenfassung).

Der Schwerpunkt des Bandes wurde von Horstmann analytisch angelegt. Fuldas bahnbrechende Leistung wird hier auch von anderen Beiträgen (Ruben, Wieland, Henrich, Guyer, Cramer) geteilt und fortgesetzt. Ob dieses Methodenbewußtsein schon genügen mag, um Hegel gerecht zu werden, ist allerdings eine andere Frage. Die Ideengeschichte hat noch nicht gelernt, methodisch sich als Teil der Geschichte zu verstehen. Und eben in diesem Punkte dürfte eine wesentliche Schwäche nicht nur dieses Bandes, sondern des jetzigen Standes der Deutung der Hegelschen Dialektik überhaupt liegen. Auch im marxistischen Lager bleibt die »genetisch-materialistische« Auslegung Hegels zu abstrakt. Trotz eindrucksvoller Aufsätze (wie von Lypp über Hegels Kritik an Kants Ethik) ist die Überbrückung des schlechten Akademizismus so wenig gelungen – wo sie ausnahmsweise intendiert wird, wie eben am Ende des Aufsatzes von Lypp –, daß man auf Mangel jedes Problembewußtseins in dieser Hinsicht schließen muß (Ruben stellt hier als einziger eine gewisse Ausnahme dar). Trotz vielem Nützlichem und Guten bleibt die Hegeldeutung im vielleicht doch leichter formalisierbaren Gebiet der Dialektik unfruchtbar, abgeschnitten und in sich verschlossen, mit einem Wort: scholastisch. Der Konservatismus auf dem Gebiet der Philosophiegeschichte formalisiert sich, aber lockert sich nicht wesentlich auf. Der von Horstmann herausgegebene Band bezeugt es, indem er das Thema so intelligent und offen gestaltet hat, wie es zur Zeit im bundesdeutschen akademischen Milieu möglich ist.

José María Ripalda (Madrid)

Marx' Methodologie (Neue Hefte für Philosophie 13, Hrsg. R. Bubner, K. Cramer, R. Wiehl). Beiträge von Ernst Michael Lange, Werner Diederich/Hans Friedrich Fulda, Leszek Nowak. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1978 (91 S., br., 19,- DM).

In »Wertformanalyse, Geldkritik und die Konstruktion des Fetischismus bei Marx« will Lange zeigen, daß »Warenfetischismus letztlich ein normativ begründetes Konzept« ist (39). Die Vermittlung der Gesellschaftlichkeit der Produktion durch Waren könne »als Verkehrung . . . nur bezeichnet werden, wenn das Modell unmittelbarer Gesellschaftlichkeit der Arbeit als Norm ausgezeichnet« (25) werde. Dagegen richtet Lange den »empirischen Einwand«, daß die Warenproduktion möglicherweise die effizienteste Form der »gesellschaftlichen Allokation von Ressourcen . . . auf einem bestimmten Reproduktionsniveau geworden ist« (27). In der Diskussion über Warenproduktion im Sozialismus, »wo sie als Diskussion einer Organisations- und nicht einer Bekenntnisfrage geführt wird« (ebd., Fn 56), sieht er diese Auffassung sich durchsetzen. Bei Marx liege dagegen eine »dogmatische Ablehnung jeglicher Marktvermittlung« vor (40), aufgrund der »fundamentalen Maxime . . . , daß es dem Menschen als produktivem, Zwecke verwirklichenden Wesen schlechthin unangemessen sei, zum

Mittel gemacht zu werden (oder sich zum Mittel zu machen)« (28). Konsequenzen dieser »Rekonstruktion der normativen Prämissen« (40) der Marxschen Theorie: »So etwas wie Sozialismus« (40) muß zu seiner »zeitgemäßen Begründung« sich »von jeder dogmatischen Unmittelbarkeitsforderung freihalten« (41). Diese Forderung habe sich historisch artikuliert als »Forderung nach sozialer Demokratie«. Schließlich empfiehlt Lange, künftig auf den Begriff des Warenfetischismus »zu kritischen Zwecken« (42) zu verzichten. Die »Gefahr der Verselbständigung« sei schließlich auch in »Planungsmodellen« (42) vorhanden.

Der Problemzusammenhang von Langes Aufsatz ist die Standpunktgebundenheit jeder Wissenschaft – auch der Marxschen: die Tatsache, daß »Wertungen« notwendig jeder wissenschaftlichen Arbeit konstitutiv zugrundeliegen. Mit der bloßen Identifikation »normativer Prämissen« allerdings ignoriert Lange die Diskussion, wieweit solche Wertungen »in der Sache liegen« (vgl. Haug, Argument 74) oder die Versuche der kritischen Psychologie, Aussagen darüber, was der »menschlichen Natur« »adäquat« (28) ist, statt in philosophisch-spekulativer in wissenschaftlicher Weise zu begründen.

Diederich/Fulda stellen sich die Aufgabe, »Sneed'sche Strukturen in Marx' 'Kapital« aufzufinden. Der Grundgedanke der Wissenschaftstheorie von Sneed ist die Auffassung einer Theorie als Paar (K, I) aus einer begrifflichen Struktur K und einem Bereich von Anwendungen I. Die Sneed'sche Theorie wurde bei uns durch Stegmüller verbreitet, der mit ihrer Hilfe den Versuch einer Rekonstruktion der Kuhnschen wissenschaftsgeschichtlichen Position unternahm (Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie, Bd. II). Eine kritische Einschätzung von Sneed/Stegmüller gibt Michael Jäger (in: Jäger/Leiser: Subjektivität als Methodenproblem, Köln 1979). Er kommt dort zum Ergebnis, daß der Theorie-Typ, der durch Sneed's Konzept erfassbar ist, von Marx bewußt kritisiert und überwunden worden ist: Ricardos »formelle Abstraktion« »Wert« und sein Versuch, alle ökonomischen Phänomene unmittelbar dem Wertgesetz zu subsumieren, wird bei Marx durch eine Kette aufeinanderaufbauender Theorien überwunden, in der die anfänglichen Abstraktionen nicht nur die Funktion der Erklärung eines spezifischen Gegenstandsbereichs haben, sondern zugleich Ausgangspunkt für die Bildung weiterer theoretischer Begriffe sind.

Wenn Jägers Urteil richtig ist, wird man dem Versuch von Diederich/Fulda, »grundlegende strukturelle Eigentümlichkeiten« der Marxschen Theorie und das »systematische Verhältnis der Teiltheorien« mit Hilfe von Sneed's Konzept zu analysieren (48), wenig Erfolgchancen geben können. Die Rekonstruktion des »Theoriekerns« (57–60) erbringt auch ein mageres Ergebnis: Als einziges Gesetz wird das »Arbeitswertgesetz« formuliert. » . . . die Gesetzlichkeiten, die den Warenfetischismus betreffen, kommen . . . zu kurz«, sagen Diederich/Fulda selbst (56) – und wenn gerade darin die Spezifik der Marxschen Theorie enthalten ist?

Die Unzulänglichkeit, mit der die Marxsche Theorie erfaßt wird, veranlaßt die Frage, »welche Modifikation des Sneed'schen Theorie-Entwicklungskonzepts« durch den Fortgang der Marxschen Theorie nahegelegt wird (71). Überlegungen über die Rolle des »Widerspruchs« bei Marx führen schließlich zum Resultat, daß man solchen »methodologischen Zügen . . . im Rahmen des Sneed'schen Konzeptes nicht mehr gerecht werden kann«. (80)

Dann brauchen wir allerdings auch eine andere Wissenschaftstheorie! Bei Sneed ist einiges zu lernen – auch wenn man nicht die Auffassung teilt, daß die Theorien der mathematischen Physik zumindest durch Sneed's Konzept treffend charakterisiert werden (47). Immerhin kann z. B. Helbergers Kritik an der Arbeitswerttheorie (vgl. die Rezension in Argument 101) schon vom Standpunkt dieser ärmlichen Rekonstruktion als empiristisches Fehlurteil erkannt werden (66).

Nowak («Weber's Ideal Types and Marx's Abstraction») fragt, ob Max Weber zu Recht alle spezifisch Marx'schen Gesetze als Idealtypen ansehen kann (81). Sein Ergebnis: Marx' Abstraktion und die Idealtypen sind vollständig verschiedene Methoden in vier Hinsichten: *Logisch* («Abstraktionen» sind synthetische Sätze, Ideal-Typ-Aussagen sind analytisch, 86, 89), *Methodologisch* (Abstraktionen dienen zu Erklärung, Idealtypen in der Regel zu heuristischen Zwecken), *Philosophisch* (Weber interpretiert die Ideal-Typ-Aussagen instrumentalistisch, Marx die Abstraktionen realistisch (90)) und im *Anwendungsbereich*: Für Weber markiert die idealtypische Methode die Grenze zwischen Humanwissenschaften und Naturwissenschaften (83 ff.), wogegen die Marxisten Abstraktion und Idealisierung als einheitliche Methode jeder Wissenschaft annehmen (84).

Die Schwäche des Aufsatzes liegt in dem behaupteten aber wenig begründeten *logischen Unterschied* zwischen Abstraktionen und Idealtypen, aus dem die anderen Charakteristika abgeleitet werden.

Gerhard Herrgott (Berlin/West)

Kondakow, N. I.: Wörterbuch der Logik. Verlag das europäische buch, Berlin (West) 1978 (554 S., Ln., 28,- DM).

Die Herausgeber der deutschen Ausgabe, E. Albrecht und G. Asser, haben die Originalausgabe (Moskau 1971, überarbeitet 1975) um »nicht unmittelbar zur formalen und dialektischen Logik gehörende Artikel« gekürzt und um einige aktuelle Ergebnisse der mathematischen Logik erweitert. Weitere zentrale Themen sind: Geschichte der Logik, die »Logischen Grundlagen der Mathematik« und die »Anwendung der Logik in den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus«, deren »Auswertung . . . zum vertieften Verständnis der Logik im politisch-ideologischen Kampf beitragen« soll. (Vorwort der Hrsg.) Das Buch enthält ca. 3000 Artikel, eine Tabelle logischer Zeichen mit Leseanweisung und ein Literaturverzeichnis mit 107 deutschen und englischen und 61 russischen Titeln.

Klassische und nichtklassische Logik werden umfassend dargestellt. Kleine Mängel: Die mathematische und philosophische höchst interessante »Non-Standard«-Analysis (die Technik des konsistenten Umgangs mit dem »Unendlich-Kleinen«) wird nicht erwähnt, im Literaturverzeichnis vermißt man das Standardwerk zur Modelltheorie von Chang-Keisler. Ebenso sorgfältig ist die *Geschichte der Logik* behandelt. Hier wie auch bei den aktuellen theoretischen Fragen liegt allerdings ein Übergewicht auf den russischen und sowjetischen Beiträgen, Ergänzungen wären nötig gewesen.

Besonders bei den *Grundlagen der Mathematik* sind erhebliche Lücken zu verzeichnen. So wird die Erlanger Konstruktivistische Schule überhaupt nicht behandelt, Lorenzens operative Logik wird mit der pauschalen Bemerkung abgetan, sie gehe von einer »positivistischen Auffassung« (259) aus. Der »Empirizismus«, neuerdings in der Grundlagendiskussion der Mathematik breit auflebend (vgl. Lakatos, *Philosophical papers*, Vol. 2, S. 14 ff.), wird ignoriert. Wittgenstein wird nicht erwähnt, trotz seiner für Logik und Mathematik wichtigen und im Spätwerk in den Bereich materialistischer Überlegungen hineinragenden Schriften.

Bei der Behandlung der Axiomatik fällt eine zu problemlose Einstellung gegenüber der (nur bei uns?) weitverbreiteten Verabsolutierung der axiomatischen Methode in der Mathematik auf. Für die Geschichte und den philosophischen Entstehungszusammenhang der Axiomatik in der Antike fehlt der Hinweis auf die grundlegenden Arbeiten von Szabó.

In der Behandlung von *Logik und Dialektik* betont Kondakow die fundamentale Rolle der Logik für das Denken (die nicht durch die Dialektik »relativiert«) wird. In diesen Fragen ist ein großer Fortschritt an philologischer Genauigkeit und philoso-

phischer Differenziertheit gegenüber früheren Nachschlagewerken (etwa dem »Philosophischen Wörterbuch«) festzustellen. So wird zur »dialektischen Logik« betont, daß Marx, Engels und Lenin diesen Terminus nicht benutzt haben und in der Darstellung der aktuellen Positionen in der SU werden ungeklärte Probleme und Differenzen hervorgehoben. Die wissenschaftspolitische Position des Autors wird besonders deutlich in der Kritik an der Vernachlässigung des Logikunterrichts an den sowjetischen Schulen und Hochschulen (282 f.). »Die Absolventen der Oberschulen besaßen keinerlei elementare Kenntnisse über die Formen und Gesetze des korrekten Denkens«. Mit Hinweis auf die wachsende Bedeutung der elektronischen Rechner plädiert er dafür, »daß in der UdSSR die Logik wieder den ihr gebührenden Platz in den Oberschulen und an den Hochschulen« einnehmen solle. (»Computer setzen alles logische Denken mechanisch fort. Unlogisches auch.« Lautet ein IBM-Aphorismus.)

Trotz erheblichen Fortschritts in erkenntnistheoretischer Hinsicht ist der Autor nicht von Plattheiten frei: Im Artikel »Axiom« heißt es: »... ist z. B. für Marxisten die These ein A., daß der Staat mit der Entstehung des Privateigentums und der Teilung der Gesellschaft in die Klasse der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten entsteht. Aber diese These wurde, ehe sie axiomatischen Charakter erlangen konnte, anhand von umfangreichem historischen Material mehrfach bestätigt. Jetzt wird diese These von den Marxisten ohne neue Beweise akzeptiert« (66).

Die Darstellung ist durchweg sehr klar, verständlich und sachlich – von einigen Pauschalisierungen und den üblichen guten Noten für Marx, Engels und Lenin abgesehen. Das Buch enthält eine Fülle von Informationen über die Zusammenhänge von Logik, Mathematik, Philosophie, die man in den fachwissenschaftlichen Lexika nirgendwo findet.

Gerhard Herrgott (Berlin/West)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Tymister, Hans Josef: Didaktik: Sprechen Handeln Lernen. Urban & Schwarzenberg, München 1978 (168 S., br., 18,- DM).

Aus dem in eigener Schulpraxis erworbenen Unbehagen an bestehenden Lernweisen entwickelt Tymister seine Kritik an den gängigen Begriffen von *Lernen* wie auch von *Didaktik*. Er weist das verbreitete Verständnis zurück, das *Didaktik* auf Techniken der Stoffaufbereitung reduziert, und fordert, daß diese auch die Analyse der Bedingungen jenes kommunikativen Prozesses zu umfassen habe, in dem sich Lernen vollziehe. *Lernen* will Tymister nicht als bloße Wissensanhäufung verstanden wissen (41), aber auch nicht naiv entgegengesetzt als – sei es erfahrungsbedingte oder auf Konditionierung beruhende – Verhaltensänderung. Er zielt darauf ab, Lernen als Erweiterung der Fähigkeit zu verstehen, das eigene Handeln je nach Erfordernissen der Situation bewußt so auszurichten, daß eigene Intentionen realisiert werden können. So sind gegenständliches Tun und Erkennen in der faktischen Einheit belassen, in der sie beim Handeln praktisch funktionieren – und zwar in unterschiedlichem Verhältnis zueinander je nach Handlungsebene (zur »Hierarchie des Handelns« vgl. 43). Lernen ist bei komplexeren Handlungen auf sprachlich vermittelte Bewußtseinstätigkeit angewiesen: »Routiniertes und qualifiziertes Handeln ist dem Menschen nur möglich, wenn er gelernt hat, die in verschiedenen Situationen vorfindlichen Variablen als vergleichbare (als dieselben oder die gleichen, als derselben Art oder Gattung zugehörig) sprachlich ... zu identifizieren« (67). Daher spielt Sprache für das Lernen eine wichtigere Rolle als bloß Transportmittel von Wissensinhalten oder Instruktionen zu sein. Vielmehr ist sie das Medium, in dem der einzelne nach gesellschaftlich produzierten Mustern seine Welt strukturiert, der »psychologische Lebensraum« (68 f.). Dessen

Aufbau und Veränderung will Tymister allgemein als Lernen verstanden wissen (70); da beides sich über sprachliches Lernen vollzieht, rückt dieses ins Zentrum des neuen Lernbegriffs.

Weil bloße Wissensanhäufung weder gewährleistet, daß der Schüler die erfahrungsfremden Wissensinhalte in der Lebenspraxis auch anwenden kann, noch daß er dem Gelernten überhaupt folgen will, deshalb sei es besonders notwendig, daß schulisches Lernen als Veränderung des Erfahrungsraumes die Einsicht in den Sinn von Handlungszielen mit den kognitiven Fähigkeiten und praktischen Fertigkeiten zu ihrer Realisierung verbinde. Die inhaltliche Richtung solchen Lernens versucht Tymister in zwei abschließenden Kapiteln zu umreißen, in denen er Unterrichtsvorschläge für verschiedene Schulstufen skizziert und versucht, einen »Minimalkanon an Lerninhalten zu entwickeln, die für eine Demokratie unentbehrlich sind« (99). Diese kreisen um den Versuch, Schüler einerseits auf die Anforderungen vorzubereiten, die ihnen die gegebenen Lebensverhältnisse stellen werden, ohne jedoch eine blinde Anpassung zu betreiben, sondern sie gleichzeitig zu Reflexion und Handeln in Richtung auf eine Humanisierung dieser Verhältnisse zu motivieren und zu befähigen.

Da bei solchem Lernen nicht einfach Wissensgebiete doziert werden können, versucht Tymister in projektähnlicher Form erfahrungsnahe Probleme aufzureißen und an ihnen Begriffe und damit Auffassungsweisen durch Einsicht zu verändern. Weil es sich dabei nicht um beliebige Begriffe handelt, sondern um solche, denen bei der Erfahrungsorganisation oft Schlüsselstellungen zukommen, ist dies – und darin besteht wohl die nicht immer deutliche Verbindung zum ersten Teil des Buchs – zugleich als eine Art Arbeit am Bewußtsein gedacht. Die kritische Anmerkung, daß diese Beispiele noch nicht zwingend von der Tragfähigkeit des zuvor entwickelten sprachzentrierten Lernbegriffs überzeugen können, kann wohl weniger Vorwurf sein als vielmehr Warnung vor übersteigerten Hoffnungen an diese Arbeit.

Walter Kühnert (Duisburg)

Ziegler, Jürgen: Kommunikation als paradoxer Mythos. Analyse und Kritik der Kommunikationstheorie Watzlawicks und ihrer didaktischen Verwertung. Beltz Verlag, Weinheim/Basel 1977 (146 S., br., 15,- DM).

Was hier der Kritik unterzogen wird, ist jenes zum kommunikationstheoretischen Standardwerk avancierte Buch von Paul Watzlawick und anderen (Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien, vgl. die Rezension in *Argument* 68, S. 855), das Anfang der siebziger Jahre großes Interesse bei Kommunikationswissenschaftlern, Sozialpsychologen und pragmatisch orientierten Linguisten fand und das wenig später von modernen Schuldidaktikern zur Bewältigung ihres Hauptproblems, der Konzeption eines kommunikativen Unterrichts, entdeckt wurde.

Ziegler versucht, die Kommunikationstheorie Watzlawicks einer begrifflichen und methodologischen Kritik zu unterziehen sowie ihre theoretische Stichhaltigkeit zu überprüfen. Diese Absicht verdient Aufmerksamkeit, hat man es bei der bisherigen Rezeption doch versäumt, die philosophischen und wissenschaftstheoretischen Grundlagen und Implikationen jenes systemtheoretischen Ansatzes gebührend zu reflektieren. Der die Methodologie betreffende Vorwurf einer behavioristischen Erklärung menschlicher Kommunikation im Kontext des »Beobachtungstheorems« (19), des Verhaltensbegriffs und der Black-Box-Methode ist allerdings nicht gerade neu. Recht hilfreich für das Verständnis des *Paradoxien-Problems* ist hingegen der Nachweis einer »systematischen Vermengung von Bezeichnung und Bezeichnetem« (98), was zunächst selbst Paradoxien entstehen läßt, die ihrerseits schließlich als der Wirklichkeit inhärente interpretiert werden.

Ein grundlegendes Mißverständnis hinsichtlich der Rezeption systemtheoretischer Kategorien und Begriffe besteht darin, diese aufgrund ihres Abstraktionsgrades zu einem methodologischen Instrument ersten Ranges zu stilisieren, sie wissenschaftstheoretisch als Sammelbecken von Einzelwissenschaften zu betrachten und damit über Philosophie und Erkenntnistheorie zu erheben. Dabei ergibt sich die Gefahr – und Watzlawicks Kommunikationstheorie ist hierzu ein Paradebeispiel – zu unreflektierter Analogiebildung durch Generalisierung von *Struktur*begriffen, so daß in der Beliebtheit des Zusammenhangs der theoretische Anspruch verloren geht, die Theorie selbst zur Ideologie wird. Ziegler trennt in seiner Analyse zu sehr die Kritik an ideologischen Aussagen, die er insbesondere aus Watzlawicks Bemerkungen über Pathologie und Gesellschaft ableitet, von seiner Kritik an den vermeintlich exakten Grundbegriffen. Wichtig ist aber der Zusammenhang: *universalistisch* interpretierte systemtheoretische und kybernetische Begriffe implizieren bereits die ideologischen Probleme, etwa Aussagen über gesellschaftliche Stabilität und Unveränderlichkeit, »das Gesellschaftsbild eines radikalen Konservatismus« (113), weil eine Hypostasierung der (strukturellen) Modelle und Begriffe zu ontologischen Subjekten und Daten der Realität praktiziert wird. Die Kritik an weiteren weltanschaulichen Gesichtspunkten, die von Ziegler vorgetragen wird, etwa die Modellsituation Therapeut – Patient für gesellschaftliche Realität und gesellschaftlichen Wandel, muß weitergreifen, ist sie doch weniger aus dem speziellen kommunikationstheoretischen Ansatz ableitbar als aus der Tatsache, der Philosophie des Pragmatismus verpflichtet zu sein.

Im etwas isoliert angefügten und spärlichen letzten Teil seiner Arbeit will Ziegler auf die »Kommunikationsdidaktik« eingehen, wobei er sich allerdings auf den »ideologischen Kontext« einer solchen Didaktik beschränkt. Diesen Kontext sieht er ausschließlich in der Habermas'schen Sozialphilosophie. Wie aber realisiert sich die Rezeption der Kommunikationstheorie von Watzlawick innerhalb der neueren Didaktik-Diskussion? Was hat sie zum Inhalt? Welche Konsequenzen ergeben sich für diese Didaktik aus dem zuvor konstatierten negativen Befund über diese Sorte pragmatischer Kommunikationstheorie? Die »didaktische Verwertung« wird weder analysiert noch kritisiert, sie wird nicht einmal referiert; was ärgerlich bleibt für den, der sich am Buch-Titel orientierte.

Harro Schweizer (Berlin/West)

Hartig, Matthias, und Robert I. Binnick: Grammatik und Sprachgebrauch. Neue Ansätze zur Sprachverhaltensforschung. Beck Verlag, München 1978 (171 S., br., 19,80 DM).

Für die Entwicklung, die die Linguistik nach Chomskys Aspects-Modell genommen hat, ist eine Bestandsaufnahme der Chomsky-Kritiker typisch, weil nach gewissermaßen auf breiter Front das von Chomsky Ausgeklammerte als Vernachlässigung wesentlicher Gegenstände der Sprachwissenschaft aufgefaßt werden kann. Daraus ergibt sich der Ansatz des »systematischen Zweifels«, mit dessen Hilfe das Modell der generativen Grammatik selbst in Frage gestellt werden kann. So weit wollen Hartig/Binnick ihre Argumentation noch nicht vorantreiben, sie begnügen sich mit der Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung realer Sprach- und Sprechverhältnisse als des eigentlichen Gegenstands der Linguistik. Infolgedessen begeben sie sich auf die Suche nach Elementen einer »Grammatik des Sprachgebrauchs«, als deren Spezialfall dann die formalen Grammatik-Regeln betrachtet werden könnten. Sie lassen sich dabei von einem Kommunikationsmodell leiten (41), in dem Sprechakte als »Quadrupel aus einem Kontext, einer logischen Form, einer Mitteilung und einer Oberflächenform, die mit dem Effekt (intendiert vom Sprecher, Rez.) verbunden ist«, erscheinen. Diesem Modell geben sie den Namen »kommunikative Kompe-

tenz«, was terminologisch fatal ist, da der erwartete Gegenbegriff einer »kommunikativen Performanz« ausbleibt. Entsprechend ihrer Modellvorstellung tragen die Autoren dann Bestandteile zusammen, wo bislang neuere Forschungen stattgefunden haben: vor allem handelt es sich um Überlegungen zur »unexakten« Grammatik und zur Variation, zur Sprache als sozialem Handeln, zur Kombination von Sprachmustern und individuellen Einstellungen als Sprechhaltungen (attitudes) und schließlich zum Sprachunterricht.

Die Beliebtheit einer solchen Aufzählung hängt mit der Schreibweise des Buches zusammen, bei der man ständig im Ungewissen darüber belassen wird, was die Autoren eigentlich bezwecken: ein ganz wesentliches Manko stellt die Tatsache dar, daß keine Teilargumentationen wieder auf das zu Beginn entwickelte Kommunikationsmodell zurückgeführt werden. Solche Desorientierungen, verschämt als »Verdeutlichung einiger paradigmatischer Konzeptvorschläge« (9) motiviert, bestimmen das Buch durchweg. Argumentationstypen wie »Allerdings darf dabei nicht vergessen werden, daß« (etwa 26, 38, 50, 73, 89, 102, 140, 157 u. ö.) weisen auf eine gewisse Beflissenheit hin zu demonstrieren, welche wissenschaftlichen Forschungen »auch noch« in die Betrachtung des Sprachgebrauchs einzubeziehen sind. So ist es zwar wichtig, G. Lakoff zu zitieren, wo er pragmatische Beschränkungen bestimmter Lexikalisierungen als »Logik der Präsupposition« vorführt (57 ff.), weil dies die von den Autoren postulierte »Logik der Konversation« unterstützt (vgl. 59 f.), da aber, wo diesen Konversationen ein wichtiger Raum zukommt, z. B. in der Ethnomethodologie, beschränken sich Hartig/Binnick auf einen kurzen Hinweis (84). Die Beispiele zur »unexakten« Grammatik sind meistens überaus instruktiv und amüsant-überzeugend, sie ins Sprachgebrauchsmodell einzubetten, wird aber nicht für notwendig erachtet (61 ff.). Bestimmte Variationsmöglichkeiten von Sprechern finden ihre Erklärung in der »sozialen Kompetenz« (noch eine Kompetenz!), aufgrund deren die Auswahl sprachlicher Formen in bestimmten Situationen auch »regelgeleitet« sei (77); es geht also um den »Status« der Sprecher und die Privatheit oder Öffentlichkeit der Gesprächssituation. Die Autoren begnügen sich aber mit der Aufzählung von Selbstverständlichkeiten und versuchen nicht, solche Auswahlregeln für bestimmte Sprachformen auch wirklich zu beschreiben, geschweige zu erklären. Im Kapitel »Die Sozialpsychologie des Sprechens« (120 ff.) streift das Autorenduo kurz Begriffe wie »Wahrnehmung«, »Erfahrung«, »sprachliches Handeln« und »Einstellung«, um dann aber gleich einige Merkmale von Interaktionssituationen herauszudestillieren (zu zitieren) und weiter gleich noch ein paar kommunikationstechnische Schemata zu präsentieren, die gerade nicht auf Gesprächsinteraktionen beruhen. Begrifflich wird nichts aufbereitet, so daß die Gesellschaftlichkeit des Sprechens letztlich an einer Konzeption individueller Einstellungen, Meinungen und Sprechhaltungen (als attitudes) hängenbleibt; nur so ist zu erklären, daß das Stichwort »kognitive Dissonanz« (132 ff.) für die Probleme des Überzeugens oder argumentativen Beeinflussens von Gesprächspartnern herangezogen wird und nicht etwa ein Begriff wie »Macht«. Obwohl die Dimension gesellschaftlichen Handelns als für den Sprachgebrauch konstitutiv erwähnt wird, wird nirgendwo der Handlungsbegriff diskutiert und insbesondere nicht sprachliches Handeln *als Handeln* erklärt. Wie ließe sich anders verstehen, daß man zwar Mutter- und Fremdsprachenunterricht unter den Postulaten des Sprachgebrauchs oberflächlich betrachtet, aber den Einsatz der Sprache in der Schule und als Herrschaftsinstrument in sonstigen institutionellen Bereichen »vergißt«?

So wie das Buch aufgebaut ist, stellt es eigentlich eine kommentierte Bibliographie neuerer Titel zum Sprachgebrauchsproblem dar, versehen mit einer etwas zu lang geratenen Einleitung. Daher wäre es eher als eine »Einführung in die Kompetenz-Kritik« zu gebrauchen, wenn man bereit ist, die vorgezeigten Facetten des Sprachgebrauchs

nicht für vollständig zu halten. Was nach der Lektüre bleibt, ist ein geschärftes Bewußtsein dessen, was an begrifflich fundierter Weiterarbeit am Sprachgebrauchsproblem notwendig ist. Christoph Sauer (Delft/Niederlande)

Conrady, Peter: Schüler beim Umgang mit Texten. Eine empirische Untersuchung. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1976 (228 S., br., 28,- DM).

Conrady hat seine Arbeit in drei Bereiche gegliedert: nachdem er die theoretischen Grundlegungen diskutiert, folgt eine Darstellung der Untersuchungsmethoden und -ergebnisse, dem sich ein ausführlicher tabellarischer Anhang anschließt.

Im ersten Teil erörtert der Autor die »Situation der Literaturdidaktik« (6–25), »Ansätze der Textlinguistik« (29–35), »Ansätze zur Analyse von Rezipientenverhalten« (41–45), »Voraussetzungen praxisbezogener Forschungen innerhalb der Literaturdidaktik« (51–58) und versucht, die Aspekte im letzten Abschnitt »Grundlagen« (55–60) in seinen Forschungsansatz zu integrieren. Diesen schätzt er ein als bestimmt dadurch, daß von literaturdidaktischer Seite nicht ausreichend untersucht worden ist, wie das reale Leserverhalten aussieht, obwohl sie dies als Programm formuliert hat. Der Textlinguistik wirft er vor, daß »in jedem Fall . . . aber bisher ausreichende Darstellungen innerhalb der Literaturwissenschaft, die Text und Leser als gleichwertige Kategorien konstituieren (fehlen).« (38) »Demgegenüber beabsichtigt die vorliegende Arbeit, die besondere Aktivität realer Leser deutlich zu machen.« (42)

Als möglichen Ausweg aus den Schwierigkeiten, die sich in der empirischen Literaturwissenschaft bisher ergeben haben, sieht Conrady die Arbeit mit Fallstudien an (53). Er erkennt zwar, daß für seine Erhebung der Einfluß der Schulsituation störend wirken kann, meint dem aber begegnen zu können durch den Einsatz von Fragebögen, denen er eine objektivierende Wirkung zuschreibt (57). Die empirischen Methoden problematisiert Conrady anhand der von ihnen zu erwartenden Genauigkeit. Während er sich bei Validität auf die gängige Definition stützt (»Eine Messung ist dann gültig, wenn das Instrument tatsächlich das mißt, was es messen soll«), wird die Bestimmung der Reliabilität, entsprechend den spezifischen Bedingungen empirischer Literaturwissenschaft (z. B. verändert sich die zu messende Sache – der Rezipient – unabhängig vom Meßinstrument wie auch unter seinem Einfluß), neu formuliert: »Wenn ein Instrument, unter gleichen Versuchsanordnungen eingesetzt, bei aufeinanderfolgenden Messungen zumindest tendenziell gleiche Ergebnisse zeigt, ist es als verläßlich zu bezeichnen.« (59)

Diesem grundlegenden Teil schließt sich die Dokumentation der Untersuchung an, die zur Aufgabe hat, spontane Textrealisierungen der Schüler festzuhalten und Möglichkeiten ihrer didaktischen Umsetzbarkeit herauszufinden (60). Die Wiedergabe der Fallstudien ist so angelegt, daß zuerst vom Autor eine Einschätzung der unterschiedlichen, im Text angelegten Ebenen (z. B. phonologische Ebene, Konnexionsebene, Referenzebene, Konsequenzebene) geleistet wird, dem sich eine Darstellung des von ihm durchgeführten Unterrichtsmodells und der erhobenen Resultate anschließt. Die Ergebnisse zu den sechs untersuchten Texten werden von Conrady u. a. so interpretiert, daß spontane Textrealisierungen sich stark an einzelnen Textelementen orientieren, daß der Einsatz von Medien und schriftlichen Arbeitsanweisungen im didaktischen Bereich zu nachweisbaren qualitativen Verbesserungen führt und daß Mädchen aufgabenspezifischer arbeiten als Jungen (121).

Ungenügend geleistet ist in dem Buch die Übertragung der theoretischen Überlegungen auf die Anlage der Untersuchung. Häufig muß dem Leser unklar bleiben, warum die einzelnen Ansätze dargelegt werden. Dazu trägt sicherlich auch bei, daß zu viele Positionen auf zu kleinem Raum wiedergegeben sind, so daß Verkürzungen und

Mißverständnisse unausweichlich auftreten müssen. Schließlich wird die Lektüre erschwert durch die Art, in der die häufigen Zitatverweise, Jahres- und Seitenangaben in den Text eingebaut sind. Sie sind ein entscheidendes Hindernis für die lesergerechte Präsentation von Ergebnissen, die, nach der Zielsetzung des Autors, für die Anwendung im schulischen Alltag geeignet sein sollen. Günter Alfs (Hude)

Kaiser, Arnim, und Ruth Kaiser: *Literaturunterricht zwischen Strukturanalyse und Ideologiekritik.* Schwann, Düsseldorf 1977 (172 S., br., 20,- DM).

Die Autoren wollen neben einem neuen Ansatz zur Literaturdidaktik eine »Strukturtheorie« entwickeln (v. a. aus dem Zeichenbegriff nach de Saussure), die eine Art literaturdidaktische Rahmentheorie darstellen soll. (8)

Im Verständnis der Autoren stellt »der literarische Text kein Abbild, keine Zuordnung zu außerliterarischen Gegebenheiten« dar (23), da mit dem Zeichencharakter der Sprache »ihre Abbildfunktion distanziert« sei. (37) Der Rahmen strukturalistischer Literaturtheorien (dargestellt 24–30; 46–62) wird nicht verlassen, obwohl ihre entscheidenden Probleme angesprochen werden: ahistorische Betrachtungsweise, Relevanzbestimmung literarischer Texte, etc. Mit ihrer »Ausweitung oder Überhöhung« (62) durch unterschiedliche literatursoziologische Ansätze (z. B. Lukács, Goldmann, Fügen) wird versucht, das eigenständige Zeichensystem Sprache (als Literatur) mit der Realität in Verbindung zu bringen. Wie bleibt ungeklärt. Daß eine an Marx orientierte literatursoziologische Methode auch ein entsprechendes Verständnis von Sprache impliziert (als »unmittelbare Wirklichkeit des Gedankens«), scheint kein Problem zu sein.

Der Verstehensvorgang literarischer Texte reduziert sich auf die »strukturalistische Tätigkeit« (nach Barthes), die zur Erfassung der »Konnotation des Textes« führe. (52) In ideologiekritischer Absicht soll allerdings »das Werk . . . in seiner Aussage (?) mit der Wirklichkeit des Interpreten und seiner Stellung in ihr« (75) konfrontiert werden. Letztlich aber reduziert sich die Beziehung Autor–Werk–Leser, vermittelt im historischen Prozeß, auf die Werk–Leser Relation.

Das Ziel »literarische Kompetenz« wird in drei Teilziele ausdifferenziert, »situationsrelevante Qualifikationen« (in Kap. 3 als »Strukturgitter« entfaltet), die der systematischen Durchführung von Literaturunterricht dienen: 1. Fähigkeit, »die denotativ–konnotative Struktur des Textes zu erschließen«. (35; 83–84) 2. Fähigkeit und Bereitschaft, den an literarischen Texten »entwickelten kritisch–prüfenden Verstehensbegriff auf andere gesellschaftliche Bereiche zu übertragen«. (35; 84–85) 3. Analyse und Bewertung der Produktion, Distribution und Rezeption von Literatur (empirisch reduziert). (36; 85–86) Wenn diese »Strukturgitter« als »neutrale Instrumente« verstanden werden, »bei denen kein bestimmter ideologischer Standpunkt . . . oder eine bestimmte Auffassung von Literatur« vorausgesetzt sei (82), übersehen die Autoren, daß die angestrebten Qualifikationen ja aus strukturorientierten Literaturtheorien und Lerntheorien (Bloom) abgeleitet sind.

Die theoretischen Überlegungen werden in zwei »Lehrgängen« konkretisiert (Kap. 3): 1. Frarbeitung literarischer Codes (86–122). 2. Einführung in die Ideologiekritik (122–144). ad 1: Dabei werden nur Texte verwandt, in denen die Sprachverwendung der literarischen Figuren, z. T. als direkte Rede, im Vordergrund steht. Die Analyse der Wirkungsweise von Literatur wird auf Sprachverwendung reduziert, verstanden als Textrhetorik, und führt zu kuriosen Ergebnissen. Den literarischen Figuren werden die Sprachverwendung des Autors (!) und die wirkenden linguistischen Regularien als bewußte eigene Sprachverwendung unterstellt. Nur ein Beispiel,

Brechts Gedicht »Die Vögel warten im Winter vor dem Fenster«: »Damit das Ende seines (des Sperlings, H. B.) Redeteils mit dem neutralen a nicht zu abrupt kommt, durchmißt er das Vokaldreieck sehr folgerichtig und schaltet das zwischen i und a liegende e ein«. (97; vgl. 91 f., 97 f.) Die ideologische Wertung führt dann zu einem politisch gefährlichen Ergebnis. Die Vögel, rhetorisch geschickt, versuchen »vergessen zu lassen, daß sie auch Schädlinge sind« (98), da sie sich positiv darstellen. Der Bezug auf menschliche Zustände (Stichwort für Kaiser/Kaiser: »gute Leistung – guter Lohn«) kann im Brechtschen Sinne nur als Anklage gegen das Unrecht (geringer Lohn, Arbeitslosigkeit etc.) verstanden werden, so daß die Interpretation, »die Bitte um eine Belohnung (erscheine) danach fast als Anrecht auf eine Spende« (98), zynisch ist. Durch den 2. Lehrgang sollen die Schüler (und Studenten) befähigt werden, die ideologischen Voraussetzungen bzw. Implikationen literarischer Texte zu erfassen. Obwohl es unter einer literarischen Fragestellung nicht um »die theoretische Erörterung des Ideologiebegriffes« gehen soll, wird versucht, an den literarischen Texten selbst (France, Heine, Hebbel) drei unterschiedliche Ideologiebegriffe zu identifizieren – Pareto (139 f.) und in zweifacher Weise Marx: »Ideologie als verkehrtes Bewußtsein« (141 f.) und »als Ausdruck von Klasseninteressen« (143 f.). Wie verfahren die Autoren mit Texten, die diese Ideologiebegriffe auch nicht rudimentär identifizieren lassen, in denen keine wörtliche Rede der literarischen Figuren vorkommt?

Für die Interpretation Marxscher Überlegungen zu den genannten Fragen ist folgendes Zitat beispielhaft: »Da wir aber weder die Theorie des Klassenantagonismus, bezogen auf heutige soziale Verhältnisse, noch den Ökonomismus, der sich schon in den Frühschriften ankündigt, für ausreichende Erklärungsprinzipien halten und die dogmatische Geschichtsphilosophie des »état final« distanzieren . . .«. (24, vgl. 143) Solche »Distanzierungen« und der Buhmann »vereinfachte Abbildbeziehungen« (67) und »mechanisch-kausale Interpretation der Beziehung von Kunst und Gesellschaft« (71) einerseits, sowie die Ignoranz gegenüber der neueren marxistischen Diskussion kennzeichnen das Verhältnis gegenüber den Bemühungen, die materialistische Literaturtheorie weiter zu entwickeln. Obwohl zu einzelnen, eingeschränkten Aspekten überlegenswerte Gedanken formuliert werden, kommen die Autoren nicht über die bisherigen Ansätze der strukturalistisch orientierten Literaturdidaktik hinaus.

Helmut Bublatzky (Berlin/West)

Damian, Michael: *Zur Geschichtlichkeit des Theaters des Absurden. Versuch einer materialistischen Analyse der Dramen Becketts und Pinters unter Berücksichtigung ihrer Entstehungsbedingungen, Rezeption und Wirkungsgeschichte.* Verlag Haag & Herchen, Frankfurt/M. 1977 (314 S., br., 24,80 DM).

Damians materialistischer Anspruch bestimmt den Aufbau seiner Arbeit: Im ersten Schritt entwickelt er anhand des Stückmaterials die zentralen Merkmale absurder Dramatik; im zweiten Schritt beleuchtet er die historischen Entstehungsbedingungen; im dritten vermittelt er diese Entstehungsbedingungen mit der marxistischen Kapitalismuskritik. Damit hat er das Instrumentarium bereit gelegt, womit er die Stücke Becketts und Pinters nach Aspekten wie Figuren- und Handlungsaufbau, Handlungs- und Sprachzerfall, körperlicher und geistiger Verfall, Realitätsflucht, Identitätsverlust u. a. m. seziert. Diese verschiedenen Aspekte interpretiert Damian als Facetten des kapitalistischen Entfremdungsprozesses, wie er sich v. a. in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten fortschrittlichen bürgerlichen Autoren dargestellt habe. Das Argumentationsmuster bleibt einfach und stets dasselbe: Diese und jene Eigenschaft der Bühnenfigur etc. ist »typischer Ausdruck« für diese und jene Spezifik

des Nachkriegskapitalismus. Im abschließenden Teil befaßt sich Damian ideologiekritisch mit den verschiedenen Rezeptionsweisen und versucht einige Wirkungen absurder Dramatik auf den Politisierungsprozeß amerikanischer und europäischer Intellektueller aufzuzeigen. Fazit: Damian begreift das Theater des Absurden als eine realistische Aufzeichnung typisch spätkapitalistischer Entfremdungssymptome. Da ihm jedoch eine systemsprengende (sozialistische) Perspektive fehle, könne es auch systemintegrativ mißbraucht werden. Erst die »richtige« Rezeption setze seine kritische politische Bedeutung frei.

Solider Aufbau und große Detailkenntnis sind handfeste Vorzüge der Arbeit. Ihre grundsätzlichen Mängel sind allerdings unüberschbar. Damian spricht stets von Theater, analysiert jedoch nur Dramenliteratur. Ohne Inszenierungsanalysen bleibt seine Arbeit Fragment. Weiter: Das absurde Theater läßt sich nicht ohne weiteres für eine (wenn auch unzulängliche) sozialkritische Haltung vereinnahmen, z. B. in der Art: »Im Unterschied zu Brecht stellen die Vertreter des Theaters des Absurden die entfremdeten Menschen zwar mit äußerster Schärfe und Prägnanz dar, lassen aber nicht, wie Brecht sagt, »die Figuren und Vorgänge aus der Verfremdung wieder auftauchen.« (43). Hätte Damian Ionesco mit in seine Betrachtung einbezogen, wäre ihm die antisoziale Ideologie mancher absurder Stücke nicht verborgen geblieben. Zwar ahnt er sie, doch eskamotiert er sie sogleich mit einem Quidproquo: Die reaktionäre Rezeption habe auf die Autoren zurückgewirkt (220). Schließlich ist Damians Muster, Figurenverhalten und -eigenschaften direkt mit Merkmalen der kapitalistischen Gesellschaft zu verknüpfen, zu kurzschlüssig. Es übersieht, daß Figuren v. a. aus ihrem Stückzusammenhang bestimmt sind, und nur vermittelt durch die Gesamtaussage des Stücks Urteile über die im Stück verarbeitete soziale Wirklichkeit zu fällen sind. Damians verkürztes Verfahren erzeugt Beliebigkeiten: Gewisse Figureneigenschaften werden hervorgehoben und isoliert für das Gesamte interpretiert, andere werden schlicht unterschlagen.

Urs Bircher (Basel)

Blumer, Arnold: Das dokumentarische Theater der sechziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1977 (388 S., br., 39,80 DM).

Zu Beginn entwickelt Blumer in einer Auseinandersetzung mit S. Melchinger, P. Weiss, G. Rühle und M. Walser eine präzise Definition des Begriffes *dokumentarisches Theater*. Anschließend stellt er die Frage, inwieweit die Stücke von Hochhuth, Weiss, Kipphardt, Grass, Dorst und Enzensberger, die zum dokumentarischen Theater gezählt werden, dieser Definition entsprechen.

Außer in der Dokumentierbarkeit seiner Themen und seinem politischen Charakter sieht Blumer das eigentlich Neue des dokumentarischen Theaters in dessen Versuch, mit ästhetischen Mitteln über das Theater hinaus politische Willensbildung mit dem Ziel der gesellschaftlichen Veränderung anzustreben. Hierin unterscheide sich das dokumentarisch-politische Theater vom »nur Theater« (38).

Für Hochhuths *Stellvertreter* und *Soldaten* stellt Blumer eben diesen Charakter des politisch ineffektiven »nur Theaters« fest, da es Hochhuth wegen der Individualisierung geschichtlicher Prozesse – etwa in der Gestalt Churchill's – nicht gelinge, »eine Abschilderung der Tatsachenwirklichkeit so zu durchleuchten, daß die historischen ... Hintergründe sichtbar geworden wären.« (99) Blumer zählt diese Stücke zu »unmittelbaren Vorläufern« (73) eines dokumentarischen Theaters, da sie »auf die Möglichkeit einer wirklichkeitsbeeinflussenden Kunst« (103) hingewiesen hätten.

Auch für Grass' *Die Plebejer proben den Aufstand*, für Dorsts *Toller* und für Kipphardts *J. R. Oppenheimer* und *Joel Brand* läßt Blumer die Bezeichnung *doku-*

mentarisches Theater nicht gelten. Verfälscht Grass den proletarischen Klassertypus zum »dummen Arbeiter« (282) und individualisiert er die Kernproblematik, indem das Gelingen des Aufstandes scheinbar vom Verhalten des »Chefs« abhängig wird, so gestaltet Dorst das zentrale Thema – das Leben und die Revolution nur als Theater betrachten zu können – nicht als ein gesellschaftliches Problem des bürgerlichen Künstlers, sondern als ein subjektives Dilemma. (311) In den beiden Stücken Kipphards wiederum wird die zur Debatte gestellte Problematik einer eingeschränkten Entscheidungsmöglichkeit des einzelnen in den Kompetenzbereich individueller Figuren verlegt, so daß die hinter dieser Problematik stehenden Zwänge die Dimension eines unveränderbaren Schicksals annehmen. (257)

Indem Peter Weiss in *Die Ermittlung*, *Der Gesang vom lusitanischen Popanz*, *Vietnam-Diskurs* und *Trotzki im Exil* durch Entindividualisierung von Personen und Sprache – etwa durch die Darstellung verschiedener Rollen durch einen Schauspieler – Gruppenkonflikte in beispielhafter Form sichtbar zu machen sucht, kann im Zuschauer über den Rückbezug des Besonderen auf das Allgemeine ein politischer Denkprozeß in Gang gesetzt werden. Allerdings wird dieser Prozeß nach Blumer durch die Unterrepräsentation des politischen Gegners in diesen Stücken beeinträchtigt. Trotz dieses Einwandes liegt für Blumer das Verdienst Weiss' in dem weit vorangetriebenen Versuch, das Theater in die sozio-politische Wirklichkeit zu integrieren, womit er Blumers Verständnis des dokumentarischen Theaters entspricht.

Die Verzweiflung an der Realität bei gleichzeitigem Aufruf zum politischen Handeln, nach Blumer wie »das Werk Enzensbergers bestimmende Dialektik von Theorie und Praxis« (347), ermöglicht es dem *Verhör von Habana*, die Denkstrukturen, »hinter denen sich das Inhumane der bisherigen politischen Systeme verbirgt« (347), durchschaubar zu machen, zu negieren und gleichzeitig als utopisches Moment die »realisierbare Möglichkeit einer besseren Gesellschaft« (347) in sich aufzuheben. Kunst wird damit, und hierin sieht Blumer ihren »Gebrauchswert« (365), eine der Voraussetzungen für eine neue Wirklichkeit. Damit kommt das *Verhör von Habana* »meiner Definition von dem, was dokumentarisches Theater sein könnte, am nächsten«. (365)

Ohne Zweifel ist Blumer der Realismustheorie Brechts verpflichtet. Allerdings werden die damit übernommenen marxistischen Denkmuster nicht genügend reflektiert. So kann es ihm nicht gelingen, sich mit R. Grimms Einordnung der »Dialektik« Enzensbergers als ein »Paradox« (346), womit die Problematik des bürgerlichen Künstlers im Ansatz erfaßt ist, überzeugend auseinanderzusetzen. Folglich lassen die Ausführungen zu Enzensberger die konkrete Argumentation vermissen, die die übrigen Kapitel auszeichnet.

Frank Richter (Oldenburg)

Soziologie

Floßdorf, Bernhard: Kreativität. Bruchstücke einer Soziologie des Subjekts. Syndikat, Frankfurt M. 1978 (300 S., br., 18,- DM).

»Kreativität« ist eines der verbreitetsten Schlagworte in der modernen Psychologie, vor allem in deren populärwissenschaftlichem Niederschlag; sie gehört ebenso in den Anforderungskatalog an Bewerber für höhere Positionen in Verwaltung und Management wie – als »Innovationsbereitschaft« tituliert – zu den geforderten Tätigkeiten des Lehrers und Erziehers (Deutscher Bildungsrat 1970). Floßdorf betrachtet den Begriff der Kreativität als »Knotenpunkt einer allgemeinen Theorie des handelnden Subjekts« (7) und stellt ihn und die gesamte Kreativitätsforschung in das Spannungsfeld des Widerspruchs von Produktivkraftentwicklung und Produktionsweise im Kapita-

lismus: treibt die objektive Notwendigkeit zur Weiterentwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte einerseits Phantasie und Erfindungsgeist der produzierenden Subjekte ständig an, so müssen diese doch andererseits soweit domestiziert und unterdrückt werden, daß sie die Schranken der herrschenden Produktionsweise nicht überschreiten. So orientiert sich die Kreativitätsforschung nicht etwa an der allseitigen Entwicklung des handelnden Subjekts, sondern an dem jeweils unter den herrschenden Produktionsbedingungen zu erbringenden Produkt. Führungskräfte werden so zu »Sozialingenieuren mit Design-Kompetenz«. Stattdessen fordert der Autor in Weiterentwicklung der von Marx – vor allem in den Frühschriften – angerissenen Theorie des Subjekts einen Begriff von Kreativität, der den Menschen als Produzenten seiner eigenen Wirklichkeit reflektiert. Zunächst allerdings rekonstruiert er die historische Genese des heutigen systemkonformen Kreativitätskonzepts in seiner gesamten begrifflichen Widersprüchlichkeit. Entsprechend der Ablösung der autonomen handwerklichen Produktion durch die im Kapitalverhältnis gegebene abstrakte, nunmehr am Tauschwert orientierte Arbeit unterliegt auch das Bild des handelnden Subjekts einem Wandel: statt des Genies, das bis in die Renaissance hinein Verkörperung des schöpferischen Menschen war, wird nun der allseits flexible und disponible, der Wandelbarkeit des Kapitals entsprechende Arbeiter zum Leitbild. Seine Kreativität reduziert sich auf Selbstanpassung an die jeweiligen Bedingungen des Arbeitsprozesses. Auch in der wissenschaftlichen Forschung, die gemeinhin als Freiraum für Kreativität gilt, setzt sich diese Tendenz durch, so daß nicht nur die programmierbare Maschine, sondern auch der Mensch durch seine abstrakte »Problemlösefähigkeit« (die übrigens auch in den Lernzielkatalog der Oberstufe gehört) überall einsetzbar ist. Gerade in dieser Tendenz aber erweist sich die transitorische Notwendigkeit des Kapitalismus: er produziert mit der für seine Weiterentwicklung notwendigen »kollektiven Kreativität« (76) der Arbeiterklasse gleichzeitig die subjektiven Bedingungen seiner Aufhebung. Diese Dimension der kollektiven Kreativität fehlt in der herkömmlichen Kreativitätsforschung, die in ihrem Interesse an Abstufungen von Intelligenz genau dem Konkurrenzmechanismus des Kapitals folgt. Vielmehr wird gerade das divergente Denken, das über die Grenzen des aktuell Brauch- und Verwertbaren hinausgeht, als abweichendes Verhalten (Devianz) diskriminiert. Hier analysiert Floßdorf vor allem den Zusammenhang von Devianz und Innovation, der ja jeweils das Verhältnis zwischen der vom Kapital verwertbaren und der es transzendierenden Kreativität angibt, sowie die Abgrenzungsmechanismen, mit denen die gesellschaftliche Rationalität sich von allem ihr Widersprechendem als dem Pathologischen, »Verrückten« distanziiert. Im letzten Kapitel »Kreativität und die Konstruktion von Wirklichkeit« versucht der Autor, das Versprechen der Skizzierung einer dialektischen Theorie des Subjekts einzulösen, in der Kreativität als »sinnliche Praxis« (MEW 3, 583) interpretierbar wird. Hierbei verweist er zum einen auf den symbolischen Interaktionismus, der schon die alltägliche Interpretation von Wahrnehmungen als »Strukturrahmen für Modelle der Wirklichkeit« (223) faßt. Die Konstruktion solcher Modelle geschieht in östlichen Kulturen auf andere, nicht der reinen Faktizität und den Verwertungsinteressen der kapitalistischen Ökonomie verhaftete Weise, so daß als Zielvorstellung eines neuen Kreativitätskonzepts »zwei komplementäre Modi der Konstruktion von Wirklichkeit« (228) zu gelten hätten, der rationale und der »supersensitive«, der von der »etablierten Wissenschaft in hilfloser Unwissenheit als »para-normal« beiseite geschoben werden)«. (237)

Angesichts der Absicht, die Marxsche Theorie des Subjekts auszubauen und gerade die Kreativität gegenüber der kapitalistischen Verwertungsrationalität einzuklagen, nimmt sich diese Forderung recht erstaunlich aus, betrachtet sie doch nunmehr die subjektive Seite der Realitätskonstruktion, ohne von dort zu den herrschenden Pro-

duktionsverhältnissen zu kommen. Der geforderten »Sozialsystematik« – bestimmt als Ineinanderwirken der subjektiven und der objektiven Seite des Produktionsprozesses – fehlt es also am entscheidenden Teil. Die Notwendigkeit der dialektischen Betrachtung von systemkonformer Kreativität und ihrer potentiellen Sprengkraft scheint also in dem Moment aufgehoben, in dem es um die Konstruktion der zukünftigen Produktionsweise und der in ihr dominierenden Kreativität geht. Die Revolutionierung der wissenschaftlichen Paradigma scheint nun diejenige der Produktionsverhältnisse ersetzen zu sollen. Angst des Kopfarbeiters vor der »kollektiven Kreativität« der Arbeiterklasse?

Claudia Albert (Berlin/West)

Beck-Gernsheim, Elisabeth: Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt. Zur Ideologie und Realität von Frauenberufen. Aspekte Verlag, Frankfurt/M. 1976 (181 S., br., 12,80 DM).

Beck-Gernsheim kritisiert die Unzulänglichkeiten traditioneller Erklärungsansätze zur spezifischen Situation der Frau im Beruf (»Doppelrolle in Haushalt und Beruf«) und beansprucht, mittels eines Konzepts des »weiblichen Arbeitsvermögens« (7) – womit die qua Sozialisationsprozeß erworbenen und auf die Anforderungen der Hausarbeit bezogenen spezifisch weiblichen Fähigkeiten gemeint sind, die auch in die Berufstätigkeit eingehen – die berufliche Unterprivilegierung der Frauen zu erklären. Ihre zentrale These lautet: »Die berufliche Benachteiligung der Frau liegt . . . häufig darin begründet, daß Frauen – aufgrund der mit der grundlegenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung vermittelten Orientierungen und Fähigkeiten – vielfach gerade stärker als Männer ein Engagement zur arbeitsinhaltlichen Aufgabenerfüllung besitzen, daß sie deshalb weniger als Männer über Fähigkeiten verfügen, Einkommens-, Status- und Karriereinteressen durchzusetzen.« (11) Dies führe zu besonderen Formen der betrieblichen Nutzung und beruflichen Einpassung, aus denen Unterprivilegierung resultiere. Obwohl die Verfasserin Ansätze, die das »Wesen der Frau« (4) für deren berufliche Benachteiligung verantwortlich machen, aufgrund deren Abstraktion von der gesellschaftlichen Arbeitsteilung kritisiert, beschränkt sich ihr Konzept auf den historisch-phänomenologischen Nachweis, daß Frauen seit dem Feudalismus die reproduktionsbezogenen Aufgaben zugeteilt wurden, wodurch sich im Bewußtsein die typisch weiblichen Dispositionen entwickelten. Dabei gerät außer acht, daß das Rollenselbstverständnis im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung selbst kurzfristig Modifikationen erfahren hat. Der Versuch, den »geschlechtsspezifisch-biographischen Kontext«, den »Lebenszusammenhang«, innerhalb dessen bestimmte Fähigkeiten und Persönlichkeitsmerkmale ihre besondere Bedeutung gewinnen, zu berücksichtigen (51), vernachlässigt zu sehr klassenspezifische Lebenslagen, trotz des Hinweises, daß die typisch weiblichen Dispositionen für Frauen der »Unterschicht« in der Arbeitssphäre eine Benachteiligung, für viele Frauen der Mittel- und Oberschicht jedoch durchaus eine Entlastung von Konkurrenz- und Karrierezwang bedeuten.

Die Rekrutierung von Frauen in niedrig qualifizierte Tätigkeiten mit geringem Identifikationsgrad (Bandarbeit) müßte Beck-Gernsheim zufolge mehr soziale Konflikte aufwerfen als die von Männern, auch wenn Frauen häufig nur passiven Widerstand gegen inhaltlich unbefriedigende Arbeit leisten (z. B. durch Absentismus und Fluktuation) und sich eher auf ihre familiären Aufgaben konzentrieren. Daß Gleichgültigkeit und Identifikation nicht geschlechtsspezifisch verteilt sind, muß die Verfasserin einräumen, wenn sie schreibt, daß Frauen vor allem in qualifizierten Berufen trotz Mehrfachbelastung Interesse und Engagement in der Arbeit zeigen.

Kritisch zu hinterfragen ist über einzelne Hypothesen hinaus die Konstruktion der typisch weiblichen Dispositionen, der »weiblichen Kultur« als »Insgesamt der Tätigkeiten und Beziehungen der Frau im Reproduktionsbereich (Familie, Haushalt, Kindererziehung)« und der »damit verbundenen ökonomischen und sozialen Abhängigkeiten, Chancen und Grenzen in bezug auf Persönlichkeitsentwicklung, Handlungsspielraum usw.« (46 f.), die angeblich erst in der konkreten Berufstätigkeit bzw. in der Einstellung zur Hausarbeit je schichtspezifische Bedeutung gewinnen. Die Herausbildung dieser Dispositionen müßte demgegenüber gerade in Zusammenhang mit ihren je spezifischen sozialen Funktionen in verschiedenen Klassen betrachtet werden.

Mit ihren Thesen zur »praktisch-politischen Umorientierung« (171) fordert die Verfasserin, daß die im weiblichen Arbeitsvermögen enthaltene Personen- und Bedürfnisorientierung nicht mit »sozialhierarchischer Unterprivilegierung« (172) bezahlt werden dürfe; daß bessere Voraussetzungen für die Bewältigung familiärer Reproduktionsaufgaben geschaffen werden müssen; daß es schließlich nicht darum gehe, Frauen zu mehr Aggressivität und Konkurrenzverhalten im Beruf zu befähigen, sondern sie sich erst im Beruf emanzipieren könnten, wenn dieser selbst verändert sei. Dennoch bleiben die Frauen passive Wesen, die ihrer Unterprivilegierung offenbar nichts entgegenzusetzen haben: Frauenbewegung und Gewerkschaften werden als Triebkraft von Veränderungen unterschlagen. Barbara Weißbach (Berlin/West)

Saffioti, Heleieth I. B.: *Women in class society*. Aus dem Portugiesischen von Michael Vale, Monthly Review Press, New York, London 1978 (378 S., br., 16,50 \$).

Mit zwölfjähriger Verspätung wurde die englischsprachige Welt 1978 auf die Brasilianerin Heleieth Saffioti, Professorin für Soziologie an der Universität Araraquara, Brasilien, aufmerksam. Die Autorin schreibt seit Jahren in Lateinamerika über die Frauen und nahm im Herbst 1978 am UNESCO-Kongreß über politische Partizipation der Frauen in San Francisco teil. Saffioti analysiert mit großer Schärfe und Klarheit die Abhängigkeit der Frau zu einem Zeitpunkt, wo das gleiche Problem in den Industrieländern erst zögernd Eingang in die öffentliche Diskussion fand und nur von wenigen in der Dimension, die Saffioti beschreibt, begriffen wurde. Die Analyse ist nach zwölf Jahren keineswegs veraltet, die Beispiele aus der brasilianischen Gesellschaft machen die Widersprüche und die Unterdrückung der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft nur noch offensichtlicher.

Saffioti leitet ihre Erkenntnisse schrittweise aus der Analyse der Stellung der Frau in der Gesellschaft allgemein und in der kapitalistischen im besonderen ab, dies mit sozialistischer Perspektive. An die theoretischen Ausführungen schließen sich die geschichtlichen Erfahrungen der brasilianischen Frauen, der weißen und der schwarzen, der Ober- und der Unterklassen an. Im dritten Teil des Buches macht Saffioti deutlich, wie weit die Wissenschaft zur Aufrechterhaltung des status quo der Frau in der Gesellschaft beigetragen hat, ja geradezu dafür benutzt wurde. Angeführt werden hier die Freud'sche Theorie und die anthropologische Theorie des kulturellen Relativismus von Margaret Mead. Für ihre Analyse benutzt Saffioti die Marxistische Methode, zieht aber auch die Erkenntnisse Webers und der französischen Strukturalisten heran.

Saffioti, die die Unterdrückung der Frauen, ja letztlich aller Minoritäten, aus den Widersprüchen des kapitalistischen Systems herleitet und dabei die Entwicklung des deformierten Kapitalismus in einem abhängigen Land wie Brasilien besonders berücksichtigt, zeigt den Frauen in den westlichen Industrieländern klar auf, daß ihre re-

lativ größeren Freiheiten innerhalb ihrer Gesellschaften nur aufgrund der noch größeren Abhängigkeit der Frauen in der sogenannten Dritten Welt möglich ist. Doch diese scheinbar größere Freiheit der Frauen in den Metropolen gerät in dem Moment ins Wanken, wo der Kapitalismus einen hohen Grad der Reife erfährt und nicht mehr ohne weiteres auf die ökonomische Unterentwicklung der Dritten Welt bzw. der Peripheriestaaten setzen kann. Eine hochentwickelte Klassengesellschaft wie die kapitalistische, mit ihrem immensen technologischen Potential und ihrer ständig zunehmenden Arbeitsproduktivität, benötigt nicht mehr alle Mitglieder ihrer Gesellschaft im erwerbsfähigen Alter, um Reichtum zu erzeugen. Je nach Reifegrad der jeweiligen Gesellschaft werden die schlimmsten Auswirkungen der Arbeitslosigkeit abgemildert. Doch gleichzeitig müssen Kriterien gefunden werden, nach denen die Menschen in den Arbeitsprozeß eingegliedert oder von ihm ferngehalten werden. Ein Optimum an Effektivität wird von denjenigen verlangt, die in den »Genuß« der Eingliederung in den Arbeitsprozeß kommen wollen. Da liegt es doch nahe, biologische, ethnische und rassische Unterschiede als erstes Aussonderungskriterium zu benutzen. Der Frau werden die traditionellen Aufgaben, wie Kinder zu gebären und aufzuziehen, zugewiesen. Die Freistellung der Frau von den traditionellen Funktionen und damit ihre Einbeziehung als vollwertige Arbeitskräfte in den kapitalistischen Prozeß hieße zum weiteren Anwachsen des Arbeitskräftepotentials beizutragen. Beim derzeitigen Stand der kapitalistischen Gesellschaft trüge das zur Steigerung der Arbeitslosenquote und damit zum Anwachsen von Unzufriedenen bei. Hieraus erklärt sich auch, warum in allen kapitalistischen Gesellschaften soziale Einrichtungen wie Kinderkrippen und Kindergärten niemals zu Idealeinrichtungen ausgebaut werden. Ausnahmen werden nur gestattet, wenn »Not am Mann« ist, d. h. Krieg oder wirtschaftliche Aufbauphasen. Dann spielen biologische Unterschiede keine Rolle.

Den bürgerlichen mittelständischen Frauenbewegungen bescheinigt Saffioti Kleinmut. Sie doktern an den Symptomen herum, aber fassen nicht die Ursachen. Sie überdecken somit die internen (Klassen-) Widersprüche und machen sich zum Instrument der Herrschenden. Dem sozialistischen Feminismus attestiert Saffioti, die Probleme der Frauen in einer Wettbewerbsgesellschaft aus einer wesentlich weiteren Perspektive zu analysieren. Doch auch er hat bislang weder theoretisch noch praktisch befriedigende Lösungen gebracht. Den Grund dafür sieht sie in der Simplifizierung der Sichtweise, nämlich die Diskriminierung der Frau *allein* ökonomischen Kategorien zuzuschreiben. Zwar hat die Frau im Sozialismus heute bereits schon größere Entfaltungsmöglichkeiten, doch ein Blick in die UdSSR bestätigt, daß auch hier noch lange nicht alles zum Besten steht – trotz Kollektiveigentum. Ausübung politischer Macht und die Dominierung durch die Bürokratie verhindern die Ausräumung jahrhundertalter Vorurteile.

Zu hoffen bleibt, daß Saffiotis Buch möglichst rasch in die deutsche Sprache übersetzt wird, um einem möglichst großen deutschen Leserkreis, Männer wie Frauen, zugänglich zu sein. Männer und Frauen können sich nur gemeinsam von den Zwängen, die ihnen das auf zunehmend sich verschärfenden Wettbewerb ausgerichtete kapitalistische System zwangsläufig auferlegt (fortschreitende Technologisierung etc.) befreien.

Hannelore Börgel (Berlin/West)

Fleischer, Luitgard: Zur Rolle der Frau in Afrika. Heirat, Geburt und Krankheit im Leben der Hausa-Frauen in Nigeria. Kübel-Stiftung, Bensheim 1977 (136 S., br., 6,80 DM).

Frauen in Westafrika werden als Phänomen der Selbständigkeit, als Handelsfrauen angesehen, ökonomische Unabhängigkeit und Selbstbewußtsein charakterisieren sie.

Daß diese Verallgemeinerung nicht immer zutrifft, zeigt die 2jährige Untersuchung der Sozialanthropologin L. Fleischer (ihr Mann arbeitete in der Zeit als Arzt in Jos), die islamische Hausfrauen in der Stadt Jos, Nordnigeria, interviewt hat und durch Miterleben, d. h. häufige Besuche bei den Frauen in der Familie, eine für eine Europäerin detaillierte Schilderung über diese Frauen bringt (was sicher nicht einfach war durch die *pardah* – strikte Abgeschlossenheit von der Öffentlichkeit bis zur Menopause – der Frauen).

Zunächst schildert sie – etwas zu kurz – die Stadt Jos und die Lebensverhältnisse ihrer Einwohner, speziell der Hausa, die meist den Beruf des Händlers ausüben; selbst ihre Frauen (wenn auch ein kleiner Teil) lassen über ihre Kinder Selbstgebackenes etc. auf dem Markt verkaufen. Die Hausa leben in der Altstadt von Jos in traditionellen Lehmhäusern, deren Innenhof das Reich der Frauen ist.

Uns ist allen bekannt, daß die Frauen in islamischen Gesellschaften vom Patriarchat beherrscht werden, und dieses Buch zeigt erschütternd auf, in welcher Abhängigkeit die Frauen der islamischen Hausa heute noch leben. Die Benachteiligung der Frau zeigt sich stets im täglichen Leben durch die *pardah* und manifestiert sich für den Leser bei verschiedenen wichtigen Lebensabschnitten wie Heirat, Geburt etc., die L. Fleischer mit dem Begriff Lebenskrisen charakterisiert (dies stellt ihre einzige theoretische Verallgemeinerung dar).

Die Heirat (oft sind es noch von den Eltern arrangierte Heiraten) wird früh durchgeführt, um die Jungfräulichkeit der Braut – ein unbedingtes Muß – zu garantieren und ihr das Einleben in eine meist polygame Ehe (der Islam erlaubt den Männern 4 Frauen) zu erleichtern, sprich die soziale Rangordnung der Frauen in dem neuen Haushalt anzuerkennen. 69% der Befragten lebten in einer solchen Ehe. Die Heirat ist eine Angelegenheit zwischen zwei Familien, die nach ökonomischen und sozialen Ansehen festgelegt wird. Daß die Frau dabei keine wichtige Rolle spielt, wird schon darin offenkundig, daß sie bei der Ehezeremonie nicht anwesend ist, nur die Männer beider Familien. Sie wird also vom Gewahrsam des Vaters in den Gewahrsam des Ehemannes gegeben; ihre Idealeigenschaften sind Gehorsam, Keuschheit und Gebärfähigkeit. Dies sind die Grundlagen der Ehe, in der der Mann die Frau ökonomisch unterhält, während sie ihm viele Söhne zu schenken hat. Von allen interviewten Frauen wird die Untreue des Mannes als etwas Selbstverständliches hingenommen, da sie ja von ihm abhängig sind.

In dem neuen Haushalt lernt die Frau die Rangordnung der Frauen untereinander respektieren (die älteste Frau hat den Vorstand und die jüngste muß ihr gehorchen, was zu Konflikten führt); sie machen den Haushalt gemeinsam, kochen und essen zusammen. Neid und Mißgunst entsteht oft, wenn eine Frau nach der Heirat nicht gebiert; man lastet ihr das Versagen an, und sie wird die anderen Frauen verdächtigen, böse Geister beschworen zu haben. Die Frauen stehen also ständig unter dem Leistungsdruck, ihre einzige und wichtige Funktion wahrzunehmen: Kinder zu gebären und aufzuziehen. Um dieses Faktum dreht sich ihre ganze Welt bis zur Menopause, das allein bestimmt ihre Beziehung zu dem Ehemann und der Familie. Durch die Kinder hat sie Sicherheit und Anerkennung, ohne sie ist sie nichts wert.

Dies ist auch der Grund, warum sich mehr Frauen als Männer scheiden lassen, eine überraschende Tatsache, vergegenwärtigt man sich die sonstige Unmündigkeit der Frauen. Sie heiraten in der Regel mindestens zweimal, Scheidungsgründe sind arrangierte ungewollte Heirat, Unfruchtbarkeit und die Hoffnung, mit einem neuen Ehemann zu einem Kind zu kommen. Der Druck der Gesellschaft auf die Frau ist groß, denn bei Scheidung bleiben die Kinder beim Mann, die Frau hat kein Recht auf sie.

Die Unfruchtbarkeit ist eine persönliche Katastrophe für die Frau, da sie so ihre zentrale Rolle in der Gesellschaft nicht erfüllen kann. Bleibt der Kindersegen aus,

wird sie auf übernatürliche Kräfte (Geisterbeschwörung, Zauberei) kommen, die ihr einen Ausweg bieten sollen. So wird verständlich, warum im Teil 2 des Buches die Geburt, die Tage danach, Beziehung Mutter–Kind ausführlich behandelt werden.

Im Teil 3 befaßt sich die Autorin mit den Vorstellungen der Hausa über Krankheit und ihre Ursachen sowie Maßnahmen, sie zu heilen. Die Hervorrufung von Krankheiten durch Menschen oder Geister wird als möglich angesehen. Entsprechend wird auf die verschiedenen Krankheiten reagiert; ein ›weißer‹ Arzt wird nur im Notfall aufgesucht, als Ergänzung zu den traditionellen Heilkünsten.

Insgesamt ist das Buch eine aufschlußreiche und wichtige Lektüre für alle, die sich mit Frauen in den Ländern der Dritten Welt beschäftigen.

Man wird mit einer Lebensweise konfrontiert, die aufzeigt, wie weit der Weg noch ist, die Frauen aus ihrer Abhängigkeit herauszuführen. Es ist schade, daß die Autorin nicht ausführlicher auf die wirtschaftlichen Aktivitäten (Handel) der Frauen nach der Menopause eingegangen ist, und wie sich dadurch ihre soziale Stellung ändert. Dadurch fehlt ein wichtiges Mosaik für das Verständnis ihrer Situation.

Carola Donner-Reichle (Bangkok)

Honegger, Claudia (Hrsg.): Die Hexen der Neuzeit. Studien zur Sozialgeschichte eines kulturellen Deutungsmusters. edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1978 (393 S. br., 12,- DM).

Im ersten Teil versucht die Herausgeberin Forschungsergebnisse aus sieben Büchern, von denen Auszüge im Band abgedruckt sind, zu berücksichtigen und in ihre Analyse miteinzubeziehen. Sie beschreibt den Hexenwahn primär als gesellschaftlich bedingtes Herrschaftsverhältnis, betont jedoch die unbedingte Notwendigkeit, die Hexen zuallererst als Frauen wahrzunehmen. Sie begreift den systematisierten Hexenglauben als ein kulturelles Deutungsmuster, als generative Weltinterpretation. Deutungsmuster sind Antworten auf konkrete Probleme in sozialen Handlungssituationen. Bei Veränderung dienen sie als Interpretationsvorlagen. Honeggers Analyse verweist auf objektive Bedingungen, auf die Vorstellungsraster der Subjekte, auf den Traditionszusammenhang von Mythen. Dabei enthalten Deutungsmuster sowohl retardierende als auch antizipatorische Momente. Sie hängen mit dem Verlauf der Entwicklung von Produktions- und Reproduktionsverhältnissen eng zusammen. Ihre Hypothese wird in folgenden Schritten vorgeführt: Genese und Zerfall, objektive gesellschaftliche Bedingungen, Rekonstruktion und Verselbständigung des Hexenmusters. Negativer Aspekt dieser Arbeit ist die gewählte Sprachform, die nur mit etlicher Mühe zu verstehen ist.

Anhand der Belege im Buch ist es möglich, einzelne Aspekte der vorangegangenen Analyse zu verdeutlichen: Joseph Hansen (»Zur Entstehung der großen Hexenverfolgung«) belegt den Beginn der Hexenverfolgung als ein Werk der Theologie der christlichen Kirche anhand von kommentierten Quellen. In »Hexerei und Geist des Mittelalters« begreift J. B. Russel Hexerei als gesellschaftlich vorgeformte Ausdrucksform aggressiver Regungen. Hier zeige sich das Auseintreten von institutioneller und symbolischer Ordnung in Zeiten gesellschaftlicher Krisen. Der Untersuchungsgegenstand von H. R. Trevor-Roper in »Der europäische Hexenwahn des 16. und 17. Jahrhunderts« ist die organisierte, systematische Dämonologie, wie sie von der mittelalterlichen Kirche erdacht worden ist. In der Mythologie des Hexenwahns artikulierten sich gesellschaftliche Spannungen, es formierte sich eine soziale Bewegung. A. D. J. Macfarlane beschreibt in seinen »Anthropologischen Interpretationen des Hexenwesens« den Hintergrund der Entwicklung von der dörflichen Gemeinschaft zu einer unpersönlichen Gesellschaft mit veränderten moralischen Wer-

ten. Der psychologische Ansatz des Autors erfaßt den Hexenglauben in der Sozialstruktur gesellschaftlicher Gruppen und Klassen. Den gleichen Aspekt erweitert Keith Thomas »Die Hexen und ihre soziale Umwelt« zu einem Grundkonflikt zwischen dem ethischen Kodex der Dorfgemeinschaften – traditioneller Kollektivismus – und aufkommenden individuellen Verhaltensweisen. In Robert Mandrou's Beitrag »Die französischen Richter und die Hexenprozesse im 17. Jahrhundert« werden die Schaltstellen richterlicher Deutungsstrukturen rekonstruiert. Erst Jeanne Favret stellt in »Hexenwesen und Aufklärung« die entscheidende Frage, ob das, was Hexe war, ohne eigene historische Dokumente wissenschaftlich erkennbar sei. Sie vertritt die Auffassung, daß ohne Subjektivierung kein historisches Wissen zu erreichen sei, Hexenwesen sei Gegenkultur der Schwachen. Alle Beiträge enthalten ein umfangreiches Erläuterungswerk und eine ausführliche Bibliographie. Ulrike Gerold (Berlin)

Psychologie

Leakey, Richard E., und Roger Lewin: Wie der Mensch zum Menschen wurde. Neue Erkenntnisse über den Ursprung und die Zukunft des Menschen, Hoffmann u. Campe, Hamburg 1978 (262 S., zahlr. Abb., Ln., 48,- DM).

Als Darwin die umfangreichen Ergebnisse seiner Zeitgenossen und seiner eigenen Beobachtungen über die Entwicklung der Arten zu der nach ihm benannten Selektionstheorie zusammenfaßte, benutzte er bekanntlich die Methode des systematischen Vergleichs *lebender* Organismen. Auf den Galapagos-Inseln z. B. waren ihm Tiere und Pflanzen aufgefallen, die auf der Welt einzigartig waren. Aus der Wechselwirkung der Organismen mit der Umwelt also entwickelte Darwin seine Theorie und nicht anhand *fossiler Funde* ausgestorbener Zwischenstufen. Im vorliegenden Buch des bekannten Paläoanthropologen R. E. Leakey und des Biochemikers R. Lewin geht es sozusagen um den vorläufig letzten Abschnitt der Naturentwicklung, nämlich die Geschichte des Menschen, die nur etwa ein Prozent der gesamten Evolution unseres Planeten ausmacht. (14) Und hier ist tatsächlich die Deutung fossiler Funde *die* Methode der Untersuchung, denn der Mensch stammt eben nicht vom Affen ab, sondern beide Arten haben einen gemeinsamen Vorfahren. Sehr begrenzt sind deshalb die Vergleiche zwischen menschlichem und anderem Primaten-Verhalten. Man weiß heute, belegen die Autoren, daß die Ahnenreihe des Menschen, also der Gattung homo, wesentlich weiter zurückreicht, als man bisher annahm, nämlich vermutlich bis in eine Zeit vor über einer Million Jahre! (86) Daher müssen homo und Australopithecus, die beide auf den Ramapithecus zurückgehen (5–6 Mio. Jahre), sehr lange Zeit nebeneinander existiert haben, bevor sich schließlich von Afrika aus der homo erectus auf den Weg machte, sich andere Kontinente der Erde zu erschließen. Die Menschenaffen entwickelten sich dagegen schon vor ca. 20 Mio. Jahren in einer anderen Linie weiter, was man »parallele Evolution« nennt. (48)

Es liest sich geradezu spannend, wie Leakey und Lewin die Umweltbedingungen, die evolutionären Vorteile, kurz die Lebensweise der jeweiligen Hominiden auf ihrer Entwicklungsstufe zu rekonstruieren versuchen. Die Autoren hüten sich vor den leider verbreiteten ideologischen Vorurteilen über die Rolle angeblich angeborener Aggression oder Habgierigkeit als Ursache für solche Erscheinungen wie territoriale Ausdehnung bestimmter Hominiden oder den Untergang der Neandertaler. Sie liefern sehr viel einleuchtendere Erklärungen für Entwicklungssprünge, z. B. den Auszug des homo erectus als Folge der Nahrungsteilung, den revolutionären Übergang zum Ackerbau vor etwa zehntausend Jahren (123), der erstmals so etwas wie »Besitz« ermöglichte und damit in unsere neueste Menschheitsgeschichte unmittelbar einmün-

det; auch muß der Neandertaler, der ohnehin keine einheitliche Art war, keineswegs durch einen grandiosen Massenmord durch *homo sapiens* ausgerottet worden sein, sondern er ist aus verschiedenen Gründen in eine evolutionäre Sackgasse hineingeraten. Im zweiten Teil befassen sich die Autoren ausführlich mit der Lebensweise der frühgesellschaftlichen Formationen (Ackerbauer; Jäger und Sammler), wobei sie die Rolle der Technologie im einzelnen schildern, aber auch die kulturelle Entwicklung in ihrer materiellen und geistigen Funktion mitbetrachten. Im Kapitel »Intelligenz, Sprache und Bewußtsein« wird untersucht, wie Sprache im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Entwicklung steht, daß sie einerseits ein komplexes soziales Verhaltensmuster zur Voraussetzung hatte, andererseits die soziale Entwicklung enorm beschleunigte. Dieser Zusammenhang ist untrennbar, das Gehirn als materielles Substrat des Denkens ist Voraussetzung und Folge der evolutionären Entwicklung zugleich (182). Mit Biologie allein läßt sich nach dieser Entwicklungsstufe auf der ontogenetischen Ebene nichts mehr erklären. Mit der Herausbildung des *homo sapiens* war die biologische Evolution vor etwa fünfzigtausend Jahren abgeschlossen. Seit dieser Zeit sind unsere genetischen Anlagen gleich geblieben. Diese Argumentation wird vor allem für das Kapitel über Aggression und Rollenverteilung entwickelt, worin Leakey und Lewin die Thesen der genetischen Deterministen von Lorenz bis Ardrey eindrucksvoll widerlegen. Zwei besonders lesenswerte Abschnitte über Kannibalismus und das Inzesttabu zeigen die sozialen Zusammenhänge und Vorteile bzw. Nachteile solcher Verhaltensweisen auf.

Das Buch überzeugt einmal durch seine solide und anschauliche Darstellung, zum anderen ist es von einem tiefen Humanismus durchdrungen, der mithelfen kann, den Leser von eingeredeteten Ängsten und der Furcht vor der Zukunft zu befreien.

Peter M. Kaiser (Münster)

Duerr, Hans Peter: Traumzeit. Über die Grenze zwischen Wildnis und Zivilisation. Syndikat, ²1978 (401 S., br., 28,- DM).

Das Buch ist eine Herausforderung. Ermuntern 163 Seiten Text mit 184 Seiten Anmerkungen und 54 Seiten Literaturverzeichnis der Form nach nicht gerade zur Lektüre, so noch weniger der Inhalt. Wovon in Duerrs Buch nicht die Rede ist, sind all die relevanten Fragen, die in den letzten Jahren tatsächlich Ethnologen, Anthropologen, Soziologen und auch Psychologen beschäftigen, und an denen der Leser – angeregt, jedoch völlig irregeleitet durch den Untertitel – legitimes Interesse hat. Nichts Wesentliches über Fragen des Tier–Mensch–Übergangsfeldes, über den Arbeitsbegriff oder die Entstehung von Gesellschaftsformationen, Dinge die sich nach Duerr in »mythischen Zeiten« abgespielt haben. Mythos durchwaltet überhaupt den ganzen Gang der Menschheitsentwicklung, war, ist und wird immer da sein, eingefangen im Begriff der Traumzeit, der »eine Perspektive der Wahrnehmung (bedeutet), in welcher ein Ereignis ist, was es ist, ohne Beachtung des Zeitpunktes, an dem es sich befinden mag. Wenn der Seher seine Weisheit kündigt, dann gibt er keine Auskunft über das, was sein wird, sondern über das, was gewissermaßen immer schon geschehen ist«. (144) Entsprechend der Traumzeit, die »keine vergangene, keine gegenwärtige und keine künftige Zeit (ist): sie hat überhaupt keinen Ort im Kontinuum der Zeit« (145), gibt es natürlich auch den Traumort, der gleichermaßen »überall und nirgends« (147) ist. (»Das Wort Traumort bezieht sich auf keinen bestimmten Ort, und wir gelangen zu ihm, indem wir nirgendwohin gelangen«. (147)). Zu diesem erregenden Schluß gelangt der Mystiker Duerr nach einer breitangelegten Beschreibung sowohl mittelalterlicher (Un-)Sitten und Gebräuche (wobei er die Hexenprozesse und -urteile völlig ahistorisch einschätzt) als auch indianischer Riten, die sämtlich bequem

werden, uns heutigen zivilisationsmüden Neuzeitmenschen die mangelnde Sinnkonstanz zurückzugeben. Den Weg, das »Sinndefizit« (Chr. Enzensberger, der ein fleißiger Schüler Duerrs ist) aufzuheben, weisen uns Schamanen, Yetis, Schizophrene, Hexen, Träumer und Ethnologen wie Duerr. Daß aber der angezeigte Weg nicht von jedem gemeinen Menschen, verabreicht er sich nur Drogen und »Stechäpfel«, beschritten werden kann, leuchtet auch Duerr ein. Was bleibt, ist traurige Wahrheit, die gottlob nur dem Ethnologen Duerr vorbehalten ist, als einzigen Mystiker und Solipsist, Bescheid zu wissen. Er (der Ethnologe) wird »immer ein wenig, zwischen den Welten verbleiben, und diese Einsamkeit ist der Preis, den er für seine Erkenntnis zahlt; für immer ausgeschlossen zu bleiben aus der selbstverständlichen Welt der redenden Tiere und aus der Welt der redenden Ethnologen« (161) Ein Kiensches Schicksal; vielleicht hatte Canetti Duerr im Blick? Was Duerrs Buch so interessant weil gefährlich erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß es sehr sensibel dem sich allseits breitmachenden Skeptizismus (an den Hochschulen über Sinn und Zweck der Ausbildung, in den Bürgerinitiativen über Fragen der Energiepolitik usw.) mit reaktionären Scheinlösungen, dem rückwärtsgewandten Totalitätsideal der Alleinheit von Mensch und Natur unter Verzicht auf jede politische Aktion, begegnet. Arbeitslosen und den – von Duerr oft zitierten – Schizophrenen helfen ebensowenig Drogen, Stechapfel-Erlebnisse wie die Besinnung auf die gemeinsamen Grundwerte oder die Propagierung des Nullwachstums. Was bleibt: der Einzelne, »der Einzige« ist in im Besitz der Wahrheit, und die ist prinzipiell nicht vermittelbar – ist endgültig zur Zufriedenheit der Herrschenden gebannt.

Werner Jung (Aachen)

Krohne, H. W.: Theorien zur Angst. Kohlhammer, Stuttgart 1976 (120 S., br., 17,- DM) (zit. a).

Krohne, H. W. (Hrsg.): Angst bei Schülern und Studenten. Hoffmann und Campe, Hamburg 1977 (300 S., br., 24,- DM) (zit. b).

»Angst« ist ein Hit. Als Allgemeinplatz auf Parties ebenso wie auf bedrucktem Papier. Auch Linke haben sie »entdeckt«. Als Wolf Wagner im Mai 1975 seinen Aufsatz »Der Bluff in der ProKla veröffentlichte, schien er sich im Vorwort noch »ökonomisch« rechtfertigen zu müssen, bevor er etwas so Ungewöhnliches wie die universitäre Interaktion behandelte. Vielen Linken – in »fortschrittlichen Semnaren« selbst als Angstmacher fungierend – schien dies ein Fehltritt zu sein. Job-Knappheit, politische Überprüfung, der Kampf um die viel zitierten Zehntelpunkte usw. haben das Klima inzwischen für jedermann ersichtlich verändert. Und Wolf Wagners Aufsatz hat das versteckte Grau des ProKla-Heftes verlassen und leuchter als Rotbuch. Verziert mit einer modischen Seyfried-Graphik.

Von ökonomischen Gegebenheiten, die Leute in Angst versetzen könnten, handelt Krohnes Buch »Theorien der Angst« nicht. Vielmehr von der individuellen Eigenschaft, Angst empfinden zu können. Obwohl dies in Philosophie und Literatur seit Jahrhunderten thematisiert sei, so Krohne, könnten nur durch *empirische Analyse* Angst betreffende Fragen wirklich beantwortet werden.

Drei psychologische Richtungen, die sich um die Beschreibung von Angst bemühen, werden vorgestellt: die Psychoanalyse, die Reiz-Reaktionspsychologie und die kognitive Psychologie. Nur die Darstellung des psychoanalytischen Ansatzes wird dabei dem Studientextcharakter des Buches gerecht. Sie ist gut gegliedert, erläutert recht anschaulich die Freudsche Position und führt einige zum Nachdenken anregende kritische Überlegungen an, so daß ein Anfänger tatsächlich Nutzen daraus ziehen kann. Bei der Lektüre des Kapitels »Reiz-Reaktions-Theorien der Angst« hingegen empfiehlt es sich, diese bereits zu kennen. Sehr knapp wird etwas Grundlegendes

zum Behaviorismus gesagt. Danach werden verschiedene Aspekte der Angst vom behavioristischen Standpunkt aus diskutiert, daran anschließend werden diverse Experimente zu diesen Bereichen vorgestellt. Das ist alles völlig überladen und ohne Vorkenntnisse unverständlich. Am Ende findet eine kurze Kritik statt; sie bleibt innerhalb des behavioristischen Rahmens. Die Frage, ob nicht gerade das dogmatische Beharren auf empirischer Überprüfbarkeit, in dem sich Krohne mit dem Behaviorismus einig ist, die mögliche Erkenntnis komplexerer kognitiver Entitäten versperrt, bleibt unerwähnt. Entsprechend skeptisch ist Krohne dann auch bei der Behandlung der dritten Richtung, der kognitiven Theorie der Angst. Er gesteht ihr zu, der Komplexität des Angstphänomens eher gerecht zu werden als die zuvor vorgestellten, aber: »Eine breite, differenzierte und verhältnismäßig »lebensnahe« Thematisierung der Angst wird erkaufte um den Preis eines Verlusts an Durchsichtigkeit der Zusammenhänge, Explizitheit der Ableitung und Eindeutigkeit der Interpretation.« (a, 103).

Brauchbar ist das Buch für Leser, die einen zusammenfassenden Überblick über die amerikanische Forschung zur Angst bekommen wollen und sich bereits einige Gedanken über das Angstphänomen gemacht haben. Als kritischer Einführungstext ist es dagegen, abgesehen vom psychoanalytischen Kapitel, nicht unbedingt zu empfehlen. Daran ändern auch die blödsinnigen Kontrollfragen (»Durch welche Maßnahmen wird die Angst, die im Gefolge unvollkommen unterdrückter Triebregungen entstand, vom Ich reduziert?« (a, 28). Antwort: »Angstabwehrmechanismen.« (a, 108)) nichts.

Bei dem Reader »Angst bei Schülern und Studenten« gefällt mir der Umschlag am besten. Auf der Rückseite steht, daß die Probleme der Angst immer stärker ins Blickfeld rückten und die Ursachen dafür vielschichtig seien; u. a. seien verschärfter Prüfungsdruck und die Vergrößerung des Lehrangebots sowie der Schulen dazuzurechnen. Und auf der Titelseite steht, daß Entstehungsbedingungen, Auslöser und Konsequenzen der Schulangst sowie vorbeugende Maßnahmen und mögliche Therapieansätze anhand von *neuesten* Forschungsergebnissen untersucht würden. 17 der 24 in diesem Reader versammelten Aufsätze sind zwischen 1955 und 1967 zuerst veröffentlicht worden, zumeist in Zeitschriften, die in jeder mittelmäßig bestückten Universitätsbibliothek zu finden sein sollten. Abgesehen von Krohnes eigenem Beitrag, der zumindest einen allgemeinen Überblick über verschiedene angstzerzeugende Faktoren und Situationen und mögliche Therapien gibt, sagen sie fast nichts über Entstehungsbedingungen, Auslöser usw. von Angst bei Studenten und Schülern in Deutschland aus. Stattdessen gibt es diverse amerikanische Spezialuntersuchungen. Mit einigem guten Willen ließe sich aus den hier gegebenen Informationen ein höchstens zwanzigseitiger Aufsatz schreiben, in dem die weltbewegenden allgemeinen und speziellen Erkenntnisse (z. B. Mädchen zeigen mehr Angst als Jungen / die Anwesenheit eines Freundes reduziert die Streßsituation für die Vp) empirischer Sozialwissenschaftler in den USA der 60er Jahre zum Thema Angst zusammengefaßt werden könnten.

Brauchbar ist das Buch für jemanden, der über Angst forscht und kein Englisch kann, nicht für jemanden, der etwas über die heutige Situation, die sozialen Bedingungen der Angst und über Möglichkeiten für deren Veränderung wissen will. Daß außer dem Herausgeber noch sieben weitere Personen an der Übersetzung der verschiedenen Aufsätze gearbeitet haben, trägt nicht gerade zur Geschlossenheit des Buches bei. Außerdem fehlt ein Register, mit dessen Hilfe zumindest indirekt Querbeziehungen zwischen den einzelnen Aufsätzen herzustellen wären. Es sieht so aus, als habe der Herausgeber nach der Aufarbeitung der Angsttheorien beim Aufräumen die herumliegenden Aufsätze zusammengheftet und eine flotte Einleitung und einen reißerischen Klappentext geschrieben, um auf den Modeströmen »Readermachen« und »Schulangst« mitzuschwimmen.

Dietmar Rösler (Dublin)

Krohne, Heinz, W.: Theorien zur Angst. Kohlhammer, Stuttgart 1976 (120 S., br., 17,- DM).

Der Buchtitel »Theorien zur Angst« ist insofern einzuschränken, da die theoretischen Ansätze nur von drei methodologischen Richtungen der Psychologie vorgestellt werden: die psychoanalytischen Angstauffassungen von Freud, die behavioristischen Untersuchungen zur Angst und kognitive Angsttheorien. Diese Anordnung entspricht der realen historischen Entwicklung, wobei jedoch zu fragen bleibt, ob durch diesen argumentativen Bezug untereinander nicht eine methodische und inhaltliche Stringenz vorgetäuscht wird, die real nicht existiert hat. Diese trifft auch für die Erklärung von Angstphänomen selbst zu, die sowohl in der Psychoanalyse, dem Behaviorismus wie den Kognitionstheorien einen unterschiedlichen empirischen Stellenwert besitzen, aber nirgends den eigentlichen Theorieninhalt bildeten.

Am deutlichsten wird das Bemühen der nachträglichen Rekonstruktion zu einer »Theorie« in den Auffassungen zur Angst bei Freud, die durch ihre Inkonsistenz in zwei Angsttheorien zerlegt werden müssen, um dann als Teile einer »multidimensionalen Angsttheorie« wieder integriert zu werden. Als erste Angsttheorie Freuds wird die psychoanalytische These bezeichnet, daß unterdrückte Triebregungen sexueller Natur in Angst umgewandelt werden. Von der angstausslösenden Situation befreit, wird diese frei floatierende Angst zur Ängstlichkeit und schließlich Keim einer Angstneurose.

Die zweite »Signaltheorie der Angst« untersucht die Funktion von Gefahrensignalen für das bewußt handelnde Ich bei der Auslösung verschiedener Flucht- und Angriffsaktionen und der Verdrängung von Angst. Das Verhältnis von Triebbefriedigung und Angst sowie Angst und Verdrängung wird an verschiedenen empirischen Beispielen dargestellt.

Während für Freud die Angst ein Affektzustand ist, der aus Erregungssteigerung und Unlusterlebnissen entsteht, gehört in den behavioristischen Reiz-Reaktionstheorien des Lernens die Angst zu den Triebkomponenten des Verhaltens. Das empirische Interesse an Angstuntersuchungen entsteht in S-R-Lerntheorien dadurch, daß hier eine Variable eingeführt wird, die Unterschiede innerhalb des Leistungsverhaltens und des Lernens erklären soll. Krohne beschränkt sich hier in der Darstellung auf die »Zwei-Faktoren-Theorie« von Mowrer und Miller, das Konfliktmodell von Dollard und Miller, sowie die Triebtheorien der Angst bei Spence und Taylor, die als durchaus repräsentativ angesehen werden können.

Durch die Hinweise auf Gegenkonditionierung und systematische Desensibilisierung wird ausdrücklich auf die Bedeutung der S-R-theoretischen Untersuchungen zur Angstproblematik für die Verhaltenstherapie hingewiesen. Entsprechend ihrer Bedeutung werden Daten und Konzeptionen behavioristischer S-R-Theorien zur Angst wesentlich umfangreicher dargestellt als die Auffassung Freuds.

Mit der Darstellung kognitiver Angsttheorien, die um den Begriff der Erwartung konzipiert sind oder die Angstbewertungsprozesse in den Mittelpunkt stellen, wird die gegenwärtige Ebene psychologischer Theoriendiskussion erreicht. Während für Freud wesentliche Angstausslöser nur das Bewußtsein tabuisierter sexueller Impulse des »Es« durch das »Ich« war, werden durch kognitive Angsttheorien ganze Klassen von Angstausslösern unterschieden. Die dabei ausgewählten Theorien – die Theorien der Angsthemmung von Epstein und die Theorie der Angstverarbeitung von Lazarus – haben innerhalb der kognitiven Konzeptionen durchaus exemplarische Bedeutung. Zwar bemüht Krohne sich um zahlreiche inhaltliche Querverbindungen und Unterscheidungen der verschiedenen Problemebenen innerhalb der Angstforschung. Diese Hinweise können aber nicht verdecken, daß eine allgemeine Charakterisierung des Angstphänomens selbst von dem Autor an anderer Stelle zwar geleistet wurde, in dem

Buch jedoch nicht zu finden ist. Dem unerfahrenen Leser wird damit eine wichtige empirische Voraussetzung und Vergleichsplattform entzogen. Er erfährt wichtige Details über Angstausslösung durch Stimulusunsicherheiten oder primäre Überstimulation und Mechanismen der Angstverarbeitung durch die Ausübung mit Angst unvereinbarer Reaktionen oder die Hemmung angstausslösender Reaktionen, aber nichts über die Zusammenhänge etwa zwischen so wichtigen Kategorien der Motivationsforschung wie Angst, Furcht, Wut, Ärger einerseits oder dem Komplex Flucht- und Angriffsverhalten andererseits. Ausführlich werden dagegen Experimente zur direkten Angstverarbeitung durch coping-Prozesse dargestellt.

Wenn man voraussetzt, daß es Ziel des Autors war, nicht alle, sondern nur ausgewählte Angsttheorien darzustellen, ergibt sich die Frage, warum nicht ein repräsentativer Ausschnitt nur moderner Theorien, etwa der psycho-physiologischer Konzepte und ethologischer Befunde zum Angst- und Aggressionsverhalten geboten wird. Ein Gesichtspunkt mag gewesen sein, daß psychoanalytische Auffassungen, S-R-Modelle und Kognitionstheorien für die Entwicklung psychologischen Denkens insgesamt wesentlich waren, was für eine Übersicht zu verschiedenen Angsttheorien allerdings den Nachteil mit sich bringt, daß häufig die allgemeine theoretische und methodische Bedeutung, etwa der Psychoanalyse oder des Behaviorismus die Ärmlichkeit empirischer Befunde zum Angstproblem selbst überdeckt.

Die Darstellung ist klar gegliedert, indem gleichbleibende Argumentationsmuster von Inhaltsangabe, Anführung empirischer Bestätigungen und kritischer Einschätzung eine schnelle Orientierung gestatten und die Vergleichbarkeit verschiedener Ansätze erleichtern. Kurze Übersichten mit einführenden Zentralthemen und Antworten auf Kontrollfragen ergänzen das didaktische Konzept. Für eine erste Orientierung über exemplarische Angsttheorien bietet das Buch nicht zuletzt durch eine informative Darstellung einen guten Einstieg. Volker Schurig (Quickborn-Heide)

Esser, Johannes: Angst in Schule und Hochschule. Westermann-Verlag, Braunschweig 1978 (176 S., br., 14,- DM).

Das handliche Bändchen weckt große Erwartungen. Jeder Leser hat persönliche Angsterfahrungen aus der Schule, viele aus Schule und Hochschule. Ein Verständnis dieser Ängste oder erfahrungsnaher Erklärungen erhält der Leser jedoch nicht. Auf intellektueller Ebene können einige Fragestellungen und Daten dieses Buches neue Zusammenhänge aufdecken und vielleicht auch Erkenntnisse bringen.

Ausgangspunkt ist die gesellschaftlich erzeugte und vermittelte Angst. Sie wird von Esser als Freiheitsangst der Mächtigen, als Demokratiefeindlichkeit definiert. Angst haben demnach also diejenigen, die Macht haben und diese mit den »Ohnmächtigen« nicht teilen wollen. Daher sorgen sie, daß Freiheit bei den anderen eingeschränkt wird. Analysiert und referiert wird nach diesem Einleitungskapitel dann aber ausschließlich die Angst bei den Betroffenen, bei Schülern, Studenten u. a. m. Trotz der soziologisch orientierten Einführung ist das Buch auf weiten Strecken pädagogisch, so in den oberflächlich formulierten und widersprüchlichen Zielintentionen: Verhinderung von Angstfaktoren und Angstfakten, Konfliktfähigkeit, stabile politische Sozialisation von Studenten, Lehrern und Schülern, individuelle und gruppenspezifische Selbstverwirklichung.

Kurz und gut: diese Ziele gipfeln in der Problemspektive »Daher kommt es vor allem auf ein gezieltes *Verlernen* von gesellschaftlich erzeugter und vermittelter Angst an, um das von Politik, Bürokratiestrukturen und Erziehungsverwaltungen gesteuerte gesellschaftliche Angstklima entscheidend zu reduzieren«. (19)

In diesem Stil »verliest« man den ersten Teil des Buches, *das im 2. Teil informativer und interessanter ist*. Es gibt eine Aufzählung der Angstformen (wobei Friedensangst unverständlich bleibt) und ein kurzes Kapitel über Angstverharmlosung. Die Angstfaktoren: Klassen- und Schulordnungen, Auslese, Numerus clausus und Zensurenterror, Lehrerfeindbild, gestörte Kommunikation in der Hochschule und Radikalerlaß werden im Hauptabschnitt über Angstbedingungen und Angstrealitäten in Schule und Hochschule abschnittsweise gegenübergestellt. Möglichkeiten und Strategien zur Angstüberwindung werden nur postulatorisch aufgezählt, ohne besondere Begründungen und Veranschaulichungen (z. B. für solidarisches Handeln als angstverminderndes Verhalten). Die Empfehlungen zur Angstreduzierung in der Hochschule sind vollends entbehrlich. In einer bloßen Aufzählung liegt kein Erkenntnisgewinn. Das Buch ist auf weiten Strecken im Telegrammstil geschrieben, mit vielen bloßen Aneinanderrühungen von Postulaten, Daten, Verallgemeinerungen. Es ist nur für eine allererste Übersicht geeignet. Sigrid Metz-Göckel (Dortmund)

Soziale Bewegung und Politik

Stern, J. P.: Hitler. Der Führer und das Volk. (Hitler. The Führer and the People, London 1975.), Hanser Verlag, München/Wien 1978 (229 S., br., 19,80 DM).

Stern ist 1920 in Prag geboren und lehrt heute Deutsche Literatur am University College in London. Sein Buch untersucht die Wechselbeziehung zwischen Hitler und dem deutschen »Volk«. Statt »Volk« müßte es genauer heißen: die nach dem Ersten Weltkrieg wirksamen »Werte«, »Glaubenshaltungen«, »religiösen Bedürfnisse« usw. Der Titel könnte insofern lauten: Hitler und die geistige Situation seiner Zeit. »Hitler« interessiert nicht primär biographisch, obgleich die zentrale Bedeutung seiner Person durch Stern immer wieder behauptet wird (»garantierte allein die Gestalt im Zentrum das Überleben des Staates«, 14). Vielmehr geht es um den Aufbau seines »Bildes« (106) in der Interaktion mit den Massen sowie darum, aus diesem Aufbau seine Wirkung zu erklären. Der so gefaßte Erkenntnisgegenstand ist also allgemein interessant für eine Theorie des Ideologischen, wird jedoch von Stern nicht so begriffen. Unter »Ideologic« versteht Stern ausdrücklich »ein Gefüge von Ideen mit dem Ziel, die politische Macht zu erringen und zu behalten, und von Praktiken, die im Licht der wechselnden politischen Lage taktisch modifiziert wurden« (57). Hitlers Verhältnis zu dieser »Ideologic« wird im wesentlichen instrumentalistisch gefaßt: er »braut sie sich zusammen« (57) und bedient sich ihrer, um z. B. bestimmte religiöse Bedürfnisse der Bevölkerung für seine »ehrgeizigen« Zwecke »auszubeuten« (90).

Als Ersatz für eine ausgearbeitete und offen zur Diskussion gestellte Theorie fungiert eine unausdrücklich die Darstellung organisierende »Politik«. Und zwar gilt die Bundesrepublik und generell das Modell »westlicher Demokratie« als der Maßstab der Normalität, der davon Abweichendes als Anomie oder als sonst Veränderungsbedürftiges auffällig macht. »Demokratie« erscheint in dieser Sicht als »Vielschichtigkeit des Lebens«, die von den damaligen Deutschen als Belastung empfunden wurde, von der sie Befreiung suchten – »und ... für zwölf kurze Jahre ... wird diese Befreiung tatsächlich erreicht« (40). Der NS versprach – immer noch in dieser bundesdeutschen Retrospektive – eine insofern »unpolitische« Gesellschaft, »als sie ihre Mitglieder von der Qual der Wahl – die Notwendigkeit demokratischer Entscheidungen – befreien würde« (52). Die Enttäuschung an der »Demokratie« ist also den Enttäuschten anzulasten.

Den Widerspruch zwischen Propaganda und »gesellschaftlicher Praxis« des NS erklärt Stern so: den Konservativen überließ das Regime »die Sprache«, den ideologischen Ausdruck, während gleichzeitig die von den Konservativen bisher blockierten Modernisierungsprozesse betrieben wurden (161). Hier argumentiert Stern in der Linie von Dahrendorf und anderen Vertretern der »Modernisierungsthese« (zur Kritik vgl. Opitz in Arg. 87). »Zum erstmalig in der deutschen Geschichte« galt im NS das Prinzip »freie Bahn dem Tüchtigen« (161). Stern bemüht sogar, wenn auch mit entschuldigendem Fragezeichen, die Rede von der »List der Vernunft«, um »Hitlers« objektive Bedeutung zu charakterisieren: Schaffung der Grundlagen der BRD. Hitlers Behauptung, die NSDAP sei von Anfang an eine »klassenlose Volkspartei« gewesen (157), wird nicht nur für bare Münze genommen, sondern macht ihn indirekt noch mehr zum Vorläufer bundesdeutscher Moderne, in der die »klassenlose Volkspartei« der ideologisch herrschende Typ der Partei geworden ist. Der »Staat Hitlers« (157 zustimmend nach M. Broszat) läßt sich nach Stern »nicht in Klassenbegriffen erklären« (ebd.).

Für Stern steht im Zentrum der Erklärung Aufbau und Funktion des Führer-Bildes. Hitlers Originalität sieht er in der Umkehrung des traditionellen Verhältnisses von politischen und persönlichen Momenten: »Seine Entdeckung . . . besteht in der Einführung eines Konzeptes persönlicher Authentizität in die öffentliche Sphäre und in der Proklamation dieses Konzeptes als Hauptwert und wesentlichste Rechtfertigung von Politik.« (22) Das *Erlebnis* wird zur beschworenen Daseinsweise der Eigentlichkeit, in der die Grundwerte erfüllt sind (vgl. 23). Im Gegensatz zu dieser Umkehrung sind Werte und Erlebnisgehalte nach Stern in keiner Weise originell. Hitler macht sich re-präsentativ für seine Zeit, spricht ihre Sprache, bestätigt ihre Meinungen. Er macht sich zum Reflex der mächtig verbreiteten Meinungs- und Wertstrukturen und organisiert den Glauben an sich als Reflex zweiten Grades. Stern, der diesen Prozeß theorie-los und daher auch nur rudimentär beschreibt, macht die – nicht weiter verarbeitete – Beobachtung über Hitlers Wirkung: »Er ist repräsentativ, indem er das zeitgenössische Denken bis zu einem Punkt trieb, an dem eine Umkehr nicht mehr möglich war.« (17) Das genaue Wie dieses Weitertreibens und des Umschlags in Unumkehrbarkeit herauszuarbeiten, gehört zu den Aufgaben ideologietheoretischer Analysen zum Faschismus.

Stern insistiert darauf, daß der wirkende »Hitler« aufzufassen sei als ein »Objekt, das erst im Kultprozeß hergestellt wurde« (106), ein »Bild, das nicht nur den Massen aufgezwungen, sondern auch von ihnen mitgeschaffen worden war – als historische Norm wie als Verkörperung ihres Selbstverständnisses« (ebd.), lebend vom »Echo der Massen« (107), »wobei vielleicht nur wenige an den Mann glauben, der da vor ihnen steht, aber alle, auch Hitler selbst, ganz und gar an das Bild, das sie gemeinsam geschaffen haben« (87). In den Ansprachen und NS-Ritualen »werden schließlich Mythos und Wirklichkeit, Wort und Tat zu einem: die politische Ansprache wird zum performativen Akt, sie tut, wenn nicht alles, so doch die Hälfte von dem, was sie sagt . . . und sie verwirklicht diese Gemeinschaft im Akt der Behauptung.« (36) Das Verhältnis von Ideologie und Propaganda denkt der Literaturwissenschaftler Stern nach der Art einer »rudimentären poetischen Struktur«: »Entfernt man die Propaganda von dem, was sie empfiehlt, so bleibt nicht etwa ein politisches Programm ohne Mittel zur Verwirklichung übrig, sondern ein Inhalt ohne Form, also ein unbrauchbares Nichts.« (73) »Ideologie« in diesem Verständnis ist nichts außerhalb ihrer »Performation«, ist gleichsam als eingreifende Aufführung zu fassen. Die durch das Theorem vom performativen Akt vorgegebene Fragerichtung ist ergiebig. Leider geht Stern keinen Schritt weiter in diese Richtung, die zur Analyse der ideologischen Klassenkämpfe führen müßte, sondern beruhigt sich bei der Feststellung eines »religiösen Be-

dürfnisses«, das »diese Ideologie . . . zu stillen vermochte« (74). Immerhin stellt er einen »Mann ohne Ideologie«, den württembergischen Arbeiter Johann Georg Elser, Urheber eines beinahe gelungenen Bombenattentats auf Hitler, als dessen »wahren Antagonisten« (128), »sein *moralisches* Gegenbild« (130) dar. Aber er stilisiert ihn um zum pragmatischen Vorläufer des vermeintlich »ideologiefreien« Bundesbürgers. Umgekehrt stilisiert er Hitler zum Revolutionär, der die – anscheinend unantastbare – Grenzbeziehungen zwischen Persönlichem und Politischem, Ethischem und Ästhetischem mißachtet. So ist dieses Buch Teil des vielgestaltigen »performativen Akts«, innerhalb dessen sich die brüchige Demokratie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ihr »Bild« schafft und ihre ideologische Kohärenz organisiert.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

Haffner, Sebastian: Anmerkungen zu Hitler. Kindler-Verlag, München 1978 (204 S., br., 16,80 DM).

Haffner konzentriert sich in seinem Buch ausschließlich auf die Person Hitler. Er kämpft gegen ein Geschichtsbewußtsein, das sich mit Hitler nicht mehr auseinandersetzt.

Haffner stellt Hitlers Leben, seine Leistungen, Erfolge, Irrtümer, Fehler, Verbrecchen und seinen Verrat dar: Hitlers *Leben* wird in einen »inhaltsarm und kümmerlich« (8) persönlichen und einen umfassenderen politischen Teil getrennt. Nachdem Hitler mit 30 Jahren immer noch nichts geworden war, beschloß er Politiker zu werden. Politik wurde zum »Lebensersatz« (15). Mit der Entdeckung hypnotischer Fähigkeiten als Massenredner beschließt Hitler dann Führer zu werden. Seine Politik betreibt er mit »Inspiration« (12), »Willenskraft, Wagemut, Tapferkeit, Zähigkeit« (13), er ist »im Folgenziehen immer stark« (17) und hat »Talent sich etwas klarzumachen« (21). In den »guten Nazijahren« (37) *leistet* Hitler etwas. Er ist der Wundertäter, der die Wirtschaft wieder in Schwung bringt, indem er allen endlich Arbeit beschafft. » . . . von 1930 bis 1941 *gelang* Hitler innen- und außenpolitisch und schließlich auch militärisch so gut wie alles, was er unternahm, zum Staunen der Welt.« (62)

Hitlers großer *Irrtum* war seine Weltanschauung, seine Theorie, die er sich zu rechtgelegt hatte: der Rassegedanke und der Antisemitismus. Ohne Hitler gäbe es kein geteiltes Deutschland, kein Israel, keine Machtblockauseinandersetzungen USA/UdSSR. Diese weltpolitischen Konstellationen sind die Resultate der *Fehler* der Hitlerschen Politik. Die Ausrottung und Vertreibung der Juden kostete Hitler eine wichtige Produktivkraft, und schuf ihm neue Feinde. »Es ist eine interessante Spekulation, daß ohne Hitlers Antisemitismus wahrscheinlich Deutschland, und nicht Amerika, als erste Macht eine Atombombe entwickelt haben würde.« (130)

In seiner Europapolitik stützte er sich auf den damals sehr breit vertretenen Wunsch, Europa unter der Vorherrschaft der Deutschen zu vereinigen. Dieser Wunsch wurde auch von anderen Europäern in England und Frankreich geteilt (131–133). Hitler zerstörte diesen Wunschtraum. Aufgrund seiner Ungeduld und seiner Unfähigkeit zur Friedensbereitschaft ließ er sich 1938 und 1940 zweimal die Chance entgehen, seinem Europaziel sehr nahe zu kommen. »Was ihm indessen vollkommen abging, war die konstruktive Phantasie des Staatsmannes, die Fähigkeit, Dauerndes zu bauen. Deswegen konnte er einen Friedensvertrag nicht zustande bringen – ebensowenig wie vorher eine Verfassung im Innern.« (141) Nach dem Mißlingen seiner Europapolitik konzentrierte er sich auf sein zweites Ziel, die Vernichtung der Juden. Hierfür brauchte er Zeit. Die erkämpfte er sich durch einen langgezogenen Hinhaltekampf an den Ost- und Westfronten. Die planmäßige Ermordung von Po-

len, Russen, Juden, Zigeunern und Kranken nicht zu »militärischen oder politischen Zwecken, sondern zu seiner persönlichen Befriedigung.« (155) ist das Hitlersche *Verbrechen*. So ist dann die Vermengung von kriegsüblicher Tötung und Hitlers Verbrechen mit »Kriegsverbrechen« durch den Nürnberger Gerichtshof »eine unglückliche Veranstaltung, an die sich heute niemand mehr gern erinnert.« (158) Den Krieg in dieser Weise anzuprangern ist unsinnig, da Krieg etwas Unvermeidliches ist. »Ebensogut wie den Krieg könnte man den Stuhlgang zum Verbrechen erklären.« (160) Nachdem Hitler seine zwei großen Ziele nicht befriedigend durchführen konnte und seinen Rückhalt in der Bevölkerung verlor, kehrte sich seine ganze Aktionskraft gegen die deutsche Bevölkerung. »Weil er sah, daß aus dem totalen Volkskrieg nichts mehr werden würde, daß die Masse der deutschen Bevölkerung ihn nicht wollte. Sie dachte und fühlte nicht mehr wie Hitler dachte und fühlte. Gut, dann sollte sie dafür bestraft werden – und zwar mit dem Tode: Das war Hitlers letzter Entschluß.« (195) Spätestens jetzt wird Hitler zum bewußten *Verräter* an Deutschland. Die Amis fanden so ein gründlich desillusioniertes Volk vor, das durch Hitlers Vernichtungs- und Verelendungspolitik schon gründlich genug entnazifiziert wurde und keine demokratische Umerziehung mehr brauchte.

Methodisch setzt Haffner am Paradigma von Ernst Nolte an, indem er seine Geschichtsschreibung explizit auf die großen Männer reduziert. Geschichtsschreibung, die versucht Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen und sozialen Entwicklungen zu erforschen, können die Rolle des politischen Elements nicht fassen: » . . . gerade ein Phänomen wie Hitler beweist, daß diese ganze historische Richtung auf einem Holzweg ist.« (124) Die Methode der Personalisierung reproduziert ideell die Privatheit der Individuen im Kapitalismus. Die Vergesellschaftung des Menschen in Klassen, Bewegungen oder historischen Blöcken wird eliminiert durch die Verengung der Geschichte auf die großen Männer. Politik und Geschichte existieren außerhalb der Individuen, stellvertretend für sie übernehmen die Großen Männer dieses schmutzige Geschäft. Entsprechend dem Nolteschen Paradigma ist die Totalitarismustheorie, das leidige rot=braun oder Hitler=Lenin, Mao, Stalin, der rote Faden des Buches. Die Analyse der hitlerschen Politik ist so angeordnet, daß sie als Perspektive die Bekämpfung der sozialistischen Länder als faschistische organisiert. Damit ist eine mögliche faschistoide Entwicklung für die BRD ausgeschlossen.

Das Buch von Haffner trägt zur theoretischen Entwicklung der Faschismusforschung nichts bei. Das Neue ist die Anordnung von alltäglichen Vorurteilen, von falschen Evidenzen, über den Faschismus. Durch die Methode der Personalisierung wird die Einfühlung des Lesers organisiert: er »versteh« Hitler, er vollzieht die traurige Jugend nach, die unglücklichen Lieben, die Einsamkeit. Die Handlungsweise Hitlers wird angeblich durchschaut. Das einzig mögliche Prüfkriterium ist das eigene Verhalten, das »würde ich das auch so machen«? Da man selbst die Juden nicht umbringen würde, muß der Antisemitismus auf die krankhafte Veranlagung von Hitler zurückgeführt werden. Da leuchtet es ungeheuer ein, daß Hitler Europa unter der Vormachtstellung Deutschlands einen wollte, da Deutschland schon die stärkste Macht war. Stimmt das denn nicht, haben sich denn nicht die Deutschen zweimal aus dem Nichts hochgearbeitet, haben sie nicht die stärkste Wirtschaft und den höchsten Lebensstandard? Hier sind die Klassenantagonismen eliminiert, die imperialistischen Ziele des Krieges nicht mehr erkennbar, erzeugt wird stattdessen beim Leser eine chauvinistische Haltung.

Für Haffner sind Faschismus und Nationalsozialismus zwei ganz verschiedene Staatsformen: Mussolinis Faschismus ist eine Oberklassenherrschaft, gestützt durch eine künstliche Massenbegeisterung, während Hitlers Nationalsozialismus durch eine breite Massenbasis getragen wurde, »aber nie, um dadurch eine Oberklasse abzustüt-

zen.« (77) National-Sozialismus und Sowjet- oder DDR-Sozialismus sind »bei genauem Hinschauen« (77) viel ähnlicher, sie gleichen sich, »wie ein Ei dem anderen« (52); der Großteil des Lebens spielt sich in »außerfamiliären Gemeinschaften oder Kollektiven« (52) ab, »... das Schulkind gehört zum Jungvolk wie heute in der DDR zu den Jungen Pionieren...« (52) der Mann im rüstigen Alter trieb Wehrsport in der SA oder SS wie in der Gesellschaft für Sport und Technik, die Frau betätigt sich in der deutschen Frauenschaft (52) beziehungsweise dem Demokratischen Frauenbund. Natürlich muß man sowohl im National-Sozialismus wie auch in der DDR in der Partei sein, um etwas werden zu können. »Hitler war darin unzweifelhaft Sozialist« (53), er hat nicht die Produktionsmittel, sondern gleich die Menschen sozialisiert.

Faschismus als wissenschaftlicher Begriff zur Erfassung des Zusammenhangs mit dem Kapitalismus wird ausgemerzt. Nur so kann eine begriffliche Identität zwischen National-Sozialismus und Sozialismus aufgebaut werden. Mit dieser Begriffsbestimmung sitzt man dem Faschismus als organisierte Form des Antikommunismus auf. Durch die Gleichsetzung verschwindet, daß der Faschismus die Formen der sozialistischen Arbeiterbewegung (Arbeitersportbewegung, Jugendorganisationen usw.) aufnimmt, und durch neue Ziele in ihr Gegenteil verkehrt, während er zugleich die planmäßige Vernichtung der organisierten Arbeiterbewegung betreibt.

Beim Lesen des Buches hat man den Eindruck, daß hier viele veronzelte Alltagsvorstellungen in einen einheitlichen theoretischen Zusammenhang gebracht werden und Haffners Ausführungen so spontan einleuchten. Mit diesem Buch werden die unkritischen Haltungen gegenüber dem Faschismus und damit gegenüber dem Kapitalismus verstärkt. Vielleicht ist dies der Grund dafür, daß das Buch massenhaft von der Landeszentrale für politische Bildung vertrieben wird.

Gudrun Linke und Karin Westermann (Berlin/West)

Focke, Harald, und Uwe Reimer: Alltag unterm Hakenkreuz. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg, Mai 1979 (192 S., br., 5,80 DM).

Die Materialiensammlung von Focke und Reimer unternimmt den Versuch, die Naziherrschaft aus »der Sicht von unten« (9) darzustellen, also der Frage nachzugehen, wie der Faschismus vom allergrößten Teil der deutschen Bevölkerung wahrgenommen und erfahren würde. Dabei werden die verschiedensten Quellen benutzt: Tagebücher und Erfahrungsberichte von Mitläufern und Gegnern, Verordnungen und Zeitungsausschnitte - jeweils kurz kommentiert. Dazu kommen zeitgenössische Propaganda-plakate, Tabellen und Pläne, in denen z. B. der normierte Tagesablauf in einem Kinderlandverschickungs (KLV)-Lager festgehalten ist, die die Darstellung außerordentlich anschaulich machen.

Fünf Aspekte des alltäglichen Lebens im Faschismus werden auf diese Weise behandelt: die Eingliederung der Jugend in die HJ; Veränderungen im Schulsystem; das Eingreifen des Faschismus in die Familie; die Veränderung der Arbeitsbedingungen besonders von Arbeitern und Bauern; die Entwicklung der Versorgungslage der Bevölkerung. Die Problemstellung ist, wie es zu einer aktiven und massenhaften Unterstützung einer Herrschaftsform kam, die gleichwohl nur die Interessen von einigen wenigen durchsetzte. Hier zeigt sich die Stärke der gewählten Darstellungsform, durch die auf sehr anschauliche Weise klar wird, auf welche Bedürfnisse und Interessen etwa der kleinbürgerlichen Jugend, die faschistische Ideologie einging, welche gerade von den Arbeiterparteien vernachlässigten Traditionen aufgegriffen wurden, um so große Teile der Jugend freiwillig an sich zu binden. Ehemalige HJ-Mitglieder berichten, wie sie in den NS-Staat und seine Organisationen hineinsozialisiert wurden. Dabei spielte die Begeisterung für die Parole von der Volksgemeinschaft ebenso eine

Rolle, wie das Gefühl, zum ersten mal im Leben von der Gesellschaft »für voll« genommen zu werden. Dadurch wird gezeigt, wie die faschistische Ideologie sogar den Generationskonflikt instrumentalisieren konnte.

Wenn Focke und Reimer in der Vorbemerkung gegen die »platte Gleichsetzung von bürgerlicher und faschistischer Herrschaft« (9) durch Reinhard Kühnl polemisieren und dem so Mißverstandenen eine unhistorische Betrachtungsweise vorwerfen, so wird klar, daß sie kein Interesse an der Darstellung des Klassencharakters dieser Herrschaft haben. Das drückt sich in der teilweise zu knappen Kommentierung der ausgewählten Texte aus. Auch die Anordnung des Materials gerät willkürlich, wenn Erfahrungsberichte von völlig verschiedenen politischen Standpunkten ohne Kommentar nahtlos ineinander übergehen. Unklar bleibt nicht nur, wie die Autoren den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus denken, sondern auf Grundlage welcher Faschismus-Theorie die Zusammenstellung des Materials erfolgte. Angesichts des Mangels an vergleichbaren Textsammlungen kann dieses »aufklärende Lesebuch« in Verbindung mit anderen Titeln für die Arbeit unter Jugendlichen und in der Schule genutzt werden.

Martin Sander (Berlin-West)

Mason, Timothy W.: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939. Westdeutscher Verlag, Köln 1975 (L XIII u. 1299 S., Ln., 148,- DM).

Mason, Timothy W.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen 1977 (374 S., br., 19,80 DM).

Die Debatte um die Frage »Primat der Politik« (Mason) oder »Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht« (Czichon und ähnlich Eichholtz und Gossweiler in Argument Nr. 41, Dezember 1966 und Nr. 47, Juli 1968, Faschismus-Theorien IV und V) gehörte zu den Themen der vielgelesenen Argument-Hefte »Faschismus-Theorien« in den sechziger Jahren. 1975 erschien die Dokumentation Masons zur deutschen Sozialpolitik 1936–1939. Die dazu verfaßte »Einleitung« hat nach Umfang und Qualität den Charakter einer selbständigen geschlossenen Darstellung von der Etablierung des deutschen Faschismus bis zur ersten Phase des 2. Weltkrieges. Sie erschien 1977 ohne den Dokumentenanhang als Buch. Neu formuliert und erweitert wurde dabei das Kapitel »Nationalsozialismus und Arbeiterklasse bis Mai 1933«.

Ein zentrales Motiv nationalsozialistischer Politik sieht Mason im Bemühen der politischen Führung, auch im Kriegsfall die Arbeiterklasse zu pazifizieren und eine Wiederholung der Novemberrevolution zu vermeiden. Dabei spielte die Frage nach dem Lebensstandard eine zentrale Rolle. Der Versuch, die Klassenkonflikte soweit wie möglich zu harmonisieren oder zu unterdrücken, war der wichtigste gemeinsame Nenner, der in der Innenpolitik die verschiedenen Fraktionen des herrschenden Systems verband. Auch wenn die führenden Industriellen, die staatliche Bürokratie, die Reichswehr, die NSDAP und die politische Führungsspitze in manchen Detailfragen in sich und untereinander zerstritten waren, fanden sie in der angestrebten »Disziplinierung«, d. h. der gewaltsamen Entmachtung der Arbeiterklasse, ihre Gemeinsamkeit (s. z. B. 31). (Die Seitenangaben beziehen sich auf die erste Ausgabe mit Dokumentation.)

Nach 1933 schien die Rechnung aufzugehen: »Wohl nie zuvor war die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Macht der deutschen Arbeiterklasse geringer als in den Jahren 1933/1934.« (54) Die durchschnittlichen realen Stundenverdienste in der Industrie bleiben bis 1936 auf dem Niveau des Vergleichsjahres 1932, dem Tiefpunkt

der Weltwirtschaftskrise, eingefroren (61, 64). Nur der reale Wochenlohn war von 1932–1936 durch die Verlängerung der Arbeitszeit von durchschnittlich 41,5 auf 45,6 Stunden (ein Plus von 9,88%) um 7–8% gestiegen. Demgegenüber kletterten die Vermögens- und Unternehmereinkommen (+ unverteilte Gewinne) im gleichen Zeitraum von 15,6 auf 25,2 Milliarden Mark (= 61,5%). Selbst der Abbau der Arbeitslosigkeit ging viel schleppender voran, als es die frisierten amtlichen Statistiken vermuten lassen (55 ff.). Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Hessen stellte im Februar 1936 fest, die scheinbare Ruhe in der Arbeiterschaft sei keine »wahrhafte Befriedigung«, sondern eher durch »Resignation und Verzicht« gekennzeichnet. »Bei den Arbeitern bestehe vielfach die Auffassung, daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur dem Unternehmer Erholung von seinem wirtschaftlichen Niedergang gebracht habe, daß aber der Arbeiter von den Erfolgen ausgeschlossen sei.« (77) Die Ideologie der »Leistungsgemeinschaft« fand wenig Resonanz, »was ihre materiellen Interessen anging, so war das Selbstverständnis der Arbeiterklasse vom Terror sowie von der Flut der nationalsozialistischen Gemeinschaftsrhetorik weitgehend unberührt geblieben.« (94) Die »Lage auf dem Arbeitsmarkt machte es jedoch ab 1936 den Arbeitern möglich, in einem gewissen Maße Bedingungen für die eigene politische Unterwerfung zu stellen. Da der Deutschen Arbeitsfront (DAF) die Stabilisierung dieser Unterwerfung oblag, machte sie sich die Bedingungen der Arbeiterklasse dafür zum guten Teil zu eigen: Diese zielten zu allermindest auf einen Anteil an der steigenden Prosperität, was notwendigerweise zur Vermehrung und Verschärfung der Konflikte zwischen der DAF und denjenigen Instanzen und Interessen führte, die sich allen Lohnsteigerungen, der Bezahlung von Feiertagen, dem Ausbau betrieblicher Wohlfahrtseinrichtungen usw. widersetzen mußten.« (124)

Wie weit aber konnte das NS-Regime im allgemeinen und die DAF im besonderen auf das Bewußtsein der Arbeiter einwirken? Diese Frage ist zwar nicht das zentrale Thema der Untersuchung, in deren Mittelpunkt das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Kalkül der Herrschenden steht, aber Mason macht dazu doch eine Reihe von – manchmal widersprüchlichen – Aussagen. Widersprüchlich oder besser: oberflächlich ist die oben genannte These, das »Selbstverständnis der Arbeiterklasse« sei »weitgehend unberührt geblieben«, wenn zuvor (unwidersprochen) die Einschätzung von »Resignation und Verzicht« als repräsentativ zitiert wird. Wenn Resignation bis 1936 die Reaktion vieler Arbeiter auf den Verlust ihrer wichtigsten sozialpolitischen Erwartungen aus der Weimarer Republik und die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung war, dann ist auch eine qualitative Veränderung des politischen Bewußtseins und der Handlungsfähigkeit eingetreten. Verschwommen bleibt auch die Antwort auf die Frage nach dem Popularitätsgrad der DAF. Nach 1936 blieb, so Mason, »das Verhältnis zwischen dem Regime und der Arbeiterklasse außerordentlich gespannt«, und er fährt fort: »Nur die Person Hitlers und gelegentliche Veranstaltungen von »Kraft durch Freude«, vielleicht auch die gelegentlichen Gesten nationaler Selbstbehauptung schienen unter den Arbeitern Resonanz gefunden zu haben. Die DAF selbst traf vorwiegend auf Skepsis« (123). Andererseits sieht Mason den Erfolg der DAF »als Massenorganisation unlösbar mit einer anhaltenden Steigerung der Lebenshaltung verbunden: Erstens, weil dies den Wünschen und Interessen seiner Mitglieder entsprach; zweitens, weil die Macht der DAF innerhalb des Systems zu einem guten Teil auf ihrer Fähigkeit basierte, diesen Interessen gegen konkurrierende Ansprüche im Einzelfall zur Durchsetzung zu verhelfen.« (131 f.) Wenn der Autor auch betont, die DAF habe sich »im politischen Sinne durchaus systemkonform« verhalten (128), so fügt er doch hinzu »Das Problem bestand aber weiterhin darin, zu entscheiden, was *wirklich* systemkonform war, denn es war doch dringend geboten, die größtmögliche Konzentration wirtschaftlicher Reserven auf die Rüstung zu erzielen.

Darum hatte Göring bald allen Grund, seine frühere Nachgiebigkeit gegenüber der DAF zu bereuen.« (128 f.) Diese Aussage schwächt Mason jedoch zwei Seiten weiter stark ab, wenn er feststellt: »Freilich war nach 1936 der Arbeitskräftemangel für die steigende Lebenshaltung der Arbeiter weitaus wichtiger als alle Aktionen und Reden der DAF-Funktionäre« – d. h. systembedrohende Trends entstanden aus der ökonomischen Entwicklung *und* daraus wie die Arbeiterklasse auf sie reagierte – dieser zweite Aspekt war bei den Kritikern Masons in der Argument-Debatte zu kurz gekommen. Vor allem im Aufsatz von Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler: Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933–1945; in *Argument* Nr. 47, S. 210–227; von ihrem Ansatz als Wirtschaftshistoriker her kritisieren die Autoren Mason vor allem von der Ebene der Monopolgruppentheorie und bleiben dabei de facto weitgehend im ökonomischen Bereich, ohne die damit verbundene soziale Bewegung zu betrachten. Darüber sollte auch das verbale Berühren von »sozioökonomischen Verhältnisse[n]« (214) nicht hinwegtäuschen. Als – milde gesagt – gegenstandslos kann die Behauptung der beiden Berliner Autoren gelten: »Masons Thesen fügen sich ohne Schwierigkeiten in das Konzept jener einflußreichen gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik ein, die aus durchsichtigen Gründen seit eh und je darum bemüht sind, Großindustrie und Hochfinanz zu entlasten.« (212) Diskussionswürdig ist dagegen die Kritik Pätzolds (s. weiter unten im Text).

Es ist das Verdienst Masons, unsere Kenntnisse über das Verhältnis zwischen Ökonomie und Arbeiterklasse von 1933–1939 wesentlich erweitert und damit einen wichtigen Beitrag zur sozio-ökonomischen Analyse des Faschismus geleistet zu haben. Die Frage aber, wie die Relation zwischen systemstabilisierender und systemdesorganisierender Wirkung der als zentrales Integrationsinstrument gedachten DAF letztlich war, wird bei Mason ungenau beantwortet.

Die Spannung zwischen den Expansions- und Rüstungszielen auf der einen und der um ihren Lebensstandard kämpfenden Arbeiterklasse auf der anderen Seite, die ihren Ausdruck im Streit um die Funktion der DAF fand, führte zu einer Flucht nach vorn (166): Die politische Führung suchte die Lösung in einer Ablenkung nach außen: Mit der gegenüber früheren Plänen *vorzeitigen* Auslösung außenpolitischer Konflikte bis hin zum Kriege. Diese »Krisenlösung« war verbunden mit einem verschärften Appell an Nationalismus und Herrenmenschentum gegenüber den anderen Völkern Europas; es war der Versuch, die »Volksgemeinschaft« auf einer neuen Ebene wieder zu stabilisieren. Doch die Lage der Arbeiter ließ eine Integration nicht zu. Die Untersuchung Masons zeigt, daß der unorganisierte Widerstand aus der Arbeiterklasse die militärische Potenz des »Dritten Reiches« schwächte. Wieweit er erst die Niederlage des deutschen Faschismus möglich machte, wird schwer zu klären sein. Für die Phase von 1941–1945 sind von der Forschung noch eine Reihe Fragen zu klären. Warum gab es keinen zweiten November 1918 und warum mußten die sowjetischen Truppen bis Berlin marschieren, um das NS-Regime zu vernichten? War es der immer umfassender werdende Terror und wenn ja, wie konnte er so durchgreifend wirken? Oder spielte der Zwangseinsatz ausländischer Arbeiter eine Rolle, die auch die letzte Konsequenz des Systems erlebten: »die Vernichtung von Menschen im Produktionsprozeß um der Produktion willen« (173)?

Das Verhältnis von Kapital und Staat ist nicht das zentrale Thema Masons, dennoch macht er einige Aussagen dazu, die eine kritische Betrachtung verlangen. Wenn er z. B. schreibt, die Industrie habe 1934 »noch Grund« zu der Annahme gehabt, Staat und NSDAP seien ihr »hörig« (44), dann legt das die Vermutung nahe, es sei später ganz anders gekommen. Der Prozeß der Verschmelzung zwischen staatlichen Institutionen, Parteiverbänden und industriellem Management wird zu wenig berücksichtigt (s. a. Kurt Pätzold, *ZfG* 7/1978, 639). Auf der anderen Seite wäre es platter Ökono-

mismus, zu sagen, die Reaktionen der politischen Führung seien *gradlinig* aus den Verwertungsinteressen abzuleiten. Damit macht man die Arbeiterklasse letztlich zu einem politisch toten Objekt. Der Staatsapparat muß auf das gegebene Kräfteverhältnis der sozialen Klassen reagieren, und das wird nicht durch die Vertreter der Kapitalinteressen allein bestimmt. Wieweit die politische Leitung dabei *fähig* ist, das Gesamtinteresse z. B. der Industriellen wahrzunehmen, muß von Fall zu Fall untersucht werden. Eine Apologie der Unternehmer kann man darin nicht sehen. Denn es ist *eine* Sache, festzustellen, daß der deutsche Faschismus eine Konsequenz der deutschen kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Kräfteverhältnisse war, daß Unternehmer und Staat mit einer neuen Qualität der Verflechtung den Terror im Innern und den Krieg nach außen organisiert haben und eine *andere*, wer den Ablauf der Außenpolitik, Zeitpunkt und Umfang der Expansion sowie die Bündniskonstellation bestimmt hat. Daß die politische Führung, repräsentiert durch Hitler, eine systematische und »nüchterne« Rüstungsplanung verhinderte, weil damit die Macht von Bürokratie und Wirtschaftsführung »in Gestalt der erforderlichen Planungsbehörden« (138) gestärkt worden wäre, ist eine plausible und noch näher zu untersuchende These.

Auch der Vorwurf der Personalisierung, der Mason gemacht wird, (in Argument 47 von Czichon, 185 und Eichholtz/Gossweiler, 217; auch bei Zumppe, ZfG 8/78, 762 klingt diese Kritik an), ist letztlich unzutreffend. Zwar gibt es einige Textstellen, die durch unscharfe Formulierungen eine solche Vermutung stützen könnten, aber das Ergebnis der Arbeit ist doch ein anderes: Die Behauptung, die seit 1936 verfolgte Linie in der Rüstungspolitik sei das Ergebnis vor allem bewußter und strategischer Entscheidungen Hitlers gewesen, ist »eine unhaltbare Überschätzung der tatsächlichen Macht der politischen Führung, eine wirklichkeitsfremde Übertreibung ihrer Fähigkeit, das gesellschaftliche und wirtschaftliche System zu kontrollieren.« (158)

Klaus Wernecke (Hamburg)

Funke, Manfred (Hrsg.): Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen. Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 14. Droste Verlag, Düsseldorf 1978 (195 S., br., 24,- DM).

Die gegenwärtigen Varianten der Totalitarismustheorien sind aus zwei unterschiedlichen Traditionslinien hervorgegangen. Einerseits haben sie sich entwickelt aus der abstrakten Gegenüberstellung von Demokratie, die durch *Pluralität* der Parteien und Meinungen gekennzeichnet sei, und Diktatur – sei es nun die des Proletariats oder eine andere –, die von *einer* Partei und *einer* Ideologie bestimmt werde. Mit dieser These wurde nach 1917 die Sowjetunion als prinzipiell antidemokratisch disqualifiziert. Die Sozialdemokratie, deren rechter Flügel an der Ausarbeitung dieses Konzepts wesentlich beteiligt war, wurde dabei von den liberalen und konservativen Kräften immer wieder selber in die Verdachtszone gerückt, sobald sich in ihr linke Strömungen regten. Andererseits ging die Totalitarismustheorie aus dem Selbstverständnis des Faschismus hervor, der sich als »totaler Staat« definierte und damit den antifaschistischen Kräften einen Ansatzpunkt für ihre Kritik lieferte. Im Zweiten Weltkrieg richtete sich die Polemik gegen den Totalitarismus, die sich daraus in den Ländern der Antihitler-Koalition entwickelte, fast ausschließlich gegen den Faschismus.

In der Periode des Kalten Krieges erlangte dann die Totalitarismustheorie in der Bundesrepublik beinahe den Rang einer Staatsideologie. Mit ihrer Hilfe konnte die Unterdrückung und Verfolgung der kommunistischen, sozialistischen und pazifistischen Kräfte als Agenten des totalitären Kommunismus gerechtfertigt und zugleich

der Anschein erweckt werden, als werde die Tradition des Antifaschismus fortgesetzt. (Tatsächlich wurden im Schutze dieser Ideologie die alten Führungsschichten des faschistischen Systems wieder in ihre Machtpositionen eingesetzt und viele, die einst vom Faschismus verfolgt worden waren, von eben diesen Kräften nun wieder diskriminiert und inhaftiert.) Mit dem Zusammenbruch der »Politik der Stärke« und dem Übergang zur Entspannungspolitik seit Mitte der 60er Jahre verlor auch die Totalitarismustheorie ihre Vorherrschaft in der wissenschaftlichen Diskussion – wenn sie auch in der politischen Auseinandersetzung weiter benutzt wurde. Mit dem Ende der sozialliberalen Reformansätze und Reformhoffnungen mit dem Beginn der Krise in der ersten Hälfte der 70er Jahre allerdings gewann sie erneut an Boden. Sie bildet die ideologische Grundlage der Berufsverbote und überhaupt aller Einschüchterungs- und Repressionsmaßnahmen gegen die demokratische Bewegung – während sie zugleich die wachsenden Aktivitäten der Neofaschisten nicht im mindesten beeinträchtigt. Wie in der Periode des Kalten Krieges richtet sie sich nur in der Phrase gegen den »Extremismus von rechts und links«, tatsächlich aber ausschließlich gegen die Linke.

Diese lange Vorrede war notwendig, um beurteilen zu können, welcher Stellenwert den gegenwärtigen Versuchen zukommt, die Totalitarismustheorie auch wissenschaftlich wieder salonfähig zu machen. Nichts anderes nämlich ist der Inhalt des vorliegenden Sammelbandes. Dabei mag dahingestellt bleiben, ob sich die Autoren, die sich zu einem erheblichen Teil um den Bonner Politologen K. D. Bracher gruppieren, dieser objektiven politischen Funktion ihrer wissenschaftlichen Äußerungen bewußt sind oder nicht. Folgt man ihrer Argumentation, so verstehen sie sich als Verteidiger der »offenen Gesellschaft« gegen die Gefahren des linken und des rechten Extremismus. Der vorliegende Band versteht den Totalitarismusbegriff als »Trennmittel zwischen Demokratie und Monokratie« und als Vergleichsmittel zwischen braun und rot. »Die Perspektive der Opfer stellt die Vergleichbarkeit sozialistischer und faschistischer Systeme her.« (Vorwort) Die wissenschaftlichen Defizite dieses Ansatzes, der sich auf die Betrachtung der Herrschaftsmethoden beschränkt und von ihrem sozialen Inhalt absieht, sind oft genug dargestellt worden. (Ich habe in meinem Buch »Faschismustheorien«, rororo aktuell 1979, das Nötige noch einmal ausgeführt.) Es sei nur darauf hingewiesen, daß er weder die Entstehung noch die politischen Ziele der faschistischen Diktatur erklären kann, weil er an den wirklichen Beweggründen der politischen und sozialen Kräfte vorbeigeht. Das Großkapital z. B. wußte zwischen dem »braunen« und dem »roten Extremismus« sehr wohl zu unterscheiden und hat eben deshalb den einen an die Macht gebracht, weil dieser den anderen zu vernichten versprach.

Der erste Teil des Buches behandelt »Theorie, Methodik und gegenwärtige Rezeption«, der zweite die »Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen«, konkret der faschistischen Systeme Italien und Deutschland, der »osteuropäischen Staaten«, der Volksrepublik China und des Peronismus. Abgesehen von dem mehr begriffsgeschichtlichen Aufsatz von Jens Petersen über »Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien« sind alle Beiträge mehr oder weniger eng dem Totalitarismusschema verpflichtet, so daß schon allein von hier aus eine kritische Aufarbeitung und Einordnung der Totalitarismusthese nicht geleistet werden kann. Was sich in diesem Band artikuliert, ist also das gegenwärtige Selbstverständnis dieser These. Dabei versuchen insbesondere Bracher, Graf Kielmannsegg und Schlangen, die Kritik an den älteren Totalitarismustheorien zu berücksichtigen und deren eklatanteste Mängel zu korrigieren. So konzidiert Bracher, daß »ein Großteil der wichtigsten Literatur zum Thema Totalitarismus im Schatten der globalen Auseinandersetzung zwischen Ost und West mit der lapidaren Zweiteilung der Welt in freiheitlich-demokratische und kommuni-

stisch-diktatorische Regime« erschien und daß in der Tat »tiefe Verschiedenheiten zwischen Faschismus, Nationalsozialismus und besonders Kommunismus bestehen« (82). Dennoch hält er das Totalitarismuskonzept für unverzichtbar, um erstens den »politisch-herrschaftstechnischen« Aspekt moderner Regime zu untersuchen und zweitens eine Abgrenzung des modernen Totalitarismus von »klassischen« despotischen und tyrannischen Regimen zu ermöglichen.

Diese »Modernisierung« des Totalitarismuskonzepts hat im vorliegenden Buch auch einige Auswirkungen für die Beurteilung der sozialistischen Staaten, von denen der Würzburger Politologe Georg Brunner sagt: »Einige Merkmale des Totalitarismusmodells sind heute nur in abgeschwächter Form auffindbar, andere wiederum sind nach wie vor vorhanden«, vor allem die »Einparteiendiktatur« (146). Funktional hat sich gegenüber den früheren primitiveren Varianten dieses Konzepts insofern etwas geändert, als jetzt im »Feindbild« die sozialistischen Staaten etwas zurückgetreten sind gegenüber der Linken in der Bundesrepublik selbst. Man kommt zum Ausdruck, daß den Herrschenden in einer Periode, da die »Befreiung des gesamten ver-sklavten Osteuropa« (Adenauer) durch die Politik der Stärke sich als unrealistisch erwiesen und man sich mit der Existenz der sozialistischen Staaten abzufinden hat, mit bloßer ideologischer Disqualifizierung dieser Staaten nicht mehr gedient ist, sondern Informationen über die wirkliche Beschaffenheit und Funktionsweise der sozialistischen Staaten benötigt werden. Zugleich aber zeigt sich darin auch die erhöhte politische und wissenschaftliche Potenz der Linken in der Bundesrepublik, der gegenüber massive politische und ideologische Mittel – von den Berufsverboten bis zur Totalitarismustheorie – für erforderlich gehalten werden.

Insgesamt ist dies also ein Buch, das dem gegenwärtigen Forschungsstand weder auf empirischer noch auf theoretischer Ebene gerecht wird. Dies gilt sowohl für die Faschismusfrage wie für das Problem der sozialistischen Länder. Im Gegenteil: Das Totalitarisschema, das hier erneut propagiert wird, blockiert jedes wirkliche Verständnis politischer und gesellschaftlicher Phänomene. Und die massiven Versuche, dieses Schema zur politisch und wissenschaftlich verbindlichen Staatsdoktrin zu erheben, stellen eine schwere Bedrohung nicht nur des schon erreichten Problembewußtseins, sondern der Freiheit der Wissenschaft überhaupt dar.

Reinhard Kühnl (Marburg)

Ökonomie

Commoner, Barry: Energieeinsatz und Wirtschaftskrise. Die Grundlagen für den radikalen Wandel. Rowohlt Taschenbuch-Verlag, Reinbek 1977 (249 S., br., 7,80 DM).

In seinem 1976 erschienenen Buch über das Elend der Energie bzw. der Macht – der Verlauf der Erörterungen von »The poverty of power« geht vom Energetischen zu gesellschaftlichen Machtfragen – greift der US-amerikanische Biologe Commoner den Zusammenhang von Umweltproblemen, Energiekrise und Wirtschaftskrise auf. Wie sich an der Energiekrise zeigen läßt, ist das Wirtschaftssystem zumal der USA in Bezug auf diese Probleme der Reproduktion verkehrt geschaltet. Denn nach Commoner sollte »der bestimmende Einfluß vom Ökosystem durch das Produktionssystem zum Wirtschaftssystem verlaufen« (12), während das Umgekehrte der Fall ist. Profit als treibendes Motiv wirtschaftlichen Handelns stützt die Produktion so zurecht, daß diese ihre natürlichen Grundlagen gefährdet.

Entsprechend dieser Programmklärung eröffnet Commoner mit einem sehr in- struktiven Kapitel über die beiden ersten Hauptsätze der Thermodynamik. Der erste formuliert das Gesetz von der Erhaltung der Energie der Gesamtmenge nach und ist

damit grundlegend für Sparkonzepte, denen eine Einheit Energie ebensoviel wert ist wie die andere; im Unterschied dazu betrifft der zweite die Qualität von Energie für Arbeit mehr oder weniger verfügbar zu sein, und besagt, daß die Nicht-erfügbarkheit für Arbeit stets zunimmt. Da es uns jedoch stets um die Verfügbarkeit für Arbeit im physikalischen Sinn gehe, müsse die Nutzungseffektivität energetischer Ressourcen vor allem im Sinne des 2. Hauptsatzes bemessen und gesteigert werden. Dies könne dadurch geschehen, daß das Qualitätsgefälle zwischen angewandter Energieform und effektiver Nutzenanwendung abgebaut wird, elektrische Energie z. B. nicht für Heizzwecke u. a. niederkalorische Wärme verschleudert wird.

In weiteren Kapiteln werden Öl und Kohle als fossile Brennstoffressourcen sowie Kernenergie auf ihre Anwendungsgebiete und Nutzungsprobleme hin untersucht, wobei sich u. a. eine geringe Effektivität im Sinne des 2. Hauptsatzes ergibt (d. h. nach dem Verhältnis des für den erwünschten Arbeitszweck jedenfalls notwendigen Energiebetrages zum tatsächlich aufgewandten). Auf diesem Hintergrund hebt Commoner die ökologische und ökonomische Bedeutung verstärkter Anstrengungen zur Ausnutzung der Sonnenenergie in kleinen wie in Großprojekten hervor, da diese entgegen häufigen Annahmen hochwertig sei und praktisch unerschöpflich ist. Da Sonnenstrahlung kaum zu monopolisieren ist und auch in geringen Konzentrationen genutzt werden kann, unterstreicht Commoner den Einfluß auf die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und die territoriale Entwicklung, den ihre Nutzung in größerem Maßstab haben könnte. In der zweiten Hälfte des Buches untersucht Commoner speziell den Energieverbrauch der Landwirtschaft, des Transportwesens sowie der petrochemischen Industrie der USA auf die Verursachung von Energieengpässen hin. Die im Produktionssystem angewandte Technologie hat danach eine massenhafte Abhängigkeit von nicht-regenerierbaren Energiequellen erzeugt, nutzt diese aber sehr ineffektiv und setzt uns so einer drohenden Energieknappheit aus. Zugleich belastete die Kapitalintensität der Technologie das Wirtschaftssystem und drücke seinen Lebensnerv, die Profitrate.

Zur Bewältigung der Energiekrise und der darin verwobenen Probleme hält Commoner es schließlich für notwendig, ein Produktionssystem zu errichten, «das bewußt darauf angelegt ist, gesellschaftlichen Bedürfnissen zu dienen, und das den Wert seiner Produkte nach ihrer Brauchbarkeit bestimmt; sowie ein Wirtschaftssystem, das diesen Zwecken verpflichtet ist. Zumindest dem Prinzip nach ist ein derartiges System Sozialismus» (216, korrigiert nach dem Original). Mittel und Wege auszuarbeiten, um ein solches komplexeres System aus den Widersprüchen der gegenwärtig akuten Krisen seiner Verwirklichung näherzubringen, erfordert allerdings einen Einsatz gesellschaftswissenschaftlicher Forschung, wie Commoner ihn, was die letzten Teile seines Buches angeht, nur andeutungsweise leisten konnte. Insgesamt ist Commoners Arbeit als instruktiv und anregend zu empfehlen, da es grundlegende Tatsachen und Zusammenhänge über das Elend unserer Energiewirtschaft ans Licht bringt und damit verdeutlicht, welche Ansprüche an Analysen und Planvorschläge zur Lösung der Energiekrisen gestellt werden müssen. Besonders ist sie Gesellschaftswissenschaftlern zu empfehlen, da ihr übergeordneter Angriffswinkel für die Weiterentwicklung ökonomischer Analysen von Bedeutung sein dürfte.

Solveig und Rolf Czeskleba-Dupont (Kopenhagen)

Roos, Hans, und G. Streibel: Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen. Verlag Die Wirtschaft, Berlin DDR (272S., br., 15,80M).

Das vorliegende Buch entstand aus Arbeiten über die Mensch-Umwelt-Beziehung als ökonomisches Problem, die am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Berliner Akademie durchgeführt wurden (vgl. den Einleitungsvortrag von Roos zu

einer diesbezüglichen Tagung, der in den Geographischen Berichten, Heft 3/1976 abgedruckt ist). Entsprechend den Arbeitsschwerpunkten gliedert es sich in vier Hauptkapitel von je etwa 60 Seiten, die zusammen einen einheitlichen Ableitungs- und Begründungszusammenhang im Hinblick auf praktische Maßnahmen ausmachen: eine Erörterung der Dynamik der wesentlichen Mensch-Umwelt-Beziehungen vom Feudalismus bis zum Kommunismus als der wirklich zukunftsorientierten Produktionsweise; eine Grundlegung der Theorie gesellschaftlicher Ressourcenwirtschaft, die von ökologischen Potentialen und deren natürlicher Regeneration bzw. Reproduktion unter Aufwand gesellschaftlicher Arbeit ausgeht; eine schrittweise konkretisierte stoffwirtschaftliche Analyse der Effektivisierungsmöglichkeiten in Stoff- und Energienutzung; sowie daraus hervorgehende strategische Überlegungen zur ökonomischen Bewertung von Naturressourcen und -stoffen sowie zur Stimulierung ihrer rationelleren Nutzung.

Entschieden wenden sich die Autoren gegen jegliche »private Monopolisierung von Naturquellen, ganz gleich in welcher historischen Form sie auftritt, (der) immer die Tendenz zum Raubbau eigen (ist), weil bei dieser spezifischen Art der Bereicherung umso mehr fremde Arbeit angeeignet werden kann, je mehr der Natur entrissen und je weniger für ihre Regeneration getan wird« (24). In diesem Sinn dient ihre Arbeit einer zugleich komplexeren, pfleglicheren und intensiveren Naturnutzung, um durch eine entsprechende Bewirtschaftungsweise der natürlichen Umwelt der wissenschaftlich-technischen Revolution überhaupt erst zum Durchbruch zu verhelfen: »Nur bei Berücksichtigung der komplexen Zusammenhänge der Naturpotentiale können langfristig hohe Erträge, Leistungen und Intensivierungseffekte erzielt sowie negative Folgewirkungen vermieden werden. Diese ökologischen Zusammenhänge müssen im Rahmen der Grundlagenforschung zur Umweltgestaltung erforscht werden, wobei es Aufgabe der Ökonomen ist, ökonomische Konsequenzen aus diesen ökologischen Zusammenhängen sowie Schlußfolgerungen und Präferenzen für Maßnahmen abzuleiten« (140).

Die Methodik des Buches entspricht diesen Forderungen weitestgehend und löst damit auf einem Vorstadium der Planungsvorbereitung die Forderung systematisch ein, zu der auch Barry Commoner aus ganz anderer Richtung gelangte (vgl. die Rezension in diesem Heft): ökologischen Kriterien in wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu höherer Priorität zu verhelfen. Dies gelingt den Autoren durch den systematischen Bezug von aktualisierter Natur und gesellschaftlicher Arbeit, indem etwa Notwendigkeit und Möglichkeiten von Substitutionen einzelner Ressourcen oder stoffwirtschaftlich ineffektiver Technologien an kritischen Entwicklungen der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität bemessen werden. Zentrale Bedeutung kommt dabei dem Nachweis zu, daß Erhöhung der Arbeitsproduktivität vom gesellschaftlichen Standpunkt aus auch und zumal in einer produktiven Freisetzung derjenigen vergegenständlichten Arbeit bestehen kann, die bis dahin »in den nicht wiederverwertbaren, gesellschaftlich notwendigen Produktionsabfällen nichtproduktiv gebunden ist« (258). Hierdurch beanspruchen sie nämlich, die ökonomischen Grenzen für die Einführung umweltfreundlicherer Technologien wesentlich weiter ziehen zu können, als dies bei Produktivitätsberechnungen der Fall ist, die bloß die einzelbetriebliche Praxis auf die gesellschaftliche Gesamtarbeit projizieren, nach der Rohmaterial und Hilfsstoffe wertmäßig ganz aufs Produkt übertragen werden, obgleich sie stofflich gar nicht oder nur teilweise darin eingehen. Wie die einseitige Technologie, die sie verkaufen half, gehört auch diese kalkulatorische Praxis mit zu den Muttermalen, die der Kapitalismus weitervererbt hat (vgl. 18, sowie »Kapital« I, MEW 23, 219 f.) und die erst mit der Entfaltung der materiell-technischen Basis des Kommunismus überwunden werden.

Für eine möglichst vielseitige Anwendung des Buches, das von allgemeinem Interesse ist, wäre wegen seines Materialreichtums ein Index wünschenswert. Inhaltlich erscheint für die tragende Argumentation bzw. ihre Konkretisierung auf energiewirtschaftlichem Gebiet ein autoritativer Hinweis unzufriedenstellend, daß nämlich »Nutzenergie nach Ansicht von Energetikern meßtechnisch nicht erfassbar ist«. Sie schließen daher die Konsumtion der Elektroenergie als Nutzenergie aus ihrer Effektivitätsanalyse der Energiekette aus (174). Eine Einbeziehung von Commoners Methodik wäre hier anzuraten. Rolf Czeskleba-Dupont (Kopenhagen)

Duve, Freimut (Hrsg.): Technologie und Politik Nr. 9. Das Magazin zur Wachstumskrise. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1977 (277 S., br., 8,80 DM).

»Technische Entscheidungen sind politische Entscheidungen, technische Zukunftsentwürfe sind politische Zukunftsentwürfe. Wird technischer Fortschritt zum politischen Rückschritt?« Unter diesem Reihemotto sind Aufsätze gesammelt zur Situation von Menschen in technisierter Umwelt, zu den Themen »Energiebedarf, Sicherheit und Arbeitsplätze« und »Nukleare Bewaffnung«, ein Literaturbericht zur »Wachstumskrise« sowie Lindners Kritik an Harichs »Kommunismus ohne Wachstum«, in der Harichs Konsequenz einer autoritären Eliteherrschaft angegriffen wird. Das Postulat Lindners, Naturbeherrschung tendiere dazu, Natur abzuschaffen (263) hat Bedeutung für die Auseinandersetzungen in der Ökologie-Bewegung, da sie sich mit gesellschaftlich bestimmter Naturbeherrschung auseinandersetzt. Dieses Postulat scheint unter kapitalistischen Bedingungen und denjenigen des realen Sozialismus zu gelten. Diskutiert werden mußte in diesem Zusammenhang, wie die gesellschaftliche Aneignung der Natur geschehen kann, ohne daß Natur und damit die Menschen selber vernichtet werden; welche gesellschaftlichen und individuellen Bedingungen eine tendenziell nichtentfremdete Existenz ermöglichen; welches politische Handeln diesem Ziel am ehesten nahekommt. Sicherlich gibt es mit bestimmter gesellschaftlicher Herrschaft Technologien, die diesem Ziel entgegenstehen: Technologien die zu Destruktivkräften geworden sind. Die Zerstörung von umfassendem Leben kritisiert Illich mit seinem Konzept der Kontraproduktivität (5 ff.): die gegenwärtige industrielle Produktion zerstört die Umwelt-, sozialen und psychosozialen Bedingungen, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Die von Illich als Folge der Kontraproduktivität beschriebene »Modernisierung der Armut« (10 ff.) ist psychische Verelendung, Lähmung praktischer Selbstbestimmung und damit entmündigende Abhängigkeit. »Ein Gesellschaftszustand, der die verwaltete Warenproduktion begünstigt, hat . . . zwei destruktive Aspekte: die Menschen werden für den Konsum statt fürs eigene Handeln geschult, und zugleich wird ihr Handlungsspielraum eingengt.« (9) Als Beispiel für seine Thesen führt Illich die »Gesundheitsindustrie« an, geht aber über deren Kritik nicht hinaus. Die Kritik der Kontraproduktivität und Zerstörung führt in der Ökologie- und Technologiediskussion sowie in der Auseinandersetzung mit Entwicklungsproblemen der 3. Welt zur Vorstellung der Dezentralisierung von technologischen und wirtschaftlichen Systemen (Mumfort, Dickson, Schumacher), die auch von Friedman aufgenommen wird (67 ff.). Sie kommt durch eine Strukturanalyse globaler Kommunikation zu ihrem Postulat eines »Systems der Selbsthilfe kleiner Organisationen und Gruppen«, die in einer »armen Welt« überleben könnten, »indem sie die Arbeitsteilung, die individuelle Lagerhaltung, Abhängigkeit vom Transport« verminderten (79 f.). Das Elend der Entwicklungsländer liegt aber weniger in der »Unmöglichkeit globaler Kommunikation« begründet, als in der politischer in der »Unmöglichkeit globaler Kommunikation« begründet, als in der politi-

schen Beherrschung und ökonomischen Ausbeutung durch die hoch industrialisierten Zentren.

Die Aufsätze über Energiebedarf, Sicherheit und Arbeitsplätze treffen sich in der Feststellung: »Gegen die Arbeitslosigkeit ist eine ökologisch fundierte Beschäftigungspolitik möglich.« (93) Die Aufsätze der Schweizerischen Energiestiftung und der Katalyse-Technikergruppe zeigen den Zusammenhang von Energieverschwendung und Arbeitslosigkeit und belegen, daß durch energiesparende Techniken neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Deutlich widerlegt werden die Vorstellungen, daß durch Steigerung des Energieverbrauchs Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden können. Die Schweizerische Energiestiftung tritt über die Stabilisierung des Energieverbrauchs hinaus für die Dezentralisierung der Energieversorgung ein, sowie für den Ersatz fossiler- und Kernbrennstoffe durch erneuerbare, dezentrale einheimische Energie (Sonnenenergie, Wasserkraft, Umgebungs- und Erdwärme, Biogas, Wind), da dadurch das wirtschaftliche und ökologische System stabiler wird (118). Da die gegenwärtigen Bedingungen der Kapitalverwertung zur Zerstörung ökologischer Systeme geführt hat, kann es nicht im Interesse der Ökologie-Bewegung sein, gerade das wirtschaftliche System zu stabilisieren, zumal bereits die diskutierte Dezentralisierung darüber hinausweist; denn sie soll auch Entfremdung partiell überwinden helfen, in dem Menschen in überschaubaren Systemen mit angepaßten Technologien arbeiten. Die Risiken der Entwicklung der Atomtechnologie ließen sich für Sonntag unter der folgenden Prämisse rechtfertigen: »Die erfolgreiche weltweite Bekämpfung des Hungers und der unmittelbaren Not. Aber die hierzu erforderliche Energie wäre nur ein Bruchteil des derzeitigen Energieumsatzes.« (107) Die erforderliche Energie ließe sich aber durch alternative Technologien bereitstellen, so daß die Legitimation der Atomenergie entfielen.

In dem Themenschwerpunkt »Nukleare Bewaffnung« werden die Gefahren, die von Atomwaffen auch in Friedenszeiten ausgehen, verdeutlicht durch eine umfassende Liste von Atomwaffenunfällen und Vorfällen mit Atomwaffen (156 ff.). In dem der Aufsatz von Mietтинен »Die Neutronenbombe – Die neuen Atomwaffensysteme« (215 ff.) werden die vorhandenen Atomwaffen und die taktisch/strategischen Vorstellungen der Atomwaffenstaaten besprochen, wobei eindringlich vor den Mininukes und Waffen mit verstärkter Strahlung (Neutronenwaffen) gewarnt wird, die die Schwelle eines totalen Atomkrieges erheblich herabsetzen (213 f.). Bei den Mini- und Neutronenwaffen ist der Radius der Hitzewirkung kleiner als der der Neutronenstrahlung (219), da 80% der Energie als schnelle Neutronen freigesetzt wird, die eine hohe biologische Wirkung haben und die die genetischen Risiken gegenüber den herkömmlichen Atomwaffen noch erheblich vergrößern. Mietтинен macht in diesem Aufsatz deutlich, daß durch die Neutronenwaffe der »falsche Gebrauch der Wissenschaft auf die Spitze« getrieben wird (237). Aus dieser ethischen Wertung folgt auch die Aufforderung zur innenpolitischen Auseinandersetzung um die Atomwaffen, mit dem Ziel der vollständigen Beseitigung der Drohung mit nuklearem Waffeneinsatz, selbst wenn ein Konflikt ausbräche (242 f.). Allerdings sollte dieses Ziel nicht nur auf Europa beschränkt bleiben. Besonders dieser Aufsatz mit seiner Aufforderung zum politischen Handeln macht die mit den Atomwaffen verbundene »Perversion des Denkens« deutlich, die sich ausdrückt in der perversen, unmenschlichen Herrschaft mittels entfremdender Technologien und Atomwaffen, wodurch materielle und psychische Lebensbedingungen vernichtet werden. Die Konzeption dieser Magazinnummer ist zu kritisieren, da ein Sammelsurium unterschiedlichster Aufsätze vorgelegt wird. Sinnvoller erscheint die Beschränkung auf einen Themenbereich, der dann unter verschiedenen Gesichtspunkten diskutiert werden kann.

Jürgen Tatz (Braunschweig)

Sening, Christoph: *Bedrohte Erholungslandschaft. Überlegungen zu ihrem rechtlichen Schutz.* Verlag C. H. Beck, München 1977 (144 S., br., 17,80 DM).

Dieses Buch eines in Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit erfahrenen Juristen ist sowohl wissenschaftstheoretisch wie auch praktisch von allgemeinerem Interesse, als es den Anschein haben könnte. Wirken das umfangreiche Bildmaterial zur Landschaftszerstörung und die besonders für Nicht-Juristen beschwerlichen Quellenhinweise zunächst bedrückend, so sind doch Auswahl und Reihenfolge der behandelten Themenkomplexe konsequent genug, daß man den Band mit Spannung durchlesen kann. Getragen wird diese durch den materialbezogenen Versuch, speziell in Bezug auf den alltäglichen Abbau landschaftlicher Schönheiten Abwehrmöglichkeiten durch die Einbeziehung ökologischen Wissens in die Praxis der Rechtsprechung zu eröffnen.

In der ersten Hälfte des Bandes entfaltet der Verfasser den Begründungszusammenhang für die in Kapitel III skizzierte Strategie zur rechtlichen Verteidigung der Landschaft durch den Bürger: In einem kurzen Einleitungskapitel wird versucht, auf dem Hintergrund säkularen Wachstums in der Bevölkerungsdichte und der aktuellen Wochenendströme von Erholungssuchenden die physischen, psychischen und sozialen Bedürfnisse nach störungsfreiem Landschaftserleben zusammenzufassen. Dessen konstitutive Bedingungen werden anschließend als Vielfalt der Landschaft, deren Freiheit von visuell störenden Formelementen, Ruhe, Mindesttiefe und leichte Erreichbarkeit gefaßt. Während der Verfasser gegenüber der letzten Bedingung resigniert als »durch räumliche Verhältnisse vorgegeben« (31), untersucht er in materiell-rechtlichen Erörterungen für die übrigen, welche Art Eingriffe sie mehr und mehr zerstören und welche Schutzvorschriften dagegen geltend zu machen wären. Daß dies nicht zureichend geschieht, erklärt er mit einer verharmlosenden Einstellung der Verwaltung gegenüber Einzelfällen, die Beispiel machten (59 ff.). Die spezifische Bedeutung solcher Nachgiebigkeit der Verwaltung zeigt sich dort, wo Sening die Zerstörung der Mindesttiefe von Erholungslandschaft durch Bauen als Raumverbrauch aufweist, nämlich als Widerstandslosigkeit gegenüber den Expansionsinteressen zumal ökonomisch mächtiger Privateigentümer.

Dergleichen Beobachtungen verallgemeinert er zunächst im 3. Kapitel in einer systemdynamischen Erklärung dafür, warum die kollektiven Güter, allein dem Schutz im öffentlichen Interesse überlassen, einem »immer rasanteren Ressourcenverschleiß« (91) ausgesetzt sind: »Administrative Nachgiebigkeit und sozio-ökonomischer Druck bilden ein positiv rückgekoppeltes System« (ebd.). War dieses System in der Nachkriegszeit funktional, indem es benötigte Wachstumskräfte freisetzte, so tendiere es doch langfristig zur Selbstzerstörung und müsse, laut Argumentation Senings, durch ein negativ rückgekoppeltes ersetzt werden. Dies sei zu erreichen nicht so sehr durch mehr materielles Recht, sondern durch mehr Verfolgbarkeit des materiellen Rechts.

Auf etwa 40 Seiten legt der Verfasser die verschiedenen Möglichkeiten größerer Rechtsverfolgbarkeit dar, behandelt die Haupteinwände und benennt ihre Durchsetzbarkeit. Im Namen eines neu entstandenen Schutzbedürfnisses des Individuums im Bereich der Beziehung zwischen Mensch und Naturumwelt fordert er eine Rechtsfortbildung durch die Rechtsprechung, die in ihrer Interpretation des Verfassungsrechts, nicht zuletzt der Grundrechte, den Hilferuf von Klägern gegen Eingriffe in Naturschönheiten ernst nimmt. Ein Zerbrechen der positiven Rückkoppelung von begünstigten Privatinteressen und öffentlicher Nachgiebigkeit setzt dabei voraus, daß Drittinteressen auch in Form anerkannter Verbände nicht nur mehr Gehör, sondern auch effektive Einspruchsmöglichkeiten zugestanden werden. Diese praktisch wich-

tige Hauptlinie seiner Argumentation stützt Sening u. a. mit treffender Polemik gegen die prämierte Einseitigkeit in der Juristenausbildung und ein kompromittierendes Zusammenspiel zwischen staatlicher und kommunaler Verwaltung. Wo er jedoch die Kritik der Struktur der Institutionen verläßt und die als rechtlich bedeutsame Ursache der Umweltzerstörung daneben genannte »Form der Wirtschafts- und Rechtsordnung« (80) weiter zu analysieren hätte, begnügt er sich mit vornehm distanzierenden Angriffen gegen anthropozentrisches Denken, Vorrang ökonomischer Interessen schlechthin oder mit Ausfällen gegen Konsuminteressen, Materialismus und einen für ihn unerklärlichen »Mythos vom Arbeitsplatz« (86), statt die Widersprüche der Wirtschafts- und Gesellschaftsform auf die problematische Sicherung von Existenzbedingungen zu beziehen. Trotz dieser Beschränkung hat Senings Arbeit aber mehr als nur symptomatischen Wert.

Rolf Czeskleba-Dupont (Kopenhagen)

Linser, Jörg: Unser Auto – eine geplante Fehlkonstruktion! Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1977 (156 S., br., 5,80 DM).

Linser geht mit der Automobilindustrie hart ins Gericht. Als ehemaliger Entwicklungingenieur in diesem Industriezweig hat er sich offensichtlich den dort erlebten Ärger von der Seele geschrieben. Man darf also Insider-Kritik unterstellen, die Linser explizit auf den technischen Aspekt des Automobilbaus konzentriert. Dabei kommt es ihm weniger auf wissenschaftlich fundierte denn auf allgemeinverständliche und publikumswirksame Ausführungen an. Mit z. T. recht deftigem Vokabular geht er daran, die PKW-Branche als »Familienkretin der Industriegemeinschaft« (33) schlechthin vorzuführen und deren sorgsam gepflegtes Image einer zukunftsorientierten, stets dem neuesten technischen Standard verpflichteten Industrie als einen einzigen Bluff zu enthüllen. An einer Reihe traditioneller Bauelemente des Autos – z. B. Federung, Antrieb, Elektrik – sowie an scheinbar unabänderlichen PKW-Eigenschaften – z. B. Korrosion, hoher Treibstoffverbrauch, Reparaturanfälligkeit – versucht er aufzuzeigen, daß der »gewohnte Blechtrödel der PKW-Hersteller« (14) lediglich »museale Technik« (59) repräsentiert. Die Diskrepanz zwischen dem gegebenen Niveau technischer Möglichkeiten und dem »technischen Trampel von PKW« (95) ist für ihn Beweis bewußter Fehlkonstruktion.

Linser spürt, daß hier jenseits der Technik liegende Ursachen wirken; er vermag auch, Profitinteresse als treibendes Motiv zu benennen. Dessen Erklärung ist zwar nicht seine Aufgabe, sein Thema führt ihn allerdings immer wieder auf dieses Problem zurück. Dies mag ihn verleitet haben, sich stellenweise in volkswirtschaftlicher Argumentation zu versuchen. Diese nachgerade peinlichen Passagen zeigen jedoch, daß ihm der gesellschaftliche Zusammenhang seiner Problematik völlig fremd ist. Seine höchst unkritische Favorisierung der Kabinenbahn als alternatives Individualverkehrsmittel verdeutlicht vielmehr seinen ungebrochenen Glauben an die Technik und an die honorigen Absichten der sie betreibenden Industrie. Wer also eine exemplarische, gar polit-ökonomisch orientierte Gesellschaftskritik erwartet, sollte dieses Buch beiseite lassen. Wem jedoch an Informationen zum Niveau der PKW-Entwicklung gelegen ist, findet sicherlich eine Fülle üblicherweise verschwiegener und aufschlußreicher Details über den vergleichsweise niedrigen technischen Standard der Automobilproduktion, die auch dem technischen Laien verständlich sind. Hierin liegt auch die potentielle praktische Bedeutung dieses Buches. Linsers Beispiele für die Möglichkeiten, den PKW komfortabler, billiger und langlebiger zu konzipieren sowie die Belege für die höchst fragwürdigen Vorteile schneller und PS-starker Autos können die heimliche Fetischisierung feingestylter und hochgetuneter Paradestücke der Autogarde selbst des sich kritisch dünkenden Autofahrers aufbrechen und ihm die

Polier- und Frisierunsinnigkeiten seiner Autopflege vor Augen führen. In dieser Hinsicht empfiehlt sich das Buch als informative und anregende Lektüre.

Willi Riepert (Marburg)

Jungk, Robert, u. a. (Hrsg.): Enzyklopädie der Zukunft. Eine Anstiftung zur praktischen Zukunftsgestaltung. Initiative Verlagsanstalt Tübingen 1978 (310 S., br., 24,80 DM).

In dem programmatischen Vorwort formuliert R. Jungk den hohen Anspruch dieser Enzyklopädie: »Die französischen Enzyklopädisten bereiteten einer Revolution den Weg. Sie begann 1789 in einem gewaltigen Ausbruch der Hoffnungen, die bald in neuen Herrschaftsstrukturen erstarrten. Die Aufgabe bleibt also bestehen, und sie wird stets die Menschen finden, die sie weiterführen« (V), zu denen er die »neuen Enzyklopädisten« zählt, die der rationalistischen Zergliederung der Wirklichkeit eine »ganzheitliche Synthese« (307) entgegensetzen, »die hinter dem Zerrissenen etwas Zusammenhängendes vermuten und danach zu suchen beginnen« (III). Dieser Anspruch wird durch die Herausgeber konkretisiert, indem sie »soziale Phantasie« (306 f.) anregen wollen, die über Gegenwartswissen und bestehende Denkstrukturen hinausgeht und zu sozialem Handeln führt. Voraussetzung erscheint für sie »eine ganzheitliche Betrachtungsweise der Entwicklungslinien unserer Zeit« (307).

Die Herausgeber berufen sich auf Bloch, wenn sie als Wurzel der Geschichte den arbeitenden, schaffenden, die Gegenstände umbildenden und überholenden Menschen ansehen (309), der Mittelpunkt und Handlungsträger des gesellschaftlichen Lebens ist. Der Mensch als Subjekt der Geschichte, des gesellschaftlich-politischen Handelns stellt die Zusammenhänge sozialer Erscheinungen her, denen er als Einzelner unterworfen ist, die er erkennen und im gesellschaftlichen Handeln berücksichtigen und verändern kann. Die ausdrückliche Erklärung der philosophischen Prämissen gerät etwas kurz. Probleme der Verdinglichung gesellschaftlicher Erscheinungen, feststellbarer Objektrolle und Entfremdung der realen Menschen versuchen die Herausgeber durch den »sozial-engagierten Menschen« zu überwinden, durch den die folgenden Kapitel der Enzyklopädie aufeinander bezogen sind: Mensch und Mitmensch/Lernen. Verstehen. Tätigwerden/Arbeiten. Existenz. Leben/Wohnen. Lebensraum, Gestalten/Natürliche Umwelt Lebensbasis/Alternativen. Handeln. Verändern. Der »sozial-engagierte Mensch« soll sich mit anderen zusammen, handelnd seine Umwelt aneignen und so tatsächlich Subjekt der Geschichte werden. Daß es den Herausgebern und Autoren um die »Betonung des Handlungsaspektes« (VIII) geht, wird deutlich an den jeweils aufgezeigten bereits bestehenden Handlungsmöglichkeiten, die einmal orientiert sind an der Arbeit in Gewerkschaften (bes. Kapitel »Arbeit. Existenz. Leben«) zum anderen an der Selbstorganisation der Betroffenen. Die Herausgeber gehen in den jeweiligen »Praktischen Orientierungen« am Schluß der einzelnen Kapitel offensichtlich von der gleichen Bedeutsamkeit von Organisation (Gewerkschaften) und Spontaneität (Selbstorganisation) für soziale Veränderungen aus. Sehr positiv im Sinne einer »Anstiftung zur praktischen Zukunftsgestaltung« ist über die Analyse der einzelnen Aufsätze hinaus die Angabe der Adressen von Initiativen und Projekten, wodurch die Herausgeber versuchen, am Kommunikations- und Veränderungsprozeß der Gewerkschaften und Alternativ-Bewegung teilzunehmen. Handlungsorientierungen sind gegen die Funktionalisierung des Einzelnen gerichtet, die sich nach Th. Ebert in der Krise formieren lassen »zu marschierenden Kolonnen, respektive Hubschrauberstaffeln . . ., mit dem Ziel, Erdölquellen, Kupfer- oder Phosphatvorkommen zu sichern« (32). Angeregt werden vielfältige soziale Initiativen, »die zusammengenommen in Zukunft ein wirklich verlässliches Netz der sozialen

Sicherung darstellen können – ein Netz aus solidarischen Gruppen, die auf Notlagen nicht panisch, sondern erfinderisch reagieren können« (37).

In erheblichem Gegensatz zu dieser Orientierung formuliert F. Huisken in der Nachbemerkung zu seinem Aufsatz »Chancengleichheit im Bildungssystem – Falsche Probleme und Scheinlösungen« nach einer theoretischen Kritik des Schulversuchs Glocksee, der nicht verallgemeinerbar sei und nichts zur Behebung gesellschaftlicher Ungleichheit beitrage (68): »Da diejenigen Bürger dieser Gesellschaft, die die unteren Ränge der gesellschaftlichen Hierarchie einnehmen, um ihre Lage wissen, sich aber in falscher Weise gegen sie zur Wehr setzen, sind sämtliche Initiativen zu unterstützen, deren Ziel darin besteht, ihnen jenes Bewußtsein auszutreiben, das ihr auf Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Stellung gerichtetes Handeln in den Sackgassen von Protestwahlen, individuellen Konkurrenzstrategien, Bürgerinitiativen oder gar Michael-Kohlhas-Aktivitäten führt« (68).

Huisken sieht zu unterstützende Initiativen nur in der Gewerkschaft, die zwar selbst zu kritisieren, aber doch zentrale Bedingung dafür sei, daß die Angehörigen der unteren sozialen Schichten die Gründe für das Scheitern ihrer gegenwärtigen Strategien erkennen könnten (68 f.). Mit seiner Hypostasierung der Gewerkschaften negiert Huisken den politischen und sozialen Lernprozeß in (Bürger-)Initiativen z. B. der Anti-Atom-Bewegung oder Netzwerk-Selbsthilfe. Diese dogmatische Kritik läßt keinen Raum für Irrtümer und damit für selbständiges Lernen, da nur ein Weg des Lernens von oben herab gesetzt wird. Insgesamt ist die Enzyklopädie der Zukunft bei durchaus unterschiedlich wichtigen und weiterführenden Beiträgen, ein hilfreicher Ansatz für den »Ausbruch aus der Isolation« der Klassen, der Berufe, der Familie der Nation und Rasse, der ideologischen Formierung (V). Jürgen Tatz (Braunschweig)

Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): *Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung.* Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1978 (253 S., br., 13,80 DM).

Auf dem Hintergrund von Arbeitslosigkeit, Berufsverbotten und desillusionierenden Erfahrungen auf dem langen Marsch, sind alternative Projekte für manche zur einzig rettenden Perspektive geworden. In diesen soll dem Anspruch nach nicht nur fortschrittliches politisches Handeln in der täglichen Berufspraxis ermöglicht werden, sondern aufgrund der Arbeit in veränderten Strukturen auch die Basis für einen Prozeß der Selbstveränderung geschaffen werden. Indem so ein Zusammenhang hergestellt scheint zwischen der Verfolgung allgemeinpolitischer Ziele und eigener Veränderung scheint auch der seit der Studentenbewegung artikulierte Widerspruch zwischen »instrumenteller Politik« (für die Zukunft) und »authentischer Politik« (für das Hier und Jetzt) tendenziell aufhebbar. So versucht W. Kraushaar in einleitenden »Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung« die politisch-historischen Voraussetzungen dieser Bewegung zu bestimmen. Für die alternativen Projekte sieht er konkret jedoch die Gefahr, sich auf der einen Seite des formulierten Widerspruchs zu verlieren, und so ins Getto abzudriften: über den eigenen täglichen Teller rand nicht mehr hinauszublicken, nur noch das eigene alternative Leben absichern zu wollen. »Anstatt die Verhältnisse zu unterminieren, hat man sich in ihnen auf eigene Weise eingerichtet.« (30) Als Entgegnung fällt ihm darauf allerdings nur der reichlich abstrakte Appell ein, die Differenz von Politik und Leben doch auszuhalten und produktiv zu machen (16).

P. Brückner will in seinem Beitrag einen Bezugsrahmen für die Diskussion über die »Alternativen« liefern, indem er neuartige Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung benennt, auf die er sie reagieren sieht: ökologische Fragen, Widersprüche inner-

halb der Produktivkräfte, kulturelle Homogenisierung, die Krise marxistischer Theorie und Praxis und die Defizite traditioneller Parteikonzepte, usw. In Thesen zur Kritik der Alternativbewegung verweist er auf die ökonomischen Zwänge, in denen diese sich bewegt. Nur da, wo ihnen bestehende Marktlücken »freien« Raum lassen, können sich alternative Projekte etablieren und entwickeln. Sind die »Löcher im Vergesellschaftungsprozeß« (83) jedoch erst einmal gestopft, entsteht auch in der Alternativscene der Druck, sich im Konkurrenzkampf behaupten zu müssen. Eben aufgrund dieser Dynamik warnt *Th. Schmid* vor einem Klein-Chicago innerhalb der Linken. Er plädiert dafür, »die alternativen Institutionen wieder abzuschaffen« (86) und am positiven Ausgangspunkt der Alternativbewegung neu anzusetzen; bei der Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten für die Subjekte, nach der »Entwicklung von tragfähigen Lebensformen« (90). Dabei kann es nicht darum gehen, einfach an idealisierten Lebensweisen wilder Indianerstämme anzuknüpfen, wie *J. Huhn* in seinem Beitrag aufweist; die vordringliche Aufgabe stellt sich eher im »Kampf um eine andere Form der Arbeit« (144). Die Überlegungen reichen nur bis zu diesem Punkt, aber hier lohnt es sich weiterzufragen: Welche Momente der Arbeit in dieser Gesellschaft bieten Entwicklungsmöglichkeiten für die Subjekte? Mit welchen Kräften kann man sich verbünden? Welche weisen über diese Verhältnisse hinaus? Welche Bedürfnisse, Qualifikationen und Interessen erlauben tatsächlich die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit?

Die politische Bedeutung, die die Alternativbewegung selbst bei der praktischen Beantwortung dieser Fragen haben kann, bleibt noch weitgehend unbestimmt. *D. Cohn-Bendit* verweist in einem Interview mit *W. Kraushaar* deshalb vor allem auf die Notwendigkeit, die bisher gemachten Erfahrungen der alternativen Projekte systematisch aufzuarbeiten. In einem Anhang findet sich neben einer umfangreichen Bibliographie zur weiteren Diskussion der oft nur angerissenen Problemstränge auch ein historischer »Abriss der Lebensreform« von *Frecot/Geist/Kerbs*. Parallelen zwischen der heutigen Alternativbewegung und lebensreformerischen Strömungen im Ausgang des 19. Jahrhunderts (Schroth, Kneipp) werden dort zwar hergestellt, meist aber lediglich auf der Ebene der Phänomene.

Erwin Seyfried (Berlin/West)



AS 37: 192 S., 15,50 DM,
Stud. 12,80 DM;
im Abo 12,50 DM,
Stud. 11,- DM.

- W. Karmaus*: Risikofaktoren und Ätiologieforschung
E. Göpel: Gesundheitserziehung oder Didaktik der Medizin?
K.-D. Lohmann: Funkkolleg »Umwelt und Gesundheit«
D. Henkel: Alkoholismus in der BRD
S. v. Ingersleben: Clofibrat
Girth u.a.: Veränderungen krankenhauserztlicher Tätigkeit
U. Schagen: Novellierung der AO statt Studienreform
W. Bichmann: Konzeptionswandel medizinischer Versorgung in Afrika
Güse/Schmacke: Entwicklung der wissenschaftlichen Psychiatrie in Deutschland
Heinze u.a.: Beschäftigungsstrategien gegenüber Behinderten

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61



BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

6' 79

K. Sahin: Von Atatürk zu Ecevit (V)
FIDEF: Türkische Arbeiter in der BRD
P. Maaskola/M. Preuß: Ausländerpolitik
H. Amin: Das Volksregime in Afghanistan
Bodenreformgesetz der DR Afghanistan
R. Falk: Algerien nach Boumediene
Dokumente des IV. FNL-Kongresses
D. Busch: Muldergate in Südafrika
P. Wahl: AAPSO-Konferenz von Lusaka
J. Nkomo R. Mugabe: Der Wahlbetrug
von Smith und Muzorewa in Zimbabwe

7/8 '79

U. Rupp: Die Volksoffensive in Nicaragua
Programme der Sandinistas und der Nationalen Patriotischen Front Nicaraguas
Aktuelle Einschätzungen zu Guatemala, El Salvador und Haiti
Erklärung argentinischer Parteien
J. F. Maldonado: Peruanisches Militär und Friedenspolitik
Dokument der Frente Amplio Uruguays
B. Sommer: Widerstand der Araber in Israel
W. Ritter/E. Priester: Iranische Revolution und Islam
Verhandlungspositionen Vietnams und Chinas
A. F. Ismail: Der revolutionäre Prozeß im Jemen – Programm der Jemenitischen Sozialistischen Partei
R. Falk: Die Bonner Afrikapolitik
A. Babing: NATO-Politik in Afrika
M. Mohnke: Ergebnisse von Unctad V

12. Jg. 1979

4 '79

Kommentare

Gewerkschaftliche Kritik am Memorandum '79: Rentenreform? IG Metall: neue Politik: Niederlage der KPI: FGB-Kongreß

Sozialistische Alternativen

W. Knaubert: M. Wendt: Die Grenzen der Theorien im Falle der kommunistischen Euphorie?

Sozialistische Studentengruppen: Sozialistischer Flügel der Sozialdemokratie oder Linksozialismus

Gramsci-Debatte

Sozialistische Studentengruppen: Ideologie und Alltagsbewußtsein

K. Priester: Politische Sozialogie und Staatslehre

H. G. Würzberg: "Kulturalismus" in der sozialistischen Politik – oder: Politisierung der Kultur?

Gewerkschaften

Gewerkschaft: Nahrung, Genuß, Gaststätten – Stürze der sozialdemokratischen Hegemonie?

R. Seitenzahl: ... daß die Gewerkschaften sich die Politik wiederaneignen sollten! (Replik)

Sektorale Verwaltung von korporativen Interessen? Interview mit Nori Gil

Ökonomisch-Politische Reviews

Lebensbedingungen in Italien

Zeitschriften / Bücher / Notizen

5. Jg. 1979

Herausgeber: D. Böns, W. Breuer, J. V. Freyberg, W. Gehrecke, M. Jansen, G. Kwiatkowski, B. Landefeld, H. Lederer, E. Radolff, P. Tänzmeister, F. Werkmeister, F. Wulff – Erscheinung: monatlich, Einzelheft: 2,- DM; Doppelheft: 3,52 DM; Jahresheft: 22,- DM; AIB, Liebigstr. 46, 3552 Marburg

Redaktion: J. Buschert, W. Knaubert, Zeitschriftenschau, erscheint zweimonatlich, Einzelheft: 1,- DM; Jahresheft: 2,- DM 44, VSA Verlag, Postfach 207, D-3300 Hammung 26

Blätter für deutsche und internationale Politik

6 '79

Kommentare und Berichte

R. Kühnl: Carstens, Strauß und die Offensive der Rechten

K. M. Lewan: Die Bundesrepublik und der Nahe Osten

R. de la Vega: Zur innenpolitischen Lage in Spanien

Hauptaufsätze

G. Brauch / W. v. Bredow / B. C. Hesslein / H. W. Kahn / G. Krell / W. Mallmann / G. Matthiessen / A. Mechtersheimer / J. Möllemann: Stellungnahmen zu den Ergebnissen von SALT II

R. Falk: Zwischen Krisenmanagement und langfristiger Systemsicherung. Zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (I)

R. Schäfer: Umfang und Struktur der neonazistischen Propaganda in der Bundesrepublik

G. M. Bravo: Zur Funktion des Terrorismus in der politischen Entwicklung Italiens

L. Janicki: Zum ostpolitischen Vollzugsdefizit (II)

H.-P. Kremer / H. Leuer: Unternehmerische Preispolitik und staatliche Wirtschaftspolitik in der BRD

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im ersten Vierteljahr 1979 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

24. Jg. 1979

7 '79

Kommentare und Berichte

G. Stuby: Zu den Ergebnissen der EG-Wahlen

H. Jung: Aufstand in Nicaragua

Hauptaufsätze

U. Albrecht: Zur Entwicklung des Militärpotentials der Bundesrepublik

G. Matthiessen: Der Wiener Gipfel, die Diskussion um die SS-20-Raketen und die Zukunft der Entspannung

R. Albrecht / K. H. Opper: Die nukleare Kontroverse. Bürgerinitiativen als Objekt sozialwissenschaftlicher Ausforschung

G. Giesenfeld: Kampuchea

R. Falk: Zwischen Krisenmanagement und langfristiger Systemsicherung. Zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (II)

H. Rondi: Das Kartellrecht reguliert den Konzentrationsprozeß

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Die Entwicklung der Lehrstellen (Daten)

Dokumente zum Zeitgeschehen

SALT II: Ansprachen J. Carters und L. Breschnews anlässlich der Unterzeichnung / Wortlaut des Vertrages / Protokoll zum Vertrag / Gemeinsame Erklärung über die Grundsätze und Hauptrichtungen der folgenden Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Waffen, unterzeichnet von L. Breschnew und J. Carter

24. Jg. 1979

Hg.: Fhr. v. Bredow, H. Deppe-Wolfiger, J. Huffschild, U. Jaeggi, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Rüdter, F. Straßmann, G. Stuby. – Red.: K. Bayertz, K. D. Bredthauer, P. Neuhoffer, J. Weidenheim. – Erscheint monatlich. – Einzelheft 5,30 DM. Im Jahresabo 5,80 DM, für Studenten 3,30 DM. – Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

Demokratie und Recht

2 '79

H. Ridder: »Das Menschenbild des Grundgesetzes«. Zur Staatsreligion der Bundesrepublik Deutschland

D. Deiseroth / F. Hase: Der »Schnelle Brüter« vor Gericht – Bemerkungen zu dem Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

J. Meinck: Die nationalsozialistische Machtergreifung und die deutsche Staatsrechtswissenschaft

R. M. W. Kempner: Gedanken zur Verjährungsfrage

M. Aschke: Mitbestimmung und Integration. Ein Kommentar zur Lage nach dem Mitbestimmungsurteil des BVerfG

U. Zachert: Die neueste Rechtsprechung zur Aussperrung – eine Zwischenbilanz

Entscheidungen: »Revolutionärer Zorn« – § 88 a StGB – Ablehnung eines Berufsverbots für eine Beamtin auf Probe

3 '79

voraussichtlich:

Metzger / Richter / Wahsner: Krankheit als Kündigungsgrund

S. Berghahn / D. Lucke: Mehr Chancengleichheit für Frauen durch Bewußtmachung ihrer ungleichen Chancen

R. Groß: Pressekonzentration und Pressepolitik

7. Jg. 1979

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder. – Vierteljährlich-Einzelheft 7,- DM, im Jahresabo 6,- DM, für Studenten 5,- DM. Pahl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 31.

3.WELT MAGAZIN

4'79

L. Basso: Perspektiven sozialistischer Politik in der EG (II)

F. Ginwala: Ausländische Investitionen in Südafrika und die Forderung nach Isolierung

R. Kößler: Bericht über die Arbeitsbedingungen in Tochterfirmen und Niederlassungen westdeutscher Unternehmen in Südafrika

Stellungnahme des South African Congress of Trade Unions zum Verhaltenskodex der EG

Keine linken Wirtschaftstheoretiker – Die Deutsche-Iranische Industrie- und Handelskammer gibt sich gelassen

M. Abidi: Warum Bhutto sterben mußte

5 '79

G. Leithäuser: Die neue Weltwährungsordnung

3WM-Interview mit I. Malmierca, Außenminister der Republik Kuba

L. A. Heinrich: Die Gegner einer freien Sahara drohen immer offener mit dem großen Krieg

P. Gutenbrook: Die politische Entwicklung Kenias nach der Unabhängigkeit

R. Jawad: Wöruüber wird Sadat stürzen?

U. Junk: Interview mit Sadegh Tabatabaei, Stellvertretender Innenminister der iranischen Revolutionsregierung

J. Laurie: Ohne Hilfe wird Kampuchea mit dem Erbe Pol Pots nicht fertig

D. Brinkmann: Ecuador vor einer zivilen Regierung

5. Jg. 1979

Redaktion: D. Habicht-Benthin, D. Haude, A. Hürter, N. Paech, B. Sommer, C. Stewen, D. Ziegert (Bildredaktion), D. u. K. Nierzkowski. – Einzelheft 4,- DM, Jahresabo 48,- DM, vergünstigt 32,- DM – pdw, Buschstraße 22, 5300 Bonn 1.

blätter des informationszentrums
dritte welt

Filmkritik

76 '79

Welthandelskonferenz V: Entwicklung für wen?

Iran: Sturz des Schah trotz Imperialismus

Kampuchea, Vietnam, China – und die Folgen in uns

Peru: Fabrikbesetzungen.

Außerdem: Nachrichten und Kurzberichte, Rezensionen, Hinweise

77 '79

Kolumbien

Geschichte der kolumbianischen Demokratie

Frauenarbeit in Kolumbien

Die kolumbianische Arbeiterbewegung

Dritte Welt im Unterricht

Neue Dritte-Welt-Bücher

Verschuldung der Türkei

78 '79

Partnerschaften in der Dritten Welt: Hilfe oder Hindernis?

Zur Entstehung des Konfliktes Kampuchea–Vietnam

Brasilien's Indianer: »Wir haben das Recht, wir selbst zu sein«

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40–60 Seiten:
 DM 28,- öS 222,- Str 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommenschwache Gruppen nach Selbstschätzung: DM 22,- öS 140,- Str 22,40).
 Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328,
 D-7802 Freiburg, Tel. 0761 74023

7 '79

Materialien zum Studium der Klassenverhältnisse in Deutschland

Arbeiten zu Franz Jung, Max Nettlau und K. H. Roth

Geschichte: ein Retro-Scenario von Jean Baudrillard

Nachrichten, Meinungen und Trends aus dem Kulturleben: *Was ist los?*

8 '79

Paul Fejos – Filmregisseur, Abenteuer und Anthropologe

Über Leben und Werk eines Regisseurs, der mit Hollywood brach, um ethnologische Filme zu machen. Von Peter Nau

Außerdem: *Atom-Amazonas* von Jean Monod

9 '79

Filme von Peter Nestler

»Alles erscheint gefährlich, provozierend: die Sprache, der Ton, die Bilder, der Schnitt. Alles erscheint unabweisbar... Das Ding, der Film ist dialektisch geworden.«

Filmographie und Materialien zur Vorführung der Filme von Nestler

23. Jg. 1979

Redaktion: W. E. Bühler, R. Ganser, W. Gollas, E. Ludwig, G. Theuring. – Erscheint monatlich – Einzelheft 5,50 DM; Jahresabo 51,- DM (Stud. 46,80 DM). – Verlag Filmkritiker-Kooperative, Krcitlmayrstraße 3, 8000 München 2

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

4 '79

Rationalisierung und ihre Folgen

Ursachen und Hintergründe der neuen Preiswellen

Harrisburg und die Folgen

Die »deutsche Frage« offenhalten?

J. Hund: Neue Aspekte der Technik und ihrer Anwendung

J. Goldberg: Rationalisierung und Investitionen im ökonomischen Gesamtprozeß

Ch. Preiß: Rationalisierung bei Angestellten und ihre Folgen

St. Lehndorff: Alle Computer stehen still, wenn dein starker Arm es will

K. Priester: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Entwicklung der Arbeitsbedingungen

Th. Neumann: Die DKP und der wissenschaftlich-technische Fortschritt

E. Prochorenko: Wissenschaft für die Produktion in der UdSSR

W. Petschick: DGB diskutiert Grundsatzzprogramm

R. Steigerwald: Von wem droht Gefahr?

G. Judick: Aus der Geschichte lernen!

17. Jg. 1979

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orszvokowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner. - Red.: F. Krause - Alle zwei Monate. - Einzelpreis 4,- DM, Jahresabo 18,- DM, Studenten 20% Ermäßigung. - Vlg. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 67 a. 6000 Frankfurt-M. 50.

positionen

THEORETISCHES MAGAZIN

23

Ökologie / Umwelt

Ökologische Krise: Es ist fünf vor Zwölf.
Interview mit W. Harich

E. E. Deschwanden: Kapitalismus, Ökologie und Entwicklungsländer

W. E. Gammenthaler: Umwelt- oder Systemkrise?

China

E. und J. Lattmann-Winter: Wir müssen uns auf chinesische Art modernisieren

Totalrevision der Bundesverfassung

I. Andersch: Strukturwandel bürgerlicher Verfassungen

Rezensionen

E. E. Deschwanden: Der NAWU-Report

Juni 1979

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH). - 6 Nummern pro Jahr - Einzelheft Fr. 2.50, Doppelheft Fr. 3.50 - Abo: Schweiz Fr. 13.-, Ausland Fr. 16.- - Redaktion positionen, Postfach 1927, CH-4001 Basel

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



rote blätter

36

A. Mohl: Wissenschaftlicher Sozialismus, was heißt das?

L. Magri: Krise des Kapitalismus und Krise der Linken

Ch. Neusüß: Welche neuen gesellschaftlichen Momente bestimmen die gegenwärtige ökonomische Stagnationsphase?

U. Jürgens: Für eine Entmystifizierung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate – Das Profitratengesetz als Ansatzpunkt von Kapitalstrategien und staatlicher Reformpolitik

Diskussion

»Krise des Marxismus?« – Beiträge von G. Armanski, B. Blanke, G. Schäfer, W. Spohn, P. Oehlke

R. Dombois: Stamarbeiter und Krisenbetroffenheit

9. Jg. 1979

7/8 '79

R. Hausmann: Spitzel sind unter uns

R. Meng: Worin sich das Politikverständnis der Jungsozialisten von dem des MSB Spartakus unterscheidet

Alternative Hochschulgruppe Dortmund: Studentenpolitik und Handeln aus der Sicht einer Basisgruppe

R. Krings: Über Spaß, Trauer und Haß

O. Cernavin: Franz Josef Strauß – eine Gefahr für unser Land

G. Fuchs: Karl Carstens oder die Umriss einer Strategie

Serie: 30 Jahre Bundesrepublik

H.-W. Groß: Vom Studenten zum Stadtrat

G. Amendt: Die Moral der Herrschenden...

E. Thölke: Kollaboration bundesdeutscher Wissenschaftler mit dem Rassistensregime

H. Meinke: Freiheit stirbt frequenzweise

A. Özgür: Menschen zweiter Klasse

D. Süverkrüp: Über das politische Lied, seine Konjunktur und ihre Krisenmanager

U. Obermeier: Sinnvoll leben – sich politisch organisieren

U. Maske: Der Fall Venske oder: Wie das Berufsverbot in den Sendern praktiziert wird

9. Jg. 1979

Herausgegeben von der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e. V.“ – Erscheint viermal im Jahr. Einzelheit 9,- DM, im Abo 7,- DM. – Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98

Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. – Redaktion: F. Sommerfeld, K. Deitz, H. Ferber, D. Riechert. – Erscheint monatlich. Einzelheit 1,50 DM, Jahresabo 14,50 DM. – Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Bruderweg 16, 4630 Dortmund

SOCIALISM IN THE WORLD

10

u. a.:

D. Popović: Le socialisme et les pays en voie de développement

E. Altvater / J. Hoffmann: Limites de la politique de développement dans les sociétés périphériques

S. Bessonov: La planification pratiquée par l'état dans les pays en développement – certains résultats, problèmes et possibilités

J. Radde: Les mouvements de libération nationale et la politique des forces dirigeantes révolutionnaires démocrates dans des pays à orientation socialiste

A. Vratusa: Principles and Goals of the Policy of Self-reliance

J. Woddis: Four Key Problems

Discussion

u. a.:

B. Chandra: The Social Structure of the Third World Countries and the Conception of the "Non-Capitalistic Way of Development"

B. Davidson: Some Remarks on the Characteristics of Social Development in Africa

H. Magdoff: Is There a Non-Capitalist Road of Development?

M. Lebowitz: Some Problems in Connection with the Struggle for a New Economic Order

J. Woddis: The Role of the Army in Developing Countries

P. Joseph: The United States' International Position and the World Capitalist System

2. Jg. 1978

Editor: International Conference "Socialism in the World", Cavtat, and IC – Komunisti, NIP Komunist, Beograd, Jugoslavia. Auslieferung für BRD und Westberlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65. Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 320 S.).

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

4 '79

Strategien der Rechtskräfte

N. Paech: Zur gegenwärtigen Lage des Rechtsstaates

R. Kühnl: Kapital-Strategien zur Herrschaftssicherung

H.-D. Bamberg: Die bundesrepublikanische Reaktion – Positionen und Zielsetzungen von CDU und CSU

D. Albers: Sechs Thesen zum Verhältnis von Linkssozialisten und Eurokommunisten

M. Jansen: 1. September Antikriegstag 1979 – Zur Notwendigkeit von Entspannung und Abrüstung

Ch. Rix-Mackenthun: 20 Jahre gute Argumente – Zum 20jährigen Bestehen der Zeitschrift »DAS ARGUMENT«

P. Oehlke: Immer wieder »Stamokap« – Zur Kritik Bremer Sozialdemokraten an den »Herforder Thesen«

Berichte

R. Christ / J. Günther: Nach dem Aschaffener Kongreß – Die Jungsozialisten vor der Wegscheide

A. Frei: Bericht vom Kongreß der PS Frankreich vom 6. bis 8. April 1979

2. Jg. 1979

Hg. Detlef Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Klaus-Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thusing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: H. Beiner, R. Brogeler, J. Harland, F. Heidenreich, M. Karnatz, H. Raßmes, Ch. Rix, D. Scholz, M. Zenz. Die spw erscheint in 4 Hefen jährlich. Einzelheft 5,- DM, im Jahresabo 4,50 DM einschließlich Postversand. Bestellungen über »spw« Verlag/Redaktion GmbH, Köpplin-Luise-Str. 81, 1000 Berlin 33

edition suhrkamp

Dolf Oehler
Pariser Bilder 1 (1830-1848)
Antibourgeoise Ästhetik bei Baude-
laire, Daubier und Heine
es 725, DM 12,-

Alexander von Brünneck
Politische Justiz gegen Kommuni-
sten in der Bundesrepublik
Deutschland 1949-1968
Vorwort von Erhard Denninger
es 941, DM 11,-

D. Puls, E.P. Thompson u. a.
Wahrnehmungsformen und
Protestverhalten
Studien zur Lage der Unterschichten
im 18. und 19. Jahrhundert
es 948, DM 13,-

Steven Marcus
Umkehrung der Moral
Sexualität und Pornographie im
viktorianischen England
es 903, DM 10,-

Bettelheim, Mészáros,
Rossanda u. a.
Zurückforderung der Zukunft
Macht und Opposition in den nach-
revolutionären Gesellschaften
es 962, DM 11,-

Guiliano Scabia
Das große Theater des
Marco Cavallo
Phantasiearbeit in der Psychiatrischen
Klinik Triest. Vorwort von Franco
Basaglia
es 970, DM 10,-

Tobie Nathan
Ideologie, Sexualität und
Neurose
Eine Abhandlung zur ethnopsycho-
analytischen Klinik. Vorwort von
Georges Devereux
es 975, DM 9,-

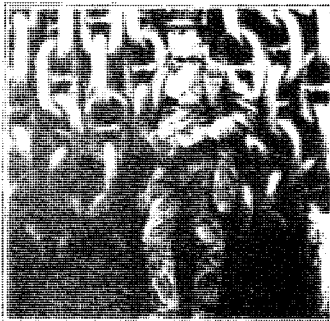
Augusto Boal
Theater der Unterdrückten
es 987, DM 8,-

WECHSEL WIRKUNG

ZEITSCHRIFT

für

Technik Naturwissenschaft
Gesellschaft



Themen im Heft 2:

SCHWERPUNKT Arbeits- und Be-
rufssituation von Ingenieuren: Inge-
nieure im Umbruch * Ingenieure in
der Kernindustrie * Arbeitslosigkeit
von Ingenieuren * Weitere Themen:
Parapsychologie * Entfremdete Wis-
senschaft * Meeresverschmutzung
Soziobiologie - u.a. . . .

Bestellungen an Reinhard Behnisch,
Hauptstr. 31, 1000 Berlin 62.
DM 5,- Einzelheft, DM 20,- Abonne-
ment für 4 Hefte (incl. Versandkosten).

Ernst Nolte

Was ist bürgerlich?

und andere Artikel, Abhandlungen, Auseinandersetzungen

192 Seiten, engl. brosch., DM 18,-, ISBN 3-12-915050-1
Leinen mit Schutzumschlag DM 28,-, ISBN 3-12-915051-X

Die Artikel und Abhandlungen dieses Bandes sind (mit einer Ausnahme) in den Jahren 1977 und 1978 entstanden. Der größere Teil wurde in Zeitungen und Zeitschriften publiziert. Daß sie nun in Buchform vorgelegt werden, entspricht dem Wunsch des großen Leserkreises der Arbeiten von Ernst Nolte. Wenn diese Essays auch aus mehr oder weniger zufälligen Anlässen entstanden oder der Autor die Themen auch nur teilweise selbst gewählt hat, so geben sie doch im ganzen einen unmißverständlichen Umriß dessen, worum es Ernst Nolte mit seiner Forschungsarbeit und seinen Veröffentlichungen im Grunde geht und seit langem gegangen ist. Es ging ihm – wie er selbst sagt – nicht um den Faschismus als solchen, es wird ihm auch nicht um den Marxismus um seiner selbst willen gehen, wenn er in wenigen Jahren sein nächstes großes Werk vorlegen wird. Diese Essay-Sammlung formuliert – im Sinne eines Kommentars zu den großen Arbeiten – das »politische Motiv«, von dem der Autor durchdrungen ist. Und keine der Überschriften der hier gesammelten Essays drückt die motivierende Problematik besser aus als jene Frage »Was ist bürgerlich?«.

Klett-Cotta 

Über die Autoren

Albert, Claudia, vgl. Argument 115

Alfs, Günter, vgl. Argument 113

Amato, Sergio, wiss. Ass. an der Universität Siena (Italien), Doktorand an der »scuola normale superiore« in Pisa. Veröffentlichungen: In div. ital. Zeitschriften. Arbeitsgebiet: M. Tugan-Baranovskii.

Bircher, Urs, vgl. Argument 115

Börgel, Hannelore, Dr. phil., geb. 1946; wiss. Mitarbeiterin am Seminar für landwirtschaftliche Entwicklung der TU Berlin. Veröffentlichungen: *Abhängige Entwicklung und Inflation in Brasilien* (1974). Presse- und Rundfunk-Kommentare. Arbeitsgebiete: Entwicklung ländlicher Räume in Entwicklungsländern.

Brockmeier, Jens, vgl. Argument 110

Bublazky, Heilmuth, geb. 1948; gelernter Büromaschinen-Mechaniker, 2. Bildungsweg, Studium der Germanistik und Politik in Berlin und Marburg, Studienreferendar. Arbeitsgebiet: Literaturdidaktik. Mitglied der GEW.

Conert, Hansgeorg, Prof. Dr. rer. pol., geb. 1933; Dipl. Sozialwirt, Hochschullehrer an der Universität Bremen. Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegungen, der Gewerkschaften, der politischen- und Arbeiterbildung sowie der Produktionsverhältnisse sozialistischer Gesellschaften. Mitglied des Soz. Büro und der GEW.

Czeskleba-Dupont, Rolf, vgl. Argument 111

Danner-Reiche, Cécilia, geb. 1952; Diplom-Politologin, Doktorandin an der FU Berlin, z. Zt. associate Expert bei International Labour Org. UN, Regional Office Bangkok, Thailand (zuständig für Frauenfragen, Asien und Pazifik). Veröffentlichungen: *Die Last der Unterentwicklung – Frauen in Kenta* (1977). Arbeitsgebiete: Frauen in Entwicklungsländern, Südostasien und Ostafrika.

Ehffording, Wieland, vgl. Argument 129

Enderwitz, Ulrich, vgl. Argument 129

Gebold, Ulrike, vgl. Argument 110

Haug, Wolfgang Fritz, vgl. Argument 128

Hogotti, Gerhard, vgl. Argument 110

Jung, Werner, geb. 1955; Studium der Germanistik und Philosophie in Aachen. Arbeitsgebiet: Ästhetik des jungen Lukács. Mitglied der GEW.

Kaiser, Peter M., vgl. Argument 111

Kammler, Jörg, Prof. Dr. phil., geb. 1940; seit 1975 Professor für Politikwissenschaft in Kassel, vor allem im Bereich Lehrerausbildung tätig; Vorsitzender des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Deutschen Widerstandes 1933–1945, Frankfurt/M. Veröffentlichungen: *Die politische Theorie von Georg Lukács* (1974), Mitherausgeber der polit. Aufsätze von Lukács. Arbeitsgebiete: z. Z. Interessenverbände (Unternehmervverband), Portugal. Mitglied des BdWi und der GEW.

Konersmann, Ralf, vgl. Argument 113

Krause, Hartfried, vgl. Argument 115

Krause-Vilmar, Dietrich, Prof. Dr. phil., geb. 1939; Professor für Sozialgeschichte der Erziehung und des Bildungswesens an der GH Kassel.

Kühnert, Walter, vgl. Argument 109

Kühnl, Reinhard, Prof. Dr. phil., geb. 1936; Professor für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg. Veröffentlichungen: *Die national-sozialistische Linke 1925 bis 1930; Formen bürgerlicher Herrschaft* (1971) *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten* (1977), *Faschismus-Theorien – Ein Leitfaden* (1979). Arbeitsgebiete: Faschismus und Neofaschismus. Mitglied des BdWi.

Kunze, Andreas, vgl. Argument 110

Laclau, Ernesto, geb. 1935 in Buenos Aires; Studium in Buenos Aires und Oxford, unterrichtet an einer Reihe argentinischer Hochschulen, derzeit Lektor für Politik an der Universität Essex (Großbritannien), Redaktionsmitglied von "Economy and Society" (London) und "Latin American Perspectives" (Berkeley). Arbeitsgebiet: bereitet zur Zeit eine allgemeintheoretische Arbeit über den marxistischen Ideologiebegriff vor.

Linke, Gudrun, geb. 1951; Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Psychologie, ausgebildete Designerin (grad.). Mitglied der SPD.

Matz, Reinhard, geb. 1952; Studium der Philosophie, Germanistik und Medienwissenschaft an der FU Berlin und der Universität Köln, gelernter Fotograf. Arbeitsgebiet: Ästhetik (Schwerpunkt Fotografie). Mitglied des MSB Spartakus.

Metz-Göckel, Sigrid, vgl. Argument 112

Oehlke, Paul, Dr. phil., geb. 1943; wiss. Mitarbeiter bei der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (1970–1975), Gastprofessor für politische Soziologie an der GH Kassel (1977–1978), wiss. Ass. an der FU Berlin. Veröffentlichungen: *Intellektuelle Opposition im autoritären Sozialstaat* (1970), *Klassenkämpfe in Westeuropa* (mit D. Albers und W. Goldschmidt 1971), *Britische Gewerkschaften* in: Argument-Sonderband AS 2 (1974). Arbeitsgebiete: Westeuropäische Arbeiterbewegung, Sozialgeschichte und Wirtschaftspolitik. Mitglied der ÖTV.

Piper, Ernst, vgl. Argument 110

Priester, Karin, vgl. Argument 115

Räthzel, Nora, vgl. Argument 110

Richter, Frank, vgl. Argument 116

Ripalda, José-Maria, vgl. Argument 110

Riepert, Willi, vgl. Argument 114

Sander, Martin, geb. 1951; Studium der Germanistik und Slawistik. Mitglied der SPD.

Sauer, Christoph, geb. 1948; Mitarbeiter am Duits Seminarium der Universiteit van Amsterdam. Arbeitsgebiete: Soziolinguistik, empirische Sozialforschung, Massenkommunikation.

Seyfried, Erwin, vgl. Argument 116

Schurig, Volker, vgl. Argument 115

Schweizer, Harro, vgl. Argument 129

Tatz, Hans-Jürgen, vgl. Argument 113

Weißbach, Barbara, vgl. Argument 116

Wernecke, Klaus, Dr. phil.: 1969–1972 Redakteur beim NDR (Tagesschau), Dozent für Geschichte und ihre Didaktik an der PH Lüneburg. Veröffentlichungen: *Der Wille zur Weltgeltung* (1970). Arbeitsgebiete: z. Z. Weimarer Republik, ideologische Vorbereitung des deutschen Faschismus, Mediengeschichte, Sozialgeschichte. Mitglied in BdWi und GEW.

Westermann, Karin, geb. 1955; Studium der Politologie und Chemie. Arbeitsgebiet: Geschichte der Arbeiterbildung. Mitglied der SPD.

Zander, Ingo, geb. 1956; Studium der Sozialwissenschaften an der GH Duisburg, Schwerpunkt: Politik.

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Tymister, Hans Josef</i> : Didaktik: Sprechen Handeln Lernen (<i>W. Kühnert</i>)	754
<i>Ziegler, Jürgen</i> : Kommunikation als paradoxer Mythos (<i>H. Schweizer</i>)	755
<i>Hartig, Matthias, und Robert I. Binnick</i> : Grammatik und Sprachgebrauch (<i>C. Sauer</i>)	756
<i>Conrady, Peter</i> : Schüler beim Umgang mit Texten (<i>G. Alfs</i>)	758
<i>Kaiser, Arnim, und Ruth Kaiser</i> : Literaturunterricht zwischen Strukturanalyse und Ideologiekritik (<i>H. Bublatzky</i>)	759
<i>Damian, Michael</i> : Zur Geschichtlichkeit des Theaters des Absurden (<i>U. Bircher</i>)	760
<i>Blumer, Arnold</i> : Das dokumentarische Theater der sechziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (<i>F. Richter</i>)	761

Soziologie

<i>Floßdorf, Bernhard</i> : Kreativität (<i>C. Albert</i>)	762
<i>Beck-Gernsheim, Elisabeth</i> : Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt (<i>B. Weißbach</i>)	764
<i>Saffioti, Heleith I. B.</i> : Women in class society (<i>H. Börgel</i>)	765
<i>Fleischer, Luitgard</i> : Zur Rolle der Frau in Afrika (<i>C. Donner-Reichle</i>)	766
<i>Honnegger, Claudia</i> : Die Hexen der Neuzeit (<i>U. Gerold</i>)	768

Psychologie

<i>Leakey, Richard E., und Roger Lewin</i> : Wie der Mensch zum Menschen wurde (<i>P. Kaiser</i>)	769
<i>Duerr, Hans Peter</i> : Traumzeit (<i>W. Jung</i>)	770
<i>Krohne, H. W.</i> : Angst bei Schülern und Studenten (<i>D. Rösler</i>)	771
<i>Krohne, H. W.</i> : Theorien zur Angst (<i>D. Rösler</i>)	771
<i>Krohne, H. W.</i> : Theorien zur Angst (<i>V. Schurig</i>)	773
<i>Esser, Johannes</i> : Angst in Schule und Hochschule (<i>S. Metz-Göckel</i>)	774

Soziale Bewegung und Politik

<i>Landefeld, Beate, und Franz Sommerfeld</i> : »Sackgassen und Irrwege« (<i>N. Rätzzel</i>)	681
<i>Schulze, Peter W.</i> : Herrschaft und Klassen in der Sowjetgesellschaft (<i>H. Conert</i>)	716
<i>Damus, Renate</i> : Der reale Sozialismus als Herrschaftssystem (<i>H. Conert</i>)	716
<i>Stern, J. P.</i> : Hitler. Der Führer und das Volk (<i>W. F. Haug</i>)	775
<i>Haffner, Sebastian</i> : Anmerkungen zu Hitler (<i>G. Linke/K. Westermann</i>)	777
<i>Focke, Harald, und Uwe Reimer</i> : Alltag unterm Hakenkreuz (<i>M. Sander</i>)	779
<i>Mason, Timothy W.</i> : Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft (<i>K. Wernecke</i>) ...	780
<i>Mason, Timothy W.</i> : Sozialpolitik im Dritten Reich (<i>K. Wernecke</i>)	780
<i>Funke, Manfred (Hrsg.)</i> : Totalitarismus (<i>R. Kühnl</i>)	783

Neuerscheinungen 1979

„ Soll also jede Wirklichkeit gerade gut genug sein, ihren Sinn zu suchen, in mühseliger, also auch schriftstellerischer Arbeit ?

Oder soll ein Sinn geradezu gestiftet werden, ein Sinn in der Literatur, wie wir ihn vergeblich in unserem Dasein wiederzufinden suchen? „

Nicolas Born in seiner Dankrede zur Verleihung des Staatschreiberamtes von Bergen-Enkheim

Deutschsprachige Autoren- Moderne Literatur

Kurt Bartsch · Kaderakte
das neue buch Band 128 – DM 6,-

Nicolas Born · Die Fälschung
Roman, 320 Seiten, Geb.
DM 25,-

Rolf Dieter Brinkmann · Rom, Blicke
das neue buch Band 94
– DM 32,-

Hugo Dittberner · Jacobs Sieg
Roman, 208 Seiten, Brosch. DM 20,-

Maria Erlenberger · Das Erlernen der Totgeburt
Roman, das neue buch Band 124 –
DM 18,-

Jürgen Fuchs · Tagesnotizen
Gedichte, das neue buch Band 126 –
DM 6,-

Wilhelm Genazino · Falsche Jahre
Roman, das neue buch Band 127 –
DM 10,-

Rolf Haufs · Größer werdende Entfernung
Gesammelte Gedichte, das neue buch
Band 130 – DM 8,-
[Erscheint im Nov. 79]

Hermann Peter Piwitt · Die Gärten im März
Roman, 223 Seiten, Brosch. DM 20,-

Frank-Wolf Matthies · Morgen
Gedichte und Prosa, das neue buch
Band 122 – DM 8,-



Rolf Hochhuth · Juristen
220 Seiten, Brosch.
ca. DM 16,80

Tell 38
160 Seiten, Brosch.
DM 12,80

René Regenass · Porträt eines Portiers
Erzählung, das neue buch Band 125 –
DM 10,-

Peter Rühmkorf · Haltbar bis Ende 1999
Gedichte, 128 Seiten, Brosch. DM 15,-

Walter Schenker · Professor Gifter
Roman, 224 Seiten, Brosch. DM 20,-

Günter Seuren · Die fünfte Jahreszeit
Roman, 416 Seiten, Geb. DM 28,-



Otto F. Walter · Wie wird Beton zu Gras
Fast eine Liebesgeschichte, 141 Seiten,
Brosch. DM 17,80

Literaturmagazin 11 · Schreiben oder Literatur.

Redaktion: Nicolas Born
Jürgen Manthey.

Delf Schmidt, das neue buch Band 129 –
DM 15,-

Ein ausführlicher Prospekt ist in Ihrer
Buchhandlung erhältlich.

Rowohlt

Klaus Briegleb

Literatur und Fiktion

1978—ein Jahr Literaturwissenschaft konkret.
Ca. 168 Seiten. Paperback ca. 12,80 DM.

Welche Grenzen sind einem Literaturwissenschaftler gesetzt, der sich gegen politische Angriffe in erster Linie mit Texten zur Wehr setzen muß? Klaus Briegleb, Professor für Literaturwissenschaft in Hamburg, hat — in Form eines Jahresberichts — Thesen, Polemiken und Dokumente zusammengestellt, die mehr als die Übersicht über ein beliebiges Jahr darstellen: An konkreten Beispielen werden Literatur und Gesellschaft, das Wissen um historische Erfahrungen mit der unmittelbaren Reflexion über den eigenen politischen Standort verknüpft.

Hanser

Informationsdienst südliches afrika

wird herausgegeben von der Informationsstelle Südliches Afrika e.V. und der Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und West-Berlin e.V. Er erscheint monatlich und bringt Nachrichten, Dokumente und ausführliche Analysen über die aktuellen Entwicklungen im Südlichen Afrika und die Beziehungen der BRD zu dieser Region.

Umfang monatlich 32 Seiten

Einzelpreis: DM 3,—

Abo. incl. Porto: DM 30,—

Schwerpunktthemen Anfang 1979

Heft 1/2 1979 Südafrika — Iran: Versiegt der Östrom?

Heft 3 1979 Krügerland

Heft 4 1979 Rassendiskriminierung am Arbeitsplatz

Heft 5 1979 Kinder in Südafrika

Heft 6 1979 Kultur und Widerstand

Der gesamte Jahrgang 1978 des Informationsdienstes ist, übrigens im Rückabo zum Sonderpreis erhältlich. Statt für DM 30,— sind die 10 Hefte für nur DM 25,— erhältlich (zzgl. Porto).

Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA)

Blücherstr. 14, 5300 BONN

Tel.: 02221/ 21 32 88

issa

Das legendäre Grünberg-Archiv für nur DM 348,—

Archiv für die Geschichte
des Sozialismus und der
Arbeiterbewegung

Herausgegeben
von Carl Grünberg
15 Bände (1911–1930),
zusammen 7590 S., Ln., DM 348,—



Das Grünberg-Archiv, der Vorläufer der „Zeitschrift für Sozialforschung“, war zwei Jahrzehnte lang das Diskussionsforum der Linken. Seine Aufsätze und Rezensionen spiegeln das Denken jener Zeit wider und formulieren Fragen für unsere Zeit.

Mit Aufsätzen von Frauä Mehring, Max Nettelau, Eduard Bernstein, Max Adler, Robert Michels, Emil Lederer, Karl Kautsky, Hans Kelsen, Karl Korsch, Georg Lukács, Franz Oppenheimer, Hendryk Gredmann, Friedrich Pollock, Max Horkheimer, Karl A. Wittfogel, Franz Borkenau, u. v. a.

Weitere Informationen finden Sie in unserem ausführlichen Sonderprospekt. Postkarte an:

Syndikat Buchgesellschaft
für Wissenschaft und Literatur

Postfach 17 40 03 6000 Frankfurt 1

Die Tageszeitung

Bomben mit Zeitzunder
Seit dem 17.4.79 täglich im Abonnement oder am Kiosk die Tageszeitung - 090/463 1075

Drupa-Jugend zur Tarifrunde
AVAK-A

17 Stunden auf Achse
Hamburger Jugendliche

Wattenmeer in Gefahr
Auch ein Thema im Kieler Wahlkampf

Anatomie des Unfalls von Harrisburg
Wie der Unfall in Harrisburg abgelaufen ist

Entlassungen bei
Interview mit dem Betriebsrat

17 Stunden auf Achse
Wie sich Expressfahrer für Geld ihr Leben kaputt machen lassen - Bericht

Wie baut frau die Bewe
Wie eine Frau die Beweise aufbaut

Die Prüfung
Prüfungsthema

Die Prüfung
Prüfungsthema

Die Prüfung
Prüfungsthema

Die Prüfung
Prüfungsthema

Die Prüfung
Prüfungsthema

Die Prüfung
Prüfungsthema

Probexemplare anfordern bei:
die Tageszeitung, Wattstr. 11-12,
1000 Berlin 65

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort _____

Ökonomie

<i>Commoner, Barry</i> : Energieeinsatz und Wirtschaftskrise (<i>S. und R. Czeskleba-Dupont</i>)	785
<i>Roos, Hans, und G. Streibel</i> : Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen (<i>R. Czeskleba-Dupont</i>)	786
<i>Duwe, Freimut (Hrsg.)</i> : Technologie und Politik 9 (<i>J. Tatz</i>)	788
<i>Sening, Christoph</i> : Bedrohte Erholungslandschaft (<i>R. Czeskleba-Dupont</i>)	790
<i>Linser, Jörg</i> : Unser Auto – eine geplante Fehlkonstruktion! (<i>W. Riepert</i>)	791
<i>Jungk, Robert, u. a. (Hrsg.)</i> : Enzyklopädie der Zukunft (<i>J. Tatz</i>)	792
<i>Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.)</i> : Autonomie oder Getto? (<i>E. Seyfried</i>)	793

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuchreihe im ARGUMENT-Verlag

Demnächst erscheint

AS 39 Gulliver 6

Shakespeare inmitten der Revolutionen

Bremer Shakespeare-Projekt: Bericht über eine Lehrveranstaltung

T. Metscher: Geschichte, Humanität, Utopie. Überlegungen zum Wirklichkeitsverhältnis der Dramen Shakespeares

G. Boch/A. Rothenberg-Jorges: Unterrichtseinheit: *Hamlet* in der Sekundarstufe II

A. Seecamp: Säkularisierung politischen Denkens: *Richard II*

F. T. Gatter: Zur Utopie im *Tempest*

R. Sühnel: Englische Frühhumanisten und antik-mittelalterliche Überlieferung

B. Erlich: Patterns of the Bourgeois in the Jacobean Shakespeare

H. Mengal: "Philadelphia, Here I Come"

J. Enkemann/G. Klaus: Britische Dokumentaristik der 30er und 40er Jahre (II)

F. Niess: Literarische Nachlese zum Bicentennial

Konferenz- und Ausstellungsberichte; Besprechungen

240 S.; 15,50 DM, Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80 DM, Stud. 11,— DM.

Gulliver-Abo: 2 Bände pro Jahr zum Abo-Preis + je 1,50 DM Versandkosten!

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61